

FRANZ HITZE
UND SEIN WERK

von

FRANZ MÜLLER



WALL

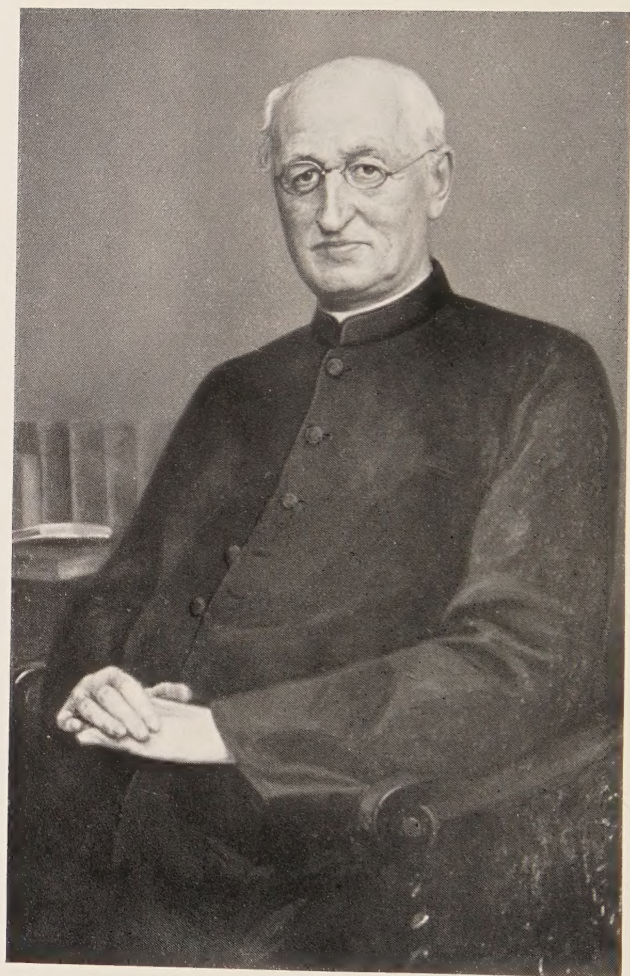
BIBLIOTHECA
ABB. S. JOANNIS BAPT.
COLLEGEVILLE, MINN.
No. 97276

REMEMBER IN CHRIST
WALDEMAR GURIAN ✠ 1954
WHOSE BOOK I ONCE WAS



Digitized by the Internet Archive
in 2023 with funding from
Kahle/Austin Foundation

FRANZ HITZE UND SEIN WERK



Heine.

FRANZ HITZE

UND SEIN WERK

Von
Dr. Franz Müller



HANSEATISCHE VERLAGSANSTALT
HAMBURG / BERLIN / LEIPZIG

Copyright 1928 by Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36
Druck der Hanseatischen Verlagsanstalt A.-G., Hamburg 36 und Wandsbek
Printed in Germany

HB
107.
H5
M8

MEINER BRAUT

Vorwort.

Die vorliegende Biographie Hizes hat sich nicht zur Aufgabe gestellt, die Bedeutung des Altmeisters der deutschen Sozialpolitik in historischer und sozialwissenschaftlicher Hinsicht zu erschöpfen. Sie will nur ein schlichtes „Lebensbild“ geben und den Leser anschaulich in die Entwicklung eines der bedeutendsten Führer unseres Zeitalters einführen. Dafür war nun keine andere Verfahrungsweise maßgebend als die chronologische. Wenn dadurch das Bild etwas bunt und abwechslungsreich geworden ist, wenn vor allem der Weg auch durch eine Fülle nüchterner Tatsachen und gesetzgeberischer Einzelheiten führt, so konnte dennoch nicht darauf verzichtet werden. Hizes Eigenart und Eigenbedeutung liegt eben wesentlich in jener ungewöhnlichen Sachlichkeit begründet, die auch seiner vierzigjährigen parlamentarischen, sozialpolitischen Tätigkeit den entscheidenden Antrieb gab. Die außerordentliche Fülle seiner Reden und Schriften hat es dem Verfasser unmöglich gemacht, in der ihm gestellten kurzen Frist eine lückenlose Darstellung zu geben. Es entsprach aber auch dem ausdrücklichen Wunsche des Verlags, ein möglichst volkstümliches Buch über diesen Mann des Volkes zu bringen. — Es wäre gewiß reizvoll gewesen, Hize von hoher zeitgeschichtlicher Warte zu werten, etwa nach der Art von Biegeners bedeutungsvollem Kettelerbuche. Aber ein solches Unternehmen wäre gleichbedeutend gewesen mit einer Arbeit, einer Lebensarbeit, über die geistige Wende der sozialen Arbeit der deutschen Katholiken seit „M. Gladbach“ und seit der Wandlung des deutschen Zentrums. Die vorliegende Biographie rührt diese Probleme zwar an, aber sie macht sich nicht anheischig, sie zu erschöpfen oder gar das letzte Wort darüber zu sagen. Diese Voraussetzung möge man auch bei ihrer Beurteilung nicht vergessen. — Was die Persönlichkeit Hizes selber angeht, so habe ich mich —

bei aller Ehrfurcht vor seinem gewaltigen Lebenswerke und der Verantwortung, von der es getragen war — nicht entschließen können, ihre Problematik zu übergehen. Es wäre das auch nicht im Sinne dieses aufrechten Westfalen gewesen. Allerdings war ich hier — wie auch in der übrigen Arbeit — auf die weitgehendste Unterstützung der Verwandten, Bundesbrüder, Mitarbeiter und Freunde Hizes und auf sehr viele, in Zeitungen und Zeitschriften verstreute Mitteilungen angewiesen. Außer dem Volksverein für das katholische Deutschland habe ich so vielen Menschen zu danken, für mündliche und schriftliche Auskünfte, daß ich es mir versagen muß, sie einzeln aufzuführen. Da ich auf Fußnoten ganz verzichten mußte, nenne ich von den gedruckten Quellen hier nur die Dissertationen von Kraneburg, Gosebruch und Bergmann über Hize, die mir gelegentlich recht nützlich waren.

Karlsruhe, im Februar 1928.

Dr. Franz Müller.

Jugend- und Studienjahre.

I.

Der Wanderer, der vom „heiligen Köln“ aus nach Osten zieht, den Rheinstrom hinter sich lassend, findet sich sehr bald inmitten einer hügeligen Landschaft von eigenartigen Reizen. Es ist der Westabhang der Mark und des Süderlandes, das „Bergische“ — eine natürliche Scheidelinie und Sprachgrenze zwischen den Rheinfranken und den Westfalen. Hier lebt in den hellen Fachwerkhäusern mit dem schwarzen Gebälk ein Mischvolk eigener Art. Leichtes Nebenblut und schweres niederdeutsches Wesen sind in jenen Tälern seltsam zusammengeströmt und beide Bekenntnisse teilen sich in die dichtgestreuten Siedlungen und Gehöfte — je nach den politischen Herren, die hüben und drüben regierten. Ein kleiner Acker ringt sich um die Wohnstätten, unter deren Schieferdächern der Hausfleiß mit den über das wellige Land springenden Wasserkräften ein klingendes Bündnis geschlossen. Bindet das rheinische Element an die Scholle, so drängt daneben das niederdeutsche zu nüchternem Schaffen. Irgendwann kamen auch Holländer, Calviner, ins Land, um dem Völkchen die Betriebsamkeit und das Verdienen zu lehren, aber Ueberlieferung und Umwelt ließen den Kapitalismus nicht zu restloser Entfaltung kommen. Und so sind noch heute die kleinen Hütten- und Hammerwerke des Siegerlandes, die Gruppenfabrikation und das ländliche Verlagsgewerbe um Solingen und Remscheid bis herauf zur Kleineisenindustrie zwischen Ruhr und Wupper Zeugen dieser zwiespältigen Entwicklung. Selbst wenn man dem Laufe der bergischen Agger folgt, zum Hellweg hin, geht das Bild des Nebeneinander von Ackerbau und frühkapitalistischem Betrieb nicht ganz verloren. Hier, im Norden des Sauer-

landes hatten schon einmal brandenburgisch-preussische Herren regiert, damals, als Johann Sigismund seine Erbfolgeansprüche auf Cleve, Ravensberg und Mark durchgesetzt und der aufkommende preussische Staatsgeist in seinen neuen niederdeutschen Untertanen einen kongenialen Partner gefunden hatte. Weiter südlich, zwischen Möhne und Bigge finden wir noch Kupferschmelzereien, Walz- und Hammerwerke, Drahtziehereien und Dampfspuddlings inmitten einer sonst landwirtschaftlichen Umgebung.

Dort, an der Grenze von Rheinland und Westfalen, neben Ackerbau und Kleinindustrie, zwischen Staatsraison und Heimatliebe — unweit der protestantischen Diaspora stand Hizes Wiege. Ein altes Bauerngeschlecht aus Nieder- oder Hizedumicke, dessen Ahnenreihe sich bis ins 16. Jahrhundert verfolgen läßt, hat diesen großen Sozialpolitiker hervorgebracht. Um 1820 erwarb sein Großvater Johann Hize einen zweiten Hof mit ungefähr 600 Morgen Land in Hanemide, im Kreise Olpe. Als Augustin Hize, dessen Sohn, den Grund übernahm, war dieser also ein recht wohlhabender Bauer. Ihm und seiner Frau Wilhelmine (geb. Sondermann) wurde am 16. März 1851 ein Sohn geschenkt, den sie auf den Namen des großen „bürgerlichen“ Heiligen, Franz von Sales taufen ließen. In der treuen Hut seiner glaubensstarken, frommen Eltern wuchs Franz heran — vom Vater mit dem Erbe des Fleißes und der Rechtschaffenheit, von der Mutter mit dem der Güte und Klugheit beschenkt. Das Bauernjöhnchen besuchte zuerst die einklassige Volksschule in dem 400 Meter hoch gelegenen Pfarrdorfe Rhode. Der alte Lehrer Kniebe — ein einfacher, frommer aber strenger Mann erzählte später gern, er würde nie den zaghaften Blick aus den großen bangen Augen des ABC-Schützen vergessen, als dieser zum ersten Male vom Vater zur Schule gebracht wurde. Der Schmied, der am Anfang des Dorfes wohnte, hatte ihn nämlich gefragt: „Nu, wellst du ouk int ‚Klopphüsken‘?“ — Ein besonderes Licht soll der Junge in den ersten Jahren durchaus nicht gewesen sein. Er hatte noch unter allerlei Hemmungen, besonders unter Aengstlichkeit zu leiden.

Seine Mitschüler wissen indessen seinen Verneiser und seinen tugendhaften Sinn nicht genug zu rühmen. Tag für Tag mußte nun Franz Hize ohne Rücksicht auf die Witterung den weiten und beschwerlichen Schulweg zurücklegen. Oft lagen dann noch die Rauchschwaden der Holzmeiler über dem Eichenwald, welcher der armen Bevölkerung zur Herstellung von Gerberlohe und Holzkohle dienen mußte. Die Kohle wurde im Biggetale zur Erzverhüttung verwendet und die Wasser der Bergbächelein mußten das ihre tun, damit der Saft der Hammerwerke nicht schwieg. So schritt der Junge täglich über die Brücke des Biggesflüßchens, durch Schneppenohl, die Heimat des ihm verwandten späteren „Arbeiterbischofs“ Klein von Baderborn, wo er stets vor einem Kreuzfixe halt machte und dort dem gekreuzigten Leidensmanne seine Sorgen und Anliegen vortrug. Dann ging es ins Tal und noch einmal 30 Minuten bergauf. Immer kam Hize einfach und schlicht im blauen Leinenkittel über dem Rocke zur Schule, wie ihn die Bauern im ganzen Sauerlande trugen. Er behielt ihn auch bei, wie er als fast Bierzehnjähriger für vier weitere Jahre auf die gut geleitete Rektoratsschule des noch fernereren Kreisstädtchens Olpe kam. 1868 wurde er schließlich nach bestandnem Examen in die Untersekunda des Gymnasiums zu Baderborn aufgenommen. Hier saß er nun unter bedeutend jüngeren Klassenkameraden, die er nicht nur an Körperlänge, sondern auch an seelischer Reife und geistiger Weite übertraf. War er auch kein „Ueberflieger“, so blieb er doch bei seinem regelmäßigen Fleiße und seinen guten Anlagen immer einer der besten Schüler. Dabei war der junge Hize seiner Heimat stets innig verbunden. Zwischen ihm und den Eltern, aber auch den wenigen Nachbarn — noch heute zählt das Dörfchen nur sechs Familien! — gingen Briefe hin und her. Von allen Wesehnsnissen auf dem Hof und in der Nachbarschaft wollte er unterrichtet sein. Aber auch die Freunde daheim verfolgten mit der Treue und Anhänglichkeit einer echten Lebens- und Schicksalsgemeinschaft die Entwicklung ihres Sprößlings in der fernen Bischofsstadt. Sie erinnerten sich gern seiner steten Hilfsbereitschaft, sie ahnten, daß

der Junge einst „geistlicher Herr“ werden sollte und das machte ihn bei den frommen, arbeitsamen Landleuten doppelt lieb und teuer. Der Vater ließ seinem Sohne die beste Fürsorge angedeihen. Während die meisten Mitschüler des jungen Hize mit 100 bis 110 Taler im Jahre — die Ferien abgerechnet — auskommen mußten und sich deshalb fast ausnahmslos je zwei Schulkameraden ein Schlaf- und ein Wohnzimmer teilten, hatte dieser selbst 140 Taler für Kost und Mietzins zur Verfügung. Er bewohnte zwei Zimmer beim Kolonialwarenhändler Biomchi am Schildern in der trauten Baderstadt und genoß dort auch eine gute Verpflegung.

Einst kam der Untersekundaner an einem Antiquariat vorüber und fand hier einige Nummern der „Historisch-politischen Blätter“. Die Lektüre derselben, insbesondere der Aufsätze von Jörg, erweckten in ihm eine wachsende geistige Anteilnahme an den öffentlichen Geschehnissen seiner Zeit. Nach und nach erwarb er alle Jahrgänge jener kulturgeschichtlich so bedeutungsvollen Zeitschrift und studierte insbesondere die Nummern aus den 40er Jahren, jener Zeit, in der die Auseinandersetzung des deutschen Katholizismus mit dem sozialen Liberalismus einsetzte. Das führte ihn zum Studium der Reden und Schriften des Bischofs von Ketteler, die einen tiefen Eindruck bei dem kaum dem Knabenalter entwachsenen, mit dem Idealismus der Reisejahre erfüllten jungen Menschen hinterließen. Schließlich machte er sich auch die seit 1862 erscheinenden „Christlich-sozialen Blätter“ zugänglich, und als Primaner war er wohl der einzige unter seinen Klassenkameraden, der eine eigene größere Zeitung hielt. Er las die „Essener Volkszeitung“ und insbesondere die Artikel des späteren Baderborner Generalvikars Schulte waren es, die ihn in die wirklichen Verhältnisse der Industrie, insbesondere jener des Ruhrgebietes einführten und ihm einen guten Einblick in die sozialen Probleme des jungen Kapitalismus verschafften. Mit Kaplan Wilhelm Hohoff, der später durch seine Verteidigung der marxistischen Kapitalkritik bekannt geworden, hielt er des öftern Zwiesprache und wurde hier bereits mit

den Gedankengängen der klassischen Nationalökonomie und des modernen Sozialismus bekannt.

Diese vielseitigen Interessen hinderten ihn nicht, den nüchternen Aufgaben des Gymnasiums treu zu bleiben. Geschichte und Religion zogen ihn hier am meisten an. Für Poesie hatte er weniger Sinn, wie denn überhaupt das Verstandesmäßige in seinen Interessen überwog. Dennoch bewahrte er sich eine große Liebe zur Natur und ihren Schönheiten und manchen freien Nachmittag benutzte er, um mit seinen Freunden weite Ausflüge in die Umgebung, nach dem Hazergrund usw. zu machen, wo dann mit Vorliebe eine „Satte“ dicker Milch genossen wurde. In Wirtshäusern sah man ihn nicht und es blieben immer nur wenige „Konpennäler“, mit denen er näheren Verkehr pflegte. Die Musterhaftigkeit seines Betragens hinderte ihn jedoch nicht, im Umgang mit allen zuvorkommend und heiter zu sein, ja sogar einen guten Humor zu pflegen. Auf jeden Fall war er über seine engeren Freundschaften hinaus recht beliebt und selbst die Verbindung zu den Altersgenossen von der Volks- und der Rektoratschule der Heimat ging nie verloren. In Olpe hat er bei Schulfesten noch wiederholt aus Grimms Schwänken in sauerländischem Platt, das er so gern sprach, vorgetragen. — Im Herbst des Jahres 1872 erhielt Franz Hitze das Zeugnis der Reise. Mit dem geheimen Voratz, in die Reihe der damals noch geringen Zahl von Männern zu treten, die sich, wie ein Ketteler, Kolping, Schorlemer-Mst, es zur Aufgabe gestellt, die sozialen Kräfte der Kirche und des Christentums der neuen Zeit nutzbar zu machen, tat Hitze den Schritt von der Schulbank ins Leben.

II.

Just, als im neuen „Reiche“ die wirtschaftliche Entwicklung mit unheimlicher Schnelligkeit ihren Lauf nahm, als eine einheitliche nationale Handelspolitik sich konsolidierte, der junge Maschinismus und die Gründungs-inflation mit neuen Krisen und sozialen Erschütterungen drohten, nahm Hitze seinen Weg zur Alma mater.

Und wieder suchte er seinen Platz zwischen zwei geistigen Welten. An der Grenze zwischen Norddeutschland und den Südstaaten, an der „Mainlinie“, lag die erwählte Mufenstadt. Würzburg war es, wo noch vor einem guten Lebensalter sich Bischof Franz Ludwig von Erthal als einer der ersten Landesfürsten um eine obrigkeitliche Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge in planmäßiger und großzügiger Weise bemüht hatte. — Bald nachdem Hiye sich hier als Studierender der Theologie in die Matrikel eingetragen hatte, wollte man ihn für eine Verbindung „feilen“. Er wäre einem Eintritt nicht grundsätzlich abgeneigt gewesen, wenn diese erste Werbung nicht einen gar zu stürmischen Anlauf genommen hätte. Schon nach 14tägigem Verkehr erklärte das „alte Haus“, das bereits vier hoffnungsvolle Fische um sich zu scharen gewußt hatte: Entweder eintreten oder — Kündigung der Freundschaft. Das war zuviel für einen westfälischen Dickkopf aus dem Lande der Eisenhämmer. Nun zog Hiye es vor, unkorporiert zu bleiben und dem studentischen Dasein als „Kamel“, d. h. als „Wilber“ die besten Seiten abzugewinnen. Er gewann dadurch Zeit für seine Lieblingsstudien, zum Besuche des reich ausgestatteten Zeitschriftenzimmers der „Harmonie“ — dem gesellschaftlich-literarischen Zentralpunkt der Gebildeten Würzburgs —, für Theater und Konzert und nicht zuletzt zur Mitarbeit in den karitativen studentischen Organisationen. In jenen Tagen führte ihn der Weg wieder an einem Antiquariat vorüber, das — wie einst in Paderborn — erneuten Anstoß zur Vertiefung seiner sozialen Studien geben sollte. Hiye fand dort den ersten Band von Roßbachs „Geschichte der Gesellschaft“, die für ihn — wie er selbst später äußerte — ein wirkliches Lebensereignis ward. Er las das Buch in einem Zuge und ruhte nicht eher, bis er auch die fehlenden Bände sein eigen nannte. Im Lokal des Volksbildungsvereins im alten Bahnhof, wo ein Teil der großen Bücherei Roßbachs untergebracht war, ging er jetzt ein und aus. Dazu mußte ihm der befreundete Assistent der Universitätsbibliothek Schriften auswärtiger Sammlungen ver-

schaffen. In allen Büchereien tauchte die hohe, männliche Figur des jungen Hize mit dem stattlichen Vollbart auf. So gingen die ersten Semester in stillem Forschungseifer dahin. Einst — es war im Jahre 1874 —, im Kolleg von Prof. Hettinger, dem gefeierten Apologeten, lernte er einen Eichsfelder namens Alois Schäfer (später Bischof in Dresden) kennen. Aus dem gelegentlichen Verkehr entwickelte sich bald eine innige Freundschaft, die ein ganzes Leben durchhalten sollte. Damals gesellte sich den beiden ein stud. theol. Doerner zu, der schon vier Semester in Münster studiert und dort Mitglied des von Prälat Hülskamp gegründeten und zum Unitasverbande gehörenden wissenschaftlich-katholischen Studentenvereins gewesen war. Doerner hatte seinen Weg nach Würzburg über Bonn genommen, wo gerade die Generalversammlung jener Unitasvereine tagte. Als man hier von seiner Uebersiedlung nach Würzburg erfuhr, legte man ihm nahe, dort die Gründung einer Schwesterkorporation zu versuchen. Begeistert, schon mit einem handgemalten Wappen unter dem Arme, zog Doerner nach Würzburg. Hizes Freund Schaefer war ihm bereits in Bonn als Reilsuchs genannt worden, und er hatte diesen auch bald für seine Pläne gewonnen. Während Hize durch Krankheit und Tod seines Vaters (der am 11. Januar 1875 starb) in der fernen Heimat abwesend sein mußte, vollzogen Doerner und Schäfer mit vier anderen Kommilitonen am 8. Dezember 1874 die Gründung einer Würzburger „Unitas“ mit den Prinzipien Religion, Wissenschaft und Freundschaft. Schäfer hatte bereits begeistert nach Hanemünde berichtet und seinem Freunde klarzumachen versucht, daß sein Beitritt nach der Rückkehr selbstverständlich sei. Hettinger habe „es auch gemeint“ und dessen würdige Schwester Babette es bestätigt. Anfangs hatte Hize das Bedenken, sein Beitritt könne diejenigen Korporationen verletzen, die ihn vor drei Jahren zuerst zu „teilen“ versucht. Auf Schäfers Vorschlag wurde Prof. Hettinger um eine „moraltheologische“ Entscheidung angerufen, der — nicht ohne Schäfers Beeinflussung — sich dahin äußerte, daß

die Unitas eben einen wesentlich andern Charakter habe, als andere Verbindungen, so daß letztere keine Zurücksetzung darin erblicken könnten. Tatsächlich handelte es sich hier auch um eine Vereinigung, deren ausgesprochen religiös-wissenschaftliche Grundlage der Freundschaft sich von den mehr geselligen Korporationen erheblich unterschied. Jedenfalls entschloß sich Hiye, den Hagestolz aufzugeben und seinen sozialen Neigungen durch den Eintritt wieder mehr gerecht zu werden. Und so finden wir denn am Schluß des mit seinen Schnörkeln geschriebenen Protokolls der fünften Sitzung der jungen Würzburger Unitas die Bemerkung „Es beehrte uns an diesem Abend mit seinem Besuche Herr Hiye, stud. theol.“ Mit Rücksicht auf die Trauer Hyses wurde die feierliche Aufnahme auf das Sommersemester verschoben. Das Protokoll vom 25. Mai 1875, an welchem Tage die endgültige Aufnahme erfolgte, verrät uns, daß „dadurch einem Wunsche entsprochen, den jedes Mitglied schon seit dem ersten Entstehen unseres Cötus (d. h. des Tochtervereins der Bonner Ur-Unitas, D. Verf.) so ganz im stillen bei sich gehegt.“ Hiye wählte den Spitznamen Wolfram — recht poetisch gegenüber seiner Bevorzugung des Verstandesmäßigen — und wurde wegen seiner sechs Semester gleich als Bursch aufgenommen. Durchblättert man die alten Berichte aus jenen Tagen, so ist man überrascht von dem Ernst, der unter diesen jungen Menschen herrschte und den sie in so trefflicher Weise mit einer herzlichen Freundschaft und frohen Geselligkeit zu verbinden wußten. Die wissenschaftlichen Vorträge, die traditions- und satzungsgemäß jedes Mitglied zu halten hatte, waren von bewundernswürdiger Tiefe und Vollendung. Auch Hiye sollte bald an die Reihe kommen. Was lag näher, als in diesem Kreise einmal den Versuch zu wagen, wieweit ihn der nun fast achtjährige soziale „Selbstunterricht“ gefördert hatte? So stieg denn am 6. Juli 1875 Hyses so berühmter Vortrag „Die soziale Frage und der moderne Sozialismus in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung des Christlichen“. Schon in den Ferien



Sie als Gymnasiast



Als Würburger Student

hatte er sich in der Kunst der freien Rede versucht: beim Osterfeuer auf den heimatlichen Bergen und in der Stube seines heimatlichen Hauses, wo er Sonntagnachmittags die Dorfbewohner um sich sammelte, und ihnen Vorträge über akute Zeitfragen, Reiseerlebnisse usw. hielt. Nun aber galt es den ersten wissenschaftlichen Vortrag vor kritischen Hörern zu halten. Wir lassen hier die Skizze desselben folgen, die Hitzé damals — wie es in dem Vereine üblich geworden war — selbst ins Protokollbuch eintrug:

„E i n l e i t u n g: Unsere Zeit ist eine Uebergangszeit, eine Zeit der Krisis. Gebrochen wird mit der Vergangenheit, eine neue Zukunft inauguriert. Die extremsten Ideen liegen im Kampfe. Der Geist der Revolution, der sich in der Reformation entfesselt, hat sich der Geister bemächtigt; alle Ruhe, alle Stetigkeit ist verlorengegangen. Auf allen Gebieten Kampf: auf religiösem der Kulturkampf, auf politischem der Kampf zwischen Staatsomnipotenz und Freiheit, auf sozialem der Kampf des dritten und vierten Standes. Es ist immer derselbe Kampf, nur auf verschiedenen Gebieten: der Kampf zwischen Christentum und Antichristentum.

Der Theologe hat überall in diesem Kampfe einzugreifen, auf jedem Gebiete sich zu orientieren, sich und andern Klarheit zu geben, wo das Recht, wie es zu verstehen ist. — Denken wir heute unsere Aufmerksamkeit auf das soziale Gebiet.

A b h a n d l u n g. I. Die soziale Frage in der Geschichte.

Die soziale Frage im engeren Sinne, wie wir sie heute gewöhnlich nehmen, umfaßt vornehmlich den sog. vierten Stand: wie dieser den andern Ständen organisches einzugliedern sei, damit er wirtschaftlich und politisch eine des Menschen würdige Stellung einnehme. Es soll die Idee der Humanität in allen Menschen zur vollen Geltung kommen, alle an Kultur und Bildung partizipieren — ein erhebender Gedanke, die Frucht einer vieltausendjährigen Entwick-

lung unter der Führung der Vorsehung. Langsam, aber sicher erkämpft sich die Idee der Humanität den Sieg. Wo man von ihr abfiel, da folgte die Nemesis auf dem Fuße. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Die Geschichte des Orients, Griechenlands, Roms, Deutschlands beweist es. (Wie, führt der Vortrag weiter aus.)

II. Wesen und Bedeutung der sozialen Frage jetzt.

A. Das Wesen der sozialen Frage besteht in der tyrannischen Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, Ansammlung des Kapitals sowie auch des mobilisierten Grundbesitzes in immer weniger Hände, Verdrängung des Handwerkes durch die Maschine resp. Großbetrieb (Fabrik), Sinken des Mittelstandes (Handwerker- und Bauernstandes) in das Proletariat.

B. Gründe und Bedeutung der bedrohlichen Entwicklung.

a) Infolge der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien und Amerika, der Erfindung des Kompasses, der Erleichterung des Verkehrs, Erweiterung des Lokalmarktes zum Weltmarkte: Aufblühen von Handel und Industrie. Daraus entwickelt sich die Großproduktion, Erfindung der Maschine, Teilung der Arbeit erhöht diese noch. Die Handelsfreiheit eröffnet die allgemeine Konkurrenz der Produzenten, die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit aller Arbeiter, sowohl unter sich, als der Maschine gegenüber. Die Wucherfreiheit des Bank- und Aktienwesens begünstigt die Bildung des Kapitals, seine Anlegung in Gründungen. So ist die Konkurrenz aller gegen alle eröffnet, nur der Egoismus gilt als berechtigte Triebfeder aller Tätigkeit, — kein Wunder, wenn viele in diesem Kampfe ums Dasein umkommen.

b) Die Lage des besitzlosen Arbeiters ist fürchterlich.

a) Selbst in gesunden Tagen dreht sich sein Arbeitslohn um die Achse seiner Lebensnotdurft. Der Arbeiter muß ja, weil er selbst ohne Kapital nicht produzieren kann und doch auch leben muß, seine Arbeit selbst als Ware auf den Markt bringen, die nun dem Gesetze

des Angebotes und der Nachfrage unterliegt und wegen der Konkurrenz (herborgerufen durch die starke Vermehrung der Arbeiterbevölkerung) die Produktionskosten (Lebensnotdurft) selten übersteigt. Das ist das „eherne Lohngesetz“ (entwickelt von Ricardo und Cassalle).

β) Furchtbar aber wird die Lage des Arbeiters, wenn Krankheiten, Unglücksfälle über ihn hereinbrechen, wenn das Alter herannahet, wenn plötzlicher früher Tod den Ernährer der Arbeiterfamilie hinwegreißt.

γ) Auch die Handelskrisen, wie sie unser modernes System notwendig mit sich bringt, treffen den Arbeiter schwer. (Gründe solcher „Krachs“: Ueberspekulation, Ueberproduktion etc.)

δ) Besonders verderblich ist auch noch die Frauen- und Kinderarbeit, in materieller wie in sittlicher Beziehung.

c) Bei dem Vortwiegen der Industrie geht der freie Bauernstand ebenfalls seinem Untergang entgegen, sinkt hinab ins Proletariat, macht dem Latifundien-system Platz. Einerseits findet eine immer weitergehende Parzellierung, Zerschlagung des Grundbesitzes statt, andererseits Ueberschuldung desselben. Ein Beispiel ist Frankreich, Zahlen geben den Beleg. Auch in Deutschland gehen die Bauern infolge der ungerechten, hohen Grundsteuern, der Wucherzinsen, des Hypothekenwesens, der hohen Löhne der Arbeiter und geringen Preise der Produkte (wegen der Konkurrenz des Auslandes und der ärmlichen Lebensweise des konsumierenden Arbeiters), der Teilbarkeit und Veräußerlichkeit des Grund und Bodens ihrem Ruin entgegen. Dazu kommt, daß die Latifundienwirtschaft viel vor dem Kleinbetrieb voraus hat (Maschinen, Verwendung der Fortschritte der Naturwissenschaften, namentlich der Chemie, Vermeidung des Raubbaues usw.), so daß das Kapital sich auch der Landwirtschaft bemächtigen wird. Deutschland wird dann im Besitze von einigen Milliarden sein! (cf. das alte Rom, auch England, besonders Irland in der Neuzeit.)

C. Das Bedauerlichste ist, daß das materielle Elend (des Proletariats) auch die sittliche Korruption zur Folge hat (cf. Diebstahl, Raub, Mord, sittliche Verbrechen [Prostitution], Selbstmord etc.)

D. Auch die Statistik beweist, daß die Lage des Arbeiterstandes eine höchst elende ist, daß infolge der schlechten, durchaus ungenügenden Nahrung, der höchst ungesunden Wohnungen, der aufreibenden, oft gesundheitsgefährlichen Arbeit (namentlich auch der Frauen- und Kinderarbeit) der Arbeiterstand vor der Zeit hinsiecht, ins Grab sinkt. (Belege bringt der Vortrag bei.)“

Dieser Vortrag fand bei den Bundesbrüdern Hizes begeisterte Anerkennung und das Präsidium des Abends griff zu einem außerordentlichen Mittel, um den Vortragenden von der allseitigen Befriedigung, die das gediegene, klare Referat hervorgerufen, zu überzeugen: er ließ ein donnerndes Hoch auf ihn ausbringen. Schon immer war Hize von einem gewissen Nimbus umgeben, nicht nur wegen seiner höheren Semesterzahl, sondern auch wegen seines erstaunlichen Wissens. Endlich konnte die stille Bewunderung sich einmal Ausdruck verschaffen und den heimlichen Führer entsprechend feiern! Schon eine Woche später folgte eine Fortsetzung des Vortrages, der trotz seiner Länge das Thema noch nicht erschöpfen konnte. Am 13. Juli 1875 erst kam Hize auf den modernen Sozialismus, dessen Begriff er sehr weit faßte und wozu er auch den christlichen Sozialismus rechnete, zu sprechen. Sein Resümee in den alten Berichtbüchern des Vereins saß darüber folgendes:

„Die traurige Lage der sozialen Verhältnisse mußte (notwendig) manchen Menschenfreund tief schmerzen und auf Mittel der Besserung sinnen lassen. In Frankreich, wo der dritte Stand zuerst seine Befreiung erkämpft hatte, mußte auch die Emanzipation des vierten Standes zuerst angestrebt werden. Frankreich ist die Wiege des Sozialismus. Sein Mannesalter feierte derselbe aber in Deutschland; hier wurde der Sozialismus erst zu einer Wissenschaft er-

hoben, die namentlich durch Herbeiziehung der Geschichte und Statistik neues Licht empfang.

A. Der erste deutsche Sozialist, d. h. der zuerst praktisch bedeutsam wurde, ist Schulze=Delitzsch. Er schlug vor:

I. Handelsfreiheit, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit — Freiheiten, die die soziale Frage erst gerade zu einer akuten gemacht haben.

II. Selbsthilfe und Volksbildung. Erstere ist Unsinn und diese ist weder ernstlich gemeint, noch bringt sie dem Arbeiter wirkliche Hilfe (à propos: die Schulzeschen „Volksbildungsvereine“ verbreiten nur den Unglauben).

III. Genossenschaften (wie vereinbar mit „Selbsthilfe“?) a) Sparkassen, Kredit-, Konsum-, Rohstoffvereine (für den kleinen Gewerbetreibenden), b) Produktivassoziationen, Arbeiter- und Gewerbevereine, letztere mit Unterstützungs-, Kranken-, Sterbe-, Invalidenkassen.

B. Gegen Schulze trat auf Lassalle, der die Trennung der Arbeiter von der „Fortschrittspartei“ bewirkte und den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ gründete. Er entwickelte zuerst (nach dem Vorgange von Karl Marx und Rodbertus) das Wesen und die Bedeutung der sozialen Frage, namentlich durch Klarlegung des „ehernen Lohngesetzes“, und vindizierte dem vierten Stande die Zukunft. Seine positiven Vorschläge gipfelten in der Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe und, um den Staat zur Bewilligung der Mittel zu zwingen, Einführung des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechtes.

C. Der bedeutendste Sozialist ist Karl Marx, der Gründer der „Internationalen Arbeiter=Association“ und Verfasser des epochemachenden Werkes: „Kapital und Arbeit“. Er entwickelte das Kapital als vorenthaltene Arbeitslöhne und will seine Expropriation durch den (förderativen) „Volksstaat“. Ein Zweig der Internationale ist die durch Bebel und Liebknecht 1869

zu Eisenach gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ in Deutschland.

D. Die „Dassalleaner“ und „Eisenacher Ehrlichen“ haben sich Ende Mai dieses Jahres (1875) geeinigt zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Auch sie will Expropriation der Arbeitsmittel (Kapital und Grundbesitz) durch den Volksstaat. Auch die Gewerkschaften, welche beide Parteien gegründet, haben eine Einigung bereits eingeleitet.

E. a) Die „Christlich-soziale Partei“ (zu Krefeld 1868 gegründet) erwartet die Lösung der sozialen Frage allein vom Christentum, der Religion der Liebe, des O p f e r s (cf. Christlicher Kommunismus).

b) Erst in zweiter Reihe nimmt sie auch die Hilfe des Staates in Anspruch:

a) Für den Handwerkerstand (neue Gewerbeordnung, neue Innungen mit Kranken-, Invaliden-, Sterbekassen, Gewerbegerichten, Gewerbekammern, Förderung von Kredit-, Konsum-, Rohstoffvereinen, Produktivassoziationen etc.).

β) Für den Bauernstand (Abschaffung der Grundsteuern, des jetzigen Hypothekenwesens, Einschränkung der Parzellierung und Mobilisierung des Grundbesitzes, namentlich Kreditkassen).

γ) Für den Lohnarbeiter (Normalarbeitstag, Einschränkung resp. Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit, Verschärfung der Haftpflicht, Ueberwachung der Fabriken und Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung [und evtl. Erbauung von Arbeiterwohnungen], Einsetzung von guten Fabrikinspektoren und Hinzuziehung derselben zu den Enquêtes und statistischen Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse, Errichtung von Arbeiterkammern, Gründung von Kranken-, Invaliden- usw. Kassen, zu denen auch die Arbeitgeber ihren bestimmten Teil zu zahlen haben, Einwirkung auf die Lohnhöhe dadurch, daß sich der Staat selbst zum größten, maßgebenden Arbeitgeber macht und als solcher die Arbeiter gut versorgt etc.).

b) Für alle dadurch, daß die Zentralisation des Kapitals wenigstens nicht gefördert wird. Der Staat soll nicht bloß auf die Höhe der Produktion, sondern auch auf eine möglichst gleiche Verteilung derselben sehen (also Einschränkung des Bank- und Aktienwesens, Einführung der Börsensteuer und einer nur direkten, progressiven Einkommensteuer, einer Luxussteuer, Verbot des Wuchers in jeder Form, also z. B. auch zu hohen Dividenden etc.).

c) Besonders hat die „Christlich-soziale Partei“ schon eine große praktische Tätigkeit entfaltet (durch Gründung von Lehrlings-, Gesellen-, Meister-, Jünglings-, Arbeiter-, St. Josephs-, Bauernvereinen, Sparkassen, Kredit-, Konsum-, Rohstoffvereinen, Produktionsgenossenschaften etc.).

Schluß. Die Lösung der sozialen Frage, wenn auch mühsam und langsam, ist wohl des Schweißes der Edlen wert. Wenn sie nicht ernstlich in die Hand genommen wird, gehen wir furchtbaren Revolutionen entgegen, zum Unheil für Staat und Kirche.“

Auch dieser Vortrag, der volle anderthalb Stunden in Anspruch nahm, fand gute Aufnahme, nur wurde von den Zuhörern eingewandt, daß die ermüdende Länge durch Einschränkung der biographischen Einzelheiten zugunsten der sozialen Doktrinen wohl hätte vermieden werden können. Der Erfolg dieser besonderen Leistungen war, daß die Vereinsbrüder Franz Hise am 18. Juli zum Senior der Unitas-Würzburg erwählten. Das Vereinsleben nahm durch die rege Anteilnahme der Theologieprofessoren Hettinger, Hergenröther — des späteren Kardinals —, Grimm, Rihn, sowie des Regens D. v. Renninger vom Seminar, des ausgezeichneten Pastoraltheologen, eine gute Entwicklung. Das Verhältnis zwischen Lehrern und Studierenden war geradezu vorbildlich. „Wolfram“ erwies sich als ein fähiger Vereinsleiter, der in den Sitzungen einen gesunden Humor entwickelte und durch glückliche Abwechslung von Wissenschaft und Fröhlichkeit, von Wanderschaften und religiösen Uebungen den guten Geist des Freundesbundes zu stärken verstand. In einer herrlichen Mondnacht

wurde er am Geländer der Mainbrücke von Aloys Schäfer mittels Steinchen in das Kommando eines Salamanders eingeführt und noch am selben Abend mußte der neue Senior seine Korporation auf dem Kommerse einer befreundeten Verbindung würdig zu vertreten. Seine fränkliche Mutter war überdies froh, daß er durch die Hinausschiebung der Abschlußprüfungen noch vor der strengen Klausur des Priesterseminars bewahrt blieb und so leichter und schneller einmal in die Heimat kommen konnte. — Es war damals die Zeit der Anträge auf ein Sozialistengesetz. Innerhalb der Sozialdemokratie gährte es gewaltig. Hiße ging nicht nur selbst in deren Versammlungen, sondern ermunterte auch seine Bundesbrüder, diese Strömungen durch persönliche Anteilnahme kennenzulernen. Schon früh war er also davon überzeugt, daß eine bloß theoretische Apologie des Christentums die zerstörenden Wirkungen des marxistischen Sozialismus nicht abwenden könne, sondern nur ein unmittelbares Hineinhorchen in die Seele des Proletariats uns den Weg zur Ueberwindung der letzten Ursachen jenes Entgottungsprozesses in der industriellen Arbeiterschaft zeigen würde. Am 9. November 1875 sprach Hiße in der Unitas über „Bedeutung und Aufgabe der katholischen Kirche für die Entwicklung der Zukunft, besonders Deutschlands“. Seine Ausführungen waren von einem tiefen Glauben an den sozialen Fortschritt getragen und geschichtsphilosophisch überaus weit-sichtig orientiert. Er führte bis an die tiefsten Gründe des Abfalls der modernen Zeit von Autorität und Ueberlieferung und verstand es, seine These religions-geschichtlich, rechtshistorisch, politisch und kulturthpologisch zu belegen. Aber er verwies auch darauf, daß die Erlösungstat Christi ja eine „zweite Schöpfung“ sei, die mit dem Wachstum des mystischen Leibes des Herrn auch die Kultur aus den Wehen erbschuldiger Knechtschaft erlösen werde, um schließlich in jenes Reich zu führen, in dem ein Hirt und eine Herde vereinigt sein werden. 1877 kam Hiße dann noch einmal über das Thema „Zölibat und Bevölkerungsfrage“ zu Worte. — Die freundliche Aufnahme, die diese Vorträge bei seinen

Studiengenossen immer wieder fanden, veranlaßten ihn schließlich, sie für eine eventuelle Veröffentlichung noch einmal zu überarbeiten und zu erweitern. Zwar hatte sein von ihm hochberehrter Gönner Prof. Hettinger ihm wiederholt nahegelegt, den theologischen Doktor zu machen und auch sein alter Gymnasialdirektor Schmid gelegentlich eines Besuches in Würzburg, auf die Bemerkung einiger Unitarier, Hize studiere die soziale Frage, ihn wohlmeinend gewarnt: „Schuster, bleib' bei deinen Leisten!“ — aber Hizes Ideal blieb die praktische Seelsorge im Dienste des sozialen Gedankens. Er hörte gern allgemeine Geschichte, Kunstgeschichte usw., studierte fleißig Literatur und glaubte damit seinem späteren Berufe besser zu dienen, als durch das Studium der orientalischen Sprachen und verfeinerter theologischer Probleme. Schon während des Studiums übte er fleißig das „Presseapostolat“ und schrieb Artikel für die Zeitung „Bavaria“ in Würzburg, die Potthoff, ein Bruder des Gründers der Bonner Mutterkorporation der Unitas, redigierte. Ein Angebot, die Schriftleitung eines Zentrumsblattes in der Heimatdiözese zu übernehmen, lockte ihn sehr. Aber wie er ein weltscheues Sakristei-Christentum für sich entschieden ablehnte, so konnte er sich letzten Endes auch nicht entschließen, seine Kräfte durch das Getriebe einer politischen Redaktionsstube binden zu lassen. Er wollte auf den Areopag des modernen Heidentums, wollte Brücke zwischen Kirche und Welt sein und den neuen Typ eines zeitgemäßen Seelsorgers in sich verwirklichen. In jenen Jahren gehörten übrigens Heinrich Pesch und Martin Faßbender — die späteren großen Sozialethiker — der Bonner Unitas an und es ist interessant, festzustellen, daß auch der damalige stud. theol. Pesch über ähnliche Themata sprach, wie Hize in Würzburg (z. B. über die „Gefahren der modernen Industrie“; Faßbender sprach über das Urchristentum und über Epiftet). — Am Beerdigungstage seiner Mutter, an der er mit kindlicher Liebe gehangen — sie starb am 4. März 1877 — erhielt Hize die ersten Korrekturbogen seines Jugendwerkes. Schon im Sommersemester 1876 hatte er sein Präsidium bei der Unitas

niedergelegt, ein Jahr darauf ließ er sich „inaktivieren“, d. h. er schied aus der tätigen Mitgliedschaft aus, weil er am 26. Oktober 1877 seinen Einzug ins Priesterseminar hielt, wo eine strengere Hausordnung den Verkehr mit der Außenwelt bis zum Abschluß der höheren Weihen stark einschränkt. Aber auch als Alumnus blieb er in steter Fühlung mit seinen Freunden draußen und im stillen Garten des Instituts holten letztere sich oft und gern Rat von ihm. Selbst die sozialwissenschaftlichen Interessen schwiegen hier nicht ganz. In den Probepredigten des Priesteramtskandidaten kamen diese Gedankengänge immer wieder zum Vorschein. So in einer Predigt am Sonntag Trinitatis, wo er in Anknüpfung an das Geheimnis der Dreifaltigkeit das Wesen der christlichen Nächstenliebe behandelte.

Im Jahre 1877 erschienen nunmehr seine unitarischen Vorträge in Buchform unter dem Titel „Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung mit besonderer Berücksichtigung der verschiedenen sozialen Parteien in Deutschland“ (Verlag der Bonifatiusdruckerei, Paderborn). Die 320 Seiten starke Schrift erregte außerordentliches Aufsehen. Hize hatte den entscheidenden Schritt in die öffentliche Laufbahn getan. Er gestand später selbst, daß die Unitas durch diese Vorträge seine ganze Lebensrichtung entschieden habe, daß er ihr Lebensinhalt und Lebensglück verdanke. — Die Fülle von Anzeigen und die eingehenden Besprechungen, die das Büchlein erfuhr — u. a. im Archiv für Kirchenrecht (durch Kleintwächter), im „Katholik“, in den „Stimmen aus Maria Laach“, selbst in der Frankfurter Zeitung, in den Hessischen Blättern, im Staatssozialist, im Deutschen Reichsboten, von der Germania, der Augsburger Postzeitung, dem Literarischen Handweiser, den Christlich-sozialen Blättern, der Essener Volkszeitung u. a. ganz zu schweigen — waren ein Beweis dafür, daß für das Thema des Büchleins nicht nur ein starkes Allgemeininteresse vorhanden war, sondern auch, daß die Arbeit selber diesem Bedürfnisse in vollkommenster Weise Rechnung trug. Die Zeitschrift „Der Katholik“ (März 1878) kritisierte übrigens mit Recht Hizes Anschauung,

daß der Sozialismus „an sich“ nicht unchristlich und es reiner Zufall sei, daß seine Vertreter in der Regel Gottesleugner wären. Auch später hat ja Hize den Zusammenhang zwischen System und Geist, Wirtschaftsform und Gesinnung z. B. verkannt, von „rein wirtschaftlichen“ Dingen gesprochen und der Neutralität des Industriekapitalismus das Wort geredet. Doch dies nur nebenbei. — Es war im gleichen Jahre, da der ehemalige Dreher Stözel als Kandidat der radikaleren christlich-sozialen Bewegung um Essen, Krefeld, Elberfeld und Aachen gegen den offiziellen Zentrumskandidaten v. Forcade ein Mandat erobert hatte und die Reichstagsfraktion des Zentrums unter dem Druck dieser Bewegung sich zu dem bekannten Antrag unter dem Namen des Grafen Galen entschloß, gerade als auch Bischof Ketteler das Zeitliche gesegnet — in jenem Jahre also trat Hize als der kommende Sozialpolitiker mit seinem Buche in die Öffentlichkeit. Der Inhalt des Buches ist durch die oben erstmalig wiedergegebene eigene Zusammenfassung seiner Würzburger Vorträge in den Grundzügen bereits bekannt. Das Wertvolle des Buches bestand natürlich noch nicht in eigenen Schöpfungen, sondern mehr in dem nützlichen Aufriß der historischen und dogmengeschichtlichen Entwicklung der sozialen Frage, d. h. in der guten gedrängten Uebersicht über den Stand der Theorien und Bewegungen, wie über die wirkliche Lage der arbeitenden Klassen. Hize sagte später selbst, daß es das Werk eines „Autodidakten“ gewesen sei, der ohne die mäßigende und ausgleichende Führung eines Lehrers sich selbst hat durchringen müssen, der auch diese Arbeit nur „an der Hand von Autoren geschrieben“. Aber gerade darin, daß er das Buch als Theologiestudent, gleichsam „nebenher“ zu schreiben vermochte, lag letztlich der Beweis für seine außergewöhnliche Begabung auf diesem Gebiete. Schon damals erkannte er klar die qualitative Einzigartigkeit der m o d e r n e n sozialen Frage innerhalb der Geschichte der sozialen Bewegungen. Er sah diesen charakteristischen Unterschied vor allem darin, daß das Problem nicht mehr mit dem „Arme werdet ihr alle Zeit unter euch haben“ zu erschöpfen, es nicht einfach mit der

Armenfrage identisch war, sondern die ganze Gesellschaftsordnung überhaupt „in Frage stellte“ und zwar in der akutesten Form. Die Arbeiterfrage stand allerdings bei der Behandlung des Themas weitaus im Vordergrund, wenn auch die Agrarfrage, Handwerkerfrage, Handels- und Steuerpolitik miterörtert wurden. Hise machte daneben bereits ganz konkrete Vorschläge für die soziale Reform und erörterte sogar schon die Sozialisierung „reifer“ Betriebe. In einer Fußnote (Seite 24) nahm er den Grundgedanken der heutigen Forderung auf spekulative Lohnerhöhung mittels schöpferischen Anweisungskredits zwecks Kaufkraftsteigerung schon irgendwie vortweg. Zuweilen trat eine starke Anlehnung an die sozialistische Gesellschaftskritik hervor, auch die Konzentrations- und Verelendungstheorie wurden teilweise in etwas vereinfachter Form übernommen. In aller Form vertrat er bereits die Anschauung, daß das Ganze den Teilen vorgehe und daß der Staat ein Recht und ein Interesse habe, das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit weitgehend zu ordnen (S. 129). Wenn Hise auch nicht auf eine ernste Kritik des marxistischen Sozialismus verzichtete, so blieb er doch fast ganz unpolemisch, vermied er jede unsachliche Apologetik gegen ihn und versuchte vielmehr, sich in seine Kapital- und Gesellschaftskritik hineinzudenken, um sie von innen heraus zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Andererseits sah er doch auch die Notwendigkeit einer hierarchischen Ordnung des Gemeinschaftslebens und wandte sich entschieden gegen den vom Liberalismus aus der Idee des „allgemeinen Priestertums“ abgeleiteten Gedanken eines gleichmacherischen, abstrakten „allgemeinen Staatsbürgeriums“. Geistvoll sah er im Nichtinterventionsprinzip des formaldemokratischen Nationalstaates den Abfall von der Idee der Menschheit als Gottesfamilie (161 ff.). Ganz zeitgemäß mutet seine damalige Kritik des Parlamentarismus mit seinem anorganischen Zentralismus an. Mit beredten Worten wandte er sich gegen die im Wesen des modernen Staates liegende Tendenz, die Aufgaben der sozialen Ethik einseitig zu Rechtspflichten zu konstituieren: „Denn das Leben der

Gesellschaft ist die Liebe; dem Prinzip der Freiwilligkeit ist die Ausgleichung der Interessen von Gott übertragen, und alle Versuche, die Gesellschaft allein auf die Gerechtigkeit zu gründen, scheitern. Wann endlich wird man das begreifen!“ (173 ff.). Im Gegensatz zu den inneren Widersprüchen des liberalen Staates gründete Hize damals sein Freiheitsideal auf die „Selbstverwirklichung“, als einer hervorragenden Möglichkeit, die gottgegebenen Kräfte der Persönlichkeit im Berufsstand zu schöpferischer Entfaltung zu bringen (180). Darum wandte er sich noch gegen den einseitigen Wohlfahrtsstaat, der die Uebel nur vermehre, statt sie zu heben, der ein anspruchsvolles, aber stets unzufriedenes Rentnervolk heranzüchte, statt auf die Quellen zu stoßen und den sozialen Schäden organisch vorzubeugen (293). Mutig wies er aber auch auf die Ursachen der Entfremdung zwischen Kirche und Arbeitsvolf hin und zeigte auf den letzten Blättern dieses trefflichen Kompendiums der sozialen Frage an einem Beispiel — ein Kloster, hundert Schritt von einer Spinnfabrik entfernt, weiß nichts über die sozialen Verhältnisse in diesem Betriebe — daß, wenn „der Berg nicht zum Salomon kommt, dann eben Salomon zum Berge gehen muß“.

Auf jeden Fall ist diese Erstlingschrift in ihrer polaren gegensätzlichen Einstellung in etwa schon bezeichnend für die Spannungen und Widersprüche, die wir auch später bei Hize beobachten können und die auf einen „charakteristischen“, d. h. nicht moralischen, sondern verborgenen habituellen Zwiespalt schließen lassen. Das mag jedoch noch an anderer Stelle näher erörtert werden. Hier genügt der Hinweis, daß die meisten Gedanken seines künftigen Lebenswerkes — nicht nur jener eigenartige, äußerlich nicht stark in Erscheinung tretende Dualismus — in diesem Büchlein schon keimhaft angedeutet sind. Man meint fast — um einen biologischen Vergleich anzuwenden — „eine kurze Refapitulation“ seiner persönlichen Entwicklung und Lebensgeschichte vor sich zu haben, sowohl was die Stadien seiner mehr protektionistischen oder mehr autonomistischen Anschauungen betrifft, als auch, was die sachliche Reformarbeit selber

angeht. — Es scheint, daß man damals die program=
matische Bedeutung des Schriftchens erkannt oder doch
geahnt hat, denn nach Beendigung des Alumnatsjahres
(Tonsur und niedere Weihen erhielt Hihe am 14. Juli
1878, Subdiaconat am 21. Juli, Diaconat am 25. Juli 1878,
am 26. Juli 1878 schließlich die Priesterweihe), bot der
Heimatbischof dem jungen Autor die eben von de Waal
errichtete „Piuskaplanei“ am deutschen Campo santo in
Rom an, die er dann auch annahm. Zunächst feiert er
noch seine Primiz, das erste heilige Meßopfer, in der Fa=
milienkapelle in Hixendumide. Es waren noch die Mai=
gesetze in Geltung und im umliegenden Walde sollen da=
mals Polizisten gelauert haben, um etwas von dieser
verbotenen Handlung zu erspähen. Von dort aus ging
er noch zu seiner verheirateten Schwester nach Eslohe,
wo er von seinen Verwandten gebeten wurde, den lange
entbehrten Gottesdienst auch in der Kapelle zu Salling=
hausen mit der ganzen Dorfgemeinde zu feiern. Als der
junge Priester zum Altare schritt, stimmten die Anwesen=
den die deutsche Singmesse an. Hihe, der wohl ursprüng=
lich nur ein stilles Opfer darbringen wollte, drehte sich
zur Seite und fragte „Sal et wat Gräutes (ein feierliches
Amt) giwen?“ „Jo,“ antwortete man ihm, „men alles
wat derinne is!“ Auch hiervon hatte die Polizei Wind
bekommen, aber es war jetzt eine „geschlossene Gesell=
schaft“ und keine Handhabe, einzuschreiten. —

„Kaplan Hize“.

I.

Wie wenige Jahre früher Wilhelm Emanuel v. Ketteler auf dem Wege zum vatikanischen Konzil sich Marxens Hauptwerk zur Reiselektüre erwählt, so zog auch der junge Hize mit dem „Kapital“ im Büchertöcher zur ewigen Stadt jenseits der Alpen. Ein eigenartiges, tiefes Sinnbild für die Wiederbegegnung von Kirche und Gesellschaft! — Zwar trug der junge Priester sich mit der Absicht, in erster Linie kirchengeschichtliche Studien in der Sieben-Hügel-Stadt zu treiben. Aber das Bündel von Zeitungsausschnitten und sonstigen Abhandlungen über sozialwissenschaftliche Fragen in seinem Gepäck zeugt davon, daß Hize sich klar darüber war, daß auch dort seine Interessen nicht schweigen würden. Tatsächlich kam er denn auch bald durch die Lektüre des Wiener „Vaterland“ und der Oesterreichischen Monatshefte für Gesellschaftswissenschaft wieder an die alten Probleme. Besonders die Begeisterung, mit der in diesen Blättern die sozialen Ideen vorgetragen wurden, ergriff ihn sehr. Er wurde dadurch mit der Gedankenwelt des österreichischen Sozialpolitikers Freiherrn von Vogelsang vertraut und stärker auf die Fährte der mittelalterlichen Soziallehren gedrängt. Bald legte er sich eine stattliche Kirchenväterausgabe zu — sie steht jetzt in M. Gladbach im Volksvereinshause — und ging an Hand der patristischen und scholastischen Quellen den christlichen Sozialprinzipien und dem Naturrechte nach. Seine Anschauungen begannen sich zu klären, angesichts der fundamentalen Lehren eines Thomas von Aquino, eines Lessius, Molina, Suarez. Daneben sorgte die Lektüre desjenigen Werkes, dem — trotz allem — das Verdienst zukommt, den modernen Kapitalismus in seiner historischen Ein-

maligkeit zuerst erkannt zu haben, Marxens „Kapital“, für die stete Verbindung des stillen Forschers mit den brennenden Fragen der Außenwelt.

Im Campo santo, jenem deutschen Priesterkollegium, dessen Stiftung als Heimstätte der Deutschen in der Nähe von St. Peter sich bis ins 8. Jahrhundert zurückverfolgen läßt, fanden damals auch vielfach „Sperrlinge“ Aufnahme, d. h. solche deutschen Priester, die auf Grund der Kulturkampfgesetze vorbestraft und auch solche, die der Gefängnisstrafe entronnen waren. Es ist klar, daß diese politisch sehr interessiert waren und den Paderborner Neuling sofort in ihre Gespräche zogen. Interessant ist es, zu hören, daß Hize schon damals gegenüber der antipreußischen Stimmung seiner gemäßregelten Hausgenossen Preußen sehr energisch verteidigte. Ludwig von Pastor, der spätere Geschichtsschreiber der Päpste, versuchte seiner Zeit vergeblich, ihn von den deutschen sozialen Verhältnissen auch auf das Studium der italienischen zu lenken, um ihn vor Einseitigkeiten zu bewahren. Einzig die Bibliothek des jungen Grafen Stainlein-Saalenstein, der sich in der Armenpflege Roms aufopfernd betätigte und dem sich Hize etwas enger anschloß, mochte ihm auch einen Einblick in die soziale Frage der lateinischen Staaten vermittelt haben. Damals fragte sich Hize, gibt es eine soziale Frage schlechthin, oder gibt es nur „soziale Fragen“? In einer kleinen Broschüre „Die Quintessenz der sozialen Frage“ (Bonifatius-Druckerei, Paderborn 1880) suchte er dieses Problem zu lösen: Soziale Frage und soziale Fragen verhalten sich wie Ursache und Folgen. Nur diese Erkenntnis des Zusammenhanges allein — so meinte er — kann uns davor bewahren, bei den Symptomen stehen zu bleiben, Palliativmittel anzuwenden und darüber den springenden Punkt zu übersehen. Zwar ist die religiös-sittliche Regenerierung die Voraussetzung einer Lösung, die soziale Frage selbst aber gründet in der arbeitsteiligen Produktionsweise. Die Maschine ist es, die den Arbeitsprozeß und durch ihn die Besitzverhältnisse samt der gesellschaftlichen Ordnung revolutioniert. Hize nimmt die Tatsache der modernen Industrie bereits als unab-

änderlich hin, er sucht aber darüber hinaus nach einer Gesellschaftsordnung, die den neuen Verhältnissen recht und schlecht entspricht. Vielleicht war es der Einfluß der sozialromantischen Bektüre, die ihn veranlaßte, die Maschine an den Anfang der kapitalistischen Entwicklung zu setzen. Auch der protestantische Abt Ahlhorn hat ja einmal gesagt, daß die Maschine in ihrem Wesen etwas Protestantisches habe. Aber in dieser Formulierung erscheint die neuzeitliche Technik in ihrer ruhelosen, traditionsfeindlichen Dynamik mehr als ein Ergebnis, eine Folge des modernen Geistes. Bei Hise ist sie Ursache. Er sieht die Wechselbeziehungen als solche noch nicht in letzter Klarheit: wie etwa die kapitalistische Spaltung zwischen Haushalt und Erwerb, Arbeit und Besitz, Leitung und Ausführung auch die organischen Grenzen aufheben, die Rangordnung der Werte stürzen, die Produktion zum Selbstzweck verkehren und schließlich den Erwerb objektivieren muß. Und wie durch diese Umwertung aller Werte dann eine „ideale“ Begegnung des faustischen Geistes der Rationalität und Technik mit dem kapitalistischen Geist des Bourgeois und Unternehmers herbeigeführt wird. Zwar finden sich gerade in dieser frühen Schrift schon geistreiche Hinweise auf die Ablösung des Seigneurs und des konservativen, zufriedenen Menschen von früher durch den Bürger — aber diese Typen erscheinen noch etwas einseitig als Widerspiegelungen der herrschenden Produktionsweise. Auch die marxistischen Theorien von den Krisen usw. tauchen hier wieder auf, die Verselbständigung der Kapitalmacht wird richtig erkannt, ebenso die entwurzelnden, proletarisierenden, zentralisierenden Wirkungen des Maschinenwesens. Und die Lösung? Sie wird nicht in einer „absoluten Gesellschaftsordnung“ gesucht. Die feudal-zünftige Gesellschaft hätte der modernen Produktion Platz machen müssen. Jetzt aber hieße es, die Gesellschaft neu zu ordnen, und zwar durch einen ständischen Sozialismus auf erweiterter, der neuen Produktionsweise entsprechenden Stufenleiter. Zwangsinnungen und Arbeitskammern sollen geschaffen und der legalen Interessenvertretung, wie der Ausbildung eines autonomen Arbeitsrechtes dienstbar gemacht

werden. Gerade auch die Großindustrie und die Lohnarbeiterchaft — so etwa führt Hize aus — bedürfe der berufsständischen Organisation, nicht zuletzt, um auch die Produktionsregelung in die Hand zu nehmen. Erst die Ueberwindung des Parteigeistes und der rein politischen Kammern würde die Voraussetzung für einen, von plutokratischen und oligarchischen Mißständen freien, ausgedehnten Staats- und Gemeindefozialismus schaffen.

II.

Damit war der Auftakt, der Grundriß zu dem bedeutendsten Werke Hizes gegeben, das er nunmehr in Angriff nahm. Aus der Vorstudie hatte er die Ueberzeugung gewonnen, daß zwischen dem individualistischen Wirtschaftsgeist und der faktischen Vergesellschaftung durch die maschinelle Produktionsweise ein verderbender Widerspruch kasse. Der neuen Arbeitsweise müsse notwendig ein sozialeres Recht folgen, sowohl im Interesse der Produktion selber, als auch hinsichtlich der Bedürfnisse der Gemeinschaft. „Der Sozialismus wird kommen, entweder der absolute, sozialdemokratische des Staates, oder aber der relative, konservative, gesunde der Stände. Sozialistische Organisation der Stände: das ist die Lösung der sozialen Frage.“ Das waren die letzten Sätze seiner „Quintessenz“, das war aber auch das Programm von „Kapital und Arbeit“.

Ohne einen nur annähernd ausreichenden wissenschaftlichen Apparat ging Hize nunmehr daran, seinen bisher noch tastenden, unsicheren Ideen eine begrifflich klare Fassung zu geben und streng systematisch und selbstkritisch zu entwickeln. Er wählte dabei die Form in sich geschlossener, aber doch irgendwie zusammenhängender Vorträge über „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft“ (Paderborn 1880). Diese Vorträge „fassen die soziale Frage, wirklich als ‚die Frage der Vergesellschaftung‘, als die Frage, wie die bestehende gesellschaftliche Ordnung von Kapital und Arbeit umzugestalten, zu reorganisieren sei, um der steigenden Zerflüftung der Gesellschaft ein Ziel zu setzen, die gegen-

sächlichen Kräfte wieder in Gleichgewicht und Harmonie zu bringen.“ Die Spannung zwischen technischem Fortschritt und dem Zurückbleiben der gesellschaftlichen Formbildung soll ausgeglichen, die ganze Gemeinschaft der Vorzüge der Industrie teilhaftig werden. „Wir wollen mehr oder weniger“ — gesteht Hize im Vorwort — „die Wiederherstellung der mittelalterlich-zünftigen Gesellschaftsordnung.“ Aber er will sie nicht einfach repressieren, sondern „auf erweiterter wirtschaftlicher und demokratischer Grundlage“ den veränderten Umständen anpassen — bei voller Anerkennung der technischen und ideellen Fortschritte, welche die kapitalistische Gesellschaftsordnung uns gebracht habe. „Speziell der Arbeiterstand muß als ein den andern gleichberechtigter der Gesellschaft ‚organisch‘ eingegliedert, in seinen berechtigten Ansprüchen an das Kapital durch eine umfassende Gesetzgebung geschützt, selbständig organisiert werden, damit das Verhältnis von Arbeiter und Unternehmer mehr ein Verhältnis der Gegenseitigkeit, ein mehr demokratisches, ständiges (!) und stetiges werde.“

Schon die Gegenüberstellung im Titel „Kapital und Arbeit“ beweist, daß Hize damals bereits eine tiefe Ahnung davon hatte, daß im Auseinanderfall des Produktionsmittelbesizes und der besizlosen Nurarbeit der Krankheitsherd liegt, aus der Zerrüttung und Zerfall der modernen Gesellschaft resultieren. Schon im zweiten Absatz der Einleitung des ersten Vortrages über die sozialistische Werttheorie deutete Hize fast unbewußt und mehr im Vorübergehen auf die fundamentale, aber noch heute vielfach übersehene Tatsache, daß der Kapitalbegriff keineswegs überzeitlicher Natur ist, keine Dingbezeichnung für irgendwelche „produzierten Produktionsmittel“ darstellt, sondern wesentlich als Funktionsbegriff genommen werden muß. Von Kapital ist demnach nur insofern zu sprechen, als das betreffende Produktionsmittel, dieses konkrete Eigentum, tatsächlich die Funktion als „Kapital“ ausübt, d. h. die Eigenschaft wirkt, einer Unternehmung als sachliche Unterlage zu dienen. Da aber diese Verwendungsform des Eigentums erst heute herrschend ist, so erweist sich das Kapital auch

als eine bloß historische Kategorie, die geschichtlich entsteht und wieder vergeht oder doch nur einmal einer ganzen Gesellschaftsordnung das Gepräge gibt, zu einer andern Zeit aber wieder nur vereinzelt wirksam wird. Hise zögert sogar nicht, an anderer Stelle (S. 103) es dem Sozialismus als Verdienst anzurechnen, daß er die Relativität dieser Funktion des Eigentums so stark betont habe. Hier hat er demnach — nicht ohne den Einfluß von Marx — bereits Gedankengänge angedeutet, denen wir später bei Sombart und Max Weber in wissenschaftlicher Vollenendung begegnen. Selbst die Preistheorie Gustav Cassels, wonach der Preis die Nachfrage nach knappen Gütern je nach dem Vorrat einzuschränken oder zu erweitern habe, ist hier schon andeutungsweise skizziert (S. 31). Er teilt mit v. Kirchmann die Ansicht, daß der Genußverzicht, der erst neuerdings als Charakteristikum des kapitalistischen Geistes und der Unternehmerpsychologie erkannt wird, eine Sadgasse der wirtschaftlichen Entwicklung werden muß, weil auf die Dauer alle Wirtschaft nur gedeihen kann, wenn sie dem gesellschaftlichen Bedarf dient (49, dageg. 372). Erst wenn mit steigender Produktivität der Arbeit auch der Anteil der Massen d. h. deren Kaufkraft steigt, werden die Spannungen zwischen Angebot und Nachfrage, die Absatzkrisen, ursächlich überwunden, erhalten technischer Fortschritt und vermehrte Gütererzeugung ihren Sinn, dient die Wirtschaft ihrem natürlichen Zwecke, gesundet unsere ganze Sozialverfassung! Folgerichtig ist die Stellung Hises zum Privateigentum ziemlich weitherzig, das Privateigentum an den Produktionsmitteln erscheint bei ihm mehr als positive, menschliche Sehung (S. 114), dem nunmehr das „Arbeitsrecht“, das Recht auf Mitverfügung über die Arbeitsmittel, auf Mitgenuß der Arbeitsfrüchte (150) gegenüberstehe: „Wo ich nicht mit-rate, ich auch nicht mit-tate.“ In der politisch-wirtschaftlichen Reorganisation der Stände liegt ihm darum die ganze Lösung der sozialen Frage. Damit glaubt er das Manchesterium für immer gebrochen. Aber auf eine Neuordnung der Gesellschaft von unten herauf rechnet er nicht (437), „es muß wieder regiert werden,“ und zwar in die gesellschafts-

lichen Verhältnisse hinein (392), „schaffen wir mal die Institutionen, der Inhalt wird sich schon finden“ (487). Wieweit die Ordnung des Staates im einzelnen zu gehen habe, erscheint ihm eine rein praktische Frage (150), prinzipiell könne der Staat sogar reine Liebespflichten, nicht nur die Beobachtung der Gerechtigkeit, erzwingen (170, 229). Wie Adolf Wagner, so glaubt auch Hise, es sei ein Gesetz der Weltgeschichte, daß mit fortschreitender Entwicklung der Staat immer (im Originaltext hat ihm der Druckfehlerschalk ein „nimmer“ daraus gemacht! —) mehr Gebiete der Freiwilligkeit in den Bereich des Rechts hineinzieht (232). Er wendet sich dabei ausdrücklich gegen diejenige Richtung der katholischen Sozialethik, wie sie besonders in Frankreich und Belgien in der Schule von Angers unter Führung Berins vertreten wurde und welche die Wirksamkeit des Staates auf die reinen Rechtspflichten beschränkt wissen wollte. Gedanken, wie die Nationalisierung des Bodens lagen ihm durchaus nahe (348). Aber der Angelpunkt seiner Ideen war offenbar in einem „ständischen Sozialismus“ (440) zu suchen, in einer Solidarisierung der Berufe, welche die Aufgabe haben sollte, einen Ausgleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus herbeizuführen. Der Konstitutionalismus — meint Hise — sei letzten Endes keine echte Volksvertretung, sondern nur eine Vertretung von Staatsbürgern. Nicht die Partei, sondern erst der Stand ermögliche eine wahre Vertretung der volkspolitischen Strömungen. „Standwerdung“ der Arbeiterschaft und „Entproletarisierung“, das sind Vorstellungen, die bei Hise längst vorweggenommen sind. Auch die „Dezentralisation“ der Industrie, wie sie heute von Rosenstock, Hellpach, Gremer, Ford vorgeschlagen wird, hat ihm bereits vorgeschwebt und mit Reuleaux glaubte er in etwa an die soziale Mission der Kleinkraftmaschine (503, 584 f.).

Er war der Ueberzeugung, daß der Kleinbetrieb — evtl. mit genossenschaftlicher Ausnützung der Technik — durch Bewahrung der Persönlichkeit und Freiheit berufen sei, einen gewissen „Mittelstand“ zu bewahren und zu stärken. Darüber hinaus versprach er sich davon eine

Stärkung der Qualitätsarbeit (485), eine Gesundung des Verhältnisses von Erzeugung und Bedarf (331). Nur gegen die Zersplitterung, die das neue Erbrecht im bäuerlichen Besitz hervorruft (Pflichtteil) wandte er sich entschieden (357 und 380). Auch möchte er nicht in jeder Hinsicht auf die Vorteile gewisser industrieller Großbetriebe verzichten (258), dort sollen eben Sozialversicherung (535) und „konstitutionelle“ Gestaltung des Arbeitsverhältnisses den Ausgleich schaffen (552). Selbst das „Dinta“-Programm einer Erwachsenenbildung im Rahmen der Werksgemeinschaft d. h. einer universalen Erziehung der jungen Fabrikarbeiterschaft ist in diesem Buche gleichsam vorausgeahnt worden (555 f.). Er vertritt die Krisenunterstützung für die durch die arbeitsparenden Maschinen freigesetzten Arbeiter (562). Der bereits in seinem Erstlingswerk angerührte Gedanke einer Kapitalisierung des Vertrauens in die Arbeit, der Kreditschöpfung zwecks Kaufkraftsteigerung der breiteren handwerkenden Bevölkerung — die spekulative Lohnerhöhung, wie es Theodor Brauer kürzlich genannt — ist hier weiter ausgeführt (541 f.). Er bekennt sich zum Familienlohn und begründet ihn mit dem Gegenwert der sog. Produktionskosten bzw. Reproduktionskosten der Arbeit. Die Kosten der Aufzucht, der Behütung und Erziehung — jenes große Unlagekapital der Eltern für die Kinder — müßten sich einmal verzinsen. Darüber hinaus bestehe ein Anspruch auf eine Sicherheitsprämie für das Alter, wo die Produktivkräfte im Dienste der Arbeit einmal verzehrt sind. Wie etwa beim Arzt nicht der augenblickliche Aufwand für die einzelne Untersuchung und Beratung vergütet wird, sondern auch ein Anteil auf die „vorgeschoffenen“ Studienkosten und den schnellen „Verschleiß“ der dauernd gefährdeten Arbeitskraft des Mediziners, so muß auch der Unternehmer die familiären Aufzuchtskosten wieder erstatten, damit sie der „Brutpflege“ und Erziehung der neuen Generation wieder zur Verfügung stehen (537). Staatlicher Arbeiterschutz (533) soll die „Risikoprämie“ für die Gefahren der modernen Arbeitsweise ablösen bzw. garantieren. Ein Minimum sozialer Sicherheit soll dadurch gewährleistet werden, daß

in Form von Beiträgen der Arbeitgeber ein Teil des Lohnes einfach dem Gesetze von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte entzogen und den Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Hinterbliebenenkassen zwangsweise zugewendet wird (536). Die Gewerkschaften und ihr Bemühen, den Lohn zu steigern, erkennt Hise grundsätzlich an. An Stelle ihrer klassenpolitischen Einstellung sollen sie sich aber mehr berufsständisch orientieren; über dies wünscht er sie mit öffentlichen Rechten ausgestattet und staatlich begünstigt — eine Forderung, die erst jetzt durch einen seiner späteren M. Gladbacher Schüler, den Reichsarbeitsminister Brauns, verwirklicht wurde. Allerdings finden wir schon damals bei ihm die neuerdings von Brieß gegenüber Brentano vertretene Anschauung, daß die Gewerkschaften nicht für jene Arbeiterkreise gedacht werden können, die dauernd an der unteren Existenzgrenze stehen und daß sie gerade in den Zeiten schwerster Krisis und Verelendung in Frage gestellt sind. Er war vielmehr der Ueberzeugung, „daß sie nur in Zeiten des Aufschwunges ein wirklich durchschlagendes Mittel sind, eine Aufbesserung der Arbeiterlage zu bewirken.“ Die Kritik des Liberalismus an der Organisation der Arbeit schien auch ihm weniger in der Anwendung der gleichen „Marktgesetze“ durch die Arbeitskartelle begründet zu sein, als in dem Versuch des Proletariats, sich durch Verbandsbildung gerade von diesem reinen Konkurrenzkampf zu befreien, die Arbeit wieder „ständisch“ zu qualifizieren (527). — Für Hise erschöpfte sich die soziale Frage nicht mehr in der Arbeiterfrage, wie das in seinem ersten Buche noch mehr oder weniger der Fall war. Er macht den Sozialismus (253), als ungeratenen Sohn des Liberalismus, dafür verantwortlich, das öffentliche Interesse einseitig auf die sozialen Probleme der Industrie gelenkt zu haben (389). Während in seinem Erstlingswerke noch ausdrücklich vom Vorrang des Ganzen vor den Teilen gesprochen wird, postuliert Hise hier, um eine Plattform für seine autonomen Berufskörperschaften zu bilden, die „relative Selbständigkeit und Berechtigung der Glieder“ innerhalb des sozialen Organismus (214). In gewissem Wider-

spruch zu andern Stellen des gleichen Buches — etwa zu seinem Appell an die „allgegenwärtige Hand des Staates“ (439) — eifert er sogar heftig gegen unsere zentralisationsfüchtige Zeit, die den Sinn für die Heiligkeit der wohlerworbenen Rechte und der bestehenden Freiheit verloren habe und der nur der Staat heilig sei. Die moderne staatliche Organisationsform der Gesellschaft sei erst sehr jungen Datums und sei keineswegs für alle Ewigkeit so festgelegt, sondern könne durchaus einmal vom Föderalismus der arbeitsteiligen Gesellschaft eingeschränkt werden (408, 207 f.). Der Widerspruch zwischen der verschiedenen Stellungnahme des Buches zur öffentlichen Gewalt läßt sich in etwa lösen, wenn wir bedenken, daß Htze eben in erster Linie die *Verordnung* in politischen Dingen ablehnt und an deren Stelle Rechtsansprüche gesetzt wissen will: legale Selbstverwaltung der Stände mit staatlicher Protektion (398). Erinnert man sich, wie treffsicher Htze die Attribute und Wirkungen des Kapitals, wie etwa Mechanisierung, Unitarisierung, Gleichmacherei, Vereinzeln, Auflösung der Gemeinschaft, Nationalliberalismus, feststellt (309, 334), so mag es auffallen, daß er trotzdem immer die Notwendigkeit einer Anpassung an die moderne industrielle Entwicklung betont (463). Aber ebensowenig, wie er den Strom zurückstauen will, mag er sich vom Fluß der Dinge einfach treiben lassen. Ganz ähnlich, wie Dessauer und kürzlich Romano Guardini in seinen „Briefen vom Comersee“, zeichnet er — wenn auch mit gröberen Strichen — die kommende Zeit als eine Zeit der Ordnung, der Wiederherstellung der rechten Rangordnung der Werte, die die Technik nicht verneint, sondern ihre „Philosophie“ erst richtig erfüllt, sie uns dienstbar macht (481). Die Geschichte sieht er nicht in kontradiktorischen Gegensätzen verlaufen, sondern in Spannungen, welche die ruhende Substanz zu immer neuer Schöpfung veranlassen. Also keine dialektische Negation, sondern Stetigkeit, Anknüpfung der Zukunft an die Vergangenheit und Gegenwart, wenn auch zuweilen an deren Fehlentwicklung (303 und 570). Darum will er seine künftige Innung auf den Boden des gegenwärtigen Wirtschaftssystems stellen,

aber einen „Plan“ soll sie da hineintragen und Planwirtschaft daraus gestalten. Die berufsständischen Körperschaften sollen die ganzen Aufgaben des Genossenschaftswesens, der Sozialversicherung, der freien Volksbildung, des Arbeitsrechtes, der Treuhänder für Warenkredite und Arbeitsgeld (475 f.), des jetzt unnatürlich aufgeblähten Zwischenhandels (544) übernehmen. Häge ist so vertrauensfelig in seinen Ideen, daß er sich sogar zu dem Satze versteigt „Unser ganzes Leben muß wieder ständisch werden, von der Politik bis zum — Vergnügen.“ —

Nach dieser Auswahl besonders aktueller und interessanter Probleme des Hägeschen Buches scheint uns doch ein kurzer systematischer Rückblick unerläßlich zu sein. Das bisher Gesagte läßt bereits erkennen, daß das Werk sowohl kritisch als auch positiv gehalten ist. Der erste Teil gibt denn auch zunächst eine theoretische Auseinandersetzung mit den herrschenden Meinungen und den Tatsachen der Volkswirtschaft, denen dann die christlichen Soziallehren gegenübergestellt werden. Der zweite Teil skizziert die kommende Wirtschaft und die Wege dahin. Sehen wir uns beide noch einmal genauer an: Der erste Vortrag prüft die sozialistische Werttheorie und kommt aus prinzipiellen und sachlichen Erwägungen zu einer Ablehnung. Dagegen findet die marxistische Kritik der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung im zweiten Vortrage weitgehendste Zustimmung. Die Lehren von der Konzentration des Kapitals und der Unternehmungen, von der Ueberproduktion und Unterkonsumtion werden in ihren Grundzügen anerkannt. Im dritten Abschnitt wird an Hand des scholastischen Naturrechtes das Eigentum erörtert, seine Begründung im ius gentium wird indessen nicht sehr streng gedeutet, es erhält dadurch den Charakter eines mehr „dynamischen Eigentums“ — um die Wortschöpfung des katholischen Soziologen v. Nell-Breuning anzuwenden. Die geschichtlichen Belege sind teilweise unzureichend. Im folgenden Kapitel wird der Versuch gemacht, das von französischen Sozialisten verkündete „Recht auf Arbeit“ durch Zitate aus den mittelalterlichen Moralphilosophen

zu bestätigen, und im Sinne eines Anspruches, durch Arbeit leben zu können, den Rechten des Eigentums bzw. des Kapitals ausgleichend gegenübergestellt. Im fünften Vortrag wird der Ausgleich dieser beiden Rechte in ganzer Breite erörtert und eine Vermittlung zwischen Individualismus und Sozialismus, Freiheit und Bindung erstrebt. Das Ergebnis ähnelt bereits dem später von Heinrich Pesch geschaffenen „Solidarismus“ und zeigt eine gewisse Verwandtschaft mit den Anschauungen des Kathedersozialismus. Dann folgt eine Polemik gegen die sozialistische Fassung der Ideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wobei der christliche Kern dieser Forderungen nicht genügend anerkannt scheint und noch nicht versucht wird, sie als Reaktionserscheinungen wenigstens zu „verstehen“. Auch der achte Vortrag, der sich mit der materialistischen Geschichtsauffassung auseinandersetzt, mutet noch stark apologetisch an, wobei auch die philosophischen Schwierigkeiten vielleicht ein wenig vereinfacht sind. In den beiden folgenden Abschnitten ist von der Berechtigung des Mittelstandes und seiner Gefährdung durch die moderne Gesetzgebung die Rede. Es werden die Vorzüge der Gruppensubordination, der Vereinigung von Werkraum und Lebensraum im Kleinbetrieb dargetan und deren Erhaltung und Schutz durch ein konservativeres Erbrecht, eine Reform des Hypothekendarlehens usw. gefordert. Damit ist bereits der Übergang zum praktischen Teil gegeben, der die „Reorganisation der Gesellschaft“ zum Gegenstande hat. Zunächst wird die Schaffung von Interessenvertretungen an Stelle der politischen Parlamente gefordert und der Volkswirtschaftsrat, wie ihn damals Bismarck etwa plante, als Übergangsstadium ins Auge gefaßt. Wenn die Auflösung der Gesellschaft, so heißt es im elften Vortrage, der eigentliche Gegenstand der sozialen Frage sei, so könne die Antwort folgerichtig nur auf einen Sozialismus, eine neue Bindung der Gesellschaft hinauslaufen. Es wird also das Problem einer Neugestaltung und Gliederung des Bauernstandes und des Handwerks praktisch überlegt und schließlich im vierzehnten und fünfzehnten Vortrage sogar die Organisation der Großindustrie und

der Arbeiterschaft, ihre Notwendigkeit und Möglichkeit erörtert. Diese beiden Kapitel sind die wichtigsten, aber auch problematischsten. In bezug auf die Verbandsbildungen sind sie der Wirklichkeit vorausgeeilt. Noch ehe die Kartelle, Trusts und Syndikate eine Art Produktionsregelung im weitesten Umfange in die Hand nahmen, noch ehe Plenge und Nicklisch die Parole „Organisation“ ausgegeben und Sombart die Diagnose einer spätkapitalistischen „Gruppierung“ der Wirtschaft gestellt, hat also Hise einer Reorganisation das Wort geredet. Uns scheint indessen, daß er die Wesensverschiedenheit der vorkapitalistischen und der hochkapitalistischen Sozialordnung, wie sie in dem Unterschied von Gemeinschaft und Gesellschaft am typischsten gekennzeichnet ist, nicht genügend in Betracht gezogen hat. Eine äußere Verfassung bildet das Proletariat eben noch nicht in Berufsstände um, genau wie auch die Polarisierung der modernen Gesellschaft, ihre Zerklüftung in Klassen noch nicht durch Arbeitsgemeinschaften, Kleinaktien, Gewinnbeteiligung, Wirtschaftskammern und Interessenvereinigungen wesentlich überwunden wird. Durch Ideologien wird der Arbeiter an der Stanzmaschine ebensowenig „Berufs“-mensch, wie etwa eine Unternehmervereinigung durch Humanität „ständisch“ wird. Zu der „Formierung“ muß vielmehr ein weitgehender inhaltlicher Wesenswandel hinzukommen. Es genügt nicht, daß das überkommene Wirtschaftssystem mit dem Geiste der Sozietät erfüllt werde, sondern es müssen auch durch Reform der Produktionsweise die Voraussetzungen und Lebensbedingungen für ihn geschaffen werden. Die zum Wesen des Kapitalismus gehörende Abspaltung der Arbeit von den Produktionsmitteln wird nicht nur durch eine Verstärkung des Arbeitsrechtes gegenüber dem Eigentumsrecht überwunden, sondern auch wohl durch schrittweise Wiedervereinigung des Eigentumsrechtes mit dem Arbeitsrecht, der Produktionsmittel mit der „nackten Arbeit“, des Lebens mit dem Werkturn. Hier ist wohl der Angelpunkt einer Achsendrehung von der angeblichen Schicksalhaftigkeit der großindustriellen Wirtschaftsentwicklung zur echten Ge-

gesellschaftsordnung. Aber Ernst Michel hat gewiß recht, wenn er meint, daß der Weg von der Sozialpolitik zur Gesellschaftsordnung über die Etappe des Arbeitsrechtes gehen mußte. Wie unsere Zeit bereits einer Wende zwischen Arbeitsrecht und Ordnung „von unten herauf“ und „von innen heraus“ entgegengeht, so tauchten auch zu Hizes römischer Zeit in den Gewerksvereinen die ersten Vorposten des Arbeitsrechtes auf. Deshalb stecken in seiner Korporationsidee nicht etwa bloß romantische Wiederholungen und ethizistische Utopien — wie man das gelegentlich hinzustellen beliebt — sondern Reime des heutigen Arbeitsrechtes, auch wenn Hize nach diesen zwei Schritten vorwärts später einen Schritt zurück gemacht hat. Als ob nicht auch die soziale Revolution der Nachkriegszeit den Weg der Echternacher Springprozession gehen mußte! — Ist es ein Zufall, daß „Kapital und Arbeit“ mit einem Abschnitt über Kommunalisierung und Verstaatlichung schließt? Kommt da vielleicht zu guter Letzt noch ein Zweifel an die Reise der Gesellschaft zur Selbsthilfe, eine Rückkehr zum Staate zum Ausdruck, dem Hize in seinem Sturm und Drang seine heimliche Bewunderung nicht verbergen kann, dessen Macht er schließlich die Verwirklichung seiner sozialen Ideale doch noch anvertraut?

Wie dem auch sei, auch dieses Buch fand einen ungewöhnlichen Widerhall. Selbst Freiherr von Hertling, einer der damals führenden katholischen Sozialphilosophen und praktischer Sozialpolitiker im Reichstag würdigte (1882) in den „Christlich-sozialen Blättern“ diese Arbeit des jungen Kaplans einer eingehenden Auseinandersetzung. Hertling stand allerdings mit beiden Füßen auf dem Boden der modernen industriellen Entwicklung. Nach Ritter v. Buß gehörte er wohl zu den ersten Adligen, deren soziale Arbeit nicht auf einem Ressentiment gegen den Liberalismus der neuen „Schlotbarone“ gegründet war. Aber seine Auffassungen vom Rechtsstaat trafen sich z. T. wieder mit dem sozialen Individualismus der belgisch-französischen Katholiken. So mußte Hertling nicht nur gegen die Zunftverfassung der reorganisierten Gesellschaft Hizes wegen ihres An-

scheins einer wirtschaftsgeschichtlichen Rückbildung eingenommen sein, sondern auch wegen des „sozialistischen“ Charakters derselben. Schon in seiner „Jungfernrede“ im Anschluß an den bereits erwähnten Antrag Balen hatte Hertling vor einer sozialen Staatsomnipotenz gewarnt und er hatte damals die Windthorst'sche Fraktion, die durch den Bismarck'schen Kulturkampf die Folgen einer übersteigerten Staatsautorität stark zu spüren bekommen hatte, noch auf seiner Seite. Andere Adlige der Partei, an der Spitze der Abgeordnete Freiherr von und zu Frankenstein, neigten aber je länger je mehr dazu, dem sozialen Protektionismus der Regierung zu folgen. Bismarck verstand es, Frankenstein an sich zu ziehen und durch ihn einen Teil des Zentrums für sein mit Staatszuschüssen gedachtes Versicherungsgesetz, das dazu dienen sollte, die Staatsgewalt gegenüber der Sozialdemokratie zu sichern, zu gewinnen. Hertling erzählt in seinen Erinnerungen später, daß damals der Abgeordnete Dr. Franz das Wort geprägt habe „die Fraktion befände sich auf der schiefen Ebene — nach oben.“ Diese neuen Tendenzen innerhalb des Zentrums fanden jedenfalls in Hitze's Buch einige theoretische Stützen und so sah sich Hertling veranlaßt, den Dingen auf den Grund zu gehen. Während Hitze wegen der Glaubensspaltung auf eine positiv religiöse Basis seiner Korporationsidee verzichten zu müssen glaubte und die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellte — als deren Folge er eine christliche „Reaktion“ erhoffte (siehe Kapital und Arbeit, S. 447) — ging Hertling mit dem moraltheologischen Rüstzeug des sicheren Scholastikers an die Kritik. Er wies nach, daß es eine sittliche Höchstgrenze des Eigentums nicht gäbe, abgesehen von dem Grenzfall — den auch die Kirchenlehrer des Mittelalters behandelten — wo das Maximum an Besitz durch das Minimum der Nahrung des Dritten begrenzt sei. Hertling schien zu übersehen, daß gerade in diesem Grenzfall der Vorrang des Menschen vor dem Sachenrecht zum Ausdruck kam. Eine positive Soziologie hat aber offenbar nicht davon auszugehen, was gerade noch erlaubt ist, sondern was wünschenswert, sozial erstrebens-

wert ist. Dies steht jedoch bei Hertling — wie er selber ausdrücklich betont — nicht in Frage; er verkannte also, wie es scheint, ein wenig die verschiedenen Aufgaben des kirchlichen Rechtes und der Moral einerseits und der schöpferischen Sozialreform andererseits. Auch Hertling gegenüber wäre vielleicht in etwa das Wort von E. R. Winter am Platze gewesen, daß die Soziologie nicht die Aufgabe habe, die Theologie zu wiederholen, sondern daß sie — bei aller Begrenzung durch die Moral — eigenständig sei. Hertlings Stellungnahme gewinnt indessen an Berechtigung, wo sie die Frage aufwirft, ob eine Reorganisation der Gesellschaft durch öffentliche Verbände erzwungen werden kann, ob also z. B. die Gemeinschaft der Arbeitgeber rechtlich verpflichtet ist, das Arbeitsrecht des Menschen zu realisieren. Und hier scheint allerdings die „Grenze“ des sittlich Möglichen erreicht zu sein, abgesehen davon, daß gerade auch politisch eine Privilegierung im Spätmittelalter zum Verfall der Arbeitsgilden geführt hat. Das Arbeitsrecht reicht eben — nach Hertling — nur an die Grenze des Eigentums, jeder darf seinen Acker bebauen, er hat aber als Nichtbesitzer keinen öffentlich-rechtlichen Anspruch auf ein Arbeitsverhältnis im Eigentum eines Dritten. Hier wird wiederum offenbar, daß gerade in der Emanzipation der Produktionsmittel von der Arbeit, des Eigentums vom werkenden Menschen der Urschaden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu suchen ist. Mag Hertling auch zuzustimmen sein, daß diese Schwierigkeit nicht durch ein omnipotentes Arbeitsrecht behoben werden darf, so scheint er uns doch gegenüber Hiße insofern im Unrecht zu sein, als er die Bedeutung dieses Grundübels unterschätzt, wenn er glaubt, es sei schon durch persönliche Taten der Nächstenliebe oder durch öffentliche Fürsorgemaßnahmen zu beheben. Hier hat Hiße doch offenbar zwischen den Aufgaben der Caritas und staatlichen Sozialpolitik noch mehr als Hertling auch die einer autonomen Sozialreform, der Selbsthilfe der Gesellschaft gesehen. Eine streng naturrechtliche Norm des Verhältnisses von Kapital und Arbeit wird sich selbstverständlich nicht konstruieren lassen, es sei denn nur eine negative. Das darf aber

doch den Sozialpolitiker nicht hindern, eine sozial-ethisch (relativ) „normale“, d. h. wünschenswerte, vorbildliche, soziologisch vollkommenere Gesellschaftsordnung zu zeichnen — vorausgesetzt, daß es zu keinen Zusammenstößen mit den konkreten Grenzrechten irgendwelcher Gesellschaftsglieder kommt, mögen diese auch von sich aus, durch andere als öffentlich erzwingbare Sittengesetze innerlich verpflichtet sein, an der Vervollkommenung der sozialen Ordnung mitzuwirken. Jedenfalls konnte Hertling niemand nötigen, den Kapitalismus einfach als Folge „veränderter Verhältnisse“ — wie er sich ausdrückte — hinzunehmen und keine Sozialethik des Mittelalters konnte Hise hindern, daran zu zweifeln, daß das moderne Verhältnis von Eigentum und Arbeit dauernd als in der „Natur der Sache“ begründet und den letzten Zielen des Menschen nicht zuwiderlaufend erachtet werden muß. Wenn Hertling meinte, daß das Gesellschaftsethos nur durch die rein innerliche Gesinnung des einzelnen geformt werde, so widersprach das seiner eigenen Auffassung, wonach der Kapitalismus nicht bloß die Ausgeburt eines individuellen Mammonismus ist, sondern auch in der objektiven historischen Entwicklung gründe. Wenn er dann mit gewissem Recht gegen Hise anführt, daß das Verlassen wirtschaftsgeschichtlicher Formen, wie die der Zunftverfassung, nicht allein als Abfall von christlichen Auffassungen gedeutet werden könne, so gab er andererseits damit eigentlich selber die Berechtigung zu, nun auch das jetzt zufällig herrschende System nicht als ewig unveränderlich anzusehen. Sozialpolitische Eingriffe von außen sind aber für Hertling nur im Grenzfall des Pauperismus gerechtfertigt, um dann den Arbeitern gerade noch die Erfüllung der Menschheitszwecke möglich zu machen, ihre letzten, unveräußerlichen Menschenrechte zu sichern. Und dafür bedürfe es keiner Eingriffe in das Recht, das Privateigentum kapitalistisch zu bewerten, sondern genüge Arbeiterschutz und Sozialversicherung. Mag man Hertling weitgehend dahin zustimmen, daß das Wesen der sittlichen Handlung in der freien Entscheidung liege und daß es unzulässig ist, den Staat zur Kirche, zum

Verwalter des ganzen Sittengesetzes zu machen, so er=innert sein Rechtsstaat doch allzu stark an den Nacht=wächterstaat des Liberalismus. Gewiß, auch uns scheint der Staat nur die Aufgabe zu haben, dem Volke und seinen einzelnen Gliedern die Möglichkeit eines ge=ordneten Zusammenlebens in rechtlicher und materieller Beziehung zu gewährl eisten. Wenn es aber — nach Hertling — des sozialen Charakters einer sittlichen Handlung bedarf, damit sie Gegenstand einer rechtlich erzwingbaren Norm werden könne, warum sollte dann z. B. der Akkumulation und Konzentration des Eigen=tums diese soziale Bedeutung abgesprochen und ihr hem=mender Einfluß auf die „Verwirklichung notwendiger Menschheitszwecke“ von vornherein verneint werden? Hize hat die soziale Bedeutung der neuzeitlichen Ent=wicklung von Eigentum und Arbeit sicher tiefer gewür=digt als der Zentrumsphilosoph v. Hertling, wenn er auch leicht geneigt war, an die Stelle der arbeitsteiligen Gesellschaft selber den politischen Verband zu setzen, während Hertling den Sinn der Geschichte richtig in der Befreiung der Persönlichkeit, nicht in fortschreitender Bindung sah.

III.

Während Hertling seine eingehende Kritik veröffent=lichte — sie wurde übrigens später in seinen „Auf=sätzen und Reden sozialpolitischen Inhalts“ 1884 noch=mals abgedruckt — gingen in Hize, wie wir weiter unten sehen werden, bereits starke Wandlungen vor sich. Unter der Presse befand sich aber noch ein Buch, in dem Hize wiederum, wenn auch ein letztes Mal, seine zünftlerische Auffassung zum Ausdruck brachte. „Schutz dem Handwerk!“ (Paderborn 1883) war es betitelt und brachte eine sehr eingehende Kritik des Innungsgesetzes vom 18. Juli 1881 nebst positiven Vorschlägen für eine Erhaltung des Handwerks, vorab durch öffentlich=recht=liche Standesorganisationen, d. h. durch Zwangsinnungen und durch Neuordnung des Lehrlings= und Gesellen=wesens. Die Schrift — deren Aufsätze z. T. erstmals



„Kaplan Hise“

in der Oesterr. Monatschrift für Gesellschaftswissenschaften erschienen waren (1882 VIII) — geht aus von dem Grundsatz, daß mit dem „goldenen Mittelstande“ die Gesellschaft stehe und falle. Die neue Ordnung des Gewerbes gewähre aber dem gewerblichen Mittelstand keine Rechte und keine Exekutivmittel und sei deshalb unfähigt, das Handwerk vor der Aufreibung durch den ökonomischen Liberalismus zu schützen. Mit Recht sagt Hise, daß die modernen Produktionsmethoden zwar privatwirtschaftlich billiger erzeugten, sittlich aber sich als unendlich „teurer“ erwiesen. Der Gedanke, daß eigentlich ein großer Teil der „Unkosten“, und zwar der moralischen, sozialhygienischen Folgen des Industrialismus von den Unternehmungen auf die Gesellschaft abgewälzt werden und deshalb in den Preisen der Produkte zunächst nicht zum Ausdruck kommen, dürfte noch heute Anlaß zu einer ernststen systematischen Nachprüfung geben. Würden all die Unsummen von sozialen Lasten, Steuern, Verwaltungskosten usw., die direkt oder auf Umwegen dazu dienen, die gesundheitlichen, volkspolitischen und ethischen Schäden des Kapitalismus wieder wettzumachen, einmal auf die „billigen“ Produkte umgerechnet, so dürfte sich wohl erweisen, daß die niedrigen Preise etwa der Fabrikwaren tatsächlich eine „optische Täuschung“ sind und mit Werten bezahlt werden, die die bewunderungswürdigste technische Erfindung nicht aufwiegt. Angesichts der zersetzenden, degenerierenden Folgen des Maschinismus ruft Hise aus: „Wahrlich, ich bewundere den Mann, der den Mut hat, für solchen „Fortschritt“ zu schwärmen, ich verachte ihn aber, wenn er leichten Herzens sich für den ‚Fortschritt‘ entscheidet und ihm die Entscheidung selbstverständlich erscheint.“ (S. 20.) Erst die Innung wird — so meint er — in der Lage sein, die Gefahren der Arbeitsteilung zu überwinden und den Fortschritt in den Dienst der Gemeinschaft stellen. So soll denn die Berufskörperschaft nicht nur die Produktion und die Rohstoffverteilung, sondern auch den Absatz regeln. Die Entwicklung zu immer größerer Staatsgewalt sei nicht bloß eine fixe Idee, sondern ein Widerstreben und eine Folge der egalisierenden und zentrali-

sierenden Wirtschaftsentwicklung. Eine Föderalisierung der Wirtschaft durch Selbstverwaltung des Gewerbefleißes in übersichtlichem Raume — das „Gesetz des kleinen Kreises“ hat kürzlich Zieschée diese Soziologie der Gruppenwirtschaft genannt — könne allein die organischen Grenzen gegen den Polizeistaat wiederaufrichten. Dadurch würde aber auch das persönliche Verhältnis zwischen Erzeuger, Händler und Verbraucher wieder so genähert, daß an die Stelle der kapitalistischen Umsatzinteressen dienenden Mode, der Uniformierung des Geschmacks durch Magazin und Konfektion wieder eine gesunde und ehrliche Hierarchie der Tracht, der Sinn für Kunstgewerbe, für Echtheit, Haltbarkeit und Schönheit der Erzeugnisse treten könne (31). Zwar wäre ihm die volle Souveränität der Werkstatt das Ideal — aber wie sich die Landwirtschaft nur noch durch Vergenossenschaftung vor der Verschuldung retten kann, so auch das Handwerk. Die neue Arbeitsteilung „sozialisiere“ faktisch, verketzte die Arbeitsmenschen miteinander, das Wirtschaftsvolk unter sich. Gegen die Konzentration der Betriebe sage man nichts. Wohl aber gegen die Selbsthilfe der unvermögenden Wirtschaftssubjekte. Mit theoretischen, halben Wahrheiten, mit bloß prinzipieller Kritik sei der praktischen, brennenden Not allein nicht beizukommen. „Ist das Recht der Arbeit, des Berufes, auch aus dem Berufe sein Brot zu gewinnen, weniger heilig, als das Recht des Kapitals auf ‚fruchtbarliche Anlage‘?“ (38). Uebrigens sieht Hise hier bereits klarer den wesentlichen Unterschied von Fabrik und Werkstatt, die Ausichtslosigkeit der Wiedereinführung des Lehrlings- und Gesellenwesens im mechanisierten Betrieb. Seine Charakterisierung beider Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppen ist so trefflich, daß man es heute nicht besser machen könnte; vor allem ist wieder die zentrale Bedeutung der Rangordnung und des Verhältnisses von Personalvermögen, also Arbeit (geistiger wie materieller), und Sachvermögen, d. h. produzierter Produktionsmittel („Kapital“), mit geradezu instinktiver Sicherheit auseinandergesetzt (77 f., 98). Aus solcher Einsicht heraus kommt er auch hier wieder auf die elektrische

Kleinkraftmaschine zurück. Er wolle ja nicht Erhaltung des Handwerks, sondern des Handwerkerstandes. Und so müsse die moderne Technik Wege weisen, um die Abspaltung der „nackten Arbeit“ vom Menschen zu überwinden und die aus solcher Zerstörung des gottgewollten, organischen Verhältnisses zwischen Ding und Seele resultierende Herrschaft des entbundenen „Kapitals“ über die Persönlichkeit wieder in die natürliche und vernünftige Rangordnung der Werte zurückzuführen. Früher hätten die Enterbten einen Fluch hinter das Kapital geschickt. „Fort mit der Maschine“ riefen ja Gerhard Hauptmanns „Weber“ und (heute) Tollers „Maschinenstürmer“. Jetzt müsse der Ruf lauten „Her mit der Maschine, machen wir sie uns untertan, lassen wir sie unser eigen sein, damit wir sie lieben können (106). So zeitgemäß und beachtenswert auch diese Gedankengänge Hizes sind, so begann doch auch hier die eigentliche Schwierigkeit bei der Behandlung der Frage nach der Art und Weise, wie man nun faktisch der „billigeren“ Großindustrie Herr werden könne. In seinem Eifer und seiner reformatorischen Ungeduld verfiel er auch hier wieder schnell auf recht unorganische Eingriffe von oben nach unten. Das vom Kapitalismus „enteignete“ Handwerk sollte durch staatliche Rahmlegung der (nicht länger als zehn Jahre bestehenden) Magazine und Fabriken schadlos gehalten werden — allerdings mit Entschädigung der Unternehmer. Der Staat habe die Pflicht dazu, weil er durch die Gewerbefreiheit auch die Notlage des Handwerks herbeigeführt habe (40). Diese radikalen Forderungen blieben nicht unwidersprochen. Albertus wandte sich in einer Schrift über die „Notlage der Handwerker und die Mittel zu seiner Hebung“ (Paderborn) gegen Hize. Ebenso Drost in „Die Handwerkerfrage“ (Bonn), der Hize wegen seiner obligatorischen Organisation des Handwerkerstandes und des produktivgenossenschaftlichen Charakters derselben einen Vertreter des Präventiv- oder Konzessionsystems nannte. Hize besaß übrigens den Freimut — und die Klugheit, die Schrift Drostes, die sehr eingehend die möglichen Folgen einer Verwirklichung seiner Vorschläge darstellt, als Vervollständigung seiner

eigenen Ausführungen wärmstens zu empfehlen. In der jesuitischen Zeitschrift „Stimmen aus Maria=Vaach“ (1884) hat dann P. Rehmkuhl noch einmal einen Ueberblick über diese Kontroverse gegeben, nicht ohne auch seinerseits davor zu warnen, die Befugnisse des Staates einfach aus irgendwelchen kurzfristigen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten abzuleiten. Auch erklärte Rehmkuhl, gewiß im Hinblick auf Hitzes Hauptargument, daß zwar jeder Mensch ein Recht auf Arbeit hätte, aber nur — wenn er sie fände, d. h. man dürfe ihn nicht daran hindern, ihm nicht die Kundschaft abwendig machen. Aber daß ihm Arbeit verschafft, Kunden zugeführt werden, ließe sich nicht rechtlich fordern, erzwingen oder solche Forderung gar durch Schadenersatzpflicht verstärken. Die moralische Pflicht des Staates oder der Mitmenschen, Arbeits- und Existenzmöglichkeiten zu fördern, bedeute noch nicht, daß eine Verletzung dieser Pflicht zu Rechtsansprüchen führen könne — oder aber der Staat wäre eine vollendete Versorgungsanstalt mit weitgehendster Ueberschreitung seiner Aufgaben und Befugnisse. Im selben Jahre wandten sich auch die Historisch=politischen Blätter gegen Hitze und v. Steinle bestritt darin vor allem die von Hitze behauptete Analogie der Stilllegung der Fabriken mit der — etwa für Bahnbauten notwendig werdenden — Ent-eignung.

IV.

Während die Gemüter sich über Hitzes Gildenstaat ereiferten, war Hitze, wie gesagt, bereits in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Man war durch sein Schrifttum auf ihn aufmerksam geworden und bei seiner Rückkehr von Rom trat der Verband „Arbeiterwohl“ an ihn heran, um ihm die Stelle eines Generalsekretärs dieses Verbandes anzubieten. Die Anfänge dieses Verbandes reichen in das Jahr 1879 zurück. Franz Brandts, ein Textilunternehmer aus M. Gladbach, der seit 1872 einen Arbeiterausschuß in seiner Fabrik eingeführt hatte, war auf dem Katholikentag zu Aachen mit andern Industriellen und Arbeiterfreunden zur Gründung dieser eigenartigen Gruppe geschritten.

Zur Charakterisierung dieses bedeutenden rheinischen Industriellen seien einige Bemerkungen vorausgeschickt. Franz Brandts entstammte einer begüterten M. Gladbacher Kaufmannsfamilie, die den dort von bergisch-protestantischen Unternehmern begründeten Handel mit handgewebten Baumwollstoffen betrieb. Der Vater arbeitete noch nach dem alten niederrheinischen Verlagsystem, jener frühkapitalistischen Wirtschaftsform, durch welche die Handwerker zu Heimarbeitern herabsanken, indem ein Absatzvermittler den Rohstoff vorstreckte („verlegt“) und für das verarbeitete Produkt einen Lohn zahlte. — Da der Vater fränklich war, mußten seine Söhne, Franz, Karl und Emil, schon frühzeitig die Geschäftsführung übernehmen. Um seine geschäftlichen Kenntnisse zu erweitern, ging der eine von ihnen — nämlich unser Franz Brandts — anfangs der 60er Jahre einige Monate nach England, um in Lancashire die mechanische Weberei kennenzulernen. Arkwright hatte dort bereits 1768 die erste Spinnmaschine — wenn auch noch mit Pferde- oder Wasserkraft betrieben — eingeführt, und 1785 war durch Cartwright der erste künstlich betriebene Webstuhl konstruiert worden, dem dann gegen die Jahrhundertwende die fortschreitende Verwendung der Dampfmaschinen in der baumwollverarbeitenden Industrie folgte. Als der junge Brandts nach England kam, fand er demnach eine Textilindustrie vor, die bereits über die Erfahrungen einer jahrzehntelangen Fabrikproduktion verfügte. Diese leistungsfähige Technik mit ihrer feinen, von den Abnehmern bevorzugten Verarbeitung machte auf ihn einen großen Eindruck. Er fuhr nach Deutschland zurück mit dem Entschlusse, in seiner Heimat als einer der ersten die mechanische Weberei einzurichten. Es gelang ihm, die Bedenken des Vaters mit Hilfe der Mutter, einer unternehmungslustigen Pfälzerin, zu zerstreuen und ihn zur Beschaffung der notwendigen Kapitalien zu bewegen. Damit richtete er alsbald für sich und seine Brüder eine fabrikmäßig betriebene Buntweberei für Woll- und Waschware ein. Eine neue Bestätigung übrigens dafür, wie oft die kapitalistische Unternehmung aus dem Verlagsystem, dem Lohn- oder

Preiswerk, hervorgegangen ist. — Diese Fabrik wurde denn auch der Ausgangspunkt für die Entwicklung M. Gladbachs zum „rheinischen Manchester“. Franz Brandts half seinen Brüdern in uneigennütziger Weise zur Selbständigkeit. Er selbst baute sich als Achtunddreißiger eine Fabrik im Westen der Stadt und rüstete sie mit allen technischen Fortschritten der Zeit aus. Er fabrizierte hauptsächlich Buchskin und Verbandstoffe, und es gelang ihm, seinen Erzeugnissen nicht nur in der Heimat, sondern auch in Uebersee besondere Wertschätzung zu verschaffen. Man riet ihm, mit der Weberei eine Spinnerei zu verbinden. Er lehnte aber ab, obwohl er zugab, daß er es mit Erfolg hätte tun können. Er war im Gegenteil bereit, dem von ihm ausgebildeten technischen und kaufmännischen Personal zu eigenen Unternehmungen behilflich zu sein. Er hatte keine Konkurrenzfurcht — er wollte nicht im Geldverdienen aufgehen, sah sich von seinem Gotte auch noch vor andere Aufgaben gestellt. Schon in seinen Jugendjahren war er mitgerissen vom Kampf „gegen Jopf, Philisterei“. Von Düsseldorf ging damals Lassalles Feueereifer durch die Rheinlande, Ketteler gab „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ heraus, Kaplan Viesen, ein Jünger Kolpings, gründete in M. Gladbach ein Arbeiterinnenhospiz. Dieser Geist glühte in Franz Brandts weiter. Noch mit den Gründungssorgen der neuen Fabrik beschäftigt, wurde er schon der Anwalt seiner Mitbürger im Stadtparlament. Dabei fühlte er einen sozialen Beruf in seinen Aufgaben als Industrieller. Schon in kurzer Frist begründete er einen Ältestenausschuß in seiner Unternehmung, der die Fabrikordnung und die Betriebskrankenkasse in seine Obhut zu nehmen hatte. Dadurch schuf sich Brandts die Plattform für eine Werksgemeinschaft, welche einmal als Vorbild der konstitutionellen Betriebsverfassung dienen sollte. 1878 ergänzte er seine Anlagen durch das St. Josefs-Haus, das auch die Wohlfahrtsorganisationen seines Unternehmens aufzunehmen hatte. Im Parterre dieses Neubaus waren drei Säle als Kinderbewahrschule und Speiseraum für Arbeiter und Arbeiterinnen eingerichtet. Durch Aufzug der Rolladen konnten die drei

Säle zu einem großen Raum für Arbeiterfeste vereinigt werden. Nachmittags wurde Nähunterricht für die Fabrikmädchen dort abgehalten, der übrigens verpflichtend war und während der Arbeitszeit besucht werden konnte. Abends hielt der Gesangs- und Instrumentalverein der Arbeiter dort seine Uebungen ab. Im Untergeschoß war eine große Küche. Außerdem war eine Arbeiterbibliothek geschaffen. In einem besonderen Sitzungszimmer tagte die Betriebs- und Familienfrankenkasse, die Vorschuß- und Unterstützungskasse, der Konsum- und Sparverein und nicht zuletzt der Vertrauensausschuß selbst, der auch für die sittliche Ordnung in der Fabrik zu sorgen hatte, Streitigkeiten schlichtete und etwaige Wünsche dem Arbeitgeber vortragen sollte. — Verheiratete Frauen beschäftigte Brandts grundsätzlich nicht. Geschenke für die Brautleute der Fabrik bewiesen seinen ernstesten Sinn für die Heiligkeit der Familie. Mädchen seines Betriebes, die in die Ehe treten wollten, wurden materiell unterstützt — aber sie mußten aus der Fabrik ausscheiden, um sich ganz dem neuen Berufe widmen zu können. Auch Kantine und Bewahrschule durften die Familie nicht ersetzen, sondern waren nur für den Ausnahmefall gedacht — wenn z. B. der Arbeiter auswärts wohnte, noch kein richtiges Heim hatte usw. Auch die Lohnbücher für die Jugendlichen zur Sicherung der elterlichen Aufsicht, die Beschäftigung der Invaliden, die Prämien für Enthaltksamkeit von Branntwein, die guten Löhne, die Aufrechterhaltung der Arbeit in Krisenzeiten müssen hier genannt werden. Alles Zeichen von dem guten Geist dieses Hauses. — Nach acht Jahren zog sogar die Familie Brandts, die bisher im elterlichen Hause ein Heim gefunden, selbst in das von einem neun Morgen großen Park umgebene St. Josefshaus und wohnte seitdem mit den Arbeitern „unter einem Dache“, aß mit ihnen vom selben Herd und auch die Kinder des Fabrikherren spielten in der gleichen Bewahrschule mit denen der Arbeiter. Anfang der 80er Jahre erbaute Brandts eine Arbeiterkolonie, in deren Mittelpunkt er eine Kapelle errichten ließ, wo er am Sonntag mit seiner Familie inmitten der Arbeiterfamilien Gott seinen Dienst darbrachte.

Frau Brandts saß außerdem oft an den Abenden der Werkstage mit den Arbeiterinnen zusammen und besprach mit ihnen ihre Anliegen und sorgte in zarter Liebe für die Familien, wenn Krankheit und Not dort Einkehr hielten. Weihnachten und am Namenstag des „Vater Brandts“, dem 2. April — es war der Feiertag des großen Apostels der Nächstenliebe Franz von Paula — war die ganze Belegschaft mit den Angehörigen im St. Josefschaus zu einer großen Familie vereinigt. Allein gegen 800 Kinder waren dann darunter und etwa 1000 Pakete und Tüten zur Bescherung gerichtet. Kein Kindergeschrei, kein Kochkuchendunst und Schmutz konnte das ideale Ehepaar von diesem patriarchalischen Verhältnis zu den Arbeitern abwendig machen und umgekehrt taten die Arbeiter alles, um sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen.

Als sich die ersten Versuche Brandts', das soziale Problem auch auf dem Boden moderner Betriebs- und Wirtschaftsführung zu lösen, zu bewähren schienen, wandte dieser sich nunmehr an andere Arbeitgeber. Er suchte Wege zu jenem Typ des „katholischen Kommerzienrates“, wie ihn einmal ein deutscher Katholikentag als Ideal gesehen und später Hans Rost und Franz Keller in ihrem Schrifttum als Ausdruck und Form der Versöhnung zwischen Kapitalismus und Christentum postulierten. Im Jahre 1878 nahm er Fühlung mit anderen Industriellen und Arbeiterfreunden und trat dann am 20. Mai 1880 auf der 27. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands mit dem Verbands „Arbeiterwohl“ an die größere Öffentlichkeit. Im ersten Paragraphen der Satzungen, die schon in Hises „Kapital und Arbeit“ Abdruck fanden, heißt es: „Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine wirksame Bekämpfung der mit der Großindustrie verbundenen vielfachen Uebelstände und der dadurch der bürgerlichen Gesellschaft drohenden Gefahren nur auf dem Boden des Christentums möglich ist, haben sich katholische Industrielle und andere Arbeiterfreunde Deutschlands zu einem Verbands vereinigt, um mit Ausschluß aller politischen Zwecke die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes anzustreben.“ In einem Ausruf an

die anderen Unternehmer und Sozialpolitiker des katholischen Deutschlands hieß es, daß der Verband sich zur Aufgabe gestellt habe, „jeden, der Sinn und Herz für die Gebrechen des Arbeiterstandes hat, zu bewegen und instand zu setzen, in seinem Kreise für seine Verhältnisse diejenigen Einrichtungen zu treffen resp. zu fördern, die erfahrungsgemäß (!) geeignet sind, die sich herausbildenden Uebelstände zu beheben oder doch wenigstens zu erleichtern.“ Mittel und Wege dazu sah der Verband in der Sorge für die Betriebsmoral, für Sonntagsheiligung, kirchliche Arbeiter(innen)=Vereine, Mäßigkeitsvereine, gute Veffüre. Aber auch in der persönlichen Annäherung von Arbeitgebern und =nehmern in der Sorge für die Erziehung, Ausbildung und Erholung der Arbeiter, in Sparkassen, Krankenkassen, Schiedsgerichten, Beschaffung billiger Lebensmittel. Auf die Hygiene der Arbeitsräume, auf Wöchnerinnensfürsorge, Normalarbeitstag, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Betriebssicherheit, Unfallverhütung war ebenfalls nicht vergessen. Schon in der ersten Generalversammlung konnte man sich allerdings sagen, daß eine sittliche Reaktion in der Luft liege, daß die Gründung sich mit den sozialethischen Besinnungen der Zeit begegne. „Die Entchristlichung der Massen führt zur sozialen Auflösung: Diese Einsicht bricht sich immer mehr Bahn. Nun, nachdem der Welt klar geworden, wohin die Entchristlichung führt, müssen auch wir durch praktische Leistungen zeigen, daß der christliche Glaube nicht etwa bloß mit der Macht der Gewohnheit erhaltend, sondern auch positiv schöpferisch ist.“ — Zum Gründungsvorstand gehörten Franz Brandts als 1. Vorsitzender, der Bonner katholische Philosophieprofessor Dr. Freiherr von Hertling als 2. Vorsitzender — außerdem Gl. Sträter, Tuchfabrikant in Aachen, Jos. Albers, Fabrikbesitzer in Münster, L. Beißel, Nadelfabrikant in Aachen, A. Bongartz, Redakteur der Christlich=Sozialen Blätter, Berginspektor Ruda aus Schlesien, Generaldirektor Hilt aus Aachen, der bekannte Mainzer Domkapitular Mousang und M. Wiese, Tuchfabrikant aus Werden. Anfangs führte Bongartz die Geschäfte des jungen Verbandes mit großer Hingabe und

stellte auch seine bekannte, allerdings schon zu Hißes Studienjahren im Bestande gefährdete Zeitschrift als Verbandsorgan zur Verfügung. Der Jesuit Pachtler schrieb dort auch die ersten drei Artikel über die Pflichten der Arbeitgeber als Auftakt zur weiteren Ausbreitung des Verbandes und zur Werbung neuer Mitglieder.

Im Herbst des Jahres 1880 entschloß sich jedoch der Verband zu einem hauptamtlichen Geschäftsführer. Es war — wie oben schon vorausgeschickt — der junge Kaplan Hiße, an den man herantrat, um ihm den Posten eines Generalsekretärs vom „Arbeiterwohl“ anzubieten. Zwar konnte die junge Organisation noch keine großen Gehälter aufbringen, aber Brandts war bereit, dem kommenden Geschäftsführer freudig die Pforten seines Hauses zu öffnen und ihm Wohnung nebst freier Station und einen Zuschuß zum Gehalt zur Verfügung zu stellen. Hiße war es natürlich nicht um einen „Posten“ zu tun. Er war froh, so schnell und unerwartet in die praktische soziale Arbeit kommen zu können. Er verließ seine stille, heimatische Studierstube, in der man weder sitzen noch stehen konnte, weil alle Möbel und selbst der Fußboden mit Büchern und Zeitungsausschnitten bedeckt waren, und folgte dem Rufe in die Wirklichkeit des Lebens. Gern schlug er ein. Von seiner ersten Begegnung mit dem Vorsitzenden des Verbandes erzählt Hiße selbst: „Schüchtern kam ich hierher; auch beim gemeinsamen Mittagstisch war ich immer noch sehr zurückhaltend. Als ich aber Herrn Brandts eine Viertelstunde zugehört hatte, da dachte ich mir, hier bleibe ich und wäre es auch nur, um zu lernen.“ Und Hiße blieb. — Er war übrigens der erste Geistliche, der für diese indirekte Seelsorgsarbeit freigestellt wurde.

Durch den ständigen Kontakt mit dem Unternehmertum einerseits und der Belegschaft der Brandtschen Fabrik andererseits wurde der junge Hiße nun mit vollen Segeln in die Welt der sozialen Wirklichkeit getrieben. So war er in M. Gladbach nicht nur Generalsekretär, sondern auch so etwas wie ein Sozialbeamter oder eine Fabrikpflegerin von heute. Brandts schenkte ihm nicht nur weitgehendstes Vertrauen, sondern nahm ihn, den 17 Jahre

jüngeren, geradezu in seine Familie auf. Das St. Josefs-
haus wurde für Hize jetzt zum zweiten Vaterhause. Aber
es war nicht nur Brandts selber, der übrigens bei allem
Altruismus, aller Hingabe an das Wohl der Arbeiter
doch der Autokrat, der Patriarch seiner Werksfamilie
blieb, sondern auch die unvergleichliche Milde und Güte
der Gattin Brandts', die einen außerordentlich starken
Einfluß auf Hizes geistige Entwicklung nahm. Brandts,
der Rheinländer, konnte zuweilen recht temperamentvoll
werden, während Hize, der westfälische Bauernsohn, zur
Zähigkeit und Annachgiebigkeit neigte. Bei diesen
Gegensätzen war Frau Brandts stets der gute Geist, der
— beinahe wortlos, durch seine Milde, die Dinge zu
einem guten Ende lenken konnte. So berichtet Hize später
selbst in einem Nachruf auf Frau Witwe Brandts, daß
es nicht zuletzt ihrem heimlichen Einfluß, ihrer Gegen-
wart zu danken war, daß zwischen Brandts und ihm nie
auch nur eine vorübergehende Trübung des Verhältnisses
eintrat. Als Brandts einmal gegenüber Windthorst die
persönlichen Streitigkeiten im parlamentarisch-politischen
Leben beklagte und auf sein besseres Verhältnis zu Hize
wies, antwortete die „kleine Erzellenz“: „Ja, das tut
Ihre Frau.“ Erst jetzt kam den ungleichen Freunden plötz-
lich zum Bewußtsein, wie sehr sie die „Selbstverständlich-
keit“ ihres reibungslosen Verhältnisses jener unsichtbaren
Friedensmacht der Frau verdankten und daß Windthorst
wohl mehr recht hatte, als sie bisher geahnt. — Vielleicht
ist auch dies ein Beweis dafür, daß die Aufgabe der
Mutter und Frau nicht so sehr in der direkten poli-
tisch-sozialen Einwirkung zu suchen ist, daß vielmehr die
geschichtlichen Taten des Mannes sehr oft gerade vom
stillen Einfluß, vom heimlichen Königtum des Weibes
getragen und gefördert werden. Nicht in der formalen
Gleichstellung mit dem Manne erhöht sich die Würde
der Frau, sondern im unscheinbaren Wirken ihrer Müt-
terlichkeit hinter den Kulissen der Weltbühne. So nahm
auch die unbewusste Erziehung der Frau Brandts, ihr
heiteres Wesen, der politischen Diskussion im St. Josefs-
hause immer wieder die Schärfe und Zuspizung, und das
garstige allzu schnell gefällte Urteil über den Gegner

konnte nicht aufkommen, wo sie waltete. Man fühlte irgendwie, daß sie die Partei der Abwesenden verkörperte und sich berufen fühlte, die in Schutz zu nehmen, die sich jetzt nicht verteidigen konnten. Ein Blick und eine Unruhe genügte, um solche Debatten schnell wieder in friedliche Bahnen zu lenken — und das war nicht schwer bei einem geborenen Aristokraten wie Brandts und bei der natürlichen Vornehmheit des Hizeschen Charakters. Weihnachten mußte Hize immer in M. Gladbach feiern und es fehlte etwas in der Familie, die Kinder konnten nicht recht froh werden, wenn er nicht am Heiligen Abend mit unter dem Christbaum stand. Da mußte dann vor dem Krippenwunder die Politik einen Augenblick schweigen. — Und Hize durfte auch gerade in diesem Hause die schöpferische Kraft des Schweigens, der Laten-Pause lernen. Brandts zeigte ihm, wie er trotz höchster Inanspruchnahme als Fabrikant, Sozialpädagoge, Politiker noch Zeit fand für stille Spaziergänge durch den ruhenden Sonntagsmorgen, für schöne Literatur, für Theater und Musik. Von den Zimmerfenstern des St. Josefsshauses schauten die Werke der nahen Düsseldorfer Nazarenerschule herab und in der Bücherei fand sich neben der sozialpolitischen Literatur auch die Göttliche Komödie, der Faust, fanden sich der Text zum Hamlet und die Kopien Rembrandts. Bald war das Haus des immer bekannter werdenden Philanthropen ein unvermeidlicher Treffpunkt der geistigen, vorab der sozialinteressierten Welt.

In den blühenden Gärten des Hauses gingen an langen Sommertagen die Gespräche oft bis tief in den dunkelnden Abend. Oder eine frohe, von rheinischer Geselligkeit erfüllte Tischrunde vereinigte die Gäste. — Schnell wechselte der junge Kaplan die Rolle des begeisterten, aber noch aufnehmenden Zuhörers mit der des sachkundigen Wortführers. Waren schon seine bisherigen Veröffentlichungen nicht von prinzipieller Eindeutigkeit und mehr Mittel zum Zweck, denn grundsätzliche und umfassende Ueberlegungen, so vollzog sich seine Wandlung vom idealisierenden Schriftsteller zum realistischen Praktiker unter dem täglichen Zwange zu sachlicher Leistung

besonders schnell. Die Brandtsche Fabrik war gleichsam das sozialpolitische Seminar für Franz Hitze. In den Sitzungen des Arbeiterausschusses lernte er die Bedürfnisse der Werktätigen, ihre täglichen Sorgen und Aufgaben, die Erfolge und Lücken der sozialen Gesetzgebung kennen. Von der bloß literarischen „Lösung“ der sozialen Frage wurde ihm hier der Weg zur unmittelbaren sozialen Arbeit und schließlich zur Sozialpolitik gewiesen. Auch als Geschäftsführer eines Verbandes, zu dessen Vorstand sein erster bedeutender Antipode, Freiherr von Hertling, gehörte, konnte er sich einer grundsätzlichen Umformung seiner Jugendideen kaum entziehen. Hertling hatte seine Kritik von „Kapital und Arbeit“ mit dem Hinweis geschlossen, daß Hitzes Ablehnung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und seine Forderung einer völligen Reorganisation derselben zu einem politischen Quietismus erziehe, dem bei aller Erwartung der kommenden Dinge die Verantwortung für die Notwendigkeiten des Tages verlorengelasse. Noch ehe Hertlings scharfe Feder recht trocken war, hatte Hitze aber bereits jene mühevolle Kleinarbeit bewußt in die Hände genommen. Mag Hertlings individualistische Kritik an der zwangspolitischen Methode Hitzes auch in späteren Jahrzehnten nicht zur Ruhe gekommen sein, so ist doch unverkennbar, daß bezüglich der Anerkennung der gegebenen Tatsachen der gegenwärtigen Ordnung Hitze sich bald weitgehendst Hertling anglich — wie umgekehrt ja auch Hertling dem Aktivismus Hitzes im Laufe der Zeit nicht mehr ganz widerstehen konnte. In den Anfängen der M. Gladbacher Zeit war es indessen wohl in erster Linie die ständige Zusammenarbeit mit dem kulturoptimistischen, für soziale „Verbesserungen“ und wohlfahrtspflegerische Neuheiten begeisterten Brandts, die Hitze immer mehr auf die Bahn des reinen Praktikers lenkte. Seine Wandlung gestaltete sich bald so entschieden, daß sich sogar gelegentlich ein gewisses „Ressentiment“ bemerkbar machte und Hitze von der christlich-sozialen Richtung, deren Literatur doch einst den sozialen Gros in ihm erweckt hatte, nichts mehr wissen wollte. Die praktischen Ziele, die Hitze seiner Arbeit

in dem neuen Betätigungsfeld gab, erstreckten sich zunächst auf die Ausbreitung des Gedankens der Werks-gemeinschaft, wie er sie in der Fabrik von Franz Brandts vorgefunden, auf gesetzlichen Arbeiterschutz und Arbeiter-versicherung und nicht zuletzt auch auf Ausbildung des Vereinswesens für ältere und junge Arbeiter und Arbeiterinnen. Durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 ermutigt, wurden Denkschriften an die Reichsregierung ausgearbeitet, welche letztere allerdings unter Bismarcks Einfluß mehr für Sozialsfürsorge denn für positiven, staatlichen Arbeiterschutz eintrat. In der Zeitschrift „Arbeiterwohl“ erschienen praktische Vorschläge für die Organisation von Standes- und Jugendvereinen. Die ersten Jahrgänge des Verbandsorganes waren angefüllt mit Satzungsentwürfen, Anleitung für die Gründung von Vereinen und für die Gestaltung des Vereinslebens selbst. Es waren keine reinen Theorien mehr, die hier vorgetragen wurden, sondern Arbeitsanweisungen, die im M. Gladbacher Bezirk vorher praktisch erprobt waren. 1881 bildete der Verband eine Kommission, die Mittel und Wege suchen sollte, um auch das christliche Familienleben mit neuer Kraft zu erfüllen und wo es erstorben, zu neuem Leben zu erwecken. Man war zu der Einsicht gelangt, daß das Arbeiterwohl nicht allein durch Krankenassen und hohe Löhne sicherzustellen sei, sondern neben dem Werkraum und dem außerordentlichen Notstand auch der häusliche Lebensraum der werktätigen Menschen erfaßt werden müsse. Ein echtes Heim, eine sparsame Hausfrau, ein edles Gattenleben und eine glückliche Familie müßten ja die sozialpolitischen Möglichkeiten erst realisieren, für eine rechte Verwendung des Lohnes, eine gute Ausnützung der Freizeit usw. Sorge tragen. Man nahm die Tatsache des Lohnarbeiterstandes als gegeben hin, suchte aber ihre destruktiven, auflösenden Wirkungen zu hemmen und trotz der fortschreitenden Ent-eignung der unteren Schichten durch die moderne Unter-nehmung auf dem mageren Boden proletarisierten Arbeitsverhältnisse einen guten Familiengeist zu erhalten oder gar neu zu begründen. Kaplan Viesen, der bereits genannte Schöpfer und geistliche Leiter des (schon 1865

gegründeten) Arbeiterinnenvereins und Hospizes in M. Gladbach, wurde beauftragt, einen Wegweiser zum christlichen Familienideal zu schreiben. Frau Brandts, vor allem aber Fräulein Dommerque, die langjährige Vorsteherin des Hospizes unterstützten ihn weitgehend mit ihren Erfahrungen, sei es aus dem Haushaltsunterricht des Vereins, sei es aus dem engsten Kreis der Familie und Familienfürsorge. Das Büchlein erhielt den Namen „Das häusliche Glück“ und obwohl so unscheinbar, war ihm ein beispielloser Erfolg beschieden. Es war ein vollständiger Haushaltsunterricht nebst Anleitung zum Kochen für Arbeiterfrauen. In der Zeitschrift „Arbeiterwohl“ wurden gleichzeitig Lehrpläne für Kurse an Hand des Schriftchens entworfen und in kurzer Zeit waren 100 000 Exemplare verkauft. Es wurden alsbald von vielen Seiten Uebersetzungen angefordert und besondere Ausgaben für die verschiedenen „föderalistischen“ Küchenbedürfnisse innerhalb Deutschlands aufgelegt. Bistumsverweser Dr. Mousang und der ehemalige Staatsminister Windthorst scheuten nicht zurück, sich für die Verbreitung des „Wegweisers zum häuslichen Glück“ — wie die spätere Fassung für junge Mädchen betitelt war — persönlich einzusetzen. Viele hunderttausend Stück wurden abgesetzt und die Schriften gewannen solche Bedeutung, daß sogar Bebel, Horn und Wurm sich bewogen fühlten, Hize die „Knochensuppen“ vorzuwerfen, die sich in den Kochrezepten dieser Zeitsäden fanden. Auf ausdrücklichen Wunsch aus Arbeiterkreisen war in die 11. Auflage ein Küchenzettel für Familien „in sehr dürftigen Verhältnissen“ aufgenommen worden, was dann zu heftigen sozialdemokratischen Anklagen gegen die „Hizeschen Kochrezepte“ und „Bettelsuppen“ führte. Das konnte aber der Verbreitung keinen Abbruch tun und es gesellten sich zu den Massenkäufern auch Standesämter, Oberklassen von Mädchenschulen usw. Damit war der Anfang zur volkserzieherischen Arbeit getan. Es folgte alsbald eine Broschüre „Der Schnaps“, die dem Schädling Alkohol und seinen verderblichen Wirkungen auf das Familienleben entgegenarbeiten sollte. Sie war von Kaplan Poison aus Dittweiler verfaßt, ebenfalls in vier

fremde Sprachen überseht und in einer Auflage von fast 100 000 Exemplaren vertrieben worden. Für die Männerwelt schuf Pfarrer Rich. Bertram vier „Kompass“, die verheirateten Arbeitern, jungen Leuten und Gesellen zugeeignet waren und auch einer gesunden Lebensführung dienen sollten. Neben der Förderung des Arbeitervereinswesens und der literarischen Volkserziehung wurde später dann auch die persönliche Schulungsarbeit aufgenommen, auf die an anderer Stelle noch zurückzukommen sein wird. — Um die Erfahrungen in der aufblühenden Industrie am Niederrhein, vorab in der M. Gladbacher Textilfabrikation und hier wieder in dem führenden Werk von Brandts praktisch auswerten zu können, wurden wie gesagt vom Arbeiterwohl Denkschriften ausgearbeitet und den Behörden vorgelegt. Um diesen Denkschriften insbesondere bei der Reichsregierung den rechten Nachdruck zu verschaffen, wurde es notwendig, sie im Parlamente zur Sprache zu bringen. Der Verband entschied sich alsbald, einen Vertreter für die Zentrumsliste der Reichstagswahlen zu präsentieren. Es war der junge Kaplan, der so schnell Italiens blauen Himmel und die römischen Archive in M. Gladbachs ruhiger Luft und dem Rhythmus seiner mechanischen Webstühle vergessen mußte, der ausersehen wurde, das Sozialwohl zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Reichshauptstadt zu vertreten.

Der Abgeordnete und Hochschullehrer.

I.

Erinnert man sich der scharfen Ablehnung, die Hitze der rein politischen Volksvertretung noch 1880 zuteil werden ließ, dann mag man Martin Spahn zustimmen, wenn er (Hochland XIX, 2) sagt, daß Hitze den Weg von Rom nach Berlin nicht so leicht gefunden hätte, wäre er nicht über M. Gladbach geführt worden. Zwar hatte Hitze bereits in „Kapital und Arbeit“ voll bejahend auf die Zentrumsfraktion und ihr energisches sozialpolitisches Programm verwiesen. Aber diese positive Beurteilung der politischen Parteiorganisation gehört zu den nicht geringen Widersprüchen des betreffenden Werkes und bestätigt aufs neue die gewaltigen Spannungen, die von Jugend an in Hitzes Charakter, wie in seinen sozialen Anschauungen sich finden. Vorherrschend war in „Kapital und Arbeit“ aber noch offenbar eine tiefe Abneigung gegen den liberalen Konstitutionalismus. Ausdrücklich stellte er sich auf die Seite der Konservativen, die sich gegen die parlamentarisch-demokratische Abstraktion der Stände zu blutarmen „Staatsbürgern“ wandten, welche letztere in der Kammer nichts besseres zu tun wüßten, als ihre kollektiven Klasseninteressen gegeneinander zum Austrag zu bringen. Bekanntlich stand Hitze damals noch dem Volkswirtschaftsrat, den Bismarck sich wohl nur schaffen wollte, um das politische Parlament in Schach zu halten und die Kompetenzen beider Kammern gegeneinander auszuspielen, sympathisch gegenüber. Daß Bismarck ständisch-konservativ eingestellt war, ist nach Langbehn neuerdings auch wieder von Theodor Brauer angenommen worden. Nun ist unbestreitbar, daß Bismarck anfangs dem sozialen Föderalismus R. G. Winkelblechs (Marlo) nicht fernstand

und sehr für eine Begünstigung der innungsfreundlichen Bewegung eintrat, wie er als Junker den liberalen Schlotbaronen durchaus nicht immer hold gesinnt war. Wie weiter oben schon einmal angedeutet, suchte er auch durch die berufsgenossenschaftliche Organisation der Sozialversicherung eine gewisse wirtschaftliche Selbstverwaltung anzubahnen und damit eine protektionistische Arbeiterschuttpolitik zu vermeiden. Bismarck fürchtete von einer letzteren, daß sie wegen ihres unorganischen Charakters keinen gesunden, den Eigengesetzen der Wirtschaft gerecht werdenden Ausgleich der Interessen herbeiführen und sich bald ins Uferlose entwickeln würde. Als er sich des schon genannten Zentrumsführers, des Vizepräsidenten des Reichstages, Freiherrn von Frankenstein zur Durchführung seiner sozialfürsorglichen Gesetzesvorlagen zu bedienen begann, sprach man von einer kommenden konservativ-klerikalen Mehrheit, die das neu-geschaffene Reich gegen Liberalismus und Sozialismus zur Höhe führen werde. Aber schon 1866 hatte Bismarck in einem Briefe an den Grafen Bernstorff auch die Verteidigung des gleichen und geheimen Wahlrechts verteidigt, die Vassalle von ihm als Gegenwert für die gemeinsame Bekämpfung der Fortschrittspartei gefordert. Wenn es seiner Politik günstig schien, war ihm eben die Korporationsidee nicht mehr wert als die Formaldemokratie, dann konnte er ebensogut mit Rodbertus und Dühring verhandeln, wie Kanzelparagraphen und Vereinsgesetze erlassen. Dieser Primat des Politischen, der ihm alle Mittel heiligte, war es denn auch, der das Zentrum bald wieder in die Opposition drängte. Mit Sturmpetitionen suchte es dem Kanzler seine religiösen Grundrechte abzurufen. Die Erfahrungen des Kulturkampfes machten den politischen Katholizismus immer mißtrauischer gegen eine Erweiterung der Staatsgewalt. Waren sich Hertling und Bismarck auch einig in der Ablehnung einer einseitigen staatlichen Protektion der Arbeiterklasse, wie sie etwa der Verein für Sozialpolitik forderte, so bekämpfte Hertling doch darüber hinaus auch eine Bindung der gewerblichen Schichten durch obrigkeitliche Fürsorge und Wohlfahrtspflege. Die alte

Rechtsstaatsauffassung, wie letzterer sie vertrat, reichte zwar noch dazu aus, zu verhindern, daß die Fraktion der von Schäffle und von Sismondischen Ideen beeinflussten Politik Bismarcks, die Arbeiter durch Renten mit den Staatsinteressen zu verknüpfen, uneingeschränkte Unterstützung ließ, aber sie begünstigte andererseits auch den Verzicht auf eine grundsätzliche Reformpolitik. So kam es, daß Windthorst wohl noch jene Seitensprünge Frankensteins zugunsten der autoritativen Arbeiterversicherungs politik in etwa aufhalten konnte, nicht aber die Entwicklung im Zentrum, welche von den universalen sozialreformerischen Ideen der Tradition weg sich immer mehr einer reinen Arbeiterschutpolitik zuwandte. Der Effekt war, daß man sich zwar staatspolitisch noch im Turm verschanzt hielt, sozial und wirtschaftlich jedoch je länger je mehr aus dem Exil heraustrebte. Der steigende parlamentarische Charakter der Partei, ihr Hinauswachsen aus der weitstichtigen kulturpolitischen und mitteleuropäischen Einstellung, die noch einen Görres, Ketteler, Reichensperger, Mallinckrodt und Windthorst erfüllte, gab ihr die Fähigkeit, diesen Dualismus zu tragen. Und gleichermaßen, wie das Zentrum nun zwischen Staat und Gesellschaft zu stehen kam, so entwickelte es sich auch im Rahmen des Konstitutionalismus immer mehr zu einer Mittelpartei. Während im alten Zentrum der „goldene Mittelweg“ mehr metaphysisch begründet war und auf dem aristotelisch-scholastischen Tugendprinzip der rechten Mitte zwischen den polaren Spannungen des Lebens basierte, war die neue via media weniger ein substantzieller, denn methodischer Ausgleich der gerade herrschenden Parteiverhältnisse. Mit dem langsamen Zurücktreten der kulturkämpferischen Verteidigungshaltung und der Kritik an der kleindeutschen Reichsgründung, entwickelte sich nun das Bestreben, auch aus dem staatsbürgerlichen Ghetto herauszukommen und sich die politische Parität zurückzuerobern. Schon im Antrag Galen zeigt sich die Absicht, dem Vorwurf der nationalen Inferiorität jede Grundlage zu entziehen und unter Umgehung Bismarcks eine Einbruchsstelle in den Staat zu suchen. Die Sozialpolitik, die gerade in jenen Zeiten von der öffentlichen

Meinung günstig beurteilt wurde, schien die Tür, welche den Weg zu einem positiveren Verhältnis dem Staate gegenüber öffnete, ohne dabei den Kampf gegen die augenblickliche Regierung preisgeben zu müssen. Aber gerade diese parlamentarische Opposition zu Bismarck war es wohl, die das Zentrum auf die gleiche Kampfebene zwang und ihm gleichwertige Waffen in die Hände spielte. Der Wille zum Staat einerseits und die Bejahung des modernen Kapitalismus andererseits führten das Zentrum immer mehr zu einer Arbeiterschuttpolitik, die sich nicht weniger des Staates bediente als die Bismarckschen Versicherungsvorlagen mit Staatszuschuß. Der wesentliche Unterschied war allerdings, daß Bismarck die gesellschaftlichen Kräfte dem Staate „nutzbar“ zu machen suchte, während das Zentrum jetzt — nach neomerkantilistischer Tendenz — umgekehrt den Staat weitgehendst für die soziale Wohlfahrt im Rahmen des neuzeitlichen Erwerbslebens verantwortlich machen wollte. Aber trotz dieser Gegensätze blieb es dabei: die Extreme berührten sich. Mochte sich auch die alte Generation des Zentrums noch einige Zeit gegen die neue Entwicklung zur Wehr setzen, sie war nicht mehr aufzuhalten.

In jener Uebergangszeit kam Hitze zur Zentrumsfraktion. Von Windthorst zunächst mit einiger Zurückhaltung empfangen. Die „Kleine Erzellenz“ witterte in dem Neuling einen Sozialisten im geistlichen Gewande. Aber Hitze hatte in M. Gladbach längst verlernt — wie Spahn sich einmal ausdrückt — „Programmusk zu machen“. Die große Staatspolitik interessierte ihn wenig. Er kam mit dem Willen zu nüchterner, sachlicher Arbeit im Sinne der Arbeiterwohlfahrt. Er kam, um im Geiste von Franz Brandts handgreifliche, durch zu fernliegende prinzipielle Spekulationen nicht gehemmte Tagesarbeit zu leisten. Die großen Pläne verbarg er in seinem Herzen und er entschied sich, in kleinen, vielleicht weniger „wirkungsvollen“ Stappen, von Fall zu Fall vorzugehen. Das entsprach zwar weniger der stark grundsätzlichen Einstellung der älteren Zentrumsführer, wohl aber ihrer in der Schule Windthorsts ebenfalls disziplinierten, verantwortungsbewußten und sachlichen

Arbeitsweise. Darüber hinaus erwies sich die grundsätzliche Passivität v. Hertlings und Liebers gegenüber der modernen Wirtschaftsordnung der reinen Arbeiterschuttpolitik von Brandts und Hiebs in etwa geistesverwandt. Auch Brandts stand ja ganz auf dem Boden der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung und Hiebs war es jetzt im Grunde weniger um die „Reorganisation der Gesellschaft“ als um die Emanzipation der Arbeiterklasse zu tun. Mochte er sich auch von jenem christlichen Sozialismus, wie er am Niederrhein erstanden war und gerade in den Jugendjahren auf ihn eingewirkt hatte, losgesagt haben, so lag ihm doch tatsächlich das Recht der Arbeiter und das Arbeitsrecht, wie sie von jener neuen Bewegung vertreten wurden, näher als Bau und Leben des sozialen Gesamtkörpers. Seine erste Liebe galt eben der Arbeiterschaft und er ist dieser Liebe treu geblieben. Diese Liebe machte ihn zuweilen sogar blind für die großen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Organismus, auch dafür, daß die ruhige Krankheitserkennung als Voraussetzung für ein erfolgreiches Heilverfahren durchaus nicht nur als Zeitverlust und müßige Theorie beurteilt werden darf. Auch er wollte gewissermaßen eine Entproletarisierung, aber den Glauben an eine berufsständische Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft hatte er in der engen Berührung mit der Wirklichkeit fast verloren. Er beschränkte sich vielmehr darauf, die „Standwerdung“ des Arbeiters dadurch zu fördern, daß der rechtlichen Freiheit des Arbeitsvertrages auch eine verhältnismäßige wirtschaftliche Gleichheit der Vertragsgegner gegenübergestellt werden sollte. Die Ergänzung der politisch-juristischen Befreiung der Arbeiterschaft durch die soziale und ökonomische wollte er durch staatlichen Arbeiterschutz, Fürsorgezwang gegenüber den Unternehmern und Koalition der Arbeiter selbst, gesichert wissen. Mit den Reimen dieser Anschauung, aber auch noch mit nicht geringen Resten seiner innungssozialistischen Ansichten erfüllt, zog Hiebs 1882 zuerst ins preußische Abgeordnetenhaus. Da die Landtagsabgeordneten damals noch keine Diäten erhielten, war die Entsendung eines Vertreters in diese Versammlung fast ein

Luxus. Aus Gründen der Sparsamkeit suchte man daher Landtags- und Reichstagsmandate miteinander zu verbinden. Das unvermeidliche Zusammentreffen der Sitzungen der verschiedenen deutschen Körperschaften führte oft zur Beschlußunfähigkeit und damit zu einer Verschleppung der gesetzgeberischen Arbeiten im Reichstage. Die Mitglieder konnten natürlich nicht in Dresden oder München und Berlin zugleich anwesend sein. Noch ehe Hiege sich auch in den Reichstag wählen lassen konnte, nahm er bereits eifrigen Anteil an den vorbereitenden Beratungen, die damals über das Krankenversicherungsgesetz im kleineren Kreise der Reichstagsfraktion des Zentrums gepflegt wurden. Er brachte — wie die ersten beiden Jahrgänge des „Arbeiterwohl“ beweisen — aus M. Gladbach bereits reiche praktische Erfahrungen, besonders hinsichtlich der Selbstverwaltung mit und konnte sie hier sofort für dieses Erstlingswerk der deutschen Sozialversicherung zur Verfügung stellen. Die freien Hilfskassen erfreuten sich bis dahin bei den Unternehmern keiner übermäßigen Beliebtheit, weil letztere annahmen, daß die Arbeiterkrankenkassen — deren es bis 1876 übrigens nur 5239 mit 869 204 Mitgliedern gab — in vielen Fällen auch politischen und gewerkschaftlichen Zwecken dienten. Als das den Attentaten auf den greisen Kaiser folgende Sozialistengesetz die Betätigungsmöglichkeit von Arbeitervereinigungen stark eingeschränkt hatte, glaubte die Regierung die Gefahr des Mißbrauches ausgeschaltet und die Voraussetzungen für eine reichsgesetzliche Organisation und Förderung des bisher nur durch Normativbestimmungen und Ortsstatut geregelten Versicherungswesens gegeben. In der bereits erwähnten Novemberbotschaft Wilhelms I. nahmen die alten Pläne Bismarcks, die er schon 1863 dem Innenminister Graf Eulenburg als Gegenstück zu den Bestrebungen der Anhänger des Arbeiterschutzes und zu denen der Gewerkschaften vorgelegt, Gestalt an. Die erste Reform, welche auf Grund der kaiserlichen Botschaft zur Ausführung kommen sollte, war eben die der Krankenversicherung. Soweit diese schon bestand, galt es nur, sie durch Versicherungszwang zu erweitern. Zwar war schon ein Ge-

Jehtentwurf für die Unfallversicherung vorgelegt worden, aber dieser war wegen seines bürokratischen Aufbaus und des staatlichen Zuschusses als staatssozialistisch abgelehnt worden. Auch die zweite Vorlage, welche eine berufsgenossenschaftliche Organisation vorsah, fand im Reichstag keine einmütige Stimmung. Immerhin gab sie aber die Grundlage zur positiven Arbeit. Man war zu der Einsicht gelangt, daß auch die Versicherungskorporationen nicht mit der Masse der kleineren Unfälle belastet werden könnten und schob die Versorgung der Unfälle für die ersten 13 Wochen den Krankenkassen zu. Aus diesem Grunde wandte sich die Kommission des Reichstages, zu der später auch v. Hertling hinzugezogen wurde, zunächst der Krankenversicherung zu. Hertling lehnte das Motiv der staatlichen Wohltat — das Zuderbrot nach der Peitsche des Sozialistengesetzes — für die Arbeiter ab und konnte den Versicherungszwang nur insofern bejahen, als er einen Schutz der vernachlässigten natürlichen Rechte der Arbeiter gewährleistet. Der Nachweis der bloßen Zweckmäßigkeit sozialpolitischer Maßnahmen reiche nicht zu ihrer Rechtfertigung aus, sie müßten sich vielmehr als unbedingte Notwendigkeit für das Gesamtwohl oder als Schutz unveräußerlicher Rechte der Arbeiter ausweisen. Hertling sah in der Zahlung der Versicherungsprämie durch die Arbeitgeber die pflichtgemäße Uebernahme eines Teils der Produktionskosten, welche durch die Fürsorge für die mittellosen, erkrankten Arbeiter entstehen. Durch Beiträge der Arbeitnehmer werde der Rechtsanspruch derselben auf Unterstützung verstärkt. Da nun aber eine Lohnerhöhung um den Betrag der zu zahlenden Versicherungsprämie nur den wirtschaftlich mächtigen Arbeitgebern zugemutet werden könne, wurden auf Hertlings Vorschlag die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur unter bestimmten Voraussetzungen in den Versicherungszwang einbezogen. Nicht weniger als fünfzig Sitzungen brauchte die Kommission, ehe sie mit dem endgültigen Vorschlage ins Plenum kam. Bismarck rief am 7. April 1883 den Grafen Hertling zu sich und äußerte ihm sein Mißfallen über die Verschleppung der Sozialversicherungs-Vor-

lagen. Eine Woche später erging ein kaiserliches Mahnschreiben an den Reichstag, der dann auch in wenigen Tagen zur zweiten, und Ende Mai zur dritten Lesung des Gesetzes schritt. — Wenn nun auch Hizes Name bei der offiziellen Beratung des Gesetzes noch nicht genannt werden konnte, so steht doch fest, daß er keineswegs ganz unbeteiligt war. Zwar war er schon 1882 auf der zweiten Generalversammlung seines Verbandes mehr für Betriebskrankenkassen als für allgemeine Ortskrankenkassen eingetreten, weil die Geschäftsführung der ersteren weniger kompliziert und sie die Vorzüge eines persönlicheren Kontaktes der Mitglieder untereinander, vor allen auch der Betriebsleiter mit der Belegschaft bieten würden. Die Fabrikkrankenkasse soll — so schreibt Hize im „Arbeiterwohl“ — die Vorschule des Betriebsrates sein; er geht sogar so weit, davon eine syndikale Lösung der Arbeiterfrage zu erhoffen, d. h. eine Reorganisation der Gesellschaft durch ein neues Industrievolk, das sich in Betriebsfamilien gliedert.

Am 19. Dezember 1883 trat Hize erstmals öffentlich im Plenum des Preussischen Landtags auf, als die Frage der Dampfkesselrevision erörtert wurde. Hize setzte sich dafür ein, diese, ihren Aufgaben entsprechend, in irgendeiner Weise mit der Unfallversicherung und der Fabrikinspektion zu verbinden. Gleichzeitig forderte er einen Ausbau der Institution der Gewerberäte und regte an, die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten auf ein besseres Niveau zu bringen. Staatssekretär von Boetticher antwortete darauf in einer Weise, die etwa einer Empfehlung und Einführung des neuen Parlamentariers gleichkam. Er lobte Hizes Erfahrung, sein warmes Herz für die Arbeiter und erklärte vor der Versammlung, sich bereits persönlich von den Erfolgen seines Wirkens überzeugt zu haben. Wegen des dem Reichstage bereits vorliegenden Gesetzentwurfes über die Regelung der Unfallversicherung glaubte er Hizes Anregungen im Augenblick nicht weiter verfolgen zu können. — Anfang März des folgenden Jahres trat Hize für die Aufhebung der Ordensgesetze ein, indem er auf die außerordentliche soziale Bedeutung der geistlichen Ordens-

genossenschaften hinwies, wie sie sich aus ihrer karitativen Betätigung im Dienste der Krankenpflege, der Kinderhorte, der Arbeiterkolonien (Strafentlassene in Trappistenklöstern), der Erziehungsanstalten und Arbeiterinnenhospize ergebe. Er deutete auch auf erzieherische Bedeutung der von Nonnen geleiteten Arbeiterinnenhospize und deren Unterrichtskurse hin und wie durch die Wiedererweckung des Hausfrauenideals auch das Familienleben wieder gesunden werde, das Alkoholelend — dem übrigens auch Mitglieder der Mönchsorden zu Leibe rückten — an der Wurzel beseitige usw. Mitte Mai 1884 war Hize Berichterstatter der Kommission, die sich mit der Eingabe des Vorsitzenden des „Volkswirtschaftlichen Vereins für Rheinland“ für eine Verschärfung der Sonntagsruhe zu befassen hatte. In dem langen Ausschußbericht betonte Hize die praktische Bedeutung des Produktionsfaktors Arbeit und den Wert der Arbeitspause für die Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Wichtiger als diese Rücksichten sei aber doch die Tatsache, daß der Arbeiter Mensch ist, Persönlichkeit, daß er auch für seine Familie da zu sein hat. Gerade die Sonntagsarbeit bringe dem Arbeiter seine Inferiorität zum Bewußtsein. Es genüge keineswegs, die Erlaubnis der Sonntagsarbeit für die Unternehmungen der Willkür der Polizei zu überlassen, vielmehr müsse baldigst eine allgemeine Regelung der Sonntagsarbeit erstrebt werden. — Am Tage darauf erstattete Hize Bericht über die Ausschußberatungen betr. den Prüfungszwang der Hufschmiede. Die Wahl zum Berichterstatter in einer Angelegenheit des Arbeiterschutzes und des Innungswesens beweist, daß man Hizes besondere Interessen und Fähigkeiten sehr bald entdeckt hatte. Blättert man die ersten Jahrgänge des „Arbeiterwohl“ durch, so ist man erstaunt über die Vielseitigkeit und Gründlichkeit der Arbeiten Hizes für den Verband katholischer Industrieller, für dessen Zentralstelle und Zeitschrift. Nicht nur die Frage der Hilfsklassen, der Arbeiterausschüsse, der Berufsvereine, der Erziehung zur Häuslichkeit wurde in dem Monatsorgan besprochen, sondern auch die der Arbeitszeit, der Wohnungsfürsorge, der Betriebswohl-

fahrt und der Frauenarbeit. Satzungsentwürfe, Zeichnungen, Wiedergabe und Kommentierung von Gesehestexten steigerten die praktische Brauchbarkeit der Anregungen außerordentlich. Handgreiflichkeit und Zuverlässigkeit war in jeder Darstellung im höchsten Grade erreicht. Aus den Berichten, die Hilke auf den ersten Generalversammlungen über die Tätigkeit des Sekretariats gab, geht anschaulich hervor, wie schnell er sich als Generalsekretär in die neuen Aufgaben eingearbeitet hatte und wie es seinem Organisationstalent und seiner außerordentlichen Arbeitskraft gelang, trotz der anstrengenden und zeitraubenden Parlamentsarbeiten bereits in umfangreichem Maße als sozialpolitischer Gutachter und Berater von privaten Unternehmungen und Behörden tätig zu sein. Noch ehe er als Abgeordneter Einfluß auf die Unfallversicherungs-Vorlage, die Bismarck inzwischen mit neuen Zugeständnissen an das Parlament gebracht hatte, nehmen konnte, veranlaßte er den Vorstand des Verbandes „Arbeiterwohl“, sich mit den Grundzügen des Entwurfes zu beschäftigen. In einer Vorstandssitzung, die am 6. Februar 1884 in M. Gladbach stattfand, wurden dann auch hierzu eine Anzahl beachtenswerter Vorschläge gemacht und in der Verbandszeitschrift veröffentlicht.

II.

Am 16. Januar 1885 sprach Hilke zum ersten Male im Reichstage. Es stand der Antrag der Abgeordneten v. Hertling, v. Schorlemer-Alst und Lieber zur Beratung, in welchem die verbündeten Regierungen aufgefordert wurden, einen Gesehentwurf vorzulegen, der die Sonntagsarbeit grundsätzlich verbietet, die Kinder- und Frauenarbeit einschränkt und die Höchstarbeitszeit für die erwachsenen männlichen Arbeiter regelt. Dieser Antrag vom 20. November 1884 entsprach den Forderungen, die zum Teil bereits Ketteler 1871 in seinem „Entwurf zu einem politischen Programm“ ausgesprochen hatte. Er nahm aber vor allem die Gedanken des Antrags Galen vom 23. März 1877 und die der Interpellation des Zen-

trums für die Ausbildung der Fabrikgesetzgebung wieder auf. Aus Anlaß des neuen Antrags Hertling gingen auch die andern Parteien mit ähnlichen, jedoch in der Regel abschwächenden Anträgen vor. Hertling legte beim Eintritt in die Verhandlung der Anträge dar, daß nicht nur für die erkrankten, verunglückten und invaliden Arbeiter zu sorgen ist, sondern daß auch eine vorbeugende Sozialpolitik einsetzen müsse. Der Kanzler, der schon 1882 sich dafür ausgesprochen, die Regelung der Arbeitszeit usw. den Versicherungsgenossenschaften zu übertragen, weil er sich durch die Selbstverwaltung der Industrieverbände eine organischere Entwicklung des Arbeiterschutzes versprach, wollte wie gesagt von einem staatlichen Arbeiterschutz durchaus nichts wissen. Er erklärte, daß solche Maßnahmen dazu angetan seien, die Henne zu schlachten, welche die goldenen Eier legt. Eine solche Belastung der deutschen Industrie, die auch offenbar dadurch in ihrer Exportfähigkeit geschädigt werde, sei einfach untragbar. Er warf dem Zentrum agitatorische Tendenzen vor und erklärte höhnisch, wenn es nicht in den Wind geredet haben wolle, dann solle die Fraktion doch in 8 Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Ausführbarkeit der Forderungen erkennbar mache. Noch am gleichen Tage trat Freiherr v. Schorlemer den Angriffen Bismarcks entgegen und am folgenden Tage der neugewählte Hitze. Auch Hitze betonte den vorbeugenden Charakter der Fabrikgesetzgebung und wies darauf hin, daß die verkürzte Arbeitszeit keine Schädigung, sondern nachweislich eine Förderung der Produktivität der menschlichen Arbeit zur Folge habe. Genau wie der Kriegsminister keine Eroberungen mit Krüppeln machen könne, müsse auch der Handelsminister den Produktionsfaktor Mensch berücksichtigen. Man müsse auch weit- sichtig genug sein, um u. a. zu sehen, daß die vermehrte Freizeit geeignet sei, die Arbeiterfamilie neu zusammen- zufügen und aufzuarten, den Mädchen wieder Ge- legenheit zur Vorbereitung auf den Hausfrauenberuf zu geben und damit eine Gesundung und Befriedung des gesellschaftlichen Lebens herbeizuführen. Allerdings müßte auch gleichzeitig mit der Erweiterung der Freizeit

für gute Wohnungen gesorgt, überhaupt die segensreiche Benutzung der neuen Errungenschaften für die Arbeiter sichergestellt werden. Die Düsseldorfer Regierung sei den hier vorgeschlagenen Weg bereits teilweise mit gutem Beispiele vorangegangen. Auch in einer Anzahl fremder Staaten sei die Fabrikgesetzgebung bereits in Angriff genommen und durchgeführt worden. Die Unternehmer selber beschäftigten sich mit ähnlichen Gedanken, wie das Gladbacher Exempel beweise. Man könne nach der Förderung, die die Schutzollvorlage im Interesse der nationalen Wirtschaft durch das Zentrum erfahren habe, nicht mehr behaupten, es sei bei ihm kein Sinn für die Belange der deutschen Industrie vorhanden. Hitze eindringlicher, auf umfassenden Kenntnissen beruhender Appell fand weit über die Grenzen seiner eigenen Partei hinaus ernste Beachtung. Am Schluß der Debatte wurden sämtliche Anträge einer Kommission überwiesen, die die Arbeiten sofort aufnahmen. Hertling, der durch seine Lehrtätigkeit an der Münchener Universität wiederholt von den Reichstagsverhandlungen fernblieb, fehlte von jetzt ab auch in den entscheidenden Kämpfen mit dem Kanzler. Diesem Umstande verdankt es Hitze, daß er jetzt von Windthorst weitgehendst als Ersatzmann für Hertling herangezogen wurde. Dabei stellte sich auch je länger je mehr heraus, daß der Neuling nicht nur dem Philosophen Hertling, sondern auch seinem parlamentarischen Lehrmeister Dr. Lieber an Sachkenntnis und Kenntnis der Technik sozialer Gesetzgebung teilweise voraus war. Hertling schreibt selbst in seinen „Erinnerungen“, daß er deutlich ersehen konnte, wie sein Einfluß in der Bewertung sozialpolitischer Probleme im Schwinden war. —

Hitze und Lieber legten der Kommission, die sich mit den Anträgen Hertling, Vohren, Kropatschek, Adermann usw. betr. Einfügung von Arbeiterschutzes-Bestimmungen in die Gewerbeordnung zu befassen hatte, wenige Tage nach der zynischen Aufforderung Bismarcks je einen ausführlichen Gesetzentwurf betr. Sonntagsruhe, Frauen- und Kinderarbeit und Normalarbeitstag vor. Hitzes Antrag war ein Eventualantrag, der im Falle der Ab-

Lehnung des weitergehenden Entwurfes seines Fraktionsgenossen Lieber in Anwendung kommen sollte. Während der Antrag Lieber eine allgemeine Regelung erstrebte, suchte Hiße wenigstens in der Textilindustrie einen Anfang zu machen, da ja eine Reihe von Arbeitgebern dieses Gewerbebezweiges sich schon mit solchen Schutzbestimmungen einverstanden erklärt hatte, sofern eine allgemeine gesetzliche Erfassung der mechanischen Webereien jede Schmutzkonkurrenz von vornherein ausschaltete. Das Ergebnis der eingehenden, etwa 20 Sitzungen umfassenden Kommissionsberatungen war sachlich eine gewisse Minderung der Forderungen, wodurch aber ihre parlamentarische Plattform erheblich verbreitert wurde. Der Reichskanzler wies in der Sitzung vom 9. Mai aber auch diese Mindestforderungen als unannehmbar ab und wollte nun Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst über ihre Stellung zu diesen Vorschlägen befragen. Die Formulierung der Fragestellung, wie sie Bismarck für diese Erhebungen in Aussicht nahm, war offenbar dazu angetan, bei den Arbeitern den Eindruck zu erwecken, als gehe es dem Gesetzentwurf nur darum, ihnen Verdienstmöglichkeiten zu nehmen. Erst am 23. Juli erschien dieser Fragebogen und am 1. Oktober sollte das ganze Material bereits von den Bezirksregierungen eingesandt sein. Hiße bemerkte damals in der Kölnischen Volkszeitung vom 25. August, daß eine gründliche Enquête in so kurzer Zeit undurchführbar sei. Tatsächlich verschleppte diese Umfrage die Arbeiterschutzesetzgebung immer länger.

In der Reichstagsitzung vom 10. März des gleichen Jahres trat bei Behandlung des Antrages Adermann-Bühl betr. Kompetenzerweiterung der Innungen auch bereits eine gewisse sachliche Differenz zwischen Hiße und der Hertlingschen Richtung zutage. Hiße trat als Sprecher einer Minderheit der Fraktion auf, welcher diejenigen Forderungen des Antrages, die den Befähigungsnachweis, die Sonntagsruhe usw. betrafen, nicht weit genug gingen. Dabei erklärte er aber gleich, daß es ihm nicht etwa auf die Erhaltung des Handwerks im technischen Sinne ankomme, sondern auf die der

heutigen Handwerker, des gewerblichen Mittelstandes, welcher letzterer sich sogar die Vorteile der modernen Maschinenteknik durch genossenschaftlichen Zusammenschluß zunutze machen sollte. Erst die autoritative Regelung des Lehrlings- und Gesellentwesens werde die Handwerker vor weitergreifender Freisetzung durch das Kapital und vor der Abwanderung in die Sozialdemokratie bewahren. Im Reichstag war aber damals keine Stimmung für Zwangsinnungen, obwohl die Handwerker sich selbst schon wieder von der Gewerbefreiheits-Ideologie abgekehrt hatten und dem Gedanken des Obligatoriums, wie ihn Freiherr v. Fechenbach vertrat, gefolgt waren. Bismarcks Stellung nahm eine umgekehrte Entwicklung. Anfangs trat er für Bindungen und Selbstschuß-Zwang ein, während er sich später wieder mehr der liberaleren Richtung zuwandte.

Ende Februar 1885 sehen wir Hitze im Landtage für die Erweiterung der Benutzungsmöglichkeiten der Preussischen Staatsbibliothek sich einsetzen. Wenige Tage darauf redet er der Errichtung von Lehrstühlen für gewerbliche Hygiene und Unfallverhütung an Technischen Hochschulen das Wort. Mit Beginn der neuen Session wurden dann von Lieber und Hitze auch wieder die ersten Kommissionsvorlagen betriebl. Arbeiterschutz eingebracht. Da die Frage der Sonntagsarbeit ja vorläufig ausschied, beschäftigte sich die 10. Kommission, der die Anträge erneut zur Bearbeitung überwiesen wurden, hauptsächlich mit der Frauen- und Kinderarbeit und dem Höchstarbeitsstag. Der Ausschuß faßte damals bereits zwei Resolutionen zugunsten einer Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und der obligatorischen Einführung der Gewerbegerichte. Der Bundesrat erklärte sich bezüglich der ersten Forderung der Resolution für unzuständig, bezüglich der zweiten blieb es bei der Ueberweisung an seinen Sachausschuß. Am 3. Dezember wandte sich Hitze als Antragsteller noch einmal gegen die Auffassung des Bundesrates, daß Verringerung der Arbeitszeit auch notwendig Verminderung der Ertragsfähigkeit und des Lohneinkommens bedeuten müßte. Er betonte auch hier wieder den Wert der schöpferischen Pause für Arbeitsfreude und Leistungsmöglichkeit. Aber er wehrte sich auch dagegen, die Arbeiterfrage nur lohn- und produktionspolitisch zu sehen. Wichtiger als die wirtschaftliche Bedeutung des Produktionsfaktors Arbeit sei in jedem Falle die Bedeutung des Menschentums im Arbeiter, seine Würde als Persönlichkeit. So sei die Arbeiterfrage nicht zuletzt auch eine Frage der Kultur. Der Niedergang des religiösen Lebens,

der Zerfall der Familie beweise, daß die Lebenswerte die Nutzwerte voraussetzen, daß nur in einer materiell gesunden Gesellschaft auch ein gesunder Geist gedeihen kann. — Eine Woche später gab Hise noch einmal seinen Zweifeln Ausdruck, ob die Berufsgenossenschaften des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 — wie Bismarck immer wieder argumentierte — den Arbeiterschutz, die Unfallverhütung usw. selbst in die Hand nehmen und restlos durchführen würden. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf den Kommissionsbeschuß bezüglich der Fabrikinspektoren zurück. Er glaubte, daß diese vor allen berufen seien, der Fabrikgesetzgebung zur Durchführung zu verhelfen. Das schließe die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Sozialversicherung keineswegs aus. Durch Fühlungnahme mit den Krankenkassen vor allem und den Arbeiterausschüssen könne die Arbeit der Gewerberäte nur befruchtet werden. Hise dachte sich die Verkleinerung der Arbeitsbezirke der Inspektoren so, daß ihnen Assistenten beigegeben würden. Zur Erhöhung ihrer moralischen Autorität sei auch die Bewilligung standesgemäßer Gehaltsbezüge unerlässlich. Er versprach sich von gelegentlichen Zusammenkünften dieser Beamten eine größere Planmäßigkeit ihres Vorgehens, wie er auch annahm, daß der gegenseitige Austausch der Erfahrungen zu einheitlicherer Berichterstattung führen werde. Die Vermehrung der Zahl der Aufsichtsbeamten sei allein geeignet, durch unvermutete Revisionen den Schlichen des Unternehmertums zuvorzukommen und zu verhindern, daß ein großer Teil der Arbeitskraft in endlosen Reisen durch den weiten Bezirk verzehrt würde und trotzdem die meisten Betriebe unbehelligt davonkämen. Hier, wie in allen einschlägigen Fragen war der junge Theologe und Abgeordnete bereits vollständig „zu Hause“ und man ist beim Studium seiner Parlamentsreden immer wieder erstaunt über seine bis ins einzelne gehende Sachkenntnis und den ganz konkreten Charakter aller seiner Vorschläge. Schon am folgenden Tage hören wir ihn wieder zur Frage der Sozialstatistik — die auch sonst durch ihn entscheidende Förderung erfuhr — Stellung nehmen. Es handelte sich um den Antrag Baumbach-Schrader auf Verbesserung der zahlenmäßigen Nachweisungen der Krankenkassenberichte. Obwohl selbst nicht Antragsteller, wurde er auch hier wieder der beste Interpret des sozialen Fortschrittes. Er wies darauf hin, wie brennend notwendig die Sozialpolitik sachlicher, einwandfreier Unterlagen bedürfe. Gerade die Krankenkassen seien geeignet, vergleichende Uebersichten über die Morbiditätsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung, über die Mortalität der aktiven Arbeiterarmen zu geben. Die statistische Beobachtung des Einflusses der Industrie auf die Gesundheit gebe in Verbindung mit der Kriminal- und Armenstatistik allein die Grundlage zu einer Diagnose, welche Voraussetzung auch der sozialen Therapie sei. — In-

zwischen war der Antrag Adermann betr. Befähigungsnachweis für selbständig werdende Handwerker wieder eingebracht. Diesmal trug der Antrag auch die Unterschrift Hize's, der noch bei der ersten Einbringung erklärt hatte, daß ihm die Forderungen desselben nicht weit genug gingen. Immerhin betonte er auch hier wieder stark, daß das individualistische Prinzip allein nicht ausreiche und den Innungen eine größere Exekutivgewalt zugesprochen werden müsse. Er versprach sich eben von der strengen Ordnung des Lehrlings- und Gesellenwesens die Schaffung eines technisch und sittlich tüchtigen Handwerkerstandes, der der Auffaugung durch das Kapital zu widerstehen vermag. Wieder sprach er die Hoffnung aus, daß dann das Handwerk die moderne Technik in seinen Dienst stellen könne. Fast prophetisch mutet es an, wenn Hize schon damals von der Möglichkeit spricht, daß durch die Vervollkommenung der elektrischen Kleinkraftmaschinen dereinst vielleicht die Produktion wieder aus der Fabrik ins Haus zurückverpflanzt und auch der Webstuhl eines Tages wieder in den Lebensraum des Arbeiters hineingestellt werde. — Es lag vielleicht durchaus in der Richtung dieser seiner Zukunftsprognosen, wenn er sich eifrig für die Kleineisenindustrie seiner engeren Heimat einsetzte. Am 30. März 1886 trat er im Abgeordnetenhaus für die Berücksichtigung von Petitionen aus dem südwestlichen Westfalen, welche den Eisenbahnbau im Sauer- und Siegerland betrafen, ein. Er wies auf die alteingesessene Eisenindustrie im Biggetal, auf die Walz- und Hammerwerke dieser Gegend, auf die Kupferbergwerke usw., deren Wirtschaftlichkeit erst durch bessere Transportmöglichkeiten gewährleistet sei. — Am 30. November finden wir Hize's Gesetzentwurf betr. die Arbeitszeit in den Textilfabriken wiederum unter den Anträgen. Wenige Tage später beantragt Adermann in Gemeinschaft mit Hize, die Geltung der Innungen gegenüber Nichtmitgliedern in Sachen des Ausbildungswesens und der Beitragspflicht dann zu verallgemeinern, wenn mehr als die Hälfte der ortsanfässigen Handwerksmeister sich freiwillig der Innung angeschlossen haben. Im Januar des folgenden Jahres brachte Hize mit Lieber den Antrag auf Vermehrung der gewerblichen Aufsichtsbeamten im Preussischen Abgeordnetenhaus ein, da dieser ja vom Bundesrat als nicht zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehörend abgewiesen war. Hize wies im Plenum darauf hin, daß der Antrag ursprünglich dem Reichstage vorgelegen habe und trotz einstimmiger Annahme von der Regierung scharf abgewiesen worden sei. Nun sei dieser Appell auch in der Kommission einstimmig angenommen worden, und der Regierungskommissar hätte sich hier bereits zugänglicher erwiesen. Letzterer habe die Haltung der Staatsregierung damit zu entschuldigen gesucht, daß von seiten der Arbeitgeber und -nehmer bisher ähnliche Wünsche nicht geäußert worden seien. Demgegen-

über erklärte Hitze, daß es selbstverständlich sei, daß die Arbeitgeber keine Gewerbepolizei wünschten. Wenn auch die Arbeiter selber noch kein Vertrauen zu den Aufsichtsbeamten hätten, so läge das eben daran, daß die Inspektoren völlig außerstande seien, den ihnen übertragenen Aufgaben wirklich gerecht zu werden, weil ihrer zu wenige sind. Er gab auch hier wieder seinen Zweifeln Ausdruck, daß die vielen Gebiete des Arbeiterschutzes von den Unfall=Berufsgenossenschaften übernommen werden könnten. Das hindere allerdings nicht, daß das Gesetz denjenigen Schutzbestimmungen, die die Versicherungskörperschaften bereits für ihren Geltungsbereich obligatorisch gemacht haben, allgemeine Anerkennung verschaffe. Durch Verkleinerung der Arbeitsgebiete sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten auch Zeit gewinnen, an den Einrichtungen der Sozialversicherung, insbesondere an den Krankenkassen mitzuarbeiten. Diese Mitarbeit dachte sich Hitze so, daß sie auch anregend in der Richtung einer Fortbildung der Fabrikkrankenkassen zu Vorkostenauschüssen wirken soll. Daneben soll der Beamte hier auch Material über die Berufskrankheiten und die Sterblichkeitsziffern sammeln und aus den gewonnenen Einsichten wiederum Wege der Verhütung weisen. Bei der behördlichen Genehmigung industrieller Anlagen müsse der Gewerberat als Gutachter herangezogen werden, evtl. schon vorher als Berater der Unternehmer und Arbeiter in dieser Hinsicht wirksam werden. Ueber die Durchführung der Fabrikgesetzgebung hinaus sollten sich die Kontrollorgane auch zu Anregern für den Gesetzgeber entwickeln. Hitze schloß seine an Anregungen so reiche Rede mit dem Ausdruck der Freude, daß der Gedanke des Arbeiterschutzes in der Volksvertretung immer mehr an Boden gewinne und die Regierung dadurch je länger je mehr gedrängt werde, ihren Widerstand aufzugeben. Mit unvergleichlicher Zähigkeit brachte denn Hitze auch seine diesbezüglichen Anträge bzw. die Beschlüsse der Kommission immer wieder ein. Am 5. März 1887 erschienen die alten Gesetzentwürfe unter seinem Namen prompt im Reichstage wieder auf der Tagesordnung. Außerdem fügte Hitze diesmal hinzu, daß die vorgesehenen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle, soweit sie sich auf die Arbeitszeit und Kinderarbeit beziehen, auf alle Werkstätten mit regelmäßiger Benutzung der Dampfkraft oder einer anderen elementaren Kraft, sowie in Hütten, Bauhöfen und Werften Anwendung finden sollen. Drei Tage später nahm er auch noch einmal das Wort zum Antrag Biehl=Petocha=Hitze betr. das Prüfungsobligatorium für selbständige Ausübungen bestimmter Handwerke. Inzwischen waren im Landtag die Arbeiten der X. Kommission soweit gediehen, daß ihr Bericht vom 12. März sagen konnte, daß sich der Ausschuß — nach einer kleinen Milderung der Fassung des Vorschlages — den Forderungen Hitzes bezüglich der Vermehrung der Zahl der Fabrikinspek-

toren grundsätzlich anschließe. Als der Kommissionsantrag bereits gegen Ende des Monats im Plenum zur Aussprache stand, wehrte sich Hitze gegen den Vorwurf des Abgeordneten v. Minnigerode, bei den Parteien sei „ein Rennen um die Arbeitergunst“ losgebrochen. Nicht ohne Schärfe antwortete Hitze, ebenso gut könne man wohl auch von einem „Rennen aus andern Rücksichten“ sprechen in diesem Hause. — Trotz seines Eifers für die nationale Sozialpolitik vergaß Hitze doch keineswegs die besonderen Anliegen seines Wahlkreises. Mitte März plädierte er im Preußenparlament wieder für eine Meliorationsbahn von M. Gladbach in die ländliche Umgebung. Dabei kam sogar zwischen den beiden Bewerbern, dem Vertreter für Dülken und dem für M. Gladbach so etwas wie kommunalpolitische Eifersucht und Kirchturmspolitik zum Ausdruck. Bemerkenswerter ist allerdings die Tatsache, daß Hitze bei dieser Gelegenheit bereits die konservative Beweisführung seines Mitbewerbers bekämpft. Letzterer hatte sich für eine verkehrspolitische Begünstigung der Heimweberei seines Bezirks ausgesprochen und dargetan, daß für die Damastherstellung und die Erzeugung bestimmter Samtqualitäten sich noch immer der Hand- und Hausbetrieb bewähre, welcher wiederum bodenständiger sei und die Verwurzelung der Erzeuger in der Heimat nicht gefährde. Hitze ließ diese Gründe kaum gelten und trat dafür ein, lieber die technischen Möglichkeiten Gladbachs, seinen Unternehmungsgeist und Kapitalüberfluß, seinen Facharbeiterbestand und die günstigere Lage hinsichtlich Kohle und Wasserkraft auszunutzen. Die Bahn solle dann die freigesetzten Arbeiter aus der Umgebung in die M. Gladbacher und Rheindt'schen Fabriken schaffen. Auch wenn man den Argumenten beider Abgeordneter einen harmlosen und unbewußten Lokalpatriotismus zugute hält, bleibt doch dieser sonst unbedeutende parlamentarische Vorgang bezeichnend dafür, wie außerordentlich tiefgehend bei Hitze die Wirkungen der Brandt'schen Schule waren. — Am 16. März nahm Hitze das Wort zu dem am 5. des gleichen Monats wiederum eingebrachten Gesetzentwurf des Zentrums betr. Aenderung der Gewerbeordnung hinsichtlich des Arbeiterschutzes. In längerer Rede tat er Bedürfnis und Möglichkeit eines Maximalarbeitstages dar. Das mindeste, was erreicht werden müsse, sei eine Höchstarbeitszeit für Jugendliche bis zu achtzehn Jahren und für weibliche Arbeiter, ein Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter zwölf Jahren (in Fabriken unter vierzehn Jahren) und für verheiratete Frauen mit unerwachsenen Kindern, sofern diese ohne Aufsicht und genügende Pflege bleiben müßten. Eine gesetzliche Regelung werde gerade von den wohlwollenden Arbeitgebern verlangt, damit die Allverbindlichkeit dem unsauberen Wettbewerb vorbeuge. Nicht minder notwendig sei auch die Regelung der Arbeitsordnungen, wofür die Gewerbegerichte als Auf-

sichtsinstanzen in Aussicht zu nehmen seien. Die Bestrebungen Hizes fanden in dieser Session eine unerwartet große Zustimmung bei den Parteien des Reichstages, der dann außer einer Anzahl Abänderungsbeschlüsse, die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung betreffend, noch zwei Resolutionen annahm, welche die Regierung aufforderten, bald einen Gesetzentwurf betr. die gewerbliche Kinderarbeit außerhalb der Fabriken vorzulegen und eine Umfrage darüber zu veranstalten, welche Arbeitszeitbeschränkungen notwendig und durchführbar erscheinen. Am 8. Juni mußte Hize den Reichstag gegen die Verdächtigungen einiger Handelskammern in Schutz nehmen. In reichlich manchesterlich anmutenden Eingaben und Gutachten hatten diese den Gedanken ausgesprochen, daß die Beschlüsse des Parlaments im letzten Grunde auf sozialistische Ideen zurückgingen. Hize zeigte am Beispiel der Frauenarbeit, daß die Rückgewinnung der Frau für Haus und Familie nicht nur durchaus konservativ sei, sondern durch Gesundung der Konsumwirtschaften auch der ganzen Volkswirtschaft zum Heile gereichen werde. Gerade Bebel aber sei es doch, der sich von der fortschreitenden Frauenarbeit eine fortschreitende „Emancipation“ des Weibes verspreche, die dem Sozialismus neue Massen ungebundener Klassenkämpfer zuführen wird. — Acht Tage später wandte sich Hize noch einmal gegen die Verschleppung der nun zum dritten Male vorgelegten Gesetzentwürfe der Arbeiterchutzkommission, für die dann übrigens bezüglich der Anwendung in Elsaß-Lothringen im Laufe des Jahres vom Reichstage noch Uebergangsbestimmungen ausgearbeitet wurden, die Hizes volle Zustimmung fanden. Nach einem halben Jahre erschien auch der Antrag zum Befähigungsnachweis wieder auf der Bildfläche. Hize konnte bei Beratung desselben Ende Januar 1888 feststellen, daß auch hier der Widerstand in den Reihen der Volksvertretung immer mehr zurückgehe. Preußen sei bezüglich des Hufbeschlag- und Schornsteinfegergewerbes bereits vorangegangen. Man anerkenne je länger je mehr, daß der Prüfungszwang zur Hebung der technischen Tüchtigkeit der Handwerker unerläßlich sei, die Frage sei eigentlich nur noch, auf welchem Wege das zu erreichen sei und welche Kategorien des Handwerks einbezogen werden sollen. Selbst diejenigen, die das Handwerk für verloren hielten, müßten eine Erschwerung des Zuguges zu diesen Gewerben durch den Befähigungsnachweis begrüßen. Wieder betonte er, daß die Vorschläge sich ja keineswegs gegen die moderne Arbeitsteilung an sich wendeten, sondern nur gegen eine einseitige Spezialisierung, welche die Handwerker allmählich in die Hilflosigkeit und Abhängigkeit des Seilarbeiters hineindränge. — Gelegentlich der in den nächsten Wochen im Preußenhause stattfindenden Staatsberatungen brachte Hize beim Haushaltsplan des Ministeriums für Handel und Gewerbe erneut den Antrag ein, die Jahresberichte

der Fabrikinspektoren nicht nur in subjektiver Auswahl, sondern in unverfälschtem Originalabdruck der Quellen zu veröffentlichen. Er wies darauf hin, daß die Auflegung der Originale im Reichstage praktisch wertlos sei, daß aber andererseits in den Auszügen wichtige soziale Statistiken unter den Tisch gefallen seien. Abgesehen von der Mißachtung, die darin für die fleißigen Berichtersteller liege, müsse auch gefordert werden, daß das vorzügliche Material auch den Bezirksregierungen und Bibliotheken als sachliche Unterlage zum Studium der sozialen Frage zugänglich gemacht werden. Die Kommission, der der Antrag zur Bearbeitung übergeben wurde, glaubte indessen, dem Minister v. Boetticher folgen und eine Ablehnung dieser Forderung beantragen zu müssen. Daß Hise eine Woche später sogar gegen seinen Fraktionsgenossen Trimborn, der für die Errichtung eines Landgerichtes in seinem Wahlkreise plädierte, dieses Landgericht für M. Gladbach in Anspruch zu nehmen suchte, sei nur als lustiges Beispiel für den lokalpatriotischen Eifer Hises erwähnt. Wichtiger war seine tags darauf im Reichstag bei der 1. Beratung seiner Schutzgesetzentwürfe gehaltene Rede, die sich mit den inzwischen bekannt gewordenen Ergebnissen der Umfrage betr. Sonntagsruhe beschäftigte. Er erinnerte daran, daß Bismarck vor fast drei Jahren selbst die gemäßigten Kommissionsanträge lächerlich gemacht und abgewiesen habe und durch eine, schon in der Fragestellung zur Befangenheit veranlassende Enquete das Resultat in seinem Sinne zu beeinflussen suchte. Trotzdem seien die Ergebnisse verhältnismäßig günstig. In der Großindustrie hätten sich 67 v. H. der Arbeitgeber und 75 v. H. der Arbeitnehmer für Gesetze gegen die Sonntagsarbeit ausgesprochen. Im Handelsgewerbe seien es sogar 68 v. H. der Unternehmer und 78 v. H. der Arbeiter, während im Kleingewerbe sich nur 59 v. H. der selbstständigen Gewerbetreibenden und 73 v. H. ihrer Hilfskräfte dafür erklärt hätten. Hise bezeichnete die bisherige landesgesetzliche und polizeiliche Regelung schon deswegen für unzureichend, weil ihr Motiv sich mehr auf den Schutz des Gottesdienstes vor Störungen beziehe, aber den Schutz der Arbeiter selber kaum in Betracht ziehe. Jedenfalls würden Ausführungsbestimmungen des Bundesrates einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem freien Ermessen der Bürgermeister, Gendarmerien und Einzelrichter bedeuten. Gegen Bismarck betonte der Antragsteller noch einmal, daß der Schutz des Familienlebens wichtiger für die Nation sei, als die Sicherung des Sonntagsverdienstes. — Wenige Tage später ergriff Hise bei Gelegenheit der Rede des Abgeordneten Baumbach das Wort zur Frage der Kinderarbeit. Er protestierte gegen die Unterstellung des Ministers v. Boetticher — der übrigens damals noch als gelehriges und williges Instrument Bismarcks fungierte — daß die Antragsteller sich selbst gesagt hätten, daß die Gesetzentwürfe

bei den verbündeten Regierungen keine Annahme finden könnten. Hitze rief in Erinnerung, daß die ursprüngliche Anforderung, wie sie der Antrag Hertling an die Regierung gerichtet habe, absichtlich die Form der Resolution gewählt habe, um der Regierung Gelegenheit zu geben, die Gesetzesmaterie sachmännisch formulieren zu lassen. Damals habe Bismarck die Antragsteller verhöhnt und die Einbringung eines Gesetzentwurfes verlangt. Jetzt, nachdem die Regierung jahrelang zu den umgehend eingebrachten Entwürfen geschwiegen habe, erkläre v. Boetticher, die Antragsteller würden doch der Regierung nicht im Ernste zumuten, auf diese Kommissionsbeschlüsse einzugehen! Hitze wandte sich bei dieser Gelegenheit auch gegen die laze Behandlung der Frage der Gewerbegerichte, wo doch die Regierung bei früheren Gesetzesentwürfen selber das Motiv der Anzulänglichkeit des jetzigen Zustandes des gewerblichen Schiedswesens gebraucht habe. Was die Berichte der Fabrikinspektoren angehe, so verweise er hinsichtlich ihrer Vollständigkeit auf das Vorbild Bayerns, Sachsens und Hessens. Hitze schloß seine stark kritische Rede mit einem Dank für die in Aussicht gestellte Novelle zum Kranfentassen-Gesetz. Ende Februar setzte er sich für eine Petition ein, welche die Regelung der Rechtsverhältnisse der Werkmeister erstrebte. Er hob hervor, daß der Werkmeister für die Fabrik sei, was der Handwerksmeister für das Kleingewerbe. Die Definition des Begriffes „Werkmeister“ läge also durchaus im Interesse einer Klarstellung seiner Rechte und Pflichten im Rahmen der Gewerbeordnung. — Der am 15. des Monats der 15. Kommission überwiesene Arbeiterschutzes-Gesetzentwurf war inzwischen durchberaten und entsprechende Resolutionen gefaßt worden. Am 27. Februar erschien bereits der Bericht des Referenten Hegel, der dann am 2. März im Plenum zur Debatte gestellt wurde. Der Referent konnte darauf hinweisen, daß zwar nach bisherigem Recht der Arbeiter zur Sonntagsarbeit im allgemeinen nicht verpflichtet werden konnte, daß also entsprechende Dienstverträge eventuell nichtig waren, daß aber nach dem Vorschlag des neuen Entwurfes die Arbeiter im Prinzip überhaupt nicht mehr beschäftigt werden durften. Hitze gab seiner Freude Ausdruck über die vom Berichterstatte Hegel konstatierte Tatsache, daß der eingebrachte Entwurf bis auf einige Abschwächungen und Detaillierungen in der Kommission einstimmige Annahme gefunden habe. Er sprach die Hoffnung aus, daß die wachsende Geschlossenheit des Reichstages hinsichtlich des Arbeiterschutzes auf die Dauer ihren Eindruck auf den Bundesrat nicht verfehle und diesen veranlassen werde, endlich aus seiner Reserve herauszugehen. Sein im Januar wiederholter Antrag für den sogenannten Befähigungsnachweis kam Ende Februar zur Beratung. Er zog ihn aber zugunsten des ähnlichen Antrages von Adermann, den er mitunterzeichnet hatte, zurück und machte sich Anfang

März sogar zum Interpretieren desselben, gab Kommentare bezüglich des Alters der Prüflinge, Dauer der Lehr- und Gesellenzeit usw. Am 7. des Monats hatte Hize noch gegen den Abgeordneten Franke die vorgesehenen Strafbestimmungen bei widerrechtlicher Beschäftigung von Jugendlichen zu verteidigen. Am folgenden Tage richtete er an Minister v. Boetticher das Ersuchen, den Entwurf der Novelle zum Krankenkassengesetz und den des bevorstehenden Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes baldmöglichst zu veröffentlichen, damit die Interessenten schon Gelegenheit nehmen könnten, sich mit den Vorschlägen auseinanderzusetzen.

Gegen Ende des Jahres 1888 erschien nach langer Frist eine neue Schrift Hizes, die schon durch den Titel Zeuge für die neue Entwicklung des Verfassers wurde. Es handelte sich um einen Sonderdruck aus seiner Zeitschrift „Arbeiterwohl“ über die „Pflichten und Aufgaben der Arbeitgeber in der Arbeiterfrage“, die zugleich als „Antwort auf die verwandten Schriften von Dechelhäuser und Roesicke“ gedacht war. Hize benutzte mit Freuden die Gelegenheit einiger, von human denkenden Unternehmern verfaßter Schriften, um auch aus seinem Erfahrungskreis Anregungen für die Durchführung des Arbeiterschutzes durch die Fabrikanten zu geben. Darüber hinaus lag ihm wohl daran, alle Bestrebungen des In- und Auslandes, die denen des St. Josefshauses in M.-Gladbach ähnlich waren, irgendwie geistig zu verbinden und öffentlich zu unterstützen. Er zeigte, daß für die Lösung der sozialen Spannungen eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von größter Bedeutung ist und daß dieses Vertrauen nicht zuletzt durch eine positive Stellung der Arbeitgeber zur sozialen Gesetzgebung zu schaffen und zu fördern sei. An Hand der Gesetzgebung zeigt Hize dann, wie z. B. in der Frage der Krankheits- und Unfallverhütung die verschiedenen Paragraphen erst fruchtbar werden können, wenn sie von wohlwollenden und verantwortungsbewußten Arbeitgebern loyal durchgeführt werden. Ganz besonders weiten Spielraum hätten die Unternehmer hinsichtlich des Schutzes der Sittlichkeit in ihren Betrieben. Auch bezüglich der Löhnung macht Hize eine Reihe praktischer Vorschläge. Für die Vorschriften betr. den Schutz

jugendlicher Arbeiter fordert er ein größeres Verständnis von Seiten der Betriebsleiter, vor allem auch eine korrektere, einsichtigere Befolgung dieser Normen. An dem Problem der arbeitenden Frau zeigt Hize, wie kurzfristig der Standpunkt ist, dem es nur um augenblicklich billige Arbeitskraft geht, der aber übersieht, daß Rückgewinnung der Frau für die Familie gleichbedeutend ist mit dem Aufwuchs eines leistungsfähigeren Geschlechtes, mit der Erhöhung des Arbeitswillens und der Arbeitsfreude für den Mann. Dann kommt er auf die Beschränkung der Arbeitszeit zu sprechen und stimmt Dechelhäuser und Roefide darin zu, daß der Widerstand vieler Arbeitgeber gegen den Maximalarbeitstag oft nur in einem ungesunden Hang am Althergebrachten zu suchen sei, daß diese aber nicht wissen, wie bald sich ein natürlicher Ausgleich zwischen Leistung und Arbeitszeit einstellt, d. h. die Produktivität der Arbeit sich durch ihre bewußte Schonung und Pflege steigert. Ähnliches gelte von der Sonntagsarbeit. Besondere Beachtung wendet Hize natürlich dem Institut der Fabrikfrankenkasse und der Arbeiterunterstützungskasse zu und zeigt, daß es gerade hier viele Gelegenheiten gibt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sozialer Arbeit zusammenzuführen und so die Betriebswohlfahrtseinrichtungen gleichsam von selbst zum Arbeiterausschuß und zur Arbeitsgemeinschaft fortzuentwickeln. Auch für die Organisation der Fabriksparkasse äußert Hize reges Interesse. Dann geht er dazu über, die Bedeutung der Wohnungsfürsorge und der häuslichen Ausbildung der weiblichen Arbeiter für das Leben des Betriebes und für die Befriedung des sozialen Lebens darzulegen. In offensichtlicher Anlehnung an Erfahrungen im Hause Brandts und an Erörterung im Verband „Arbeiterwohl“ zeigt er sodann, wie die Förderung der Fortbildung der Arbeiter, wie Vereine und Feste der Betriebsfamilie, wie vor allem die persönliche Teilnahme und Fürsorge für die Belegschaft und die Angehörigen der Arbeiter die Werksgemeinschaft stärken und den zersetzenden Einflüssen des Sozialismus sichtbar entgegenwirken. Hize steht indessen nicht an, auch die Verirrungen der betrieblichen Wohlfahrtspflege

beim Namen zu nennen — vom unüberlegten, prozigen Philantropismus angefangen bis zu jener fragwürdigen Fürsorge, die nur darauf ausgeht, den Arbeiter dauernd an den Betrieb zu fesseln oder gar jedes Eigenleben und schließlich den Lebensraum des Arbeiters selber aufzuheben. Das Buch schließt mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß die zur damaligen Zeit vielfach auftauchenden Vereinigungen sozialgesinnter Fabrikherren als Anzeichen dafür gedeutet werden können, daß ein Zeitalter des Pflichtgefühls auch in der Privatwirtschaft wieder anbreche und daß dieses die Gefahren beschwören werde, welche der Gesellschaft durch einen unverantwortlichen und rücksichtslosen Industriekapitalismus drohen.

Inzwischen hatte die Reichsregierung den Gesetzentwurf betreffend die Alters- und Invalidenversicherung eingebracht und Anfang Dezember 1888 zur parlamentarischen Diskussion gestellt. Daß Hitze hierzu das Wort nehmen würde, war umso selbstverständlicher, als im Vorstand seines Verbandes bereits im Frühjahr und Dezember 1887 die Frage der Invalidenversorgung eingehend erörtert worden war. Schon in den Beratungen, die „Arbeiterwohl“ im Februar und April 1887 in Köln unter der sachkundigen Führung des Vorstandsmitgliedes Hilt-Nachen, des Vorsitzenden der deutschen Knappschaftsberufsgenossenschaft, veranstaltete, war man zu der Ueberzeugung gelangt, daß es sich empfehle, die neue Versicherung berufsgenossenschaftlich aufzubauen, sie von Anfang an mit der Witwen- und Waisenversorgung zu verbinden und zunächst auf die Industriearbeiter zu beschränken. Als dann später die Grundzüge des kommenden Gesetzentwurfes von der Regierung veröffentlicht wurden, trat der Vorstand des „Arbeiterwohl“ nochmals zur Beratung zusammen. Generaldirektor Hilt übernahm das Referat, Hitze das Korreferat. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß vorgesehen war, alle Arbeiterkategorien mit einem Schlage der Versicherungspflicht zu unterwerfen, die Organisation völlig bürokratisch aufzubauen und zur Deckung von zwei Drittel der Lasten einfach auch die Steuereinnahmen des Reiches anzugreifen. Als nun der Gesetzentwurf den „Grundzügen“ gefolgt war, konnte Hitze bereits eingehend dazu Stellung nehmen. In der Plenarsitzung vom 7. Dezember 1888 nahm er denn auch das Wort — allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er für seine Person spreche. Diese Einschränkung war wohl ein Anzeichen dafür, daß in der Zentrumsfraktion die Meinungen über die neue Vorlage weit auseinandergingen. Hitze begann seine Rede mit einer sehr positiven Verteidigung der Sozialversicherung gegenüber dem Abgeordneten Grillenberger von

der Linken, der die Behauptung ausgesprochen hatte, daß es sich bei der Alters- und Invalidenversicherung nur um eine Neuorganisation der Armenpflege handle. Bismarck hatte die Sozialversicherung allerdings selbst in ähnlicher Weise begründet. Hilke vertrat den Standpunkt, daß es hier vielmehr gerade um eine Ueberwindung des „ehernen Lohngesetzes“ gehe und die Versicherung darauf abziele, dem Ricardoschen Pessimismus, daß der Arbeiter nie auf einen grünen Zweig kommen, der Marktpreis seiner Arbeit sich immer wieder dem bloßen Kostenwert annähern werde, jede Voraussetzung zu nehmen. Er war der Meinung, die Soziallasten müßten von den Unternehmern einfach als Produktionskosten auf die Preise abgewälzt und auch durch Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Dabei war Hilke sorglos genug, die Frage zu unterlassen, ob denn nicht durch die Steuerung auch die erhöhten Arbeitseinkommen wieder illusorisch gemacht würden. Es kam ihm eben auch darauf an, nachzuweisen, daß die Leistungen der Versicherung von den beteiligten Gewerben selbst aufgebracht werden müßten und es prinzipiell nicht angängig sei, nicht nur die Berufsgruppen mit kleineren Risiken für diejenigen mit größeren Gefahren haftbar zu machen, sondern auch die Reichsfinanzen und die Steuergelder unbeteiligter Konsumentkreise hemmungslos zur Deckung heranzuziehen. Immerhin schien Hilkes Stellung zum Reichszuschuß nicht ganz so kritisch zu sein, wie die anderer Fraktionsgenossen. Gegen außerordentliche Beteiligung der Staatsfinanzen zur Deckung der Verwaltungskosten, zum Zwecke des Beitragserlasses in besonderen Fällen hatte er nichts einzuwenden. Dagegen unterzog er den bürokratischen Charakter der Rentengewährung, des Festsetzungsverfahrens durch Beamte, Bürgermeister usw. auf Grund bloßer Akten einer eingehenden Kritik. Der ganze Aufbau nehme zu wenig Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse und auf die Verschiedenheit der Berufsclassen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß auch Halbinvalidität und zeitweilige Arbeitsunfähigkeit Berücksichtigung finden, damit — im Falle teilweiser Invalidität — die Arbeitgeber noch Anlaß finden, alte, treue Arbeiter in gewissem Umfange weiterzubeschäftigen. Gegenüber einer Reichsanstalt hätte die berufsgenossenschaftliche Organisation der Versicherung den Vorzug einer Aufgliederung der Verantwortung und der erst dadurch ermöglichten gesunden Abstufung der Beiträge und Renten, wie auch der engeren Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern. Während nach den jetzigen Grundsätzen gleichsam auf „allgemeine Unkosten“ gewirtschaftet werden würde, hätten die Berufsgenossenschaften ein natürliches Interesse an der Verhütung frühzeitiger und umfassender Invalidität, würden diese auch eine gerechtere Verteilung der Lasten nach Gefahrenstufen gewährleisten. Bismarck, der noch vor wenigen Jahren die Entwicklungsmöglichkeiten der Berufsgenossenschaften sogar

überschätzt habe, vertrete in diesem Gesetze plötzlich die Ansicht, daß „möglichst einfach“ identisch sei mit „möglichst gut“, anstatt einzusehen, daß die Versicherung um so zweckentsprechender arbeiten werde, je mehr Träger vorgesehen sind. Zum Schluß griff Hitze auf die Vorschläge des „Arbeiterwohl“ zurück und wandte sich u. a. auch gegen den Verlust der Ansprüche, der z. B. den weiblichen Versicherten bei Heirat, anderen bei Ueberschreitung des versicherungspflichtigen Einkommens droht. Außerdem gab er zur Erwägung, ob eine Invalidisierung nicht unter Umständen schon nach einem Beitragsjahr erfolgen, für unversorgte Kinder eine Erziehungsbeihilfe gewährt werden könne usw. — Der Reichstag, der sich bei der Beratung der Unfallversicherung noch entschieden gegen jeden Staatssozialismus und gegen einen einseitigen Zentralismus in der Sozialpolitik ausgesprochen hatte, brachte, nachdem er schon einige Jahre vorher der Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter in die Unfall- und Krankenversicherung zugestimmt hatte, diesmal dem Rentenzwang Bismarcks kaum nach Widerstand entgegen. Hertling, der die Entwicklung aufmerksam verfolgte, obwohl er nicht aktiv am parlamentarischen Leben teilnehmen konnte, brachte seine Bedenken am 6. Januar 1889 in einem Artikel der Kölnischen Volkszeitung zum Ausdruck. Er erinnerte daran, daß vor acht Jahren bezeichnenderweise nur die Vertreter des Preußentums und die Sozialisten Bismarck darin bestimmten, die Mittel der Gesamtheit beliebig im Interesse einzelner Gesellschaftskreise zu verwerten. Heute werde aber selbst im Zentrum die grundsätzliche Zulässigkeit einer allgemeinen obligatorischen Sozialversicherung kaum noch in Frage gestellt. Der Aufbau der Unfallversicherung auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung der Industrie hätte noch den Zentrumsprinzipien entsprochen, die Regelung der Invalidenversorgung indessen sei keine sozialpolitische Maßnahme mehr, sondern protektionistisch = patriarchalische Wohlfahrtspflege — weit über Bedürfnis und Zuständigkeit hinaus. Nachdem die Zentrumsfraktion je länger je mehr den Charakter einer kulturpolitischen Kampfgenossenschaft verliere, sei es unerlässlich, daß auch die jüngeren Mitglieder der Fraktion sich auf die sozialpolitischen Grundsätze des Zentrums zurückbesinnen und dem Gesetzentwurf geschlossen ihre Zustimmung versagen. Die Eingeweihten wußten, daß sich diese Ausführungen nicht zuletzt an v. Frankenstein richteten. Lieber und Windthorst sprachen dem Getreuen des alten Kurses ihre Zustimmung aus.

Inzwischen war der Gesetzentwurf an den Ausschuß gegangen. Hitze hatte am 12. Dezember 1888 wieder einmal die Forderung des Befähigungsnachweises verteidigt. Vier Wochen später sprach er sich für ein gewisses „Normalstatut“ für die Zwecke der Einrichtung von Gewerbegerichten aus, um die Einheitlichkeit der diesbezüglichen kommunalen Maß-

nahmen zu sichern und den Arbeitern eine geordnete Mitverwaltung zu garantieren. Er versprach sich auch von solchen „Satzungsentwürfen“, daß sie anregend auf die Neubildung Maßnahmen, bezeichnete aber auch den Weg dieser Entwicklung sah er vor allem, daß sich die Schiedsgerichte zu Einigungsämtern fortentwickeln und daß ihnen neben der Aufgabe der Schlichtung und Rechtsprechung auch einmal ein gewisses Maß autonomer Rechtsbildung durch Genehmigung der Fabrikordnungen usw. zugestanden würde. Bei Gelegenheit der Staatsberatungen am 19. Januar 1889 konnte Hitze feststellen, daß die Arbeit der Fabrikinspektoren bei der Regierung an Anerkennung gewonnen habe. Nun müsse der Minister dieses Lob aber auch durch Vermehrung der Beamten realisieren. Gegenüber Bebel gab Hitze zu, daß die Zustände in der Hausindustrie zum Teil schlechter wären als in den Fabriken. Demgegenüber müsse aber festgehalten werden, daß unter andern auch die Partei Bebels seinem Antrag, die Fabrikgesetzgebung auf alle Betriebe mit elementarer Kraft auszudehnen, die Unterstützung versagte. Bei dieser Gelegenheit forderte Hitze die Regierung auf, diejenigen Arbeiterschutzmaßnahmen, die sie nun wenigstens gegenüber den Spiegelbelegeanstalten, den Zigarren- und Gummifabriken in Anwendung zu bringen denken, in der Durchführung zu beschleunigen. Auch in der Wohnungsfrage solle der Staat nunmehr ein gewisses hygienisches und kulturelles Minimum gewährleisten. Wenn gelegentlich darauf hingewiesen werde, daß die beteiligten Kreise selber kaum noch an diesem Mindestmaß menschenwürdiger Lebens- und Arbeitsweise interessiert seien und auch die jungen Arbeiterinnen den Bemühungen der Fabrikinspektoren um ihre häusliche Ausbildung teilnahmslos gegenüberstehen, so solle man sich darüber klar sein, daß die Gleichgültigkeit ihren tiefsten Grund in der übermäßig langen Arbeitszeit habe. Dem Antrag Bebel auf Drucklegung der Originalberichte der Fabrikinspektoren trete er um so entschiedener bei, als sein gleicher Antrag im Landtage kein Gehör gefunden habe. — Am 23. Januar kam endlich der Tag, wo die Regierung bezüglich des Gesetzesentwurfes zum Schutze der Frauen und Kinder in den gewerblichen Betrieben den Reichstag wenigstens einer Erklärung über die Gründe ihrer Gegnerschaft sogar zu der abgeschwächten, von der großen Mehrheit des Reichstages getragenen Kommissionsentwürfen zu würdigen; v. Boetticher bestritt zunächst jedes Bedürfnis für die vorgeschlagenen Maßnahmen, bezeichnete aber auch den Weg dieser Entwürfe für falsch und erklärte zudem, daß die Regierung nicht die Hand dazu bieten könne, die Erwerbstätigkeit der arbeitenden Klassen zu beschränken. Hitze ging die Punkte dieser eigenartigen Rechtfertigung der Reihe nach durch und fragte zunächst den Minister, ob denn die Tatsache der 21 000 in den Fabriken — hauptsächlich Sächsens — beschäftig-

ten Kinder nicht genüge, um ein Bedürfnis zum Einschreiten festzustellen. Nach Boettichers Ausführungen — der sogar die Stirn hatte, von der erziehlichen Bedeutung der Kinderarbeit zu sprechen — könne man allerdings fast annehmen, daß die Arbeitgeber der übrigen deutschen Staaten die Kinderarbeit eigentlich wieder einführen müßten. Durch die Maßnahmen der Schulbehörden und die Einsicht vieler Unternehmer sei doch immerhin schon ein beachtenswerter Rückgang der Zahl der Fabrikarbeiter im Kindesalter zu verzeichnen. Man müsse sich ernstlich die Frage vorlegen, welchen Einfluß die Reden des Ministers auf die Haltung der Fabrikinspektoren zu nehmen geeignet seien. Auf den Einwand v. Boettichers, daß auch ein Bedürfnis zu gesetzlichen Maßregeln gegen nächtliche und sonntägliche Frauenarbeit gezeugnet werden müsse, wies Hize auf die damals gerade beginnende Elektrifizierung der Beleuchtungsanlagen hin, welche die Versuchung, die Ausnutzung der Produktionsmittel durch Nachtarbeit zu steigern, nur noch erhöhen werde. Es sei die Aufgabe des Gesetzgebers, hier vorzubeugen, da dies erfahrungsgemäß leichter sei, als nachträgliche Regelung. Die Möglichkeit, daß das Verbot der Kinderarbeit — wie der Minister argumentierte — die sozial tieferstehende Hausindustrie fördern werde, beweise nicht, daß die vorgeschlagenen Arbeiterschutzesetze einen falschen Weg gehen, sondern daß diese auch auf das Verlagsystem ausgedehnt werden müßten. Wenn der Hymnus auf die deutsche Frau, das deutsche Haus, die christliche Familie, seinen Sinn behalten solle, dann solle man auch endlich Ernst machen mit dem Schutz des Weibes, der Mütter und Schwestern und ihnen wieder jene Sonderstellung einräumen, die ihnen zukomme. Wenn eingewandt werde, daß dieser Schutz ja faktisch eine Beschränkung der Verdienstmöglichkeiten der Arbeiterfrauen bedeute, so solle man sich ins Gedächtnis rufen, daß die Kinder und Frauen doch nur die „industrielle Reservearmee“ zu stärken geeignet seien. In Sachsen, wo diese zweifelhaften „Verdienstmöglichkeiten“ für Kinder und Frauen noch weitgehendst gegeben sind, fände sich bekanntlich gerade die größtenteils Verelendung und bei niedrigsten Löhnen schreite die Proletarisierung und die Abwanderung der Werkstätigen zum Sozialismus dort am raschesten vorwärts. Es könne auch im Ernst niemand behaupten, daß die deutsche Industrie bedroht würde, wenn die Frau wieder die Möglichkeit hat, das Heim instand zu setzen, sich der Aufzucht einer gesunden Generation zu widmen, den Sonntag in der Familie zu gestalten und dadurch die Lebens- und Arbeitsfreude der „Bediener“ zu heben. Es sei an der Zeit, sich endlich von dem Vorurteil frei zu machen, daß sich in der Arbeiterversicherung „die“ Sozialreform erschöpfe — der Arbeiterschutz sei tatsächlich wichtiger, da Vorbeugen bekanntlich leichter ist als Heilen. Den Arbeitern gehe es nicht um Almosen, son-

dern um den Schutz ihrer Menschenrechte auf Leben und Gesundheit, Ehre und Eigentum. Man solle eben, wie auch anderswo, das eine tun und das andere nicht lassen und nie vergessen, daß die Mutter die Keimzelle der Gesundheit des Volkes ist und nichts so sehr die Verbitterung und den Radikalismus der Massen stärkt, als der Zerfall der Familie, die Erinnerung an eine zerstörte Jugend und jenes Minderwertigkeitsgefühl, welches im Arbeitsmann aufkommt, wenn er andere Menschen den Tag des Herrn feiern sieht, wo er sich auch am Sonntag zur Maschinenfron verurteilt weiß.

Bei der am 20. März 1889 stattfindenden ersten Beratung des wiederholten Gesetzentwurfes Lieber-Hiße betreffend Normalarbeitstag usw. stellte Hiße noch einmal die prinzipielle Einigkeit des Hauses fest, gab aber zu, daß bezüglich der gesetzlichen Formulierung die Meinungen noch auseinandergingen. Gegenüber der Linken mußte er richtigstellen, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern vor ihnen bereits Ketteler (1866) die erste Anregung zum Maximalarbeitstag gegeben habe. Bezüglich des vom Abgeordneten Frohme geforderten Verbotes der Affordarbeit, antwortete Hiße, daß man dem fleißigen Arbeiter nicht verbieten könne, seinen Arbeitsertrag zu steigern — ein Einwand, der übrigens nicht weniger schwach erscheint als der Bismarcks und Boettichers gegen die Beschränkung der Arbeitszeit überhaupt. — Hiße mußte zugeben, daß der geforderte elfstündige Arbeitstag schon zum Ziel überholt sei, gab aber zu denken, daß parlamentarisch im Augenblick nicht mehr zu erreichen sei. Allerdings dürfe man andererseits nicht vergessen, daß um so mehr Ausnahmen zulässig gemacht werden könnten, je niedriger die Höchst-arbeitszeit angesetzt wird. Schließlich bemerkte Hiße noch zu den Kritikern der Linken, daß der Selbstschutz durch Gewerkschaften keineswegs ausreichen werde, um hier Wandel zu schaffen. Ein Land, das in der Sozialversicherung so weit voraus ist, dürfe im staatlichen Arbeiterschutz nicht zurückbleiben. — Nachdem Hiße und Hertling am 28. März noch beantragt hatten, die Beiträge zur Invalidenversicherung je zur Hälfte auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verteilen, den Reichszuschuß zu streichen und die Wirkungen des Gesetzes auf die gegen Unfall versicherten Industriearbeiter auf der Grundlage der Berufsgenossenschaften zu beschränken, kam tags darauf nun dieser ganze Gesetzentwurf zur zweiten Beratung. Boetticher sprach gleich die Vermutung aus, daß die treibende Kraft des „Antrag Hiße“ wohl nicht am Niederrhein (M. Gladbach), sondern in München (Hertling) zu suchen sei. Demgegenüber konnte Hiße darauf hinweisen, daß sowohl der Regierung, als auch der Kommission das Gutachten des Vorstandes von „Arbeiterwohl“ — also vom Niederrhein! — von Anfang an vorgelegen habe und daß in diesem Gutachten bereits alle Gedanken des Abänderungsantrages zu finden seien. Allein die Ausichtslosigkeit, ihn

im Ausschusse durchzusetzen, habe ihn veranlaßt, die Vorschläge nicht schon in der Kommission zum Antrage zu erheben. Das ändere aber nichts daran, daß er und seine politischen Freunde nicht in der Lage wären, einfach für das Gesetz zu stimmen, insbesondere nicht für den § 1, der den Umfang der Versicherung bestimmt. Er stelle anheim, erst mit der Industriearbeiterschaft zu beginnen und vor allem auf eine bürokratische Vereinigung von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk in einer Organisation zu verzichten. Schon bei der Krankenversicherung habe doch ursprünglich das Haus die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nur fakultativ einbezogen. Eine staatssozialistische Oktroierung des Rentenprinzips auf Verhältnisse, wo kein Bedürfnis vorliege, sei abzulehnen. Doch der Handwerker habe zunächst andere Sorgen, als die der öffentlichen Fürsorge für Erwerbsunfähigkeit und Alter — er wolle selbständig werden. Aber gerade bei diesem gesunden und normalen Bestreben müsse sich der Geselle sagen, daß er dann seiner Beiträge und Ansprüche verlustig gehe. Handwerker wie landwirtschaftliche Arbeiter seien in der Regel Selbstversorger und müßten die Mittel für eine solche Versicherung erst flüssig machen, deshalb würden sich auch beide nach dieser fremden und befremdenden Fürsorge von oben herab keineswegs sehnen. — Daß Hertling, der von Windthorst eigens nach Berlin beordert war und sich schon in der Fraktion heftig gegen das Gesetz ausgesprochen, sich nicht minder kritisch aussprechen würde, war zu erwarten. Der Eindruck der Zentrumsreden war der, daß die bis jetzt zurückhaltenden, stillen Gegner des Gesetzes unter den Konservativen wieder Mut bekamen und zu hoffen begannen, daß die Vorlage vielleicht doch noch zu Fall kommen würde. Allein, Frankenstein, der sich Bismarck zuliebe in das umfangreiche und verwickelte Gesetz völlig hineingearbeitet hatte, meldete sich zum Wort und dementierte die Ausführungen seiner eigenen Fraktionskollegen, denen er durchblicken ließ, daß sie von der Materie nichts verstünden. Die Bestürzung im Zentrum war groß, der Bruch mit der Tradition und in der Partei selber lag offen zutage. Die geheimen Freunde des Zentrumskampfes gegen den Staatssozialismus in andern Fraktionen waren wieder eingeschüchtert. Dem Geschick Windthorsts gelang es zwar noch einmal, die Gegensätze im Zentrum äußerlich zu überbrücken. Bemerkenswert erscheint immerhin, daß gerade Bachem und Hitze, die doch in mancher Beziehung als die Repräsentanten der neuen Richtung im Zentrum gelten konnten, in diesem Falle aufseiten Windthorsts und Hertlings waren. Hitze ließ sich allerdings nicht hindern, in Anbetracht der unvermeidlichen Entwicklung der Dinge, das „kleinere Uebel“ zu wählen und durch sachliche Kritik und konkrete Vorschläge zu bessern, was zu bessern war. So nahm er z. B. Stellung zur Frage der

Wartezeit und der Lohnklassen, der Sicherung gegen Mißbrauch und zu der Frage, ob die Berufsgenossenschaften wenigstens irgendwie herangezogen werden könnten. Mit Buhl beantragte er die Abkürzung der Wartezeit, mit Stöbel setzte er eine engere Verbindung zwischen Kranken- und Invalidenversicherung durch, dergestalt, daß Rentenansprüche schon nach einem Jahre geltend gemacht werden konnten. Vor allem wandte er sich gegen jedes diskretionäre Verfahren bei der Feststellung der Rentenwürdigkeit und des Grades der Arbeitsunfähigkeit durch unmaßgebliche Behörden und machte Vorschläge für das Berufsungsverfahren. Hize hielt es sogar für opportun, in der Frage des Reichszuschusses unbeschadet seiner grundsätzlichen Ablehnung des ganzen Entwurfes einen Ewentual-Antrag einzubringen, so zwar, daß im Falle der Annahme des Zuschusses durch den Reichstag, dieser wenigstens nach dem ortsüblichen Tagelohn abzustufen sei. Prinzipiell hielt er daran fest, daß die Versicherungsbeiträge als Bestandteile der Produktionskosten aufzufassen seien, andernfalls es ja auch allen andern irgendwie notleidenden Gruppen der Bevölkerung zugestanden werden müßte, staatliche Unterstützungen zu beziehen. Im Mai wurde das Gesetz mit 186 Stimmen — darunter 13 Zentrumsmitglieder, 11 davon Ablige! — angenommen. Immerhin war die Opposition dank der aufklärenden Tätigkeit der Zentrumsmajorität auf 165 Stimmen gestiegen. — Im Winter kam der alte Arbeiterschutzantrag Hitzes wieder einmal zur ersten Beratung. Unermüdlich verkündete der Antragsteller seine alten Argumente und verteidigte vor allem erneut die Sonntagsruhe gegen den schwerindustriellen Abgeordneten Freiherrn v. Stumm und gegen den Regierungskommissar. Auch der Antrag Adermann für den obligatorischen Befähigungsnachweis fand in Hize wiederum einen treuen Verteidiger.

III.

Obwohl die Autorität Bismarcks im Kampfe um die Sozialversicherung, richtiger Staatsversicherung, unerschütterlicher denn je zu sein schien, bereitete sich doch in jenen Jahren bereits ein grundlegender Wandel der Sozialpolitik des Reiches vor. Der alte Kaiser, auf den sich der Kanzler noch für die Invalidenversicherung berufen konnte, war gestorben, dem Kaiser Friedrich nur eine kurze Regierungsdauer beschieden. Mit Wilhelm II. begannen die bekannten Gegensätze zwischen dem Monarchen und dem Kanzler, die übrigens schon aus dem Jahre 1887 datierten, wo Bismarck dem damaligen Prinzen

Wilhelm nahelegte, sich von der Mitarbeit an dem christlich-sozialen Werke des Hofpredigers Stöcker zurückziehen. Der Prinz gab auf den Einwand des Reichskanzlers, daß die soziale Reform nur ein Werk des Königs und der staatlichen Gesetzgebung, nicht aber freier Vereine sein könne, daß also das notwendige Mißlingen des Stöckerschen Werkes den Thronfolger nur belasten werde, zur Antwort, daß er von der Notwendigkeit des Liebeswerkes der „Inneren Mission“ überzeugt sei und sich von ihm um so weniger trennen könne, als er durch unzählige Zustimmungsadressen aus unteren Arbeiterkreisen, nicht zuletzt aus katholischen, die Richtigkeit des Vorgehens bestätigt erhalte. Als der Prinz deutscher Kaiser wurde, blieb er seiner Jugendüberzeugung treu, wie sich alsbald zeigen sollte. Im Ruhrrevier garte es im Frühjahr 1889 gewaltig unter den Bergarbeitern. Indessen, die Zechenherren nahmen die Forderungen bezüglich der Löhne und des hygienischen Schutzes der Arbeit keineswegs ernst und verhielten sich weiterhin passiv. Dadurch kam der Stein ins Rollen. Am 1. Mai legten die Schlepper und Pferdejungen auf der Zeche Friedrich=Ernestine bei Essen die Arbeit nieder, zwei Tage später folgten die Königsgrube und das Bergwerk König Wilhelm, worauf dann der Streik überraschend schnell auf Gelsenkirchen=Herne übergriff und sich alsbald über das ganze rheinisch=westfälische Industriegebiet verbreitete. Die Zechenpresse rief nach Militär. Schon am 4. Mai griff Polizei und Gendarmerie, am 5. Militär ein. Nachdem den Arbeitern jahrelang das Koalitionsrecht verweigert worden, war es kaum verwunderlich, daß die undisziplinierten Massen sich zu bösen Ausschreitungen hinreißen ließen. Das gab dem jungen Secondelieutenant v. Strahlendorf Veranlassung, den verhängnisvollen Befehl zum scharfen Schießen zu geben. Es gab Tote und Verwundete. Im rheinischen Teil des Ruhrgebietes hatte der damalige Oberpräsident von Koblenz, Freiherr von Berlepsch — auf dessen Vorbildliche Arbeiterschutzpolitik als Regierungspräsident von Düsseldorf Hitzé bekanntlich wiederholt im Parlament hingewiesen — der Einsetzung von Militär wider=

sprochen. Der Erfolg war, daß es dort zu keinen Reibereien und Krawallen kam. Die auf Veranlassung des westfälischen Oberpräsidenten v. Hagemeister zustande gekommene „Erklärung“ des Langnamvereins, daß die Arbeitsniederlegung grund- und rechtlos erfolgt sei, die Zechenbesitzer aber bereit seien, nach Wiederaufnahme der Arbeit erhöhte Löhne zu bewilligen, verfehlte ihre Wirkung. Inzwischen war der Kaiser von einer Seereise zurückgekehrt und war sehr ungehalten über die ohne seine Genehmigung erfolgte Entsendung von Militär in das Streifgebiet. Er sandte seinen ehemaligen Erzieher, Geheimrat Hinzpeter aus Bielefeld, nach Dortmund, um Gutachten von namhaften Persönlichkeiten über die Ursachen des Konfliktes einzuholen und darüber, wie einer Wiederholung vorgebeugt werden könne. Bei einer Streikversammlung in Dortmund am 9. Mai hatte der antisemitische Saalbesitzer Schemann geäußert, wenn der Kaiser wüßte, wie es zugeht, würde er schon helfen. Dieser Vorschlag wurde begeistert aufgenommen und sofort drei Vertrauensleute aus der Knappenvereinsbewegung gewählt. Den Gutachten Hinzpeters und dem Betreiben des Zentrumsführers Lensing von der „Tremonia“ in Dortmund war es zu danken, daß der Kaiser die Delegierten Schroeder, Bunte und Siegel am 14. Mai tatsächlich empfing. Schroeder stellte die Schichtzeitfrage in den Vordergrund, kam aber überhaupt nicht zu einer ausführlichen Berichterstattung. Die Antwort des Kaisers war nicht übermäßig entgegenkommend und schien schon stark von Arbeitgeberseite beeinflusst zu sein. Immerhin versprach er, die Forderungen genau prüfen und das Ergebnis mitteilen zu lassen. Deutlicher wurde er erst gelegentlich des Empfanges der Deputation der Zechenbesitzer, der er u. a. nahelegte, dafür zu sorgen, daß die Bergwerksgesellschaften künftig eine möglichst nahe Fühlung mit den Arbeitern erhalten und deren Wünsche entgegennehmen, um sie ernsthaft zu prüfen. Es kam dann auch eine Abmachung zwischen den Delegierten beider Parteien zustande, an der neben zwei freisinnigen Parlamentariern Windhorst mitwirkte. Die Zechenbesitzer, die sich übrigens hinter Bismarck steckten,

fühlten sich indessen durch die Abmachungen ihrer Vertreter nicht gebunden, lehnten insbesondere die Arbeiterausschüsse und die Abrechnung der Ein- und Ausfahrt von der achtfündigen Arbeitszeit ab. So nahm der Streik seinen Fortgang. Wie der junge Kaiser die Dinge beurteilte, geht aus den Worten hervor, die er damals in einer Sitzung des Staatsministeriums aussprach. Er erklärte, daß die Unternehmer und Aktionäre nachgeben müßten, denn er müsse für die Arbeiter als seine Untertanen sorgen. Wären ihm die industriellen Millionäre nicht zu Willen, so ziehe er seine Truppen zurück; wenn dann die Villen der reichen Besitzer und Direktoren in Brand gesteckt, ihre Gärten zertreten würden, so würden sie schon klein werden. — Wenn Bismarck meint, das Ideal Wilhelm II. scheine damals ein „populärer Absolutismus“ gewesen zu sein, mit dem Ziele, die Arbeiter ebenso zu emanzipieren, wie durch die früheren Hohenzollern Bauern und Bürger befreit wurden, so kann man diese Ansicht gewiß nicht ganz abweisen. Sieht man aber von der Tonart ab, mit der der Kaiser die Dinge behandelte, so bleibt doch die Tatsache, daß hier sich bereits die Grundlinien eines neuen sozialpolitischen Kurses bemerkbar machten. Bismarck zog nunmehr — nachdem auch sein Ablatus v. Boetticher sich immer von ihm ab und zum Kaiser wandte — die Konsequenzen und trat als Minister für Handel und Gewerbe zurück. Sein Nachfolger in diesem Ressort wurde Freiherr v. Verlepsch, dessen besonnenes Verhalten im Bergarbeiterstreik die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich gezogen hatte. Die Denkschrift Hinzpeters gab Veranlassung zur Vorbereitung einer Reform der Berggesetze.

Im Landtag gab es anlässlich der Haushaltsberatung beim Kapitel Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung eine mehrtägige Debatte über die Vorgänge im Ruhrgebiet. Hize übernahm damals gleichsam das „Schlußwort“. Man hatte seinerzeit herausbekommen, daß unter den Bergarbeiter-Delegierten sich auch Sozialisten befunden hatten, und benutzte diese Tatsache, um damit gegen die neuen arbeiterfreundlichen Strömungen zu Felde zu ziehen. Hize teilte den Standpunkt, den der Kaiser bereits gegenüber der Unternehmerdeputation zum Ausdruck gebracht hatte: schon die Tatsache, daß die

Vertreter einen großen Teil der Arbeiterschaft hinter sich hatten, genüge, um ihre Anhörung und den Versuch einer Verständigung zu rechtfertigen. Hize warnte die Presse, sich in den Dienst einer arbeiterfeindlichen Agitation zu stellen. Dann ging er auf die Einwürfe von der Arbeitgeberseite ein. Er hielt ihr vor, daß sie Arbeitnehmer aus fremden Gegenden in großen Massen herbeigezogen habe, ohne vorher für eine menschenwürdige Unterkunft Sorge getragen zu haben. Wenn von der Trunksucht der Arbeiter gesprochen werde, so sei es Sache der Unternehmer, mit gutem Beispiel voranzugehen, sich dem Kampf gegen den Alkoholismus zur Verfügung zu stellen und die Voraussetzungen für eine Lebensweise zu schaffen, die der Trunksucht nicht in die Arme treibt. Auf den Hinweis, daß die junge Arbeiterwelt sich so frühzeitig emanzipiere und sich schon in frühen Jahren in keiner Weise mehr gebunden fühle, konnte er mit einer Exemplifizierung auf die Verhältnisse in der Brandtsschen Fabrik antworten. Es genüge nicht, über die jugendlichen Arbeiter zu klagen, man müsse vielmehr durch Fabrikordnung usw. die Verhältnisse besser zu gestalten suchen. Auch der Kulturkampf sei nicht ganz unschuldig an dem Mangel an religiöser Erziehung und Festigkeit in diesen Kreisen. Es sei an der Zeit, daß die Arbeitgeberschaft eben nicht mehr bloß auf die technische Tüchtigkeit des anzustellenden Personals sehe, sondern aus den letzten Vorkommnissen die Lehre ziehe, welche praktische Bedeutung auch die Gesinnung des Werkmenschen innerhalb des Betriebes habe. Folgerichtig müßten dann aber auch die Eifersüchteleien der Unternehmer gegen die Kapläne, welche die Arbeiter um sich sammeln und gegen die Arbeitervereine aufhören. Auch bezüglich der Gewerkschaften sei keine moralische Entrüstung am Platze, denn hier wollten die Arbeiter schließlich nichts anderes, als auch die Industriellen in den Kartellen und bei ihren Preisconventionen, nur daß es sich hier um die „Ware“ Arbeit handle. Gegen die Lohn-erhöhungen habe man eingewandt, daß die Kohle das „Brot der Industrie“ sei, wenn aber — wie jetzt — die Kohlenpreise auf das Doppelte gesteigert würden, so sei plötzlich vom „Brot der Industrie“ nichts mehr zu hören. Doch die Arbeiterschaft habe schließlich das Recht, durch Koalition und — wenn auch mit vielen Einschränkungen — durch Streik ihre Lage zu verbessern. Hize wandte sich auch gegen die nachträgliche Herabsetzung von Akkordsätzen und forderte, daß auch hier die Unternehmer sich der Vertragstreue befleißigten. Der Sinn der Mechanisierung des Arbeitsprozesses sei zu alledem doch, den Menschen zu entlasten und nicht, ihn noch mehr auszunutzen. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit würde durch eine relative Erhöhung der Leistungen wieder wettgemacht werden. Wenn trotz des Kampfes gegen die Gewerksvereine der sozialen Gesetzgebung gegenüber geltend gemacht werde, daß die erwachsenen Arbeiter doch

keines Vormundes bedürften, so solle man nicht übersehen, daß eine staatliche Regelung sich vermutlich friedlicher abwickeln würde als die „Selbsthilfe“ des mündigen Proletariats! Dann zeigte Hiye Wege zu einer nützlichen Verwendung der gewonnenen Freizeit im Kreise der Familie, im Schrebergarten, in der Fortbildung. Sodann wies er nach, wie sehr die Fabrikordnung geeignet sei, Willkürlichkeiten vorzubeugen und die Betriebsleitung anzuleiten, sich in der Frage der Arbeitszeit, der Ueberschichten an einmal gegebene, objektive Normen zu halten. Gerade hier empfehle es sich, einen Arbeiterausschuß zur Mitberatung heranzuziehen. Man solle auch weniger mit Strafen, denn mit Prämien diese Ordnung aufrechtzuerhalten suchen; auch bezüglich des Unwesens der sog. Wagnenullung auf den Zechen seien Reformen unerläßlich. Selbst der „Werktonspflege“, d. h. dem „guten Ton“ im Betriebe redete Hiye schon damals das Wort und empfahl den Direktionen, Sprechstunden anzusetzen, in denen es den Arbeitern möglich ist, Anliegen vorzubringen. Die Arbeitgeber seien oft gar nicht so unzugänglich, wie die Sozialdemokratie behaupte — es fehle nur an den Vermittlungsorganen, an Vertrauensausschüssen im Rahmen des Betriebes, um die mangelnde Einsicht bei den Unternehmern zu beheben. Zum Schlusse beleuchtete er die Fragwürdigkeit vieler Wohlfahrts Einrichtungen, die von Arbeitgeberseite getroffen sind und wies besonders auf die rigorosen Kündigungen von Werkwohnungen im Falle der Entlassung. —

Während sich die Parlamente über die letzten Vorgänge erhitzen, waren auch auf der Regierungsseite neue Veränderungen vor sich gegangen. Der Bundesrat, der bisher von Bismarck veranlaßt worden war, alle Resolutionen des Reichstages für den Arbeiterschutz, unbeachtet zu lassen, glaubte dem Druck der Volksvertretung nicht länger widerstehen zu können. Der Kaiser war anläßlich der Beisetzung der alten Kaiserin Augusta bereits mit dem König von Sachsen und dem Großherzog von Baden deshalb in Verbindung getreten. Sachsen hatte längst den Wunsch, seine eigenen, vielfach angefeindeten Schutzmaßnahmen durch reichsgesetzliche Regelungen ersetzt und auf alle deutsche Konkurrenten ausgedehnt zu wissen. Der König gab deshalb den sächsischen Vertretern im Bundesrate die Anweisung, im Sinne der Gesehentwürfe des Reichstages tätig zu sein. Auch Bayern gab allmählich nach. Im Januar 1890 berief der Kaiser einen Kronrat, um dort seine Ansichten über

die Arbeiterfrage darzulegen und den Entwurf eines Allerhöchsten Erlasses, der unter Mitwirkung Hinzpeters und v. Berlepschs zustande gekommen war, bekanntzugeben. Bismarck suchte die kaiserlichen Absichten mit allen Mitteln zu bekämpfen, mußte sich aber je länger je mehr davon überzeugen, daß auch der Widerstand seiner Getreuen im Ministerrat immer schwächer wurde. Er entschloß sich deshalb, die vom Kaiser gewünschte endgültige Redaktion der in Aussicht genommenen Erlasse selbst in die Hand zu nehmen, wohl um sie in seinem Sinne abzuschwächen. Außerdem schlug er die Einberufung des Staatsrates vor, welcher eine sachmännische Interpretation der Erlasse sicherstellen sollte, und eine internationale Konferenz, um durch Verallgemeinerung der vorgeschlagenen Maßnahmen einer mangelnden Konkurrenzfähigkeit des Reiches infolge erhöhter Soziallasten vorzubeugen. Der Kaiser stimmte den Vorschlägen anscheinend um so lieber zu, als die Einberufung einer Weltkonferenz geeignet war den Ruhm seiner jungen Regentschaft schnell zu steigern. Am 4. Februar wurden dann im „Reichs- und Staatsanzeiger“ die bekannten Rundgebungen an den Reichskanzler und den Handelsminister (ohne Gegenzeichnung Bismarcks!) veröffentlicht, deren erste die Einberufung der internationalen Arbeiterschutzkonferenz betraf, während die zweite sich für die Reform der Gewerbeordnung im Sinne der Fabrikgesetzgebung, für Arbeiterausschüsse und für den Ausbau der staatlichen Bergwerke zu sozialen Musteranstalten aussprach. Da die Schweiz bereits früher erfolglos eine solche Weltkonferenz für Arbeiterschutz einberufen hatte, bat Wilhelm II. die Schweiz, die Rechte ihrer Priorität an Deutschland abzutreten. Bismarck selber soll auf den schweizerischen Gesandten damals im entgegengesetzten Sinne einzuwirken gesucht haben. — Der Staatsrat war für den 14. Februar einberufen und dazu auch Sachverständige aus dem Arbeiterstande und der Sozialpolitik, ebenso Unternehmervertreter eingeladen worden. Hinzpeter fuhr im Auftrage des Kaisers persönlich nach M. Gladbach, um auch Hize zu den Beratungen zu bitten. In jenem schlichten St. Josefs Hause, wo die

katholische Sozialreform von der Theorie zur Wirklichkeit umgeschaffen wurde, sagte des Kaisers Abgesandter zu Hize: „Herr Kaplan, S i e müssen es machen!“ Brandts schien schon damals die entscheidende Bedeutung dieser Stunde, in der das Zentrum aus der Freiheit der Opposition in den Dienst Preußen-Deutschlands trat, geahnt zu haben. Er sagte zu Hinzpeter mit niederrheinischem Freimut: „Herr Geheimrat, Sie haben sich uns, nicht wir Ihnen genähert. Wir bleiben aber was wir sind!“ Und wenn das Zentrum, wenn die deutschen Katholiken dem Reiche ihre Mitarbeit wieder leihen sollten, dann müsse Bismarck jedoch bleiben. In diesen Worten lag etwas wie ein Selbstschutz und die Abwehr einer Versuchung, wie eine Witterung von den Gefahren des gouvernementalen Mitmachens, der politischen Gebundenheit. Tatsächlich schien das Zentrum bald mehr denn je die „Partei des sozialen Ausgleiches“, der Vermittlung, vielleicht sogar des Kompromisses zu werden. Bachems „Heraus aus dem Turm!“ — dem Turm der wirtschaftlich-politischen Isolierung — schien in Erfüllung zu gehen — und doch mag in Brandts damals die geheime Angst aufgestiegen sein, ob der Weg aus dem Turm vielleicht in ein neues unsichtbares und unbekanntes Ghetto führen werde. War das Programm des Kaisers denn wirklich eine Abwendung von den Prinzipien Bismarcks, war es nicht ebenfalls eine Sozialpolitik von oben nach unten, wurde hier der Versuch, den Teufel des Marxismus durch den Beelzebub des Staatssozialismus auszutreiben, nicht fortgeführt? So mögen sich manche in jenen Tagen gefragt haben! Hize ließ sich durch solche grundsätzliche Bedenken nicht beirren. Frisch und ohne Angstlichkeit ging er an jenes Werk, in welchem er die Früchte eines fast zehnjährigen Bemühens reifen sah. „Gott Dank!“ — rief er in der Zeitschrift „Arbeiterwohl“ aus — „Das erlösende Wort ist gesprochen. Was wir seit Jahren und Jahrzehnten erstrebt und gefordert, es soll endlich Verwirklichung finden.“ So saß denn der „agitierende Kaplan“ Hize — wie Bismarck in seinen Erinnerungen schreibt — als Mittel- oder Mittelpartei im Staatsrate zwischen Industri-

len, Arbeitern, Generälen und Staatsbeamten, saß im schwarzen Rock des katholischen Priesters an der Tafel des Kaisers, der ihn und andere Teilnehmer bei sich zu Gaste geladen hatte. Der Kaiser hatte in seiner Eröffnungsrede noch einmal die Notwendigkeit des Schutzes der Arbeiter gegen willkürliche Ausbeutung, des Schutzes der Kinder und Frauen betont, aber auch die Frage der Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im Welthandel erneut zur ernststen Erwägung gegeben. Wiederum sprach er von Organen, die geschaffen werden müßten, um den Arbeitern den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche zu ermöglichen. Wichtig ist, daß der Kaiser — der übrigens volle drei Tage den Vorsitz führte — in aller Form zu verstehen gab, daß er keineswegs verkenne, daß die Ziele, die ihm und der Konferenz vorstehen, nicht allein durch staatliche Maßnahmen zu erreichen sind. „Der freien Liebestätigkeit der Kirche und Schule,“ so führte er aus, „verbleibt daneben ein weites Feld segensreicher Entfaltung, durch welche die gesetzlichen Anordnungen unterstützt und befruchtet werden müssen, um zur vollen Wirksamkeit zu gelangen.“ In Konsequenz dieser Anschauung hatte er auch dem Papst das Programm der Internationalen Konferenz zugehen lassen und Kardinal Ropp eingeladen, als sein Delegierter an der Konferenz teilzunehmen. Die zwischenstaatlichen Beratungen wurden am 15. März in Berlin vom preußischen Handelsminister eröffnet. Alle europäischen Staaten hatten Vertreter entsandt. Vierzehn Tage dauerten die Besprechungen, welche sich programmäßig auf die Frage der Regelung der Arbeit in den Bergwerken, auf die der Sonntagsarbeit und der Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen erstreckte und mit der Feststellung einer beachtlichen Reihe von Grundsätzen und Zielen abgeschlossen wurden. Die indirekten Wirkungen der Konferenz waren außerordentlich bedeutend. Der Papst forderte in einem Schreiben an den Erzbischof von Köln den Klerus und die katholischen Laien Deutschlands auf, dem großen Werke der sozialen Erneuerung ihre Mithilfe zu leihen. Die Bischöfe gaben diesen Wunsch in einem eigenen

Hirtens Schreiben an die Gläubigen weiter. Im Herbst trat in Rüttich eine katholische internationale Arbeiterschutskonferenz unter Teilnahme von zehn Bischöfen zusammen. Im Frühjahr 1891 erging bereits die berühmte Enzyklika Leo's XIII. *Rerum novarum* über die Arbeiterfrage. In evangelischen Kreisen war der Widerhall natürlich kein geringerer. Er führte zur Gründung des Evangelisch=Sozialen Kongresses, deren führende Männer Harnack, Baumgarten, Stöcker, Martin Rade und H. Delbrück wurden. Später zweigte sich hiervon die Kirchlich=soziale Konferenz unter Stöcker ab. Auch die evangelische Arbeiterbewegung, die National=sozialen, nahmen die Anregungen des Kaisers auf. Der Oberkirchenrat empfahl den Geistlichen die innere und äußere Teilnahme an der sozialen Arbeit. Unter v. Berlepsch und Sombart entstand das Archiv für Volkswohlfahrt, um dessen „Soziale Praxis“ sich später die Gesellschaft für soziale Reform gruppierte. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde die soziale Reaktion im Reichstag stark zurückgedrängt, die Sozialisten, bisher von Bismarck unterdrückt, stiegen wie ein Phönix aus der Asche. Die Regierung brachte nunmehr am 6. Mai selbst einen Arbeiterschutzesentwurf ein.

In der Reichstagsitzung vom 20. Mai nahm Hitze das Wort und sprach seine Freude aus, daß nun endlich das langjährige Bemühen der Volksvertretung von Erfolg gekrönt war. Er konnte feststellen, daß sich bezüglich der Hauptforderungen auf Schutz der Sonntagsruhe und der Frauen- und Kinderarbeit Regierungsvorlage und Reichstagsentwurf nach Grundgedanken und Aufbau decken. Allerdings sei im Regierungsentwurf nur der 24=Stunden=Sonntag und nicht die 36stündige Pause im Sinne des üblichen Arbeiterschutzes sichergestellt und auch dieser nur zweimal im Monat. Hitze gab zur Erwägung, ob man nicht auch gleich zu einem grundsätzlichen Verbot der Nachtarbeit schreiten solle. Statt der zehnstündigen Arbeitszeit sei für Frauen nur eine andert=halbstündige Mittagspause vorgesehen. Abgesehen davon, daß die Tendenz der Gesetzgebung eigentlich dahin gehen müsse, die Frau im Interesse des Familienlebens allmählich ganz aus der Fabrik zu entfernen, sei die Bestimmung über die Mittagspause auch praktisch sinnlos. Sie bietet der weit entfernt wohnenden Arbeiterin keinerlei Vorteil, während es doch für den Arbeitgeber keinen Schaden bringen würde, wenn

die weiblichen Arbeiter stattdessen früher aufhörten oder später anfangen. Immerhin sei der 11 stündige Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen bereits ein erfreulicher Anfang. Die Freizeit für Wöchnerinnen aber sei mit vier Wochen offenbar zu knapp angelegt. In der Kommission werde an Hand der Statistik zu beweisen sein, daß mindestens sechs Wochen zu gewähren sind. Gegenüber dem Abgeordneten Grillenberger von der Sozialdemokratie betonte Hise erneut, daß das schrittweise Vorgehen in der Arbeiterschutzesgebung das einzig mögliche sei. Gegenüber Hirsch verteidigte er die Bestimmung, daß schulentlassene Kinder, auch wenn sie noch nicht vierzehn Jahre alt sind, zehn Stunden beschäftigt werden dürfen. Solange die Schulgesetzgebung noch die Möglichkeit einer Entlassung vor Vollendung des vierzehnten Lebensjahres vorsehe, sei die berufliche Betätigung dieser schulfreien Kinder besser als ihr Müßiggang. Nur bei Mädchen sei es wohl angebrachter, sie inzwischen im Haushalt zu beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit sprach sich Hise auch gegen den in Aussicht genommenen Fortbildungsschul-Zwang, besonders aber gegen die Zwangs-Fortbildungsschule aus, nicht nur aus prinzipiellen Bedenken gegen ein staatliches Erziehungsmonopol, sondern auch wegen der fehlenden weltanschaulichen Garantien in den Pflichtfortbildungsschulen und wegen der Rückwirkungen auf den freien konfessionellen Haus-haltungsunterricht. Zudem sei es mit Gefahren verbunden, wenn die Jugendlichen noch spät abends nach langer Arbeitszeit in die Schule gehen müssen; er hoffe, daß der Hand-fertigkeitsunterricht immer mehr den Elementarschulen zu-wachse. Mit besonderer Freude erfüllten Hise die Bestim-mungen, welche gegen eine zu frühzeitige Emanzipation der jugendlichen Arbeiter in Aussicht genommen waren; er hielt es sogar für angebracht, die Bestimmung betr. die Ausshändi-gung des Arbeitsbuches an die Eltern dahin abzuändern, daß statt der Altersgrenze von sechzehn Jahren, bis zu der diese Bestimmung Anwendung finden sollte, eine solche von acht-zehn Jahren festgesetzt werde. Er bezeichnete es als typisch für die Sozialdemokratie, daß der Abgeordnete Grillenberger sich sogar gegen die fakultative Bestimmung wandte, welche eine Auslohnung Minderjähriger an die Erziehungs-berechtigten vorsah, obwohl doch im Bürgertum erwachsene Gymnasiasten und Studenten in ähnlicher Weise der Er-ziehungsgewalt unterstellt bleiben. Mit Entschiedenheit wandte sich aber Hise gegen den Streikparagrafen. Zwar sei auch er selbstverständlich gegen den Kontraktbruch im Arbeitsvertrag, er halte es aber für besser, die Gewerk-schaften mit dem Abschluß kollektiver Abmachungen zu be-trauen, weil die unorganisierten Massen nur den Krieg er-klären könnten, während sich mit einer legitimen Berufs-organisation doch auch wieder der Friede schließen lasse. Die Gewerkschaften müßten darum bald als rechtmäßige Form

des Arbeitsvertragskontrahenten Anerkennung finden. Er schloß sich auch den Paragraphen über das Truchverbot an, wünschte dieses aber nach der Richtung erweitert, daß Lohnzahlungen am Samstag und in Bierlokalen verboten werden. Einverstanden war er ebenfalls mit den Bestimmungen über die Arbeitsordnung und versprach sich davon, daß die Vertragsverhältnisse künftig durch ihre Offenlegung aller Anklarheit und Willkür entzogen sein werden. Hize gab außerdem zu bedenken, ob nicht ein kräftigeres Kompell gefunden werden könne, um die Arbeitgeber zur Bildung von Arbeiterausschüssen zu veranlassen, damit die „Anhörung der Arbeiter“ greifbar verwirklicht werden kann. Diese Ausschüsse kämen dann wohl auch als Grundlage für die in den kaiserlichen Erlassen indirekt vorgesehenen Bezirks-Arbeitskammern in Frage — andernfalls die Berufsgenossenschaften, die über eine homogenere Zusammensetzung verfügen. In den Ausschüssen sei dann ein Organ gegeben, welches bei der Verhängung von Ordnungsstrafen mitwirken könnte, ebenso beim Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit innerhalb des Betriebes. Mit Genugtuung konnte Hize feststellen, daß die Vermehrung der Zahl der Fabrikinspektoren bereits große Fortschritte mache; im Ausschuß werde man sich noch darüber klar werden müssen, ob nicht auch die Berufsgenossenschaften mit Befugnissen zum Erlass von Unfallverhütungsvorschriften auszustatten seien. Bezüglich der Strafbestimmungen für Verletzungen der Arbeiterschutzes wandte er sich gegen den Plan, sie auf Aufseher und Betriebsbeamte abzuwälzen, und schlug vor, durch Haftpflicht der Unternehmer, letztere dazu anzuleiten, mit dem Betriebe und der Belegschaft in verantwortlicher und engerer Fühlung zu bleiben. —

Noch im gleichen Jahre brachte Hize einen umfangreichen Sonderdruck seiner bisherigen wirklich wertvollen Aufsätze aus dem „Arbeiterwohl“, soweit sie die Fabrikgesetzgebung betrafen, heraus. Dieser, „Schutz dem Arbeiter!“ betitelt, behandelte auf fast 300 Seiten die Geschichte, Grundsätze und Aufgaben der Arbeiterschutpolitik mit überlegener Sachkenntnis. Man kann ruhig sagen, daß damals wohl kaum ein Buch die Dinge so umfassend und wirklichkeitsnah abhandelte, wie das von Hize. Es geht davon aus, daß die „Ware“ Arbeit die Eigentümlichkeit vor andern Waren habe — und hier trifft sich Hize mit der klassischen Gewerkschaftstheorie Brentanos —, daß sie von der Persönlichkeit ihres Trägers untrennbar ist. Der dadurch sich ergebende beson-

dere Charakter des Arbeitsvertrages erheische vom Staat, daß er 1. die persönliche Integrität des Arbeiters — Leben, Gesundheit, Sittlichkeit, Familienleben — im Arbeitsvertrage schütze und 2. durch Gesetze und Institutionen Sorge trage, daß der Arbeitslohn eine ausreichende, menschenwürdige Lebenshaltung ermöglicht. Die Arbeiterschutzesgesetzgebung habe den ersteren Zweck, die Arbeiterversicherung den letzteren zur Aufgabe. Unfall- und Krankheitsverhütung, Verbot übermäßiger Arbeit, der Sonntagsarbeit und der Beschäftigung mit gesundheitsgefährlichen Arbeiten haben demnach dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter beiderlei Geschlechtes, jugendlicher wie erwachsener, zu dienen. Der Schutz der Sittlichkeit und des Familienlebens wird hauptsächlich durch die Sicherung der Sonntagsruhe, die Trennung der Geschlechter im Betriebe, Einschränkung der Nachtarbeit, besondere Fürsorge für Kinder und Jugendliche, Schutz der elterlichen Autorität, Abbau der gewerblichen Arbeit verheirateter Frauen usw. zu erstreben sein. Der Schutz der Freiheit und Gerechtigkeit des Arbeitsvertrages selbst, soll durch Verbot der Löhnung in Naturalien und durch Einführung der Fabrikordnung, in welcher die gegenseitigen Rechte und Pflichten möglichst klar und offen niedergelegt sind, gesichert werden. Hiße geht alle diese Aufgaben der gewerblichen Schutzgesetzgebung einzeln durch und berücksichtigt dabei ebenso eingehend die Erfahrungen der Vergangenheit an Hand von Statistiken usw., wie er eine Fülle durchaus praktischer und diskussionsreifer Vorschläge für die Zukunft zu geben weiß. Dabei sind grundsätzlich Erörterungen — etwa über die Aufgaben und Grenzen der Wirksamkeit des Staates u. ä. — fast vollständig verdrängt von praktisch-taktischen Überlegungen parlamentarisch-gesetzgeberischer Natur. Gewiß wird z. B. der sozialistische Begriff des „Normalarbeitstages“ abgelehnt und dafür der mehr relativistische, den verschiedenen Umständen angepasste „Maximalarbeitstag“ gewählt, aber die Beweisführung dieser prinzipiell wichtigen Unterscheidung ist weniger grundsätzlicher denn realpolitischer Natur. Jeder Protestant und Humanitär hätte das Buch benutzen können,

ohne sich oft durch dogmatische Erwägungen gehemmt zu fühlen. Gewiß wird bei Erörterung der Sonntagsruhe oder des Schutzes der verheirateten Frau der „konservative“ Ausgangspunkt Hizes sichtbar, aber die religiös=konfessionellen Gesichtspunkte stehen gegenüber den hygienisch=volkspolitischen nicht mehr entfernt so stark im Vordergrund wie in den Erstlingsarbeiten des Verfassers. Wenn Martin Spahn später in einem Nachruf auf Hize sagt, daß sich in dieser Einstellung der tatsächliche Einfluß der christlich=sozialen Richtung des Niederrheins auf Hize bestätige, obwohl Hize so abfällig von ihr sprach, so erscheint diese Meinung keineswegs unbegründet. Wer wollte bestreiten, daß hier bei Hize die „Reorganisation der Gesellschaft“, der Gedanke der universalen Erneuerung des christlichen Abendlandes erheblich hinter dem Gedanken der Emanzipation des Arbeiters innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zurückgetreten war? Gewiß wollte er die „Standwerdung“ des Arbeiters, gewiß schwebte ihm noch immer die Gliedhaftigkeit des sozialen Körpers vor. Aber wie bei den christlichen Sozialisten des Niederrheins war auch ihm der Ausgangspunkt hier nicht mehr die „Reorganisation“, nicht mehr die Neugliederung und Umformung der ganzen Gesellschaft. Ihm stand jetzt — wie Stözel — die Arbeiterklasse im Vordergrund und er nahm, wie Hertling sich ausdrückt, von vornherein für sie Partei und befürwortete nach Möglichkeit alles, was den handarbeitenden Schichten nützlich und erwünscht sein konnte. Gewiß nahm er den Gedanken Bismarcks und Wilhelms II. auf: Sozialreform zum Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Aber dieses, scheinbar gegen die Arbeiterbewegung gerichtete apologetische Motiv diente doch im Grunde nur dazu, der eigenen Arbeitersozialpolitik eine populäre Durchschlagskraft zu verleihen und dann dürfte doch gerade dieses als Beweis dafür dienen, daß Hizes Reformziele jetzt nicht mehr so „eigenständig“ waren, wie in seinen Jugendwerken, sondern sich ganz auf die Ebene der bestehenden Verhältnisse begaben.

IV.

Im Sommer jenes denkwürdigen Jahres tagte nun auch in Mainz eine Führerversammlung der deutschen Katholiken mit dem Ziele, die Gründung eines Katholikenvereines zu beraten, der — als Gegenstück zum Evangelischen Bund — die katholischen Interessen aus der Defensivstellung heraus in die herrschende Wirklichkeit überführen sollte. Keine Stunde schien geeigneter, keine öffentliche Meinung wohlwollender, um die deutschen Katholiken wieder an der sozialen Führerschaft im Gesamtvolke zu beteiligen. Zunächst wollte man sich auf Schriftenverbreitung beschränken und dachte an einen Jahresbeitrag von zehn Mark. Dieser Beitrag und die Beschränkung auf gedruckte Propaganda hätte eine Massenbewegung von vornherein ausgeschlossen. — Am Abend des 14. August berichtete Franz Hise im St. Josefshause über das Resultat der Mainzer Beratungen. Er konnte sich diese Ergebnisse nicht zu eigen machen. Ihm lag an der Organisation auch der niederen Schichten des katholischen Volksteils. Sie sollten nicht zuletzt durch mündliche Aufklärung und Belehrung dazu erzogen werden, an der neuen Sozialreform tätig teilzunehmen. Ohne Erweckung des sozialen Selbstbewußtseins im Volke konnten Sozialversicherung und Arbeiterschuttpolitik keine Früchte tragen. Ohne Disziplinierung und Schulung der Massen ließen sich die Arbeiterausschüsse und Arbeiterkammern, ließ sich die Mitverwaltung der Werkstätigen in der staatlichen Sozialpolitik nicht verwirklichen. Der Sozialpolitik von oben mußte eine innere Bereitschaft von unten begegnen. Schon im Vorwort zu dem kleinen Büchlein Hises „Was jedermann bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung wissen muß“ (M. Gladbach 1890) heißt es „Gerade für die Durchführung des vorstehenden Gesetzes ist mehr wie bei allen anderen sozialen Gesetzen auf die selbsteigene Mitwirkung der beteiligten Personen gerechnet worden . . . Ob nun jemand Freund oder Gegner des Gesetzes ist — nach dem es einmal von dem Bundesrat und der Majorität des Reichstages angenommen ist, gebietet es

Pflicht und eigenes Interesse, bereitwillig zur Ausführung desselben die Hand zu bieten, auf daß es möglichst allen Beteiligten zum Segen gereiche und dem Vaterlande zum Frieden diene.“ Welch' ein Unterschied zu der Haltung etwa eines Hertling! Hie erhofft Segen von einem Geseze, dessen geistige Fundamente er abzulehnen gezwungen war. Er verbesserte es in den Kommissionsberatungen, obwohl er im Plenum dagegen stimmen mußte. Er war der Parlamentarier katexochen geworden, der Mann, der das Zentrum durch die Pforte der Sozialpolitik in den Staat von 1870 einzuführen berufen war! Nun sollten die deutschen Katholiken wieder vollwertige und vollberechtigte Staatsbürger werden. Dazu mußte aber das Staatsbürgerbewußtsein, das Selbstvertrauen in ihnen wieder geweckt werden. Eine ungeheure Erziehungsaufgabe war zu leisten, daß die Massen in die Eigenheiten und Notwendigkeiten staatlicher Betätigung nicht nur Einblick hätten, sondern in letzterer praktisch vorbereitet würden. Von Prinzipien und sittlichen Triebkräften sprach Hie immer weniger. Er setzte sie wohl voraus und trug die Hoffnung, daß in der starken Hingabe der Katholiken an den sozialen Staat von selber die Kräfte „aus dem Glauben“ und fast unbewußt wirksam würden. Brandts, der von naturrechtlichen und sozial-philosophischen Ueberlegungen unbeschwerte Praktiker, der katholische Philantrop der Gründerjahre, stimmte ihm freudig zu. Sogar Windthorst wurde für den neuen Gedanken gewonnen. Er, der großdeutsche Antipode des preußischen Reiches begann zu zweifeln, ob seine Politik gegen das Septenat — jenen siebenjährigen Blankowechsel des Reichstages für Bismarcks Rüstungspolitik — richtig war. Ob er nicht päpstlicher war als der Papst, der es bekanntlich für opportun gehalten, daß sich das Zentrum nicht weiter mit dem Staate verfeinde? Er hatte im Frühjahr bereits Bismarck, der ja als letzte Tat noch die Militärvorlage von 1870 durch den Reichstag bringen sollte, von seinem „Dachsbau“ aus aufgesucht — durch die Vermittlung des Bankiers v. Bleichröder. Zwar nicht, um große Zugeständnisse zu machen — aber

schon die Tatsache, daß Windthorst mit Bismarck über die Wehrgesetze verhandelte, schien wie der Anfang einer neuen Haltung zum Staat. Das Sozialistengesetz war gefallen, der junge Hohenzoller hatte eine Lanze für die Arbeiterschaft gebrochen. Auf der, im Anschluß an den Koblenzer Katholikentag stattfindenden Generalversammlung des „Arbeiterwohls“ schlug Windthorst ein Huldigungstelegramm an den Arbeiter-Kaiser vor. — Es schien die Stunde gekommen, daß sich das ganze Volk eingliederte in den deutschen Staat. Ehe noch die Gründungsversammlung einberufen wurde, hatte Windthorst nach geeigneten Führern Umschau gehalten. Als am 24. Oktober im jetzt abgerissenen Kölner Hôtel Ernst die Teilnehmer der Mainzer Beratungen noch einmal zusammentraten, war es Franz Brandts, dem Windthorst den Vorsitz aufdrängen wollte. Brandts, der sich bereits den 60er Jahren näherte, machte die Annahme davon abhängig, daß ihm eine tüchtige jüngere Arbeitskraft zur Seite gestellt werde. Auch dafür hatte Windthorst bereits gesorgt. Er schlug den jungen Kölner Rechtsanwalt Trimborn vor. Hize wurde Schriftführer. Trimborn gab dem neuen „Volksverein“ durch ein geniales Vertrauensmännersystem und durch sein eigenes Wirken schon in den ersten Monaten eine unerhörte populäre Durchschlagskraft. Das St. Josefs Haus in M. Gladbach wurde nun auch Heimat dieser neuen Bewegung, welche es sich zur Aufgabe gemacht, das katholische Volk aus der kirchenpolitisch-defensiven Haltung herauszuführen und zu politischen Vollbürgern des Reiches zu erziehen. Der liberale Geist der beiden rheinischen Männer Brandts und Trimborn gab der Bewegung jenes eigenartige Gepräge, das schon in Hizes programmatischen Ideen schlummerte: das Laienelement wurde gestärkt, der Gedanke der politischen Selbsthilfe und Eigengesetzlichkeit, — welche bereits Windthorst einmal in einen Gegensatz zu Leo XIII. gebracht hatte — die Idee einer relativen Unabhängigkeit des Nationalen vom Konfessionellen, wurden durch den Volksverein verbreitet. Es gab sogar Konflikte mit einigen Mitgliedern des deutschen Episkopates. Die Integralen, d. h. jene katholische Rich-

tung, die noch stark kirchenpolitisch eingestellt und von den Erinnerungen an den Kulturkampf getragen war, aber auch ihre dogmatische Prinzipienfestigkeit und ihre Anhänglichkeit an die naturrechtliche Tradition besonders betonte, wollte von der Anpassung an die staatssozialistischen Tendenzen der reichsdeutschen Sozialpolitik nichts wissen. Sie sah in dem Geist von M. Gladbach einen Abfall von der Ueberlieferung der katholischen Sozialethik und Staatsphilosophie, eine Ueberbetonung der politischen Freiheit gegenüber der kirchlichen Autorität, alles in allem: einen gefährlichen praktischen Modernismus. Daß hier gewaltige Wandlungen vor sich gingen, war offenbar. Und daß nach dem Wegfall der Kampfgemeinschaft die urmenschlichen Gegensätze zwischen Freiheit und Bindung, Ueberlieferung und Anpassung, Persönlichkeit und Staat wieder zum Durchbruch kamen, war im Grunde nicht verwunderlich. Besonders die Frage der Berufsorganisation der katholischen Fabrikarbeiter sollte den Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den mehr aristokratisch = integral eingestellten Katholiken und ihren liberalen, auf Selbsthilfe bedachten Glaubensgenossen führen. Zwar war Hize seit Jahren führend geworden in der Anregung konfessioneller Ständevereine; für den 8. Katholikentag Schlesiens und für die 31. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Amberg 1884 hatte er im Auftrage des Vorstandes von „Arbeiterwohl“ Resolutionen betreffend die Gründung kirchlich organisierter Arbeitervereine ausgearbeitet, eingehend begründet und zur einstimmigen Annahme gebracht. Ein Jahr später machte er das gleiche Thema zum Hauptgegenstand der Beratungen der Generalversammlung des Verbandes „Arbeiterwohl“ und begründete die Notwendigkeit erhöhten seelsorglichen Interesses für die Arbeiterschaft vor allem in der Abwehr sozialdemokratischer Propaganda. Im Jahrgang 1886 der Verbandszeitschrift folgen wieder ganz konkrete und eingehende Vorschläge zur Gründung und Organisation von Arbeitervereinen. Auf dem Breslauer Katholikentag des gleichen Jahres bezeichnete Hize den berufsgenossenschaftlichen Zusammenschluß der katholischen Arbeiter als

das spezifische Mittel zur Rekristianisierung der Gesellschaft. Der Verband versandte diesbezügliche Denkschriften an die deutschen Bischöfe und ließ die Frage nicht ruhen. Auf der Kölner Generalversammlung von „Arbeiterwohl“ 1887 konnten bereits erfreuliche Berichte über die Gründung und Einrichtung von Arbeitervereinen in Köln, Düsseldorf und Mülheim a. Rhein entgegengenommen werden. Wenige Monate später berichtete das Verbandsorgan schon über die Gründung eines Diözesan Komitees der geistlichen Präsidien von katholischen Vereinigungen der arbeitenden Stände, wie sie Hise in Anlehnung an die vorbildliche Organisation der Rolping'schen Gesellenvereine angeregt hatte. Erst im Jahre 1888 tauchen Mitteilungen über die Existenz interkonfessioneller Arbeitervereine unter katholischer Leitung („Arbeiterwohl“ VIII., 2.) auf. Aus Anlaß eines Aufrufes für eine Glückwunschadresse zur Secundizfeier Leos XIII., dessen Rundschreiben „Humanum genus“ den entscheidenden Anstoß zur Gründung katholischer Arbeitervereine gegeben hatte, war eine Statistik der, die alten christlich-sozialen Vereine ablösenden, reinen Berufsvereine aufgemacht worden. Dabei zählte „Arbeiterwohl“ bereits 168 Arbeitervereine mit ca. 40 000 Mitgliedern, 51 Knappenvereine mit etwa 9 000 Mitgliedern, 37 Vereine jugendlicher Arbeiter mit rund 6 000 Mitgliedern und 26 Arbeiterinnenvereine mit ungefähr 4 000 erwerbstätigen Frauen und Mädchen. Diese 282 Vereine mit fast 60 000 Mitgliedern waren zwar zum erheblicheren Teil rein katholisch, doch gab auch eine nicht geringe Zahl bereits evangelischen Mitgliedern die Möglichkeit des Beitrittes, während andere schon bereits interkonfessionell aufgezogen waren. Wenn Hise auch auf dem Bochumer Katholikentag im Jahre 1899 noch einmal die pastorale Aufgabe der katholischen Arbeitervereine betonte, ihre sittlich-religiöse Erziehungsarbeit, ihre Spar- und Versicherungskassen usw. zunächst nur der zersetzenden Wirksamkeit der Sozialdemokratie entgegengestellt wissen wollte, so klang doch in dem Nachwort, das er jener Rede im „Arbeiterwohl“ gab, bereits seine Sympathie für die erwachende Gewerkschafts-

bewegung durch. Wie bereits Ketteler vor zwei Jahrzehnten, so schien auch Hitz in den Berufsvereinen den Anfang einer Standwerdung der Arbeiterschaft zu vermuten. Dem großen Mainzer Bischof gleich verneinte er zwar die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Aber wie Ketteler, so suchte auch Hitz einen Zugang zum Emanzipationskampf der Proletarierklasse zu gewinnen. Die Kartellierung der Arbeiterschaft verteidigte er bereits damals als eine durchaus rechtmäßige Maßnahme der Arbeiter. Er warnte die Geistlichkeit, den Streik als etwas an und für sich Sozialdemokratisches anzusehen oder sich gar in die materiellen Interessenkämpfe der Berufsorganisationen einzumischen. „Diese Fragen und ihre Entscheidung müssen den Arbeitern selbst überlassen bleiben.“ In diesen Worten dürfte bereits der Anfang einer Loslösung der christlichen Arbeiterbewegung von der kirchlichen Seelsorge und ihrer potestas directa zu suchen sein. Hitz sprach ihr hier volle Freiheit und eigene Verantwortlichkeit in sozialen und ökonomischen Fragen zu. Die Vermutung ist nicht unbegründet, daß er schon in den konfessionellen Standesvereinen eine Etappe auf dem Wege zur christlichen Gewerkschaftsbewegung sah. Vielleicht schien ihm von jeher der Umweg über die auf geistliche Autorität und mit seelsorglicher Absicht gegründeten kirchlichen Arbeitervereine die einzige reale Möglichkeit die werktätigen Katholiken aufzurütteln und allmählich auf eigene Füße zu stellen? Jedenfalls ließ Hitz nichts unversucht, um das soziale Selbstbewußtsein der deutschen Katholiken wachzurufen und systematisch zu schulen. Im Volksverein schuf er eine Soziale Auskunftsstelle und Bibliothek. 1892 veranstaltete er im Rahmen des Verbandes „Arbeiterwohl“ und des Volksvereins einen praktisch-sozialen Kursus in M. Gladbach. Der Ferienkurs war auf zwei Wochen berechnet. Täglich sollten vormittags drei einstündige Vorträge — über die Enzyklika *Rerum novarum*, über den Sozialismus, über Prinzipienfragen, über die Agrar-, Handwerker- und Arbeiterfrage, Arbeitervereinswesen, christliche Caritas usw. — gehalten werden. Der

Nachmittag galt der Besichtigung praktisch bewährter Wohlfahrtsanstalten. Unter den Referenten befanden sich u. a. Karl Bachem, P. Cathrein S. J., P. Heinrich Besch S. J., Dr. Faßbender, Prof. Aloys Schäfer=Münster. Es waren vor allem Vereinspräsidenten, jüngere Geistliche, Publizisten, Betriebsleiter usw. geladen. Die Kosten trug der Volksverein, welcher Minderbemittelten überdies noch besondere Zuschüsse anbot. Schon dem ersten Schulungskurs war ein ungeahnter Erfolg beschieden. Gegen 600 Teilnehmer hatten sich eingestellt, 600 mit herrlichem Satwillen erfüllte Menschen zogen nach 14 Tagen geistiger Erhebung als Keimzellen des Volksvereinsgedankens in alle Gauen ihrer deutschen Heimat zurück.

V.

Mun wurde auch die Regierung auf das sozialpädagogische Wirken M. Gladbach aufmerksam und erwog den Gedanken, in ähnlicher Weise auch die akademische Jugend für soziale Selbstbetätigung zu erziehen und zu schulen. Man ging zunächst an die Errichtung eines Lehrstuhls für christliche Gesellschaftslehre an der Akademie in Münster. Dr. Aloys Schäfer, der ja Hizes Entwicklung von den Würzburger Studentenjahren an verfolgt und nun als Münsterischer Akademieprofessor Hizes soziales Erzieher- und Organisationstalent bei dem 1. Volksvereinskursus erneut erfahren hatte, scheint damals Hize in Vorschlag gebracht zu haben. Als Hize darauf von Althoff ins Kultusministerium gebeten wurde und nach langem Warten in den Vorzimmern endlich vorgelassen wurde, mußte sich der damalige Universitätsreferent davon überzeugen, daß der Kandidat sich gegen diese Methode wehrte und jede Unterwürfigkeit — wie sie ja bei Berufsungsverhandlungen nicht selten in Erscheinung tritt — fehlen ließ. Hize antwortete dem preußischen Ministerialdirektor selbstbewußt und mit überlegenem Witz und gab zu verstehen, daß er nichts für sich begehre. Die Berufung wurde nichtsdestoweniger bestätigt und so zog der alsbald zum Ehrendoktor promovierte Hize im folgenden Jahre als Pro-

fessor in Münster ein. Die starke Belastung Hizes als Parlamentarier, Geschäftsführer des Verbandes „Arbeiterwohl“, Hochschullehrer usw. machte es notwendig, daß neue Arbeitskräfte für die Aufgaben des Volksvereins herangezogen wurden. Am 15. April 1892 übernahm August Pieper als Generalsekretär, unterstützt von zwei Schreibhilfen, die Leitung der Zentralstelle des Volksvereins und zog nunmehr an Stelle von Hize ins Josefshaus und damit bei Familie Brandts in M. Gladbach ein.

Inzwischen hatte die schriftstellerische Tätigkeit Hizes keineswegs geruht. Noch im Jahre 1892 gab er die vom Linksrheinischen Verein für Gemeinwohl festgestellte, zwar von Franz Brandts jr., als dem Vorsitzenden der Kommission, vorgelegte, aber sicher von ihm selber ausgearbeitete „Normal-Arbeitsordnung“ (Köln, J. P. Bachem) heraus. Sie war im ersten Quartalsheft des „Arbeiterwohls“ zum größeren Teile bereits gedruckt erschienen, wurde dann aber von Hize in diesem Sonderdruck noch besonders eingeleitet, erläutert und durch den Abdruck der einschlägigen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 ergänzt. Diese Novelle verpflichtete nämlich vom 1. April 1892 ab alle Fabrikbetriebe mit einer Belegschaft von mindestens 20 Arbeitern zum Erlass einer Arbeitsordnung. Durch Hizes Musterentwurf, dem übrigens auch das Normalstatut eines Arbeiterausschusses mit Kommentar beigegeben war, sollte den Arbeitgebern die korrekte Durchführung der neuen Forderungen erleichtert werden. Die im Gesetz vorgesehene Anhörung der volljährigen Mitglieder der Belegschaft bei Feststellung der Arbeitsordnung konnte allerdings nur Verwirklichung finden, wenn die Belegschaft ein Organ hatte, um ihre Wünsche nun auch tatsächlich dem Fabrikanten äußern zu können. Hize griff diesen Gedanken erneut auf, um seinen Lieblingsgedanken, die konstitutionelle Fabrik oder die Werksgemeinschaft, der Realisierung näherzubringen. Seine diesbezüglichen Vorschläge waren so selbstverständlich gehalten, daß man annehmen darf, daß Hize sich von dieser Art der Formulierung eine psychologisch-suggestive Wirkung

auf die Leser aus Arbeitgeberkreisen versprochen hat. Tatsächlich war ja auch Hitzes Taktik der „gebrauchsfertigen Zurichtung“ sozialpolitischer Ideale und Gesetze, seine pädagogische Art, sie dann verständlich und liebenswert zu machen, ein mächtiger Stimulus zur Erweckung innerer Bereitschaft und zu praktischen Versuchen.

Auch die parlamentarische Doppelarbeit Hitzes hatte in zwischen nicht geruht. Erstaunlich ist die Arbeitskraft, die er gerade Anfang der neunziger Jahre entwickelte. Er war inzwischen in den Vorstand der neugegründeten Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsseinrichtungen gewählt worden. Die Zentralstelle nahm ihre Arbeiten alsbald auf und machte zunächst die Wohnungs- und Siedlungsfrage zum Gegenstande ihrer Beratungen. Hize hatte über die Verwendung der Freizeit zu referieren. — Im Abgeordnetenhaus war er im Januar 1891 erneut dafür eingetreten, daß die Staatsbetriebe vorbildlich hinsichtlich des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft zu wirken hätten. Er verlangte deshalb u. a. eine Klarstellung der tatsächlichen Verhältnisse im Beamtendienst. Ein Antrag Richter betr. dienstfreie Tage änderte er dahin ab, daß gerade auch bezüglich der Sonntage, die wegen ihrer religiösen Bedeutung durch dienstfreie Wochentage nie vollständig ersetzt werden könnten, Klarheit geschaffen werde. — Im Februar war er bei der zweiten Beratung der Arbeiterschutzgesetze im Reichstage in ausgedehntem Maße als Referent der Kommission tätig. Obwohl sich Hize hier einer vorbildlichen Objektivität befleißigte, merkt man seiner eingehenden Berichterstattung im Plenum dauernd an, wie sehr die Ergebnisse der Ausschüßarbeiten von der sachmännischen Ueberlegenheit Hitzes weitgehend beeinflusst waren. Als im März desselben Jahres im Landtag der Stat des Handelsministeriums zur Beratung kam, konnte er bezüglich der Reorganisation der Gewerbeinspektion endlich einen kleinen Erfolg seiner fast zehnjährigen Bemühungen verzeichnen: die Verbindung der Kesselrevison mit der Fabrikkontrolle sollte nunmehr Verwirklichung finden. Bei dieser Gelegenheit trat Hize dafür ein, auch Arbeiter und Aerzte zur Gewerbeinspektion heranzuziehen. — Im April nahmen im Reichstag die Verhandlungen über die Aenderung und Ergänzung der Gewerbeordnungen ihren Fortgang. Alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, unterstützten die Bemühungen des Ministers v. Berlepsch, den Versprechungen der Februarerlasse des Vorjahres eine gesetzmäßige Fassung zu geben. Hize nahm wiederholt Gelegenheit nach sachlicher Berichterstattung das negative Verhalten der Sozialdemokraten, welche die Verhandlungen mit endlosen Debattereden zu ver schleppen suchten, zu brandmarken. Im Mai kam der Gesetzesentwurf nach dritter Lesung endlich zur Annahme. Er brachte

die (mindestens) 24stündige Sonntagsruhe für Arbeiter und die Beschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe auf höchstens fünf Stunden. Der Zentrumsantrag auf eine 36stündige Arbeitspause an Sonn- und Feiertagen war zwar abgelehnt worden, doch war wenigstens auch der Regierungsantrag, der eine nur 12stündige Betriebsruhe sicherstellte, abgelehnt worden. Allerdings sah auch der Reichstagsbeschuß so viele Ausnahmen vor, daß Hitze der Bebel'schen Kritik nicht ganz Unrecht geben konnte, darum einer weitergehenden landesgesetzlichen Beschränkung der Sonntagsarbeit das Wort redete und den Reichskanzler aufforderte, sich für eine Herabsetzung des Sonntagsdienstes im Eisenbahn-, insbesondere Güterverkehr einzusetzen. Bezüglich des Schutzes der elterlichen Autorität kam das Gesetz den Hitze'schen Vorschlägen weitgehend entgegen. Es sah vor, daß bei jugendlichen Arbeitern das Arbeitsbuch regelmäßig nur dem Erziehungsberechtigten ausgehändigt wird und daß durch Ortsstatut sogar die Lohnzahlung an die Eltern und Vormünder verfügt werden kann. Außerdem brachte die Novelle eine Verschärfung des Truchverbotes. Die prinzipiellen Bedenken der Zentrumsfraktion gegen die Fortbildungsschulpflicht fanden keine Berücksichtigung, doch gelang es durchzusetzen, daß der Zwang auf männliche Arbeiter beschränkt, der Besuch des Gottesdienstes nicht gefährdet und der Besuch anerkannter Erfschulen gestattet wurde. Dafür aber wurde durch das Gesetz der von Hitze und seinen politischen Freunden lange erstrebte Schutz der Sittlichkeit, insbesondere in Betrieben, in denen auch weibliche und jugendliche Arbeiter Verwendung finden, durch Trennung der Geschlechter, Ausdehnung der Befugnisse der unteren Verwaltungsbehörden usw., gesetzlich festgelegt. Jene Vollmachten sollten aber vor allem auch Anwendung auf die Durchführung der Grundsätze finden, welche das Gesetz für die hygienische Gestaltung der Betriebe vorgesehen hatte. Dem Bundesrat war das Recht zugesprochen, Vorschriften zu erlassen, die den besonderen und wechselnden Verhältnissen jener Industrien gerecht werden sollten, in denen Leben und Gesundheit der beschäftigten Arbeiter ganz besonders gefährdet waren. Die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches, sowie die Verschärfung des betr. Paragraphen 153 der Regierungsvorlage war vom Zentrum und anderen Fraktionen abgelehnt worden. Doch wurde die Sicherung des Arbeitsvertragsrechtes gerade auch von Hitze als unerläßlicher Bestandteil der neuen Arbeitsgesetzgebung verteidigt. Die Einbehaltung des Lohnes als Kaution für Nichtbefolgung der Kündigungsfristen wurde zwar beschränkt, aber nicht aufgehoben. Gegen Singer und Bebel verteidigte Hitze auch grundsätzlich die Berechtigung betrieblicher Ordnungsstrafen. Zwar müsse die Disziplin in der Fabrik natürlich zunächst mit anderen, positiven Mitteln aufrechterhalten werden, doch biete die von ihm beantragte Führung einer

Strafliste und das Recht der Fabrikinspektoren zur Einsichtnahme genügend Sicherheit, um die für den Notfall vorgesehenen rechtlichen Möglichkeiten auch korrekt durchzuführen. Wie die Regelung der Strafen, so sollten auch alle anderen innerbetrieblichen Bestimmungen über Arbeitszeit und Pausen, Lohnzahlung, Kündigungsfristen usw. in der schon genannten Arbeitsordnung Aufnahme finden. Was die Anhörung der Arbeiter über diese betrifft, so können — wo nicht bereits ständige Arbeiterausschüsse existieren oder noch gewählt werden — die Vorstände der evtl. Betriebskrankenkassen oder die Knappschaftsältesten von Knappschaftsvereinen als Vertreter der Belegschaft gelten. Die Einsprüche der Arbeitervertretung und der von der Betriebsleitung aufgestellte Entwurf müssen der unteren Verwaltungsbehörde eingereicht werden. — Für jugendliche Arbeiter brachte das Gesetz den Zehn-Stundentag und das Nachtarbeitsverbot, Kinder bis zu dreizehn Jahren durften überhaupt nicht, schulentlassene bis zu vierzehn Jahren nur sechs Stunden täglich beschäftigt werden. Auf Drängen des Ministers hatte das Zentrum seinen Antrag auf einen zehnstündigen Höchstarbeits-tag für Frauen, weil er angeblich die ganze Vorlage gefährden sollte, zurückgezogen. Es wurde daher für weibliche erwachsene Arbeiter nur der Elf-Stundentag (noch dazu mit vielen Ausnahmemöglichkeiten) erreicht, außerdem jedoch für sie der Frühschluß an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage und eine einstündige Mittagspause sichergestellt. Von jetzt ab durften auch Wöchnerinnen vier resp. sechs Wochen nach der Niederkunft nicht beschäftigt werden. Die Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen und weiblichen Arbeiter wurden auf alle Werkstätten mit elementarer Triebkraft ausgedehnt. Die Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten fanden eine wesentliche Erweiterung. Ihre Zahl wurde erheblich vermehrt, ihre Stellung als Beamte gehoben. Mit ihnen wuchs dem preussischen Beamtenstamm jetzt ein neuer Zweig zu, der symbolisch war für die Anpassung des preussischen Staates an die Wandlungen des neudeutschen Pflichtbegriffes. — Auf Betreiben des Ministers v. Berlepsch war außerdem am 1. April 1892 eine Kommission für Arbeiterstatistik eingesetzt worden, welche zunächst Verordnungen (und Gesetze) für jene Industriezweige vorbereiten sollte, deren besondere Verhältnisse und Bedürfnisse eine Erledigung bei Beratung der generellen Arbeiterschutzgesetzgebung unmöglich machten. Der Vorsitzende wurde vom Reichskanzler ernannt, während sechs Mitglieder vom Bundesrat und sieben vom Reichstage zu ernennen waren. Damals gehörten ihr die um die Förderung der staatlichen Sozialpolitik außerordentlich verdienten Unterstaatssekretäre v. Rottenburg und Lohmann an, vom Reichstage Hize, Vetscha, Kropatschek, Mollenbuhr und andere. Sie hatte sich alsbald mit der Bearbeitung eines vom Reichskanzler eingeforderten Gutachtens über die Möglichkeit einer Anwendung des

§ 120 e der Gewerbeordnung auf Bäckereien und Konditoreien zu besaßen. — So stand die ganze innere Politik der damaligen Zeit im Zeichen des Arbeiterschutzes.

Die Sozialversicherung war nicht wenig zurückgetreten; allerdings kam der schon Ende 1890 eingebrachte Gesezentwurf betr. Abänderung des Krankenkassengesetzes von 1883 noch zur Beratung. Diese Novelle zielte vor allem auf eine Klarstellung und praktische Ausgestaltung der früheren Bestimmungen ab. Hitze nahm auch hierzu oft das Wort und gab in einer ganzen Anzahl von Anträgen sachliche Anregungen für das Zustandekommen des Gesetzes. Dabei suchte er die Vorteile, die das Gesetz den obligatorischen Kassen brachte, auch auf die freien Hilfskassen auszudehnen, ja, überhaupt der Selbstbetätigung auf diesem Gebiete den größtmöglichen Spielraum zu sichern. In der zweiten Beratung wandte er sich gegen die von sozialdemokratischer Seite erstrebte Belastung der Kassen mit einer Versicherungshilfe für uneheliche Wöchnerinnen. Er sah die Fürsorge für diese als eine Sache der Caritas und der freiwilligen Entscheidung der Krankenkassen an. Die vom Abgeordneten Höffel beantragten Kautelen gegen Simulation lehnte er ab und trat sogar dafür ein, den Kassen die Möglichkeit zu lassen, von der dreitägigen Karenzzeit abzusehen. In der Frage der freien Arztwahl gab er die realen Schranken einer besseren Lösung zu, suchte aber wenigstens zu erreichen, daß auf Antrag von 30 Mitgliedern die Arztwahl ausgedehnt werden könne, wenn das Kassenvermögen dem nicht entgegensteht. Die Entscheidung solle man der Aufsichtsinstanz übertragen. Erst am 10. April 1892 kamen die Beratungen zum Abschluß und der Gesezentwurf zur Annahme, nicht ohne viele der Anregungen Hitzes zu verwirklichen. Im übrigen ruhte Hitze nicht, die Regierung dauernd an die Notwendigkeit einer Reform auch der anderen Versicherungsgeetze zu erinnern. Schon Juni 1890 war ihm eine Novelle zum Unfallversicherungsgeetz in Aussicht gestellt worden, in der auch die Einbeziehung weiterer Kreise des Handwerks und des Handelsgewerbes vorgesehen sein sollte. Aber im Februar 1892 erinnerte er noch vergeblich daran. Allerdings war inzwischen seine Begeisterung für die Ausdehnung der Versicherung stark abgeflaut. Seine Hoffnungen, daß die Berufsgenossenschaften sich zu Keimzellen einer Reorganisation des Handwerks und der Organisation der Industrie ausbilden würden, hatten sich nicht erfüllt. Die Ausdehnung der Versicherung auf das Handwerk sollte deshalb seiner Meinung nach auf das wirkliche Bedürfnis beschränkt werden. Mit dem Sozialisten Auer trat er aber für eine Mitwirkung der Arbeitervertreter schon bei der ersten Feststellung der Rente ein. Wichtiger erschien ihm indessen eine Neuregelung der Rente für Fälle, wo es sich um den einzigen Ernährer handelt. Bei Beratung des Stats der Invalidenversicherung verteidigte

Hitze noch einmal die Haltung der Zentrumsfraktion, die das Gesetz grundsätzlich abgelehnt, aber aus Gründen der Opportunität in den Ausschüssen doch verbessernd mitgewirkt hatte. Jetzt, nachdem Hunderttausende von Rentenansprüchen liefen, sei die Aufhebung des Gesetzes nicht mehr möglich. Deshalb solle auch mit einer Revision des Gesetzes nicht mehr länger gezögert werden. Vor allem müsse daran gedacht werden, durch Uebertragung an die Krankenkassen und Berufsgenossenschaften eine sparsamere Verwaltung zu ermöglichen. Auch für eine Reform des Klebessystems mit seinen nivellierenden und lästigen Begleiterscheinungen machte er bereits damals Vorschläge.

Hitze wurde auch nicht müde, daran zu erinnern, daß die Arbeiterschutzgesetze einen wichtigen Punkt außer acht gelassen hatten: das Koalitionsrecht. Schon im Dezember 1891 trat er aus Anlaß des Hirschschen Entwurfs für eine Verbesserung des Vereinsrechtes ein, das immer noch von den Schatten des aufgehobenen Sozialistengesetzes begleitet war. Hitze sah in den Berufsverbänden der Unternehmer, Arbeiter und Handwerker eine Fortbildung des germanischen Genossenschaftsrechtes und versprach sich von der Errichtung besonderer Arbeitskammern und der freien Entfaltung der Gewerkschaften eine Legalisierung des Arbeitskampfes, eine Entpolitisierung und Disziplinierung desselben, wie sie ohne Organisation der werktätigen Massen nicht erreichbar schien. Auch die Frage einer Reorganisation des Handwerks ließ er nicht ruhen. Im November des gleichen Jahres richtete er eine Interpellation an die Regierung, in der er verlangte, daß endlich gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Handwerkerstandes ergriffen würden. Die freien Innungen hätten sich als nutzlos erwiesen, die Versuche zur Privilegierung derselben im Lehrlingswesen seien ebenso gescheitert wie die, Nichtmitglieder zur Beitragspflicht heranzuziehen oder den Innungen gar das Korporationsrecht zu sichern. Der Gesetzentwurf, nicht durch Ermessen der Aufsichtsbehörden, sondern durch Majoritätsprinzip über die Gewährung solcher Privilegien entscheiden zu lassen, sei vom Bundesrat nicht einmal beantwortet worden. Nicht besser sei es den formulierten Vorschlägen betr. den Befähigungsnachweis, die Regelung des Lehrlings- und Gesellentwesens usw. gegangen. — Am den Argumenten Hitzes die Durchschlagskraft zu nehmen, antwortete v. Boetticher mit nachteiligen Mitteilungen aus der damals im Auftrage des Kaisers einberufenen vertraulichen Konferenz zwischen Mitgliedern der großen Handwerkerverbände und des Reichsamts des Innern. Er teilte die Forderungen der Innungsfreunde in drei Kategorien ein. Die, welche die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis enthielten, lehnte er als unerfüllbar ab, nur gegenüber den Wünschen bezüglich des Hausierhandels, des Submissionswesens, der Konsumgenossenschaften

und der Gefängnisarbeit zeigte er einiges Entgegenkommen. Auch bezüglich des Lehrlingswesens und der gemischten Innungen in Gestalt von Handwerkskammern gab er gewisse Zusagen. Hihe war schon im Juni des Jahres gegen die gewerbliche Konkurrenz der billigeren Gefängnisarbeit aufgetreten. Aber das waren ihm Fragen zweiter Ordnung. Wichtiger war ihm, daß die Regierung im entscheidenden Punkte endlich Farbe bekannt hatte. — Anfang Februar 1892 kamen im Abgeordnetenhaus Hihe's vorjährige Forderungen bezüglich Klarstellung der Dienstverhältnisse in der preußischen Staatsverwaltung und im Fiskus zur Erledigung. Nach Feststellung des Antragstellers war der Bericht gut, sein sachliches Ergebnis indessen schlecht. Es erwies sich, daß die Verhältnisse schon nach den Dienstplänen sehr trübe waren. Wie mögen sie sich erst in Wirklichkeit gestaltet haben? Hihe forderte eine Ergänzung des Berichtes nach der Seite des Tatsächlichen. Zweck besserer Kontrolle empfahl er, bei den Dienststellen — ähnlich wie in Privatbetrieben — ein Verzeichnis der Beamten und ihrer wirklichen Dienstzeit zu führen. Außerdem müsse eine Einschränkung des Güterverkehrs an Sonntagen erstrebt werden, denn es sei Aufgabe eines christlichen Staates, auch hierin mit gutem Beispiel voranzugehen. Zu einer großzügigen Inangriffnahme des kaiserlichen Versprechens, die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben hinsichtlich des Arbeiterschutzes auszubauen, kam es dann aber im folgenden Monat bei der Beratung der Novelle zum preußischen Berggesetz. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß Hihe auch hier ausgiebig Gelegenheit nahm, die Gestaltung der Dinge in seinem Sinne zu beeinflussen. Er schloß sich insbesondere Stöbel an, der den Befähigungsnachweis für den Bergbau forderte, und Letocha, der den Befähigungsnachweis auch beim Erzbergbau für notwendig erachtete. Außerdem setzte er sich für die bereits vorgeschlagene Ausdehnung der Aufsichtsbesugnisse der Revierbeamten ein. Desgleichen für die Bildung von Arbeiterausschüssen auf den Zechen in geheimer Wahl, für die Bestätigung der Arbeitsordnung durch das Oberbergamt, für die Mitwirkung der Arbeiter bei Verwendung der Strafgeelder u. a. m. Anfang Mai zog Hihe einen Teil seiner Vorschläge für eine soziale Verbesserung der Bergesehe zurück, da inzwischen bessere und weitergehende Vorschläge eingebracht worden waren. Er beschränkte sich darauf, in Anregung zu bringen, daß die Arbeitsordnung enthalten müsse, was mit den einbehaltenen Beträgen für sog. genullte Wagen — einer sehr zweifelhaften Strafmethode für schlecht gefüllte Förderwagen — geschieht. Hihe sprach sich auch für eine Offenhaltung des Gedingebuches für diejenigen Arbeiter aus, deren Gedinge darin festgelegt wurde. Ebenso für Einführung von Vorschriften betr. die Nachstundenschicht, für Abkehrscheine als Nachweis der Fähigkeit zur selbständigen Ausführung von Arbeiten, welche Neben

und Gesundheit der Arbeiter gefährden können, für besondere Berggewerbeberichte usw. Die Bemühungen der Zentrumsfraktion, die magere Regierungsvorlage in Einklang mit den Zusicherungen der Februarerlasse zu bringen, waren nur von geringen Erfolgen begleitet. Hitze und seine Freunde hatten genug zu tun, sich der Angriffe der Zechenvertreter zu erwehren, die ihren ganzen Groll gegen die „ultramontanen Hehereien“ losließen. v. Berlepsch gab sogar seine eigenen, besseren Vorschläge nach und nach preis, so daß — von einigen kleinen Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitsordnung abgesehen — am Schlusse der dritten Lesung nur noch eine Resolution Hitze übrigblieb, welche die Regierung aufforderte, baldmöglichst einen Gesetzentwurf betr. die Abänderung der Bestimmungen des Berggesetzes über die Knappschaftsvereine vorzulegen. Der Entwurf sollte die geheime Wahl der Knappschaftsältesten, den Rekurs gegen Invaliderungsentscheide bei einem Schiedsgericht, dem auch Knappschaftsmitglieder angehören und die Aufrechterhaltung der Rentenansprüche bei Ausscheiden aus der Beschäftigung regeln. Im März 1893 erinnerte Hitze noch einmal an diese Resolution, aber schon zeigten sich überall die Vorposten einer „Nera Stumm“ und von einer Verwirklichung dieser Forderungen konnte vorläufig keine Rede sein. — Hitze verlor indessen auch seine andern sozialpolitischen Sorgenkinder nicht aus den Augen. Schon im März 1892 trat er im Landtag für eine Hypothekarreform ein, wie sie heute vom Bund deutscher Bodenreformer — auf katholischer Seite insbesondere von P. v. Nell-Breuning, Justizrat Vierh und P. Kroppenberg S. J. — vertreten wird. Es lag ihm vor allem an einer Sicherung der Handwerker gegenüber großen Baupespekulanten durch Festlegung ihrer Priorität gegenüber andern Hypothekengläubigern. — Auch die Zusicherungen Boettichers im November 1891 bezüglich der Handwerkerforderungen hatte Hitze nicht vergessen. Im Dezember 1892 legte er eine Interpellation vor, welche verlangt, daß der Bundesrat endlich zu einer Beschlußfassung darüber komme. Als diese nicht erfolgte, erschien der Antrag Aldermann-Hitze, betr. den Befähigungsnachweis, im Januar 1893 prompt wieder auf der Tagesordnung des Reichstages. Immerhin war Hitze realpolitisch genug, auch an die Zusicherungen der Regierung selber anzuknüpfen, und so verteidigte er denn im gleichen Monat auch die Forderung von Strafbestimmungen für Konsumvereine, welche an Nichtmitglieder verkaufen und dadurch den selbständigen Mittelstand der Gewerbetreibenden schädigen. Die ökonomische Lage war übrigens damals noch außerordentlich unsicher und die Folgen der letzten Wirtschaftskrise keineswegs überwunden. Die Sozialdemokraten brachten eine Interpellation betr. den öffentlichen Notstand ein und forderten Wuchergesetze von der Regierung und den Ausbau des Arbeiterschutzes. Hitze beanstandete, daß von

der Linken keinerlei sachliche Hinweise gegeben wurden und wandte sich vor allem gegen jede schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit. Er kam dabei auch auf seine alte — den Bismarck-Lohmannschen Gedankengängen verwandte — Idee zu sprechen, wonach den Berufsgenossenschaften die Regelung der Arbeitszeit, der Produktion und der Arbeitslosenversicherung zu übertragen sei. Er versprach sich in dieser Hinsicht noch immer von einer gewissen Selbstverwaltung der Industrie in sozialpolitischer Beziehung einen gesunden Ausgleich der Interessen. Erst wenn die Berufsgenossenschaften wie bei der Unfallversicherung an der Verhütung interessiert seien, würden sie auch der Erwerbslosigkeit, Krankheit usw. vorzubeugen suchen. Typisch wäre, daß Liebknecht nicht den Frauenschutz erwähnt habe. Der Sozialdemokratie sei die Fabrikarbeit der Frauen eben noch immer ein nützliches Mittel, um die Emanzipation der Frau und ihre Bereitschaft zum Klassenkampf zu fördern. In der Bejahung der Gewerkschaften war er mit der Linken einig, warnte aber vor einer Ueberschätzung des von ihr geforderten Ausbaues des Arbeitsnachweises. Er verteidigte dann die Zollpolitik des Zentrums, gab aber auch gleichzeitig — gegenüber den bloß agitatorischen Forderungen des Abgeordneten Horwitz — Anregungen bezüglich des Arbeits- und Mietzwuchers und forderte die Interpellanten auf, positive Vorschläge zu formulieren. Bezüglich des gerade ausgebrochenen Streiks im Saargebiet kam es indessen zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum zu einem regelrechten Konflikt. Zu diesem Zeitpunkt trat auch der Volksverein das erstemal der linksgerichteten Arbeiterbewegung praktisch entgegen. Er entsandte einen Vertreter, Friedrich Becker, ins Saargebiet, der dort ein Volksvereinsbüro eröffnen, den Kampf gegen den die katholische Bergarbeiterbevölkerung radikalisierenden „Rechtsschutzverein“ aufnehmen und christliche Bergarbeitervertreter in den einzelnen Pfarreien des Aufruhrgebietes wählen lassen sollte.

VI.

Damit war der Auftakt zu einer christlichen Gewerkschaftsbewegung gegeben. Hize hatte schon auf der 13. Generalversammlung des Verbandes „Arbeiterwohl“, Münster 1893, in einem Vortrage über „Stellung und Aufgaben der Arbeitgeber gegenüber der Sozialdemokratie“ eine Bresche für die Selbsthilfe der Arbeiterschaft zu schlagen gesucht. Gleichberechtigung, Freiheit, Selbstverwaltung und Organisation für die Arbeiter — das schienen ihm die einzigen Mittel, die sozialdemokratische

Flut abzuwehren. Das Wort „Gewerkschaften“ kam in jener Rede nicht vor. In einem Kreise von Unternehmern, die sich zwar für das Wohl ihrer Arbeiter ehrlich einsetzten, aber doch noch in gewissem Sinne patriarchalisch dachten, war es wohl nicht ratsam, gleich mit der Propagierung von Arbeiter-Kampfsverbänden herauszurücken. Selbst Franz Brandts soll es damals nicht leicht gefallen sein, den demokratischen Anschauungen Hizes zu folgen. Hize war auch klug genug, sich zunächst auf die schon von der Mainzer Generalversammlung der Arbeitervereinspräsidenten 1892 beschlossene Empfehlung von „Fachabteilungen“ bei den bestehenden katholischen Arbeitervereinen zu beschränken. Diese sollten — nach seinen Vorschlägen — von einem selbstgewählten Vorstande geleitet werden und nur den fachlichen, materiellen Interessen dienen. Dem geistlichen Präses war nur noch beratende Stimme zugebracht. Damit war aber wie gesagt der erste Schritt getan, die rein seelsorgliche Behandlung der Arbeiterschaft durch die Selbstverwaltung ihrer beruflichen Interessen abzulösen. Die Tatsache, daß die bestehenden Gewerksvereine fast ausnahmslos unter sozialdemokratischem oder liberalem Einfluß standen, konnte die Geneigtheit der Seelsorger zur Bildung von besonderen Fachgruppen in den katholischen Arbeitervereinen nur fördern. In den „Zeitsätzen betr. Bildung von Fachabteilungen“, die Hize 1894 herausgab, berief sich Hize nicht nur auf die sachliche Berechtigung der Arbeiter, sich zur Wahrung ihrer Berufsinteressen zusammenzuschließen, sondern auch auf die taktische Notwendigkeit gegenüber der aufkommenden freigewerkschaftlichen und neutralen Arbeiterbewegung. Sicher stand ihm selbst das sachliche Recht im Vordergrund, doch konnte ihm die Berufung auf die sozialdemokratische Gefahr, die Arbeit in gewissen noch unselbstständigen und mißtrauischen Kreisen erleichtern. Es entsprach aber auch in etwa dem M. Gladbacher Arbeitsprogramm, das noch auf lange Jahre hinaus stark apologetisch eingestellt war: Bekämpfung des gesellschaftskritischen und religionsfeindlichen Marxismus, Eingliederung in das herrschende Wirtschaftssystem und

in den sozialen Staat waren die Lösungsworte, die in allen Flugschriften und Reden des Volksvereins wiederkehrten. Hize schien schon damals erkannt zu haben, daß die Gewerksvereinsbewegung in ihrem tiefsten Wesen der bestehenden Wirtschaftsverfassung nicht widersprach, daß sie nur im Rahmen derselben einen Sinn hatte. Er wurde nicht müde, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch Vergleiche mit dem Warenmonopol der Unternehmer zu begründen. Hatten die Arbeitgeber das Recht, sich zu kartellieren, so konnte man seiner Meinung nach auch den Arbeitnehmern nicht das Recht bestreiten, die Konkurrenz der industriellen Reservearmee einzuschränken und die „Ware“ Arbeit planmäßig zu bewirtschaften. Selbst den Streik erklärte Hize bereits in jenen „Veitsätzen betreffend Bildung von Fachabteilungen“ für grundsätzlich erlaubt, doch legte er den Hauptwert darauf, nachzuweisen, daß gerade die Organisation der Arbeiterschaft dazu führen werde, den Wirtschaftsfrieden und die legale Austragung von Interessenkonflikten auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse, sicherzustellen. Die Berufsvereinigung schien ihm das geeignete Ventil, um die revolutionären Strömungen zu entspannen und in eine reformistische Interessenbewegung umzuwandeln. Wie weit Hize bereits von seinen früheren sozialen Spekulationen abgekommen war, sollte sich gerade damals deutlich erweisen. Einer der führenden Präsidcs der jungen Arbeitervereinsbewegung, Kaplan Dr. Oberdörffer aus Köln, hatte in der von ihm herausgegebenen Korrespondenz für die geistlichen Vereinsleiter ein „katholisch-soziales Programm“ veröffentlicht. Schon lange war die Programmlosigkeit der katholischen Arbeitervereinsbewegung beanstandet worden. Auch das Zentrum schien — ohne größere Zukunftsperspektiven — nur noch von der Abwehr der Sozialdemokratie und von gelegentlichen Reformen des längst als unabwendbar angenommenen Industrielcapitalismus zu leben. Zwar konnte niemand die rastlose soziale Tätigkeit der Partei in Zweifel stellen, aber es machten sich Anzeichen eines ideellen Leerlaufes und Substanzverlustes bemerkbar. So wenigstens schien es einer Reihe von Kritikern im katholischen Lager. Ober-

dörffer, der damals noch ein eifriger Mitarbeiter der M. Gladbacher Bewegung war, suchte in die Bresche zu springen. Seine Aktion war von echter Begeisterung getragen. „Organisation der Gesellschaft nach Berufsständen auf christlicher Grundlage und zwar in einer den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart angepassten Form mit durch Staatsverfassung garantierten Rechten der Selbstverwaltung, sowie der Vertretung ihrer Interessen bei der staatlichen Gesetzgebung.“ Das war der Kernsatz des jahrelang von vielen Fachleuten beratenen Programmentwurfs, der dann von vielen Geistlichen, Adelligen, Abgeordneten und Pressevertretern unterzeichnet wurde. Sah er nicht den von Hitze einst in „Kapital und Arbeit“ vorgetragenen Ideen äußerst ähnlich? Die Kölnische Volkszeitung begrüßte die Vorschläge lebhaft und glaubte zugeben zu müssen, daß man „sich in gewissen Kreisen nicht über das bloße Bedormundungssystem der Wohlfahrtseinrichtungen und des staatlichen Arbeiterschutzes zur Idee einer eigentlichen Sozialreform erheben“ konnte. Endlich erinnere man sich wieder der höheren Gesichtspunkte — so hieß es in dem betreffenden Artikel — endlich wolle man mit der Zuckerwasserpoltik brechen. — In andern Kreisen des Zentrums fand das Programm allerdings nicht solche begeisterte Zustimmung. Hitze weigerte sich, seine Unterschrift zu geben, obwohl Oberdörffer doch bereit war, die berufsständischen Pläne durchaus den bestehenden Verhältnissen anzupassen. Hitze war von den sozialen Erfolgen der Zentrumsfraktion so überzeugt, daß ihm diese Aktion nicht nur überflüssig und verfehlt erschien, sondern auch wie eine unausgesprochene Kritik an seinen eigenen, mühevollen Arbeiten in den letzten zehn Jahren. Seit seiner Hinwendung von der Theorie zur Wirklichkeit, so versicherte er, habe er „noch vieles hinzugelernt, namentlich aber, daß mit allgemeinen Redewendungen und Forderungen in der sozialen Politik wenig getan ist.“ Bedenkt man, daß jenes „Programm“ auch die Arbeiterschuttpolitik gebührend berücksichtigte und ganz konkrete, ausführliche Vorschläge brachte, aber bei aller Realistik sich um eine klare, prinzipielle Linienführung bemühte, so

dürfte Hizes Widerspruch um so beachtlicher erscheinen. Er, der früher in programmatischen Erörterungen schwelgte, war durch die nüchterne und sachliche Arbeit in der Gesetzgebung mit einem starkem Ressentiment gegen alles erfüllt worden, was jenes tägliche Ringen des Sozialpolitikers um kleine Fortschritte in der Welt der Tatsachen nicht zu würdigen schien. Aber diese berechnete Abneigung gegen alle bloß rhetorisch-stilistische Programmfabrikation, brachte ihn auch je länger je mehr in die Gefahr, die Notwendigkeit einer allgemeinen und prinzipiellen Marschroute zu übersehen und als Motiv der Arbeit nur noch die Zweckmäßigkeit von Fall zu Fall oder den Gegensatz zu den Irrtümern von Links und Rechts gelten zu lassen. Selbst dem unboreingenommensten Beobachter mußte es auffallen, wie in Hizes Äußerungen und im Wirken des Volksvereins wie des Zentrums die apologetischen und utilitarischen Gesichtspunkte gelegentlich stärker betont schienen, als die eigenständig-prinzipiellen. Gewiß durfte man dabei nie vergessen, daß die sozialreformerischen Arbeiten der katholischen Vorgänger im andern Extrem stehengeblieben waren und über der Erörterung der sozialen Prinzipien und des Naturrechtes den Weg zum Alltag völlig verfehlten. Während die vorige Generation sich mit den romantischen Plänen einer Restauration der mittelalterlichen Berufsstände befaßte, war die Wirklichkeit über sie hemmungslos hinweggegangen. Seit Hize war indessen dem Wirtschaftsleben durch den zähen Kampf der mächtigen Zentrumsfraktion für die Beschränkung der Gewerbefreiheit ein beachtlicher Pfahl ins Fleisch gesetzt worden. Neben der „Hinzpeterei“ — wie der verärgerte Bismarck die Aera Berlepsch zu bezeichnen pflegte — war den Industriellen doch gerade auch in der unermüdlichen und überlegenen Tätigkeit Hizes und seiner Freunde ein Hemmschuh angelegt, der ihrem Manchestertum im Augenblick wirksamer entgegentrat, als alle Reden und Bücher der Sozialethiker von gestern. Aber diese Tatsache änderte nichts daran, daß die parlamentarische Mittelstellung der Partei, der Praktizismus M. Gladbachs, die geistigen Einflüsse vom Niederrhein und die



Franz Sise am Arbeitstisch

ungeheure tägliche Arbeitslast der Fraktion einem gewissen politischen Liberalismus die Wege ebneten, der das Leben aus einem Wesenskern zu gefährden geeignet war. Aber nicht nur in politischer Beziehung, sondern auch in Fragen der Arbeiterbewegung spielten taktische Erwägungen keine geringe Rolle. So schrieb das „Arbeiterwohl“ schon im Herbst 1894: „Die Arbeiter und Gesellen verlangen nach Gewerksvereinen; wir können den einmal entfesselten Strom nicht einhalten — suchen wir ihn in das richtige Bett zu leiten und uns nach Kräften der Bewegung anzunehmen im Interesse des sozialen Friedens... Die Gewerkschaften sind das Lockmittel, durch welches die Sozialdemokraten unsere Mitglieder (d. h. die der Arbeitervereine. D. B.) verführen. Es bleibt nur ein Heilmittel übrig: eine christliche Gegenorganisation zu schaffen.“ — Als ein integraler Kaplan aus M. Gladbach an Hize die Frage stellte, ob es bei solchen interkonfessionellen Gewerkschaften nicht gehen werde, wie in den gemischten Ehen, daß nämlich der katholische Teil verliert und ob nicht die Bildung rein katholischer Gewerkschaften ratsamer sei, verneinte Hize entschieden: „Dann würden wir nur Amboß sein und beide Seiten (Sozialisten und Protestanten) auf uns los schlagen“ — war seine Antwort. Durch die Schaffung christlicher Gewerkschaften sollten die von dem Verband katholischer Industrieller und vom Volksverein gegründeten und geförderten katholischen Arbeitervereine keineswegs überflüssig gemacht werden. Sie behielten vor allem die Bildungsaufgabe und waren somit indirekt Vorschulen für die Gewerkschaften und in etwa auch für die Partei. Es wurden eigene Organe für die Arbeitervereine gegründet. Zuerst entstand „Der Arbeiter“ (München) für die süddeutsche Gruppe. Später folgten eine gleichnamige Zeitung für den Nordosten in Berlin und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in M. Gladbach für Rheinland-Westfalen. Daß die von der Volksvereinszentrale betreute westdeutsche Gruppe am besten gedieh, war nicht weiter verwunderlich. Vom Westen aus sollte auch die eigentliche christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Ausgang nehmen. Dort hatte bekanntlich

schon Ludwig Schröder, der Kaiserdelegierte, in Verbindung mit dem Sozialdemokraten Hasselmann und dem Christlich-Sozialen Rosenfranz vor einigen Jahren versucht, freie Knappenvereine zu gründen. Stözel und die katholische „Essener Volkszeitung“ bekämpften diese Bestrebungen wegen ihrer Konfessionslosigkeit und suchten ihnen durch Gründung eines Christlich-sozialen Bergarbeitervereins entgegenzutreten. Anfangs wurden die Versuche, eine Gegenbewegung ins Leben zu rufen, durch die drohende Haltung der im Verein für bergbauliche Interessen des Oberbergamtsbezirktes Dortmund vereinigten Zechenbesitzer vereitelt. Später griff der Verleger der „Westfälischen Volkszeitung“, Fusangel, die Idee wieder auf und gründete den schon genannten „Rechtsschutzverein“, dessen linker Flügel alsbald in den radikalen „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland-Westfalen“ aufging, während die Katholiken sich entschlossen, den „Rechtsschutzverein“ in einen christlichen Bergarbeiterverband „Glückauf“ umzuwandeln. Vensing, Fusangel, Stözel und der Bergarbeiter Fischer setzten sich mit Eifer für die neue Bewegung ein; innere Zwistigkeiten bereiteten ihr aber ein schnelles Ende. Den eigentlichen Anstoß zu einer größeren Aktion gab erst der internationale Bergarbeiterkongreß, der im Mai 1894 in Berlin tagte. Dort stellte der deutsche Delegierte Brodam innerhalb seiner nationalen Fraktion den Antrag, den Kongreß aufzufordern, sich für die Vergesellschaftung der Bergwerke auszusprechen. Die Deputierten des linksgerichteten Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter brachten diese Forderung zwar nicht an die Vollversammlung, gaben aber für eine im sozialistischen Sinne gehaltene Resolution ihre Stimme als „Vertreter der gesamten deutschen Bergarbeiterschaft“ ab. Das rief die katholischen Knappen- und Arbeitervereine des Ruhrkohlenbezirktes auf den Plan. Unter Führung des katholischen Pfarrers Driehen protestierten sie gegen diese Anmaßung. Der katholische Bergarbeiter August Brust schrieb damals dem Bergmann Hermann Köster, früher Vorstandsmitglied des eingegangenen Vereins „Glückauf“, daß es mit einer bloßen

Protestaktion nicht getan sei. Statt die christliche Arbeiterschaft als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie zu gebrauchen, solle man vielmehr etwas für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter tun.

Schon im Mai hatten katholische und evangelische Knappenvereine in einer Delegiertenversammlung in Essen Fühlung untereinander genommen. Drei Monate später ging als Ergebnis jener Fühlungnahme ein von Brust unterzeichneter Aufruf hinaus, der die Notwendigkeit einer Vereinigung der Bergarbeiter beider Konfessionen dartat und die Einberufung einer größeren Delegiertenversammlung vorschlug. Eingehende Pläne waren darin noch nicht entwickelt. Auf einem am 10. Juli 1894 in Borbeck abgehaltenen Verbandsfeste der katholischen Knappenvereine des Kreises Essen schlug dann der Fabrikant Wiese, eines der führenden Mitglieder des „Arbeiterwohls“, vor, sich nach dem Muster der englischen Trade Unions — deren unpolitischer Charakter auf dem genannten internationalen Kongreß den nichtsozialistischen Gewerkvereinsfreunden angenehm aufgefallen war — zu organisieren. Ende August fand in Essen die von Brust einberufene Versammlung statt, zu der gegen 200 evangelische und katholische Vereine ihre Vertreter entsandt hatten. Nach bewegter Auseinandersetzung wurde die Ausarbeitung eines Statutenentwurfs beschlossen, der dann am 28. Oktober in Essen in der konstituierenden Versammlung des Gewerkvereins christlicher Bergleute für den Oberbergamtsbezirk zur Beratung und Annahme kommen sollte. Brust hatte inzwischen Hize in Münster aufgesucht, ihn mit seinen Plänen bekannt gemacht und ihn gebeten, sich als Ehrenratsmitglied der neuen Bewegung zur Verfügung zu stellen. Obwohl Hize wenige Wochen vorher — am 24. September — der Konferenz der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln seine bereits genannten Vorträge für die Bildung von Fachabteilungen im Rahmen der konfessionellen Vereine vorgelegt hatte, zögerte er keinen Augenblick, sich in den Dienst der neuen Sache zu stellen. Die Entwicklung war eben schneller gekommen, als er gehnt hatte. Allerdings behielten seine

Vorschläge für andere Gegenden, insbesondere für Süddeutschland, das für eine interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung noch nicht reif war, ihren Nutzen als Durchgangsformen zu einer Emanzipation der Laien von der kirchlichen Führung auf weltlichen Gebieten. Daß durch diese Trennung des sakramentalen Glaubenslebens von Politik und Wirtschaft der Seelsorge der direkte Einfluß auf innerweltliche Aufgaben genommen wurde, lag ganz im Sinne der M. Gladbacher Bewegung. Die Tatsache, daß es gerade Geistliche waren, die auf der konstituierenden Versammlung der christlichen Bergarbeiter eine führende Rolle spielten — Kaplan Dr. Oberdörffer, der evangelische Lic. Weber (M. Gladbach!) Vikar Brauns (der heutige Reichsarbeitsminister) und Hise — widersprach dem nicht. Die zentrumspolitische und gewerkschaftliche Bedeutung der M. Gladbacher Zentrale steigerte sich gerade unter geistlicher Führung im Laufe der Zeit so stark, daß man fast von einem „antithetischen Umschlagen“ des Hilfsorgans in ein unabhängiges und selbständiges Zentralorgan zu reden versucht ist. Mit einer gewissen inneren Zwangsläufigkeit potenzierte sich der Einfluß des Volksvereins, dessen Organisation bald in alle Vereine und Pfarren, alle Partei- und Arbeitersekretariate reichte. Aus der systematischen Schulung der Akademiker und der Arbeiterfunktionäre, der Parteibeamten und Geistlichen, mußte allmählich jene unpersönliche Macht erwachsen, der sich auch die kirchlichen Autoritäten nicht mehr entziehen konnten, weil sie vielfach mit ihr identisch geworden waren, ohne daß sie es recht wußten. Der Dualismus der treibenden Kräfte schien in ähnlicher Weise aufgehoben, wie der zwischen dem Priestertum der Volksvereinsführer und ihrem Wirken in der Welt oder wie der zwischen den immanenten Gesetzen einer modernen Unternehmung und der persönlichen Initiative ihres Leiters. Jedenfalls trat ein klerikaler Geist in keiner Weise hervor, so sehr auch das geistliche Gewand die pädagogisch-politische Wirksamkeit der neuen Männer unterstützen mochte. Jene „Eigenständigkeit der Kultursachgebiete“ — von der heute wieder in katholischen Kreisen viel die Rede ist — war schon damals der un-

ausgesprochene Programmpunkt der Volksvereinsbewegung, obwohl er sich zunächst noch in den Formen einer gewissen Liberalität auswirkte. Man war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gleichsetzung der christlichen Gesellschaft mit dem historisch einmaligen Zunftsystem unzulässig sei und es vielmehr den Gläubigen jeder Epoche aufgegeben ist, sich „aus dem Glauben“, will sagen aus autonomer Gewissensentscheidung, dem Gebot der Stunde offenzuhalten. Auch die direkte Einwirkung der Kirche auf den mittelalterlichen Staat wurde nunmehr nicht als prinzipielle und allgemeingültige, sondern als eine mögliche Form katholischer Politik verstanden. Heute und in der Regel habe die Kirche nur indirekt, durch die Gläubigen auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens zu wirken. Nur so werde auch die Gefahr einer Reduzierung der Metaphysik auf Ethik und die Belastung der Religion mit Zeiterscheinungen und Zeitideen vermieden. Die staatsbürgerliche, nationale und sozialpolitische Aufgabe der Katholiken habe ihre eigene Berechtigung, sei in ihrer konkreten Auswirkung von den moralischen Prinzipien weder abzulesen noch durch diese zu ersetzen. — Nur aus dieser grundsätzlichen Ablehnung aller bloß ethizistischen Sozialreform und aus der bewußten Erziehung zur Eingliederung in die Volksgemeinschaft mit ihren besonderen Nöten und wechselnden Forderungen ist auch die Haltung des Volksvereins und seines spiritus rector Hize zur Gewerkschaftsfrage zu verstehen. Daß diese ständige Sorge vor der „Inferiorität“ in Wirtschaft und Gesellschaft, dieses tägliche Bemühen um die „Parität“ bei den staatspolitischen Gegenwartsaufgaben auch seine Gefahren hatte, wird heute niemand mehr bestreiten. Die Distanz gegenüber den gewiß nicht unabänderlichen geschichtlichen Realitäten und die Orientierung des Glaubens an den überzeitlichen, objektiven Wahrheiten war jedenfalls auch damals nicht überflüssig geworden, so sehr die neue Haltung als Reaktion zu der allzu negativen und billigen Gegenwartskritik der Vorgänger und ihren bloß literarischen Zukunftsplänen begreiflich und gewissermaßen auch nötig war. Es verdient übrigens festgehalten zu

werden, daß Hize trotz seines vollen „Ja“ zur Gewerkschaftsbewegung sich jeder direkten Einwirkung auf die junge Organisation enthielt. Oft hat er mit Köster und Brust über ihre Aufgaben gesprochen und sie mit kräftigen Worten ermuntert, wenn sie noch unentschlossen waren. Aber nachhaltiger war die Förderung, die er den Gewerkschaften indirekt, politisch, als geistige Autorität und Volksvereinsmann zuteil werden ließ. Im übrigen lag ihm an der sozialen Mündigkeit der aufstrebenden Arbeiterschaft; Erziehung zur Selbsthilfe — das schien der Sinn nicht nur seines Eintretens für die Gewerkschaften, sondern seines ganzen sozialpädagogischen Wirkens überhaupt. — Die Gründung des christlichen Bergarbeiterverbandes war nur der erste Anstoß zu einer weiteren Entwicklung. Brauns, bisher geistlicher Vereinspräsident in Krefeld und später Volksvereinsdirektor in M. Gladbach, regte die dortigen Weber zur Gründung eines Textilarbeiterverbandes an. Auf dem ersten Delegiertentag der christlichen Bergarbeiter sprach Hize neben Adolf Wagner. Hize, der jahrelang vergeblich für die berufsständische Organisation der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes gekämpft hatte und seine Hoffnung, dadurch die korporative Gliederung der Industriearbeiter zu fördern, getäuscht sah, griff jetzt den Gedanken der deutschen Ratheder Sozialisten auf, welche in den englischen Gewerkschaften eine vorbildliche Art berufsständischen Zusammenschlusses sahen. Es ist wohl möglich, daß er bis 1890 etwa unter dem Einfluß von Franz Brandt und dem unerfreulichen Eindruck von dem damaligen Gebaren der Freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften noch eine gewisse Reserve bewahrte und die Gewerkschaften nur als Ergänzung der berufsständischen Körperschaften gedacht wissen wollte. Wenn er aber im Reichstag zunächst noch die Arbeiterkammern und Arbeiterausschüsse in den Vordergrund stellte und erst in zweiter Linie das Koalitionsrecht und die Legalisierung der Berufsvereine versuchte, so waren hauptsächlich taktische Erwägungen maßgebend. Einrichtungen, welche den Arbeitern den freien und fried-

lichen Ausdruck ihrer Wünsche ermöglichen, waren in den Februarerlassen versprochen worden. Letztere hatten bekanntlich in Aussicht gestellt, die Arbeiter in irgend-einer Form durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten zu beteiligen. Gegenüber der wachsenden Reaktion konnte sich Hize also immer auf Wilhelm II. und die Bersprechungen der Regierung berufen. Als Lujo Brentano damals schrieb, Hize sei nicht prinzipienfest, er hätte nun erst recht die Arbeitergilden in den Vordergrund schieben müssen, antwortete Hize: „Ich hätte Stumm und seinen Freunden, auch in der Regierung, keinen besseren Gefallen tun können.“

So bemerken wir zwischen der parlamentarischen Arbeit Hizes und seinem Wirken draußen im Lande stets ein entsprechendes und folgerichtiges Verhalten. Sein realpolitischer Sinn ließ ihn auch immer wieder aufbegehren gegen die Agitation der Sozialdemokratie, welche die Nähe des Zukunftstaates predigte und damit sich selbst wie den Massen den Sinn für die Aufgaben der Gegenwart nahm. Anfang Februar 1893 mußte Hize wieder im Reichstage den Vorwurf des Abgeordneten Frohme zurückweisen, daß außer der Sozialdemokratie alle bürgerlichen Parteien an eine prästabilisierte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glauben. Die Mitwirkung der Mehrheit des Parlaments an der Beschränkung der Gewerbefreiheit durch die Arbeiterschutzgesetzgebung beweiße das Gegenteil. Auch der Zukunftstaat werde die prophezeite Harmonie der Interessen nicht bringen, dafür aber durch den Gegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten gekennzeichnet sein. Die Linke solle sich doch endlich einmal ganz konkret darüber äußern, wer nach der Expropriation Eigentümer, wer Leiter der Produktion werden solle. Schon die Thesen von einer Verteilung „nach gleichem Rechte“ und „nach vernunftgemäßen Bedürfnissen“ deckten sich nicht. Auch die Arbeitszeit als Verteilungsmaßstab werde sich als unbrauchbar erweisen. Wenn noch nicht einmal in einer kleinen Produktivgenossenschaft eine restlose Eintracht herbeizuführen sei, um wieviel weniger dann erst in einem großen Gemeinwesen! Und wenn die „Entwicklung“ alles bringe, warum dann eigentlich eine Partei für notwendig erachtet werde. Pflege aber die Sozialdemokratie die Anzufriedenheit geradezu als Selbstzweck und wolle sie von einer positiven Kritik nichts wissen, so sei diese Haltung außerordentlich zu verurteilen. Gewiß werde die soziale Frage nicht durch „Sparen“ gelöst, aber man solle die Wichtigkeit solcher Fonds auch nie unterschätzen. Hize versuchte dann

die Zentrumsparlei gegen den Vorwurf der Linken in Schutz zu nehmen, daß sie nicht mehr zum Geiste Kettlers und v. Vogelsangs stehe. Wenn die Sozialdemokraten den Papst für die Republik und für den Sozialismus in Anspruch nehme, so sei das ebenso eine Verkennung der Tatsachen, wie die neueren Versuche, marxistische Theorien aus den Lehren des heiligen Thomas v. Aquin herauszulesen. Im übrigen habe gerade das Verhalten der Sozialdemokratischen Fraktion zur Rede Bachems bewiesen, daß es der Linken mehr um den Atheismus, als um die soziale Reform zu tun sei. — Daß Hise sich dabei ernstlich um ein objektives Urteil gegenüber der radikalen Opposition bemühte, geht aus einer Rede hervor, die er eine Woche später hielt. Schon im März 1891 hatte er einmal in der Frage indirekter Zwangsmittel im Hinblick auf die Gesinnung der Arbeiter die Sozialdemokratie gegen v. Schalscha und einen Teil seiner eigenen Fraktion verteidigt. Nun stellte er sich auch diesmal wieder auf Bebels Seite, der sich gegen solche Arbeitsordnungen (in Militärwerkstätten) wandte, welche auch das Verhalten der Arbeiter außerhalb des Betriebes zu regeln bzw. zu maßregeln suchten. Bei dieser Gelegenheit konnte Hise auch feststellen, daß die Vorschläge über die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe von der Sozialdemokratie stammten. Mit Freude wies er auf die Mitarbeit derselben am Gesetz, ebenso auf ihre Anträge für eine Beschleunigung des Inkrafttretens der Sonntagsruhe. Daß auch Hise selbst nicht ruhte, die soziale Gesetzgebung vorwärtzzutreiben, bedarf keines Hinweises. Dauernd beschäftigte er den Reichstag mit Anträgen betreffend den Gewerbebetrieb im Umherziehen, den Befähigungsnachweis, das Genossenschaftsgesetz, die Konkursordnung, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine usw. Im November 1893 forderte er wieder einen Gesetzentwurf für die Arbeitervertretung im Sinne der kaiserlichen Erlasse und beantragte neue Erhebungen über Arbeitszeit und Arbeitsleistung, insbesondere über die Wirkungen der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages für Frauen auf den für Männer, über die gesundheitlichen Erfolge der Gewerbeordnungsnovelle und schließlich auch über die Lücken, die sich bei der Ausführung der Gesetze ergeben haben. Mitte Januar 1895 schloß sich Hise einer Interpellation des Freiherrn v. Heyl für die reichsgesetzliche Einrichtung von Handwerkskammern an, erklärte aber gleich, daß er diese Einrichtung nur als Ergänzung, nicht als Ersatz der obligatorischen Innungen auffasse. Bei der Beratung des Zolltarifs im gleichen Monat sehen wir ihn sich mit Eifer für den Schutz der Eichenlohe gegen das Quebrachholz einsetzen, nicht ohne dabei der besonderen Nöte seiner engeren Heimat zu gedenken. Bei den Staatsberatungen Mitte Februar bot sich ihm wieder Gelegenheit, auf die Fabrikinspektion zu sprechen zu kommen. Es war typisch, wie sehr ihm diese Institution des sozialen Staates und der obrigkeitlichen Sozial-

politik am Herzen lag. Hitze gab seiner Freude Ausdruck, daß Preußen nunmehr die Berichte dieser Beamten im Original veröffentliche und die Zahl der Inspektoren erheblich vermehrt habe. Wenn letztere über die starke Belastung mit der Kesselrevision Klage führen, so sei die Konsequenz nur, die Zahl der Beamten weiter zu vermehren, nicht aber die Dampfesselüberwachung von der übrigen Gewerbeaufsicht abzutrennen. Es müsse vor allem noch mehr Wert auf unermutete Betriebskontrollen gelegt und die Vorlage der Baupläne durchgesetzt werden. Das Aufkommen besonderer Dampfesselrevisionsvereine lasse die Einstellung von eigenen Beamten für die Kesselüberwachung besonders fragwürdig erscheinen. Außer der Berufung von Ärzten in die Gewerbeaufsicht, sollte auch der von Arbeitern, die oft besser mit den betrieblichen Einzelheiten vertraut sind, nähergetreten werden. Erstrebenswert sei, daß ein Ingenieur an der Spitze stehe und ihm u. a. Arbeiter als Assistenten zur Seite gestellt würden. Eine Zentralisierung der Gewerbeaufsicht in einen Reichsinspektor sei zu sozialistisch und nicht nach seinem Sinn; für eine einzelstaatliche Zusammenfassung und eine Reichskonferenz der Beamten könne er sich aber durchaus einsehen. Zum Schlusse sprach sich Hitze dafür aus, Polizeirechte nur an das dem Gewerberat des Regierungsbezirkes untergeordnete Inspektorenkollegium zu erteilen und den Beamten nahelegen, auch mit den Arbeitervereinen Fühlung zu suchen. — Im gleichen Monat hielt Hitze eine lange Rede zur Begründung eines Zentrumsantrages betreffend die Bekämpfung des Reklameschwindels und die Beschränkung des Hausierhandels.

Am 6. Februar kam es zur Aussprache über die Interpellation Lieber-Hitze betreffend die Ausführung der Februarerlasse. Hitze mußte feststellen, daß schon fünf Jahre nach der kaiserlichen Aktion eine gewisse Ertaltung des sozialen Reformeifers eingetreten war. Aber nicht nur dies, die Konservativen hatten — was Hitze nicht ausführte, aber jeder wußte — bald nach Bismarcks Entlassung gemeinsam mit den Schwerindustriellen den politischen Kampf gegen den Nachfolger des Kanzlers, v. Caprivi, aufgenommen. Das Programm des Erfurter Sozialistenkongresses und das anarchistische Attentat, dem der französische Präsident Carnot zum Opfer gefallen war, hatte dem preußischen Ministerpräsidenten Guldemburg Veranlassung zu einer sogenannten Umsturzvorlage gegeben, die nichts anderes war als eine Neuauflage des Sozialistengesetzes. Im Laufe der Jahre war es dem Führer der Großindustriellen, dem Freiherrn v. Stumm, gelungen, selbst den Kaiser gefügig zu machen, so daß auch dieser allmählich „verstumte“ und die Minister der Februarerlasse im Stich ließ. Hitze konnte sich aber noch auf die Eröffnungsrede des Kaisers zum damaligen Reichstage berufen, in der ausgesprochen war, daß die verbündeten

Regierungen es weiterhin als ihre Aufgabe betrachten, durch Milderung der sozialen Gegensätze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit im Volke zu erhalten und zu fördern. Die Idee der Erlasse sei, so führte er aus, die positive Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ihr Wort laut, insbesondere der des 5. Abjages, sage aber auch mit aller wünschenswerten Klarheit, daß nicht nur an bürokratische Maßnahmen gedacht war, sondern daß auch die Arbeiter selber beteiligt werden sollten. Deshalb verlange das Zentrum zunächst, daß die Berufsvereine gesetzliche Anerkennung finden, dann aber auch, daß eine geordnete gesetzliche Vertretung der Arbeiter geschaffen werde. Das Wichtigste sei, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werde, in eigenen Organisationen ihre Interessen zu vertreten, — nicht bloß auf die Hilfe des Staates und der Unternehmer zu warten, sondern selbst durch Zuschuß und Sterbefassen, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsnachweis, durch Witwen- und Waisenversicherung wie durch Krankenkassenbeihilfen für Familienangehörige die öffentlichen Maßnahmen zu ergänzen. Nichts sei heilsamer gegen die sozialistischen Utopien, als die positive, praktische Mitarbeit. Wer den Arbeitern aber den Zusammenschluß zugestehe, der müsse ihnen auch durch gesetzliche Anerkennung die Möglichkeit geben, einen Arbeitsfonds anzusammeln, Verträge zu schließen usw. Dazu reichen aber die einzelstaatlichen Vereinsgesetze nicht aus — am wenigsten die preussischen, die nun wieder verschärft werden sollen. Die reichsgesetzliche Regelung sei der einzige Weg, um die Organisationen unabhängig zu machen von dem diskretionären Ermessen untergeordneter Behörden, die in Berlin sogar zur Auflösung des katholischen Gesellenvereins geschritten sind. Etwas widerspruchsvoll erscheint es, wenn Hise erklärt, er sei nicht für das Ideal Brentanos, der die englischen Gewerkschaften auch den deutschen Arbeitern als Vorbild hinstellt, sondern für den Ausbau der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer und Arbeiter in der Sozialversicherung — aber die Voraussetzung sei, die selbständigen Organisationen der Arbeiter zu fördern. Erst die legitime Organisation — fährt er fort — stärke die Verantwortung im Arbeitskampfe. Was nun die gesetzliche Vertretung der Arbeiter betreffe, so sei eine solche schon dadurch gerechtfertigt, daß auch dem Handel, der Landwirtschaft und dem Handwerk derartige Kammern zugebilligt werden. Sie ist auch ein Bedürfnis für die Gesetzgebung und Verwaltung, weil sie es einerseits erst ermöglicht, die Meinung der Arbeiter zu bestimmten sozialen Vorlagen zu erfahren, andererseits aber auch durch Mitraten und -taten die freudige Aufnahme der Wohlfahrts Einrichtungen in der Arbeiterwelt zu sichern. Bezüglich der Organisation habe er seinen früheren Standpunkt verlassen, der sich den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten zu eigen gemacht und für gemischte Arbeitskammern eintrat.

Heute sei er der Ansicht, daß es besser ist, sie den Arbeitern allein als ihre Vertretung zu überlassen. Als den besten Unterbau und Wahlkörper für die Bezirkskammern halte er die Arbeiterausschüsse der einzelnen Fabriken. Sein Antrag, die Betriebsräte als gutachtliche Organe obligatorisch zu machen, sei leider durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie (!) vereitelt worden. Die Krise von Wirtschaft und Gesellschaft sei nicht durch Bekämpfung der Symptome, durch Vorlagen gegen die Sozialdemokratie zu überwinden. Die besitzenden und führenden Klassen sollten in der Tat zeigen, daß es ihnen mit Religion, Ehe und Familie Ernst ist, sollten mit dem guten Beispiel der Einfachheit, Natürlichkeit und Wesenhaftigkeit vorangehen. Wichtiger als alle materielle Wohlfahrt sei aber, den Arbeitern Gehör zu geben, ihr Standesgefühl zu achten, ihnen Freiheit und Selbständigkeit nicht zu verwehren. —

Während des heißen parlamentarischen Kampfes, den Hitzes für die Aufrechterhaltung des „Geistes“ der Februarerlasse kämpfte, ließ er seine volksbildnerische und schriftstellerische Arbeit keinen Augenblick ruhen. Als Leitfaden für die praktisch-sozialen Kurse seiner Vereine und wohl auch als Grundriß für seine Vorlesungen schrieb er damals ein Büchlein über „Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung“, das zunächst nur als Manuskript gedruckt wurde. Dieses Werk und die vielen Auflagen, die es erlebte, wurde symbolisch für die Wandlungen nicht nur des Verfassers, sondern auch der sozialen Frage selbst. Gegenüber seinen Erstlingsarbeiten ist die „Arbeiterfrage“ durch ein wachsendes Ueberwiegen des Praktischen gekennzeichnet. An die Stelle der sozialen Reform war die Sozialpolitik und zwar in erster Linie Arbeitersozialpolitik getreten. Hier ging es nicht mehr um die völlige Reorganisation der Gesellschaft, sondern um den „Schutz der Schwachen“ durch den Staat und durch die Selbsthilfe der Enterbten. Der Aufbau des Werkes erscheint streng sachlich gegliedert — aber es ist nur eine pseudo-scholastische Verfassungsweise, die hier zur Anwendung gekommen ist: Die metaphysische Grundlegung, die logische Schlußfolge, den methodischen Zweifel vermessen wir fast ganz. Jede theoretische Spekulation ist vermieden, ein Anschluß an die katholisch-soziale Ueberlieferung wird überhaupt nicht gesucht, die knappe Erörterung der Elemente der

Arbeiterfrage stellt sich uns in der Hauptsache als eine Popularisierung der Gesellschaftskritik von Marx und Lassalle dar, wenn auch mit einigen mittelfständlerischen Korrekturen. Für Hitze ist die soziale Frage jetzt nur noch die Frage des gerechten Verhältnisses der verschiedenen Stände innerhalb der Gesellschaft. So erschöpft sich ihm denn die „Arbeiterfrage“ — als eine der vielen sozialen Fragen — in der Berichtigung des Verhältnisses derjenigen, welche nur die nackte Arbeit einzusetzen haben, gegenüber denen, für welche sie gegen Lohn arbeiten. Die Trennung von „Kapital“ und Arbeit, die Tatsache von Unternehmertum und Lohnarbeiterschaft wird also von Hitze hingenommen. Die „Lösung“ der Arbeiterfrage beschränkt sich auf den „Schutz“ der persönlichen Güter, auf die „Sicherung“ eines stetigen Einkommens und schließlich auf die „Hebung“ und Veredelung der Lebenshaltung. Aus dieser Reduzierung der sozialen Frage auf eine Regulierung der „sozialen Gerechtigkeit“ folgert konsequent die Beschränkung der positiven Soziologie auf Sozialpolitik. An die Stelle weitstichtiger, grundsätzlicher Umgestaltung der Gesellschaftsordnung tritt die „Verbesserung“ auf dem Boden des Kapitalismus. Ohne viel Reflexion hat darum Hitze die Arbeiterfrage primär als eine Einkommens-, eine „Magen“frage bezeichnet. Auch die nächste Reihenfolge ist typisch: Die Arbeiterfrage ist ihm zweitens eine Frage der Reform der Rechtsordnung, drittens eine politische Machtfrage und zuletzt eine sittlich-religiöse Frage. Es ist bezeichnend, daß er den vierten Punkt nur dahin deutet, daß eben alle Handlungen der Unternehmer, der Proletarier und der Gesetzgeber durch sittlich-religiöse Rücksichten beeinflusst werden und umgekehrt. Die Beschränkung der Bedeutung der Weltanschauung auf „Rücksichten“ und „Einflüsse“ besagt nichts anderes, als daß mit der früheren Art und Weise christlicher Sozialreformer, von der Religion auszugehen, gebrochen ist und die christliche Gesellschaftslehre einer vielleicht „innerkapitalistisch“ zu nennenden Sozialethik gewichen ist. Aber auch eine andere Reihenfolge ist interessant: Hitze glaubt, daß zur „Lösung“ der Arbeiterfrage eine Zusammenarbeit aller

Beteiligten notwendig ist, jedoch zunächst der Arbeiter selbst, dann der Unternehmer, dann der Kirche, schließlich des Staates und zuletzt der übrigen Gesellschaftsklassen. Trotzdem spricht Hise wenige Zeilen später ohne methodische Skrupel die Maßnahmen zum Schutze der persönlichen Güter und die Sicherung eines stetigen Einkommens in erster Linie dem Staate resp. der Gesetzgebung zu, während er die Hebung und Veredelung der Lebenshaltung der privaten Initiative der Arbeiterorganisationen, der Arbeitgeber und freien Wohlfahrtspflege überläßt. Unter „Schutz der persönlichen Güter“ versteht Hise die Eingriffe des Staates in die Arbeitssphäre, also den Arbeiterschutz. Seine Berechtigung leitet er aus dem Begriff des Rechtsstaates ab. Gegenüber grundsätzlichen Bedenken gibt Hise zu, daß es Aufgabe der Sozialpolitik sei, „sich innerhalb der Grenzen zu halten, die durch die wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse gegeben sind.“ Auf praktische Einwände antwortet er, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung sich als ein Gebot des wirtschaftlich=technischen Fortschrittes erweisen werde. Dann geht er dazu über, die Arbeiterschutzbestrebungen in Deutschland geschichtlich zu entwickeln und schließlich den Stand derselben positiv darzulegen. Dadurch wird das Buch in seinem weiteren Verlaufe eine Uebersicht über die eigenen Arbeiten Hises und seiner Fraktionsgenossen im Reichstage — ohne daß Hise etwa seinen Namen in den Vordergrund schiebt. Darüber hinaus entwickelt der Verfasser aber auch die weiteren Reformziele, wobei wieder durchaus modern anmutende Gedanken vorweggenommen werden. Wichtig ist, wie er wiederum die Sicherung des stetigen Einkommens in der Arbeiterversicherung begründet. Er betrachtet die Versicherungsprämien als einen notwendigen Bestandteil des Arbeitslohnes. Der Preis der Arbeit muß so hoch sein, daß er nicht bloß die augenblicklichen, sondern auch die vorgeschossenen und nachgetragenen „Produktionskosten“ derselben deckt, d. h. das Anlagekapital der Vorbereitungszeit und die Ausfälle, die aus den Krisen und dem Verschleiß der Arbeitskraft in Form der Krankheit, des Alterns usw. entstehen. Die obligatorische Versicherung

bezwecke den Sparzwang für diese, die augenblickliche Lebensnotdurft überschreitenden Lohnbeträge und den solidarischen Ausgleich der Zufälligkeiten, wie sie zum Wesen der Anfälle, der Invalidität, der Arbeitslosigkeit usw. gehören. Im Anschluß daran entwickelt Hize wieder die Geschichte und den Stand der Sozialversicherung. Dabei kommt er auf seine früheren Pläne bezüglich einer berufsgenossenschaftlichen Organisation der Großindustrie zurück. Wie ein trauernder Rest von „Kapital und Arbeit“ führt dieses kleine Kapitelschen hier inmitten der Erörterung der staatlichen Sozialpolitik ein kümmerliches Dasein. Es kommt den Ideen des von ihm selbst so scharf abgelehnten Oberdörfferschen „Programms“ wieder so nahe, daß man glauben möchte, die Schule Brandts' habe in Hize das Heimweh nach seinen Jugendidealen, die ja das Erbgut aller katholischen Sozialreform waren, auch damals noch nicht auslöschen können. Zwar sieht Hize die Berufsgenossenschaften hier zunächst als Träger der Sozialversicherung. Aber er möchte ihnen auch gern die weitere Ausbildung des Arbeiterschutzes übertragen, weil eben die Haft- und Versicherungspflicht auch ein entsprechendes Interesse an der Unfallverhütung, an der Schonung der Arbeitskraft, an der vorbeugenden Fürsorge überhaupt hervorrufen würde. Müßten die Berufsgenossenschaften für die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit aufkommen, so würden sie von selbst für Arbeitsnachweise, Notstandsarbeiten, gelegentliche Herabsetzung der Arbeitszeit bei Ueberproduktion usw. sorgen. So würden diese Körperschaften zur Wahrung des eigenen Vorteils die Regelung der Produktion in die Hand nehmen, wie auch die gemeinsamen Beratungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Einsicht in die vielfache Solidarität ihrer Interessen fördern würde. — Die Einkommens- resp. Lohnfrage hält Hize für die schwierigste der ganzen sozialen Frage, weil es einen brauchbaren Maßstab für den gerechten Gewinnanteil nicht gäbe und sich die Regelung der Lohnfrage im großen und ganzen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage vollziehe. Eine indirekte Korrektur der Marktgesetze stelle schon die

Arbeiterschutzes dar, die das Angebot einschränke, und die Sozialversicherung, die zur Erhöhung des Lohnes um die sozialen Risikoprämien usw. geführt habe. Hise gibt auch hier wieder zu, daß diese Lohnerhöhung auf die Preise abgewälzt werde, macht sich aber darüber weiter keine Gedanken, offenbar, weil es ihm selbstverständlich ist, daß die Hebung des standard of life auch stimulierend auf die Produktion und durch die Steigerung des Umsatzes wieder verbilligend wirken würde. Jedenfalls sieht Hise auch in der Steigerung der gesunden und vernünftigen Lebensansprüche ein Mittel, um die Löhne zu erhöhen. Obwohl er noch nicht die in der heutigen Erörterung der Lohnfrage eine große Rolle spielende Unterscheidung von produktiver und konsumtiver Verwendung des Einkommens macht, tritt er auch schon für eine rege Spartätigkeit ein. Der Wirkung des Sparens auf die Kapitalbildung tut er noch keine Erwähnung. Konsumvereine läßt er dort gelten, wo ein ehrlicher Kaufmannsstand noch nicht besteht. Zur Veredelung der Lebenshaltung rechnet Hise auch die Bekämpfung des Alkoholismus, die Errichtung guter Wohnungen, die Förderung der Erwachsenenbildung, die Gründung von Produktivgenossenschaften und die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn.

Als im Februar 1895 der Etat des Reichsversicherungsamtes zur Beratung kam, war Hise wieder auf dem Plan, um Vorschläge zur Verbesserung der Invalidenversicherung zu machen. Dabei mußte er zunächst die Gründe wiederholen, die das Zentrum seinerzeit veranlaßt hatten, gegen das Gesetz zu stimmen. Darauf plädierte er wieder für eine soziale Verwendung der Versicherungskapitalien. Von der Bereitstellung von Siedlungskrediten zur Dezentralisation der Städte versprach er sich hygienische Vorteile, die auch auf die Inanspruchnahme der Sozialversicherung in günstiger Weise zurückwirken würden. Zwei Tage darauf nahm Hise Gelegenheit, erneut auf die Unzulänglichkeit der Arbeiterschutzes dar, die das Angebot einschränke, und die Sozialversicherung, die zur Erhöhung des Lohnes um die sozialen Risikoprämien usw. geführt habe. Hise gibt auch hier wieder zu, daß diese Lohnerhöhung auf die Preise abgewälzt werde, macht sich aber darüber weiter keine Gedanken, offenbar, weil es ihm selbstverständlich ist, daß die Hebung des standard of life auch stimulierend auf die Produktion und durch die Steigerung des Umsatzes wieder verbilligend wirken würde. Jedenfalls sieht Hise auch in der Steigerung der gesunden und vernünftigen Lebensansprüche ein Mittel, um die Löhne zu erhöhen. Obwohl er noch nicht die in der heutigen Erörterung der Lohnfrage eine große Rolle spielende Unterscheidung von produktiver und konsumtiver Verwendung des Einkommens macht, tritt er auch schon für eine rege Spartätigkeit ein. Der Wirkung des Sparens auf die Kapitalbildung tut er noch keine Erwähnung. Konsumvereine läßt er dort gelten, wo ein ehrlicher Kaufmannsstand noch nicht besteht. Zur Veredelung der Lebenshaltung rechnet Hise auch die Bekämpfung des Alkoholismus, die Errichtung guter Wohnungen, die Förderung der Erwachsenenbildung, die Gründung von Produktivgenossenschaften und die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn.

Mindestens müsse eine Enquete veranstaltet werden und zwar nicht durch die Fabrikinspektoren, sondern durch Volksabstimmung. Wie Bismarck 1886/87 durch Befragung der Beteiligten für seine Auffassung Stimmung machen wollte, so müsse jetzt das Volk durch eine Art Plebiszit zur Befinnung auf seine Menschenrechte wachgerufen werden. Der Antrag fand eine Mehrheit, die Regierung aber verhielt sich passiv. Damals stand allerdings im Vordergrund der innerpolitischen Arbeiten eine großzügige Reform des deutschen Privatrechtes überhaupt. Die Session des Reichstages war gesetzgeberisch ungewöhnlich fruchtbar. Auch Hitze nahm zu den Vorlagen fast in jeder Sitzung das Wort. Es ist unmöglich, die ermüdende Fülle seiner damaligen Reden und Anträge auch nur gedrängt wiederzugeben. Besonders eifrig war seine Mitarbeit an der Novelle zum Genossenschaftsgesetz und am Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb. Gegenüber den Konsumvereinen trat er für eine Beschränkung des Geschäftsgebietes, für die Einbeziehung derselben in den Konzeptionszwang, für ihre Unterstellung unter die Lebensmittelkontrolle und unter die Maß- und Gewichtsordnung ein. Jedenfalls tat Hitze alles, um den Verbrauchergenossenschaften jede Vergünstigung gegenüber dem selbständigen Mittelstand streitig zu machen. Auch den Handwerkern unter den Kleingewerbetreibenden bewahrte er seine Treue. Ende 1895 richtete er noch einmal einen entschiedenen Appell an die Regierung, endlich die Reorganisation des Handwerks wahr zu machen — und zwar über die Errichtung von Handwerkskammern hinaus. Gleichzeitig stellte er mit Lieber den Antrag, die Regierung zu ersuchen, die Durchführung der den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung durch Erlass entsprechender Verordnungen immer wirksamer zu gestalten. Durch Erhebungen sollte außerdem die Ausdehnung der Schutzbestimmungen für jugendliche und weibliche Arbeiter auf die Hausindustrie vorbereitet werden. Am 15. Januar 1896 konnte Hitze diesen Antrag ausführlich begründen. Er stellte fest, daß der Bundesrat von seinen diesbezüglichen Rechten bisher nur gegenüber der Bleizucker- und Zigarrenindustrie Gebrauch gemacht habe. Darüber hinaus gab er dann Anregungen, was bezüglich der Unfall- und Krankheitsverhütung und der Sonntagsruhe durch strengere Vorschriften zu erreichen sei. Als wenige Tage darauf der Postetat zur Beratung kam, versäumte Hitze nicht, die Regierung auch hier wieder an die Pflicht des guten Beispiels hinsichtlich der Sonntagsruhe zu erinnern. In der Erwägung, daß die Bekanntgabe und öffentliche Kontrolle der sozialpolitischen Maßnahmen der wirksamste Ansporn zum Fortschritte ist, beantragte Hitze damals eine Zusammenstellung sämtlicher Verordnungen, welche die Landesregierungen in Ausführung der §§ 120 a bis 120 e O. erlassen hatten. Ende Januar verteidigte er wieder eine

Resolution, welche die Revision der Invalidenversicherung forderte. Es war darin vor allem eine Vereinfachung und Erleichterung des Bezuges der Alters- und Invalidenrente sowie die Verbindung der Kranken- und Invalidenfürsorge erstrebt, überdies aber auch eine Erhöhung der Invalidenrente und die Einbeziehung einer Witwen- und Waisenversicherung. Falls eine Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsorganisationen beabsichtigt war, sollte gleich die Verbesserung der Unfallversicherung damit verbunden werden. Hize gab aber auch zu verstehen, daß der Versuch der Konservativen, die Beiträge abzuschaffen und gänzlich durch Reichszuschüsse zu ersetzen, beim Zentrum keinerlei Unterstützung finden würde. Trotzdem fand der Antrag Hize einstimmige Annahme. Eine Interpellation v. Heyl über die sozialen Verhältnisse in der Hauskonfektion und Weißnäherei fand dafür auch in Hize wieder einen guten Anwalt.

Im Januar war von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Einführung des Achtstundentages eingebracht worden. Demgegenüber beantragte Hize eine Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter auf 63 Stunden wöchentlich. In seiner Rede vom 4. Februar gab er — wie es immer seine Art gewesen — zunächst einen Rückblick auf die Geschichte des Maximalarbeitstages und kam dabei auch auf das schon 1828 von General Horn angeführte Argument eines Rückganges der Militärtauglichkeit der Industriearbeiterschaft zu sprechen. Seine Darlegungen waren sehr gemäßigt, stellten mehr die hygienischen Gesichtspunkte heraus und traten für eine allmähliche Senkung der Arbeitszeit ein. Damals war v. Hertling wieder als Abgeordneter in den Reichstag zurückgekehrt und hatte alsbald den Kampf gegen den Staatssozialismus in der Sozialpolitik wieder aufgenommen. Er beteiligte sich an dem Antrag Hize — allerdings mit dem Erfolge, daß Hize seine Forderungen maßvoller vertrat; v. Hertling schrieb damals an seine Frau, daß Hize vollkommen Staatssozialist sei und daß, was Brandts aus Wohlwollen für seine Arbeiter tue, allen andern Fabrikanten durch Gesetze aufzwingen möchte. Der Antrag auf Herabsetzung der Höchstarbeitszeit fand indessen keine Annahme, sodaß sich Hize darauf beschränken mußte, Erhebungen darüber zu verlangen, welche gesundheitsschädlichen Wirkungen eine übermäßige Arbeitszeit hat. Diese Erhebungen sollten dann die Grundlage zu jeweiligen Einschränkungen auf dem Verordnungswege abgeben. Der Sozialdemokratie war die grundsätzliche Differenz zwischen v. Hertling und Hize nicht entgangen; sie suchte daraus zu folgern, daß das Zentrum nun eine Schwenkung in der Arbeiterschuttpolitik vollziehen werde. Tatsächlich suchte Hertling, das Zentrum „sachte auf den alten Standpunkt zurückzuführen,“ welcher bekanntlich auf einer mehr liberalen Rechtsstaatsidee gründete. In Wirklichkeit war Hertling für die

Mehrheit der Fraktion nicht mehr der Lehrmeister des „korrekten Zentrumsstandpunktes“, die sozialpolitische Führung war inzwischen durchaus auf Hize übergegangen. Hertling ließ sich sogar bewegen, einen von Hize angeregten Antrag zu vertreten, der Erwägungen darüber verlangte, inwieweit die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auch auf das Handelsgewerbe auszudehnen sind. Immerhin schien Boetticher sich von der Wiederkehr Hertlings einen Erfolg für seine Handwerkervorlage zu versprechen. Hertling war ein entschiedener Gegner der obligatorischen Innung und des sogenannten Befähigungsnachweises, die Hize seit Jahr und Tag von der Regierung forderte; v. Boetticher lud Hertling, den Handwerkervertreter Euler und andere zu sich ein, um für seine in Vorbereitung befindliche Handwerkervorlage Stimmung zu machen. Eine in die Beratung eingeschobene kleine Pause mit einem vorzüglichem kalten Souper genügte, um Euler, der vor Tisch eine donnernde Volksversammlungsrede im Sinne der bekannten Handwerkerforderungen gehalten hatte, zu bewegen, sich auf den Boden der neuen Vorlage zu stellen. Ein anderer konservativer Handwerker war ebenfalls umgefallen und v. Hertling stand von vornherein zur beabsichtigten Abschwächung der obligatorischen Innung. Hize war verstimmt über diesen Vorgang, ließ sich aber dadurch nicht hindern, weiterhin unermüdlich für den Befähigungsnachweis und die andern Handwerkerforderungen zu plädieren. Als der Entwurf des Handwerkerschutzgesetzes an den Reichstag kam, sah er wenigstens einen Teil seiner Forderungen erfüllt. Die Bildung von Zwangsinnungen war in die freie Entschließung der Beteiligten gelegt. — Obwohl Hize mit der Kritik nicht zurückhielt, beteiligte er sich doch ausgiebig an der Beratung des Gesetzes und suchte es mit seinen Vorschlägen wenigstens in etwa noch zu verbessern. In der Fraktion bekämpfte er den Hertlingschen Standpunkt entschieden, was allerdings nicht verhindern konnte, daß noch 30 Mitglieder mit Hertling stimmten.

VII.

Das Jahr 1896 hatte den deutschen Katholiken inzwischen eine neue Zeitschrift beschert, deren Entstehen nicht zuletzt auf Hizes Anregungen zurückging. Dieses Organ für freie Wohlfahrtspflege im Rahmen der katholischen Kirche nannte sich „Caritas“ und wurde von Dr. L. Werthmann redigiert. Bereits im Herbst 1891 hatte Hize im „Arbeiterwohl“ darauf hingewiesen, daß eine Organisation der schon damals reich entwickelten katholischen Fürsorge dringend nottue. Dabei wurden gleich ganz konkrete Vorschläge zur Begründung von

lokalen Caritasverbänden und Diözesanenkomitees unter der Oberleitung der jeweiligen Bischöfe gemacht und die Zusammenfassung dieser örtlichen Vereinigungen in einer Zentralinstanz für notwendig erachtet. Auch eine sachliche Zentralisation der Caritas in Form von Kinderheimverbänden, von Konferenzen der Mägdehospielleitungen usw. war in den Plan aufgenommen. Selbst der Gedanke eines Handbuches der katholischen Organisationen und Institute auf dem Gebiete der katholischen Liebestätigkeit, einer Statistik der kirchlichen Wohlfahrtspflege und eines Informations- und Sammelorgans war darin vorweggenommen. Auf der Generalversammlung des „Arbeiterwohl“ im gleichen Jahre entwickelte Landesrat Brandts (nicht verwandt mit Franz Brandts!) ähnliche Ideen und ließ sie ausklingen in die Forderung „Mehr Organisation, mehr Publikation!“ Landesrat Brandts nahm damals sofort seine eigene These als Arbeitsprogramm auf und veranstaltete eine großzügige Enquete über die Wohltätigkeitsanstalten der christlichen Barmherzigkeit in der Erzdiözese Köln. Auf einem der praktisch-sozialen Kurse, die M. Gladbach veranstaltete, wiederholte P. Gyprian die Forderungen von Hize und Landesrat Brandts. Nach einer dieser Schulungswochen, die in Freiburg i. B. abgehalten wurde, griff der erzbischöfliche Hofkaplan in Freiburg, Werthmann, zunächst den Gedanken einer Zeitschrift auf. Diese Monatschrift lag nun vor. Schon im ersten Jahrgange lieferte Hize einen Beitrag über die „Organisation der katholischen Caritas“. Hize schloß sich hier den Vorarbeiten Rahingers an und erinnerte daran, daß der Bischof schon in den ersten christlichen Gemeinden als „Vater der Armen“ und „Schützer der Witwen und Waisen“ galt; das Konzil von Trient gab den Bischöfen das Recht, alle Hospitäler und Stätten der christlichen Nächstenliebe zu visitieren und Rechenschaft von diesen zu verlangen. Nach dem bewährten Muster des Gesellenvereins sei darum eine Organisation der Caritas in fester Angliederung an die bischöflichen Diöcesen zu erstreben. Auch gerade die Einrichtungen katholischer Ordensgenossenschaften sollten sich mehr als bisher der bischöf-

lichen Jurisdiktion unterstellen. Nicht minder wichtig als der feierliche Empfang eines Bischofs, der die klösterlichen Krankenhäuser besucht, sei die pietätvolle Eingliederung aller dieser Institute in die Caritasorganisation des Bischofs. Erst dadurch würden auch die sozialwissenschaftlichen, medizinischen, pädagogischen und verwaltungsrechtlichen Fortschritte richtig ausgewertet werden. Der gute Wille allein tue es nicht. Zunächst müsse in den Anstalten der „Brüder“ und „Schwestern“ dem Ärzte und dem Geistlichen ein größerer Einfluß eingeräumt werden. Dann sei eine jährliche Konferenz der geistlichen Anstaltsleiter zum Austausch der Erfahrungen, zum Zwecke der Zusammenarbeit und Schulung zu empfehlen. Schließlich sei die regelmäßige Visitation durch einen bischöflichen Kommissar zu erstreben. — Fast alle diese Anregungen Hizes und seines Kreises fielen auf fruchtbaren Boden. Schon das Jahr 1897 brachte die Bildung des Deutschen Caritasverbandes, als einer neuen Frucht der rastlosen Tätigkeit Hizes und der M. Gladbacher Organisationen. — Auf der Generalversammlung des „Arbeiterwohl“ im gleichen Jahre referierte Hize über die „Ergänzung der gesetzlichen Arbeiterversicherung durch freie Fürsorge“. Er ging hierbei davon aus, daß insbesondere die Invalidenversicherung noch immer nicht volkstümlich geworden sei, weil es an Fühlung zwischen den Organen der Versicherung und den Versicherten fehle. Auch die wachsende Unzufriedenheit, welche das Rentensystem wachgerufen habe, sei einerseits in dem unpersönlichen Charakter der staatlichen Fürsorge, andererseits in der fehlenden Erziehung der Arbeiter zur inneren Anerkennung „ihrer“ Zwangssparkasse begründet. Als ein Mittel, das Mißtrauen zu überwinden, empfahl Hize eine Art Föderalisierung der Versicherung, lokale Vermittlungsorgane, welche aufklären, Vorträge halten und Flugblätter verteilen lassen. Überall solle man neutrale „Volksbüros“ errichten, welche bei Rentenverfahren beraten und die berechtigten Ansprüche der Arbeiter unterstützen. An die Stelle des Aktenweges müsse die mündliche Aussprache treten. Solange auch noch die Rützen zwischen dem

Ablauf der Unterstützungspflicht der Krankenkassen und dem Anspruch auf Invalidenrente bestehen, müsse die „freie Fürsorge“ einspringen. Ebenso zum Ausgleich der unzureichenden Renten. Vorbildlich sei die „Leipziger Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter“, die sich ausdrücklich zur Aufgabe gestellt hat, in solchen Fällen mit materiellen Unterstützungen einzuspringen. Darüber hinaus wirke diese Vereinigung bereits im Sinne einer Popularisierung der Sozialversicherung, verbreite Flugblätter zur Aufklärung über die Volkskrankheiten und unterstütze Anträge der Versicherten. So Vorbildlich diese Arbeit auch sei, so entbinde sie doch die Arbeiterversicherungen nicht, selbst die Leistungen zu erhöhen und vor allem vorbeugend zu wirken. Krankenkassen und Invalidenversicherung sollten zusammenarbeiten bei Heilverfahren und die Volksaufklärung durch Vorträge und Merkblätter selbst in die Hand nehmen. Viel größere Bewegungsfreiheit in der freien Fürsorge hätten allerdings noch immer die Betriebskrankenkassen. Den freien Vereinen bliebe dann noch u. a. die Besorgung der Hauspflege und Fürsorge für gutes Krankenessen. Wo Versicherung und freie Fürsorge nicht ausreicht, müsse die Armenverwaltung eintreten — allerdings in einer weniger bürokratischen und mehr persönlichen Form als bisher. —

In einer als Manuskript gedruckten Abhandlung über „Stand und weitere Reformziele der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung in Deutschland“ (1896) skizzierte Hitze noch übersichtlicher und eingehender als in seiner „Arbeiterfrage“ die Aufgaben, die einer Fortführung der Sozialreform — wie sie gerade die 43. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Dortmund einstimmig gefordert hatte — erwachsen würden. In einer Vorbemerkung erklärte Hitze ausdrücklich, daß die Sozialpolitik „mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Schritt halten“ ... und „das nach der wirtschaftlichen und politischen Lage praktisch Erreichbare“ zu verwirklichen suchen müsse. Also auch hier wieder Sozialpolitik als Kunst des Möglichen auf dem Boden des gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Inter-

essant ist, daß der Katholikentag sich bereits vorbestaltlos mit der neueren, vom Volksverein inaugurierten Sozialpolitik des Zentrums einverstanden erklärte und sich ebenfalls mit den Reformvorschlägen der Fraktion, d. h. also Hises, identifizierte. Selbst die Zwangsinnung und der Befähigungsnachweis, die christlichen Gewerksvereine und die Erweiterung der Invalidenversicherung auf die Witwen und Waisen wurden gebilligt. Hise betont in seiner, diese Forderungen weiter ausführenden Skizze, daß die Partei in erster Linie praktische Erfolge erstrebe und man es der Klugheit und Umsicht der Fraktion überlassen müsse, die Art und Weise, das Maß, den Zeitpunkt und die gesetzgeberischen Formen, in welchen sie die einzelnen Forderungen vertreten will, zu bestimmen. Schon 1894 hatte sich Hise vom 41. Katholikentag sein sozialpolitisches Programm bestätigen lassen. Bedenkt man, daß die Ideen M. Gladbachs bereits durch eine Anzahl von Kanälen in das katholische Volk, in die Vereine, Pfarrhäuser und Arbeitersekretariate gelangt war, so scheint es nicht absolut unverständlich, daß sich die Katholikentage in den Augen der Gegner des neuen Kurses je länger je mehr zu großen Volksvereinsversammlungen und Zentrums-tagen umzuwandeln schienen. Mögen die Namen der vielen Gruppen auch verschieden gewesen sein, so wurde doch zweifellos das Bekenntnis zur Sozialversicherung Bismarcks und zum Arbeiterschutz Wilhelms II. immer einheitlicher. Die rastlose volkserzieherische Arbeit Hises und des Volksvereins zeitigte in ihrem Sinne glänzende Erfolge. An die Stelle der kirchenpolitischen und religiösen Verteidigungsfront trat die „Einbürgerung“ der deutschen Katholiken in den Staat durch die Pforte der Sozialpolitik unter Führung Hises. In einem — als Sonderdruck erschienenen — Rechenschaftsbericht, den Hise am 29. März 1896 vor der Zentrumsparlei zu M. Gladbach zum Vortrag brachte, betonte er denn auch, daß das Zentrum zwar in erster Linie zum Schutze der religiösen Interessen und zur Er kämpfung der Freiheit der Kirche gegründet worden ist, daß es aber auch ein Hort der bürgerlichen, der politischen Freiheit und ein Be-

schützer der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Volkes sei. In dieser Rede erschien das Zentrum bereits mit aller Betonung als die Partei des Ausgleichs, als eine Partei, die allen alles werden wollte: den Arbeitern Arbeiterpartei, den Innungsfreunden Handwerkerpartei, den Bauern Agrarpartei. Sie half der Landwirtschaft und bewilligte den Industriellen Schutzölle. Sie beschränkte die Bewegungsfreiheit der Konsumverbraucher zugunsten des kleinen Kaufmannsstandes und erkämpfte für die Arbeiter den 11-Studentag. Durch ihren Einfluß wurde die Zahl der Fabrikinspektoren erhöht und die Ausdehnung des Rentenprinzips erstrebt. Von Ständeordnung und Großdeutschland, von der Ueberwindung der Großindustrie und der Staatsomnipotenz, von der Bekämpfung der preussischen Hegemonie und von Mittelstandspolitik, Dinge, für die man noch vor fünfzig Jahren stritt, war da keine Rede mehr. An die Stelle billiger welthistorischer Perspektiven trat das Programm für die nächste Reichstagsession. Anspruchslos und arbeitswillig war man gewiß geworden — aber seit Bismarcks Abgang und Windthorst's Tod schienen sich überall die politischen Horizonte zu verengen. Die Gesetzesmaschine arbeitete fleißig, doch die Politik war entzaubert. Ihre Metaphysik schien zuweilen zu sein, keine Metaphysik mehr zu haben. —

Im Reichstag brachte die Regierung 1897 eine Novelle ein, welche die ungleiche Belastung der mehr landwirtschaftlichen und mehr gewerblichen Versicherungsanstalten durch Zusammenlegung der Vermögen zu beheben suchte. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sollten also aus rein politischen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen mit dem Risiko der Industriearbeiter belastet werden. Das Zentrum beantwortete diese Bestrebungen damit, daß es wiederum die Beschränkung der Zwangsversicherung gegen Invalidität auf die Fabrikarbeiter vorschlug und für die landwirtschaftlichen Arbeiter die freiwillige Versicherung beantragte. Der Abgeordnete Graf Stolberg hingegen appellierte alsbald wieder an den Staatsschatz. Hitz konnte darauf hinweisen, daß schon Windthorst die Tendenz einer Ausweitung der Sozialversicherung zur Staatsrippe vorausgesehen habe. Auch Hertling erinnerte an die Warnungen des Zentrums von 1889. Reichstag und Regierung konnten sich diesen Argumenten schwer entziehen und man entschloß sich zunächst zu einer Ver-

tagung der Novelle. — Im Juli kam endlich das Handwerkerschutzgesetz zur Verabschiedung. Damit waren die Bemühungen Hitze um die Lösung der Handwerkerfrage zu einem gewissen Abschlusse gelangt. Obwohl das Gesetz seinen Anforderungen nicht genügte, gab er bald darauf eine Broschüre heraus, welche „Inhalt und Bedeutung des Handwerkerschutzgesetzes“ (Sonderdruck aus „Arbeiterwohl“) in durchaus positiver Weise würdigte und mit großer Sachkunde alle Interessenten in die Einzelheiten der neuen Regelung des Lehrlingswesens, der Innungen und des Befähigungsnachweises einzuführen sich bemühte. Auch das war wieder ein Beweis dafür, daß es Hitze immer gelang, trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge den Geist der Sachlichkeit und Verantwortung zu bewahren. War ein Gesetz einmal da, so zögerte er keinen Augenblick, alles daran zu setzen, um ihm die besten Seiten abzugewinnen, ihm nun wenigstens „Geist und Inhalt zu geben.“ Allerdings war er längst selbst zu der Ansicht gekommen, daß es „auch für die Handwerkerfrage ... keine generelle Lösung, kein sogenanntes ‚großes Mittel‘“ gäbe und die Lösung vielmehr „in dem systematischen Zusammenwirken einer Reihe von ‚kleinen‘ Mitteln“ zu suchen wäre. Wir greifen nur zwei der von ihm vorgeschlagenen kleinen Mittel heraus. — Die Gesellenprüfung wollte er möglichst feierlich gestaltet wissen, damit die Standesehre wieder eine Kräftigung erfährt. Das Klassenbewußtsein soll durch das Berufsbewußtsein ersetzt — oder doch ergänzt (!) werden. An die Stelle der Zunft mag nunmehr die Produktivgenossenschaft treten, welche den Handwerkern die Vorteile des Großbetriebes zuzuwenden berufen ist. — Der Dezember brachte einen Antrag Hitze und Genossen, die Regierung zu ersuchen, Erhebungen über die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder zu veranlassen und je nach den Ergebnissen mit Verordnungen gegen eine mißbräuchliche Ausdehnung dieser Beschäftigung vorzugehen. Die Resultate dieser Enquete sollten alsbald beweisen, wie berechtigt Hitze Drängen auf eine weitere Fassung des Begriffes der „geschützten“ Personen war: Die schlimmsten Befürchtungen wurden weit übertroffen. Gelegenheit der Staatsberatungen im ersten Monat des nächsten Jahres bestieg Hitze wieder die Rednertribüne, um erneut darauf hinzuweisen, was noch alles hinsichtlich des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung geschehen könnte, wenn wenigstens einmal die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten richtig ausgewertet werden würden. Posadowsky erklärte es damals allgemein für außerordentlich bedenklich, „sämtliche Gewerbszweige polizeilich reglementieren zu wollen“ und verurteilte scharf die „bewußten oder unbewußten Nachläufer der Sozialdemokratie“ und deren unablässiges Drängen auf Vielregiererei. — Der 9. März 1898 brachte Hitze große Rede über die Gewerk-

vereine. Er hatte mit Lieber seinen alten Antrag auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wieder eingebracht und dem Reichstage gleichzeitig einen entsprechenden Gesetzesentwurf, dem französischen Syndikatgesetz nachgebildet, vorgelegt. In der Begründung führte Hize an, daß, nachdem man den Arbeitgebern aus dem Handwerk eine bevorzugte Form der Korporation gegeben habe, man sie den industriellen Arbeitnehmern nicht mehr länger versagen könne. Ein abstraktes Koalitionsrecht genüge keineswegs, wenn es nicht auch eine öffentlich-rechtliche Form finde. Ein solches Gesetz würde in erster Linie der Christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die bereits über 500 000 Mitglieder verfüge, zugute kommen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften würden sich ihre politische Bewegungsfreiheit zu bewahren suchen und sich gewiß nicht auf Grund dieses Gesetzes, das den Führern die volle Verantwortung für den Arbeitskampf zuschiebt, konstituieren. v. Stumm gegenüber betonte Hize, daß die Unternehmer sich freuen sollten, daß die nicht-sozialistischen Arbeitnehmer endlich eine Form gefunden hätten, ihre Verhältnisse „auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung“ (!) zu verbessern. Auch die Minimallohntarife lägen durchaus im Interesse der Arbeitgeber, weil nur gleichmäßige Löhne gleiche Produktionskosten und damit die Ausschaltung einer Schleuderkonkurrenz gewährleisten. Wenn die Unternehmer selbst für einen naturgemäßen, auskömmlichen Lohn sorgen würden, so wären Gewerkschaften allerdings überflüssig. Da dieses aber offenbar nicht der Fall ist, sei es in keiner Weise gerechtfertigt, allein die Arbeitskraft den sogenannten Marktgesetzen zu überlassen, während die Verbandswirtschaft auf allen andern Gebieten bejaht werde. Er stimme v. Stumm mit Freuden zu, wenn dieser lieber für Werks- und Arbeitsgemeinschaften eintrete — dann müsse dieser aber auch einer gesetzlichen Regelung der Arbeiterausschüsse und Arbeitskammern im Sinne der Februarerlasse zustimmen. Zudem sei es schon lange üblich, bei Rückgang des Geschäftes die sozialen Lasten und Gesetze dafür verantwortlich zu machen — statt die eigene Unfähigkeit. In Wirklichkeit seien Gewerkschaften ohne ein blühendes Wirtschaftsleben sinnlos, seien diese durchaus am Fortschritt der Industrie interessiert. Auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Köln wäre der entscheidende Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Zukunftspolitikern bereits deutlich zutage getreten; die Partei wolle nichts weniger, als die Standwerdung des Arbeiters, wie sie letzten Endes das Ziel jeder echten Gewerkschaftsbewegung ist. Wenn schon in radikalen Kreisen dieser innere Widerspruch erkannt werde, so sei es an der Zeit, der Sozialdemokratie endlich den Schein zu nehmen, als sei sie allein die Vertreterin der Rechte des werktätigen Volkes. Jedenfalls lehne die Zentrumsparthei den Begriff des Bürgerblocks ab; die nichtsozialistischen Par-

teien dürfen nicht den Anschein einer „reaktionären Masse“ erwecken, sondern müßten sich nun erst recht die restlose Verwirklichung des kaiserlichen Programms zur Aufgabe machen.

VIII.

Daß es Hize mit der Anerkennung der „gegenwärtigen Gesellschaftsordnung“ durchaus Ernst war und es ihm bei der entsprechenden Apologie der Gewerkschaften nicht bloß um eine parlamentarische Taktik ging, sollte alsbald auch aus einer Auseinandersetzung mit Alfred Weber hervorgehen. Weber hatte damals in „Schmollers Jahrbuch“ eine Darstellung der „Entwicklung der deutschen Arbeiterschutzesgesetzgebung“ zu geben versucht und sie zugleich als „Bericht“ dem Internationalen Kongreß für Arbeiterschutzesgesetzgebung unterbreitet. In diesem Aufsatz waren nun die Dinge so dargestellt, als ob die treibenden Kräfte jener sozialpolitischen Bestrebungen vornehmlich in einer antikapitalistischen Haltung der „ultramontanen“ Partei zu suchen seien. Weber suchte die „breite bürgerlich-antikapitalistische Strömung“ vor allem durch eine Gegenüberstellung der Anschauung der Zentrumspartei, mit ihrer angeblich tiefen „inneren Abneigung gegen die moderne Entwicklung von Industrie und Verkehr“ und der Motive der Kathedersozialisten zu charakterisieren. Während sich für Weber der politische Katholizismus in seinen Grundtendenzen als zünftlerisch-reaktionär erwies, glaubte er von den Kathedersozialisten sagen zu können, daß sie sich auf die staatliche Durchsetzung sittlicher Grundsätze im Rahmen des modernen Wirtschaftslebens beschränkten. Diese Darstellung des Zentrums als einer geradezu rückständigen Partei mußte in M. Gladbacher Kreisen lebhaften Widerspruch auslösen. Gerade von dort war ja die Ablösung der antikapitalistischen Tradition des sozialen Katholizismus ausgegangen und es war das heißeste Bemühen des Volksvereins, den Nachweis zu liefern, daß die deutschen Katholiken voll und ganz zum wilhelminischen Staat, zum technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und zu einem moralisch gebändigten Kapitalismus stehen. Hize legte deshalb auch

sofort Verwahrung gegen diese Zeichnung resp. Zeichnungen Alf. Webers ein und lieferte dem Schmoller'schen Jahrbuch eine eingehende Entgegnung. Er konnte nachweisen, daß die verschiedensten bürgerlichen Parteien an der Schaffung des Arbeiterschutzes beteiligt waren, nicht zuletzt auch solche, deren pro-kapitalistische Einstellung ohne jeden Zweifel war. Er bestritt die Möglichkeit, die verschiedenen Tendenzen und Anschauungen, die dabei mitgewirkt haben, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und sie einfach als bürgerlich-antikapitalistische Strömung zu charakterisieren. Hise gab sogar zu, daß es geradezu im Wesen der parlamentarischen Parteien liege, keinen bestimmten „Charakter“ zu haben, und daß gerade die Zentrums-Partei einer absoluten Homogenität ihrer sozialen Stimmungen und Richtungen entbehre. Was indessen die prinzipiellen Gründe betreffe, welche die Arbeiterschutzbildung des Zentrums bestimmt hätten, so lägen sie „ganz in derselben Linie wie die — der Kathedersozialisten“ (der Gedankenstrich stammt von Hise!)! Hise nahm keinen Anstand, auszusprechen, „daß die ‚ultramontanen‘ Theoretiker und ‚Führer‘ bezüglich des Arbeiterschutzes den Kathedersozialisten sogar näher stehen als irgendeiner der großen Parteien des Reichstages; auch vielleicht näher, als z. B. der rechte und linke Flügel der Kathedersozialisten.“ Er betrachtete es als das besondere „Verdienst der Zentrums-Partei, daß sie durch Ausdauer und Entgegenkommen es erreicht hat, daß sich allmählich die arbeiterschuttsfreundlichen Mitglieder aus allen Parteien auf einer Mittellinie vereinigten — unbeschadet der inneren Motive und Anschauungen“. Jedenfalls stehe die große Zahl der Zentrumsmitglieder den Kathedersozialisten näher, als der „bürgerlich-antikapitalistischen Strömung“, wie sie Alfred Weber zeichne. Das Zentrum habe auch nie ein Verbot der Frauenarbeit gefordert, sondern nur eine Beschränkung und schließlich Beseitigung der Beschäftigung verheirateter Frauen. An einer ganzen Anzahl von Beispielen konnte Hise zeigen, daß die Weber'schen Ausführungen unvollständig und einseitig waren. Hauptsächlich aber lag ihm daran, nachzuweisen,

daß nicht nur bezüglich des Inhalts und Umfangs, sondern auch bezüglich der Motive kein „solcher Gegensatz zwischen der Auffassung der Rathedersozialisten und der Zentrumsfraktion bzw. den Arbeiterschutzbestreben der Majorität des Reichstages, wie es Weber darstellt“, bestehe. „Es sind dieselben Gründe der Humanität und Gerechtigkeit, der Berücksichtigung des sittlichen und physischen Wohles des Volkes, der Erhaltung auch der nationalen Wehr- und Arbeitskraft und damit auch des wirtschaftlichen Fortschrittes, die in (seinen, wie Hertlings) Reden und Schriften wiederkehren.“ Auch der Versuch, die deutsche Arbeiterbewegung durch Eingehen auf einen berechtigten Teil der sozialistischen Forderungen unter gleichzeitigem Aufgeben der Repressivpolitik in den nationalen Strom zu leiten, sei gedanklich schon in den Zentrumsreden seit 1878 nachzuweisen. Bei den Bestrebungen des Zentrums zur Beschränkung der Arbeitszeit, sei der Gedanke einer Steuerung der Ueberproduktion und der einer Lohnsteigerung durchaus hinter den hygienisch-sittlichen Gesichtspunkten zurückgetreten. Der Plan einer berufsgenossenschaftlichen Regelung der Arbeitszeit sei zwar zuerst von den Gegnern des gesetzlichen Maximalarbeitstages ausgegangen, inzwischen habe er selber aber diese Idee aufgenommen — „nicht als Ersatz (!), sondern als Ergänzung“ der staatlichen Regelung. Wenn er bei Beratung des Arbeiterschutzgesetzes von 1890/91 auch einen entsprechenden Antrag gestellt habe, so habe er doch dafür die Praxis des Stickerverbandes der Ostschweiz und keinerlei romantisch-zünftlerische Projekte zum Vorbild gehabt. Da sein Antrag aber schon in der Kommission durchgefallen sei, habe dieser unmöglich das von Alfred Weber geschilderte Unheil anrichten können, unsere ganze deutsche Wissenschaft kopfscheu zu machen. — Es gab also für Hise, der noch vor 17 Jahren das ganze Leben „von der Politik bis zum Vergnügen“ ständisch machen wollte, keinen peinlicheren Vorwurf mehr als den, „romantisch-zünftlerische Ideen“ zu vertreten. Sein nicht ungefährlisches Bekenntnis zu den Rathedersozialisten, war sachlich gewiß nicht unbegründet, wenn auch der dabei ent-

wickelte, ungewöhnliche Eifer wohl mehr auf das Bestreben, den Makel einer vermeintlichen Inferiorität abzuwaschen, zurückzuführen ist. Allerdings lag ja tatsächlich auch schon den frühen Anträgen Balens und Hertlings die Voraussetzung zugrunde, daß Industrialismus, Lohnarbeiterschaft und kapitalistische Unternehmung durchaus unangetastet bleiben sollen und in dieser Beziehung hatte sich Hize schnell der Ueberlieferung und Praxis der Fraktion angepaßt. Selbst was den „Sozialismus“ der historisch=ethischen Schule der Nationalökonomie betraf, so waren auch da kaum Scheidewände zwischen Hize und den Kathedersozialisten, wohl aber zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Zentrum. Das Manchestertum der „rheinischen Liberalen“ war unter Hizes Führung längst in einen gewissen sozialpolitischen Protektionismus umgeschlagen. Nachdem der Kulturkampf abgeflaut war, war eben die Sorge vor der Omnipotenz des Staates nicht nur zurückgetreten, sondern darüber hinaus von einer starken Hinwendung zum Staate abgelöst worden. Nur gegenüber der Sozialversicherung schien sich ein Rest prinzipieller Bedenken zu erhalten. Selbst in der Frage der Zwangsinnungen war wohl die ablehnende Haltung eines Teils der Fraktion, weniger in dem obligatorischen Charakter, den Hertling bekämpfte, begründet, als in der ausgesprochenen Hinwendung der Partei zum industriellen Fortschritt. Aus alledem geht hervor, daß auch die betonte Bejahung der staatlichen Sozialpolitik nicht aus konservativen Quellen kam, sondern aus der gleichen „liberalen“ Haltung, welche den Anschluß an die wirtschaftlich=technische Entwicklung herbeigeführt hatte. Alfred Webers These von dem kapitalismusfeindlichen Ursprung der Arbeiterschuttpolitik des Zentrums war also tatsächlich unbegründet. Die zweite Auflage von Hizes „Arbeiterfrage“, die im gleichen Jahre erschien, bewies z. B. noch gründlicher als die erste, daß ihr Autor und die von ihm geführte Sozialpolitik der Zentrumspartei nichts weniger als wirtschaftsrevolutionär oder rückschrittlich orientiert war. So mannigfach — hieß es da — die Ursachen der Arbeiterfrage sind, so mannigfaltig sind auch die Mittel und Wege ihrer „Lö-

sung“. „Eine adäquate ‚Lösung‘ gibt es nicht, noch weniger ein Allheilmittel der Lösung. Es handelt sich auch nicht wesentlich um neue, noch zu findende Mittel und Wege, sondern die Mittel sind schon mehr oder weniger in Wirksamkeit, die Wege werden schon begangen und es gilt nur mit klarer Erkenntnis und energischem Willen die Mittel und Wege fortzusetzen.“ (Seite 11.) Im Uebrigen treten auch in dieser Auflage prinzipielle Erörterungen völlig zurück hinter nüchternen, praktischen Erwägungen. Der Gewerkschaftsfrage ist ein größerer Raum gewährt — aber nicht als einer „Frage“, sondern als einem selbstverständlichen Mittel zur „Lösung“. Neu — und bezeichnend für den wachsenden Realismus Hises ist die ausführliche Sozialstatistik im Anhang. Darin wird eine gute Auswahl aus den Resultaten der Gewerbe- und Berufszählung, aus der Lohn-, Gesundheits- und Versicherungsstatistik gegeben. Tatsachen sind der Ausgangspunkt seiner Ueberlegungen und Vorschläge: Ohne Diagnose keine Therapie! Gibt es aber eine Therapie ohne Anatomie, ohne Besinnung auf Bau und Leben des sozialen Körpers? Wohin führt soziale Politik, wenn sie ohne organisches Gestaltprinzip, ohne letztes Ziel bloß „praktiziert“? Solche Fragen tauchen vor dem Leser auf. Soll der Arbeiterschutz die gegenwärtige Gesellschaftsordnung verewigen? Worauf soll soziale Versicherung einmal hinaus? Sind die „gegebenen Tatsachen“ die einzigen „Größen“, mit denen wir zu rechnen haben? Welche historischen, natürlichen und moralischen Gesetze nötigen uns, die Lohnarbeiterverfassung, die Unternehmung einfach als unabänderliche, womöglich fortschrittliche Wirklichkeit hinzunehmen? Auch die Gesellschaftsgeschichte ist doch ein „concursum“, ein Zusammenfließen von Schicksal und Freiwilligkeit, von Fügung und menschlicher Entschliebung! Daß allerdings gerade vom niederrheinischen Calvinismus die Auffassung ausging, die Bewährung des Menschen beständige sich erst in der erfolgreichen Hingabe an die bestrebsame Wirklichkeit, mag uns nachdenklich stimmen. War es nicht auch der niederrheinische Dampf-Webstuhl, der den entscheidenden Anstoß zur Industrialisierung

Deutschlands gegeben hatte? Die Versuchung zu der Annahme, daß der puritanische Verzicht auf eine hoffnungsfrohe und vollmenschliche Gestaltung der Zukunft auch die rationale Mäßigkeit der „katholischen Aktion“ und Taktik M. Gladbachs in etwa beeinflusst hat, liegt jedenfalls nahe. Selbst die Tatsache, daß der Volksverein, vor allem Hize, die Katholiken aus der Passivität herausführen wollte, spricht mehr dafür als dagegen. An Aktivität hat es dem angelsächsischen Protestantismus ganz gewiß nicht gefehlt — gerade sie hat ja den Kapitalismus aufgebaut — aber es war trotz allem nur eine „fatale“ Aktivität, die sich „in die Entwicklung“ stellte. So berechtigt Hizes Mißtrauen gegen die Spekulationen im luftleeren Raume war, so wenig durfte er als Realpolitiker die anregende und vorwärtstreibende Macht der Idee gegenüber dem historischen und psychologischen Trägheitsgesetze unterschätzen. Ein übersteigter „Wirklichkeitsfönn“ ist zuweilen nicht minder eschatologisch, wirklichkeitsfern, als die Zukunftsträume der Romantiker und Sozialisten. Indessen, dem bodenständigen Bauernsohn Hize mag diese Gefolgschaft der „Entwicklung“ nie leicht geworden sein. Es hat vielmehr immer wieder den Anschein, daß seine aufopfernde Hingabe an die vielen kleinen und großen Lösungsmittel, an die undankbare politische Tagesarbeit ein achtungsgebietendes Ringen gegen sich selbst war. Die Uneigennützigkeit des „Kapitalisten“ Brandts, dessen vornehme Persönlichkeit wie dessen Organisationstalent und sachlichen Erfolge hatten in Hize ein Berufsethos aufgeweckt, das wie ein kategorischer Imperativ ihn immer wieder zum Verzicht auf die „kommenden Dinge“ und zur Pflicht gegenüber den gegenwärtigen Aufgaben zwang. Auch wenn er dabei Gedanken vorwegnahm, die erst nach Jahrzehnten bestätigt und erfüllt wurden — wie z. B. den der Betriebsräte und der Arbeitslosenversicherung — so knüpfte diese doch immer am Bestehenden an, suchten das Gegenwärtige zu „erfüllen“. Liest man das Kapitel über den „Schutz des Familienlebens“ in seiner „Arbeiterfrage“, so wird auch da wieder deutlich, daß er in den tiefsten Kammern seiner Seele doch noch an eine natür-

liche, normale „Volksordnung“ glaubte, daß das Idealbild der christlichen Gesellschaftsverfassung durch seine „innerkapitalistische“ Sozialpolitik keineswegs völlig ausgelöscht und verdrängt war. Vielleicht hätte er den Kritikern, welche in seinem Buche den grundsätzlichen Ausgangspunkt, die Sinn- und Zielgebung vermißten, gesagt, daß ihm diese Dinge selbstverständliche Voraussetzung seien, daß es nicht die Aufgabe der Sozialpolitik wäre, die Moralthologie und die reine Soziologie zu wiederholen, daß sie eigenständig sei. Darauf bliebe dann aber noch immer zu antworten, daß Sozialpolitik eben doch nicht Sozialreform ist. Sozialpolitik ist relativistisch, sie „bessert“, bestätigt aber dadurch. Sozialreform hingegen ist absolut, sie will, „überwinden“, einer neuen Ordnung zustreben. Mag die Theorie die Dinge auch leichter scheiden als die Wirklichkeit, der wesentliche Unterschied bleibt. Die Eigenständigkeit der angewandten Soziologie erweist sich doch gerade darin, daß sie sich nicht auf das Seiende und das noch Erlaubte beschränkt, daß sie nicht nur „Auswüchse“ beseitigen will, sondern nach positiven Möglichkeiten im Rahmen des Geschichtswandels sucht: nicht Sozialethik, sondern Gesellschaftsordnung! Es ist ein Unterschied, ob man für Wohlanständigkeit der Unternehmener oder für Zueignung der Produktionsmittel an die Werktätigen kämpft. Ob man sich, wie die historisch-ethische Schule, für Schutz, Sicherung und Hebung der Schwachen einsetzt oder etwa für berufsständische Gemeinwirtschaft. Damit ist noch nichts über Wert und Unwert, Möglichkeit oder Notwendigkeit des einen wie des andern ausgesagt. Damit ist vor allem nicht gesagt, ob Hize nicht — trotz allem — eine Mission erfüllte, ob nicht alle echte Sozialreform auch mit Vorbehalt Sozialpolitik sein muß, insoweit sie der Gegenwartsnot zu Hilfe zu kommen und die Zukunft organisch vorzubereiten hat. Aber war Hizes Sozialpolitik nur Uebergangsmaßnahme, „Etappe“? In dem schon genannten Kapitel über den Schutz des Familienlebens heißt es: „... alle Mittel zum Schutz und zur Förderung des Arbeiterstandes dienen gleichzeitig auch der Erhaltung und Förderung

des Familienlebens. Umgekehrt muß man sagen: nur wenn und soweit dieses Ziel festgehalten und gefördert wird, sind diese Maßnahmen von wirklichem, dauerndem Segen für den Arbeiterstand. Unter diesem Gesichtspunkte sind alle Geseze und sozialen Schöpfungen in erster Linie zu prüfen und, falls sie diese Probe nicht bestehen, zu bekämpfen.“ Gewiß eine entschiedene Formulierung! Liegt ihr auch nicht eine „ideale“ Gesellschaftsordnung zugrunde, so doch die Vorstellung eines bestimmt gearteten und geordneten Familienlebens, als der Keimzelle der Sozialverfassung. An diesem Zweck und Ziel wird also die Sozialpolitik gemessen. So anerkennt Hise z. B., daß die Kinderhorte und Bewahrschulen zu einer Vermehrung der Fabrikbeschäftigung der Mütter führen. Aber „Anstalten dürfen und können nie die Familie ersetzen“. Kein vernünftiger Mensch wird Bewahrschulen, Ferientolonien unter den heutigen Umständen für überflüssig erachten. Und trotzdem muß der Sozialreformer alles daran setzen, sie überflüssig zu machen. Messen wir nun die Arbeiterschuttpolitik und die Arbeiterversicherung mit Hises eigenem Maßstab, so könnten sehr wohl Zweifel darüber austauschen, ob sie das ursprüngliche und selbständige Familien- und Gemeinschaftsleben erhalten und fördern will, ob ihr letztes Ziel sei, sich selbst überflüssig und dem Eigenleben wieder Platz zu machen, ob sie „Etappe“ sei. Oder waren die Sorgen derjenigen völlig unbegründet, welche von der Schutzgesetzgebung der Verewigung unserer wirtschaftlich-sozialen Zustände befürchteten, jener Zustände, die in ihrem tiefsten Wesen — nicht nur in ihren „Auswüchsen“ — im Widerspruch zur natürlichen Ordnung, zur Familienkultur, zur sozialen Gesundheit und Gerechtigkeit stehen? Müssen wir nicht heute schon eine „Krise der Sozialpolitik“ zugeben, weil die staatliche Fürsorge und Wohlfahrtspflege durch ihre Ueberorganisation zum Selbstzweck zu werden droht, weil sie z. B. an die Stelle der Selbsthilfe der Persönlichkeit, der Familie, ein Heer von Beamten, Rentenschaltern — und unzufriedenen, unselbständigen Bürgern herangezöchtet hat, weil sie den Staat an die Stelle der Gesellschaft stellte? So gewiß

man das Proletariat nicht dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen konnte, so gewiß ist der Verzicht auf Vorbild und Grundsatz, auf Ziel und Sinn, der Sozialpolitik zum Schaden gewesen. Wo der letzte Zweck der Gesetzgebung nicht zu sehen war, wo er nach den eigenen Worten der Gesetzgeber gleichsam in sich selber ruhte, anstatt über sich hinauszudeuten, mußten die Mittel entarten. Das betonte Festhalten an einem weitsehenden „Programm“ hätte vielleicht die Ueberwucherung und Stationierung der Hilfsmaßnahmen hemmen können. Es ist durchaus einzusehen, daß in den „Gründerjahren“, während der „Aera Stumm“, im Zeitalter der weltwirtschaftlichen Verflechtung kaum mehr erreicht werden konnte, als die zähe Arbeit Hitzes durchzusetzen vermochte. Aber die Begründung dieser Arbeit in der Bekämpfung des Umsturzes, in der Humanisierung des Kapitalismus und in der Erhaltung des herrschenden Wirtschaftssystems, ihre Begrenzung auf ein taktisches Prinzip, dieses alles war geeignet, die schöpferische Kraft, die kulturelle Fruchtbarkeit der Sozialpolitik zu paralysieren.

Schon das Jahr 1899 brachte eine Neuauflage der „Arbeiterfrage“, die aber erst diesmal der Öffentlichkeit übergeben wurde. Im Vorwort wurde gesagt, daß die Motive der Arbeitersozialpolitik deshalb in dem Buche zu kurz gekommen seien, weil es ursprünglich als Vorbericht für einen „Praktisch-sozialen Kursus“ gedacht war und durch mündlichen Vortrag ergänzt werden sollte. Es scheint allerdings, daß auch in den Kursen eine sachliche Erweiterung der „Lösung“ nicht zum Vortrag gebracht wurde. — Hier, wie in den früheren Auflagen war zur Begründung sofortiger Maßnahmen für die Lösung der Arbeiterfrage angegeben: die wachsenden wirtschaftlichen und sittlichen Mißstände, die Unzufriedenheit — welche dem Widerspruch zwischen politischer Freiheit und sozialer Unfreiheit, zwischen technischem und sozialem Fortschritt entspringt, das Klassenbewußtsein — das durch Schul- und Militärpflicht, Stimmrecht und Presse gefördert wird, die Proletarisierung des Mittelstandes, schließlich der Unglaube und die Verhöhnung der

Arbeitermassen. Also in erster Linie negative Gründe. Auch wenn man dabei berücksichtigt, daß diese Begründung nur die aktuelle Notwendigkeit der Sozialpolitik dartun sollte, vermißt man doch immer wieder die Zielgebung, welche dem Kapitel über „Mittel und Wege zur Lösung“ folgen sollte. Die eingeschalteten Verbesserungs- und Ausbauvorschläge können solche „Planmäßigkeit“ nicht ersetzen. Es war ja von Hitze auch ausdrücklich gesagt, daß eine systematische Arbeiterwohlfahrtspolitik nicht zuletzt die Erhöhung des Anteils am wirtschaftlichen Fortschritt bezweckt. Aus dem Arbeiterstande soll sich ein neuer Mittelstand emporringen, „der zwar des großen Gutes der Selbständigkeit ermangelt (!), aber dafür den Beweis sittlicher Kraft und Tüchtigkeit im Kampfe ums Dasein erbracht hat“. Die Unselbständigkeit des Arbeiterstandes wird also als solche nicht in die Aufgabe zur „Lösung“ einbegriffen, „Entproletarisierung“ der Gesellschaft zunächst nur als Emanzipation, Eingliederung und Hebung der Arbeiter verstanden. —

Die parlamentarische Arbeit Hitzes stand auch um diese Zeit unter der Devise: nicht Stillstand, sondern Fortschritt der Sozialpolitik, Ausführung der Februarerlasse! Ende 1898 lag dem Reichstage wieder der Gesetzentwurf betreffend die eingetragenen Berufsvereine vor und ein Antrag Hitzes auf Vorlage eines Gesetzes betreffend die Errichtung von Arbeitskammern. Im Januar 1899 beteiligte er sich an der Aktion Trimborns für die kaufmännischen Schiedsgerichte, für die obligatorische Errichtung von Gewerbegerichten und für die Erweiterung der Kompetenz der Gewerbegerichte als Einigungsämter. Am 18. des Monats konnte er darauf hinweisen, daß seit 1890 kein einziges sozialpolitisches Gesetz gemacht worden sei — sehe man von der Novelle zur Krankenversicherung ab, die nur Ausbesserungen brachte. Die Novelle zur Unfallversicherung wurde seinerzeit schon von der Regierung zurückgezogen, als die Kommission nach der ersten Lesung Verbesserungsvorschläge machte. Der sanitäre Maximalarbeitstag sei nur in der Bäckereiverordnung zur Anwendung gekommen — und auch diese nur unter dem Protest der Rechten. Die Beschränkung der Arbeitszeit sei längst auch auf dem Gebiete des Verkehrs wesens notwendig. Ebenso nötig sei die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Betriebe mit Motoren, es genüge keineswegs, ihn auf solche mit Dampfmaschinen zu beschränken. — Im Februar kam endlich eine Novelle zur Reform der Invaliden- und Altersversicherung an den Reichstag. Schon in der ersten Beratung

erklärte Stiße, daß ihm wichtiger als die Herabsetzung des Lebensalters, die Verbindung mit der Witwen- und Waisenversicherung erscheine. Ein entsprechender Antrag wurde vom Reichstage auch angenommen, von der Regierung aber wegen der Kostenfrage nicht weiter verfolgt. Indessen fanden seine alten Ideen, betreffend den Anschluß der Invalidenversicherung an die Krankenversicherung und die Beteiligung der Versicherten bei der Regelung des Rentenverfahrens, nunmehr Verwirklichung. Auch sonst beteiligte er sich mit zahllosen Detailanträgen an der Reform des Gesetzes. Daneben drang er unermüdlich auf einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes. Auch an Anträgen auf Abänderung der Gewerbeordnung im Sinne des Arbeiterschutzes fehlte es nicht. Insbesondere bemühte sich Stiße um den Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen in Zinkhütten. Im Landtage trat er für Angleichung der Knappschaftsversicherung an den Aufbau der Sozialversicherung im Reiche ein, insbesondere was den Refurs und die geheime Wahl der Arbeitervertreter betraf. Arbeiter sollten auch bei der Vermehrung der Revideraufsichtsbeamten — die er dringend forderte — hinzugezogen werden. Bei dieser Gelegenheit mußte er auch eine Lanze für die Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter brechen, gegen welche die Abgeordneten Sattler und Schulz mit Vorwürfen wegen angeblicher Imparität usw. vorgegangen waren. Gelegentlich der Beratung eines Antrages auf Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend Fürsorge für Arbeitslose sprach er mit Begeisterung von Bodelschwingh und setzte sich für diesen Antrag ein. Auch ein Antrag auf Einführung weiblicher Fabrikinspektoren fand dort seine Unterstützung. Aus Anlaß eines Antrages Weiße betreffend Rentengüter sprach sich Stiße für eine staatliche Wohnungsfürsorge aus. Die Regierung selbst hielt diese Forderung für zu sozialistisch und erklärte, daß dies Sache der Kommunen sei. Trotzdem kam Stiße auch später wiederholt darauf zurück. Bei der Vertretung seines Antrages betreffend Arbeitskammern im Reichstage sprach er sich für gemeinsame Besetzung derselben durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus, während er früher für reine Arbeiterkammern eingetreten war. Ob für diesen Wandel nur taktische Erwägungen maßgebend waren, etwa um die Idee den Vertretern des Unternehmertums annehmbarer zu machen, ist nicht ersichtlich. Er erklärte, daß die Gewerkschaften ihrer Natur nach nur einseitige Interessen vertreten können und sollen und deshalb die Arbeitskammern als Ergänzung und Ausgleich im Sinne der Arbeitsgemeinschaft und der Organisation der Berufsstände überhaupt zu wirken hätten. Im Frühjahr 1900 kam endlich die Novelle zur Unfallversicherung wieder vor den Reichstag, nachdem sie 1896 an dem Widerstand der Schwerindustrie gescheitert war respektive wegen der vorgerückten Session vom Plenum des Reichstages nicht mehr beraten werden konnte. Es bedarf

keines Hintweises, daß sich Hize auch an diesen Beratungen eifrig beteiligte. So unvollkommen auch die Ergebnisse im Ganzen waren, so erreichten Hize und seine Freunde doch, daß auch Wertmeistern, Betriebsbeamten und kleinen Unternehmern die Möglichkeit der Versicherung gegeben wurde. Außerdem setzten sie die Hinzuziehung der unteren Verwaltungsbehörde und des behandelnden Arztes bei der ersten Rentensfestsetzung durch und eine günstigere Berechnung der Beiträge. — Erfolgreich waren in diesem Jahre auch die gemeinsamen Bemühungen von Hize und Bassermann um die Ausdehnung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf das Handelsgewerbe. Eine entsprechende Novelle regelte die Fragen des Ladenschlusses und den Schutz der Handlungsgehilfen in offenen Verkaufsstellen. Die gleiche Novelle brachte auch die von Hize geforderte Anwendung der Arbeiterschutzgesetze auf Motorenbetriebe, gewisse Fortschritte in der Frage des Löhnungstages usw. Trotzdem begann die Sozialdemokratie gerade damals unter Führung des Abgeordneten Hoch einen heftigen Kampf gegen das Zentrum. Hoch bezeichnete das Zentrum als Hemmschuh der Sozialreform und erging sich in Anklagen gegen Hize und die sozialpolitische Taktik der Fraktion. Hize begnügte sich mit der Antwort: „Die Ausführungen des Herrn Vorredners geben mir keine Veranlassung zu einer weiteren Antwort, mein Gewissen ist so gut und die Sache ist so klar, daß ich darauf verzichten kann.“ Hoch ließ sich indessen nicht hemmen, seine Vorwürfe gegen die angebliche „Arbeiterfeindlichkeit des Zentrums“ in einer Broschüre zu veröffentlichen. Dieser Schritt erregte Hize aufs tiefste, um so mehr, als er sich für die Sozialpolitik verantwortlich fühlte und die Angriffe von Seiten einer Arbeiterpartei kamen. Hize, der auch sonst auf die leisesten Vorwürfe außerordentlich reagierte und trotz seines politischen Formats im parlamentarischen Kampfe seine ungewöhnliche Sensibilität nicht verlor, trug bis in die letzten Jahre an dieser Kritik so schwer, daß seine Gesundheit nahezu darunter litt. Tatsächlich war es ja gerade Hize, der Parlament und Regierung mit unermüdlicher Zähigkeit zur Fortführung des 1890 begonnenen Kurses drängte. Ende 1900 kehrten seine Anträge betr. Arbeitervertretung, Ausgestaltung der Gewerbegerichte und eingetragene Berufsvereine wieder. Mitte Januar 1901 war er es wieder, der in großer Rede einen Rückblick und Ausblick hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung gab und sich gegen die vom Reichskanzler für notwendig erachtete sozialpolitische „Schonzeit“ aussprach. Bei der Beratung des Solletats erreichte er die Bereitstellung der Beiträge aus landwirtschaftlichen Zöllen für eine Witwen- und Waisenversicherung. Er plädierte für ein Reichsarbeitsamt und kämpfte mit dem Abgeordneten v. Hehl für den Ausbau der Gewerbegerichte zu Einigungsämtern, damit die Arbeiter wenigstens hier eine „Kammer“ fänden und Friedensorgane

geschaffen würden zwischen den getrennten Organisationen der Unternehmer und Arbeiter. Die Offensive der Linken gegen das Zentrum kam trotz allem nicht zum Stillstand. Als Hize ihr gegenüber die Christlichen Gewerkschaften, ihre kirchliche Unabhängigkeit verteidigen mußte und darüber hinaus auch noch den interkonfessionellen Charakter des Zentrums und die politische Bewegungsfreiheit der Partei gegenüber Papst und Bischöfen, begannen auch die Gegner im katholischen Lager sich zu formieren.

IX.

Schon im Mai 1899 war im Berliner „Märkischen Kirchenblatt“ eine Artikelreihe erschienen, welche die absolute Eigengesetzlichkeit der wirtschaftlich=sozialen Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung bestritt und sich gegen jenen Dualismus wandte, der die religiösen Fragen den konfessionellen Arbeitervereinen zuwies, die materiellen indessen der Selbstbestimmung interkonfessioneller Gewerksvereine überließ. Da die Religion den ganzen Menschen ergreife, gäbe es keine „neutralen“ Lebensgebiete und darum müßten sich auch die Koalitionen der Arbeiter den religiös=sittlichen Prinzipien und der Führung der wahren Kirche unterwerfen. — Bald nach Erscheinen dieser Artikelreihe griff der Episkopat in den Streit ein und erklärte im sog. Fuldaer Pastoreale ebenfalls, daß nicht nur die modernistische Erklärung der Religion zur Privatsache eine verhängnisvolle Konnivenz gegenüber dem Sozialismus darstelle, sondern auch jeder Versuch, wirtschaftliche Bestrebungen und Lohnbewegung unter dem Scheine einer kraftlosen Misch=Religion durchzuführen, verwerflich ist — selbst wenn er „von dem ungeduldrigen Verlangen, die Wünsche der arbeitenden Klassen rascher zum Ziele zu führen“, eingegeben sei. Zum Schluß schlugen die Bischöfe die Bildung von Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen vor, jedoch nicht — wie Hize — als Stappen zur paritätischen oder gar neutralen Gewerkschaft, sondern, wie es schien, im bewußten Gegensatz zu den von M. Gladbach aus geförderten Christlichen Gewerkschaften. Jedenfalls kommentierte der Freiburger Erzbischof das Rundschreiben der Fuldaer Bischöfs=

konferenz dahin, daß die Bezeichnung „christlich“ bei der interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung nur leerer Schall und Aushängeschild sei, wie der Frankfurter Kongreß und seine, jede positiv-religiöse Grundlage ablehnenden Verhandlungen erwiesen hätten. Jedenfalls griffen die in rein katholischen Gegenden — in Ostdeutschland und an der Saar — wirkenden Verbände kirchlicher Arbeitervereine die Empfehlung der Fachabteilungen durch die Bischöfe auf, um sie für eine rein katholische Arbeiterbewegung ins Feld zu führen, während die Gewerkschaften, da sie nicht ausdrücklich genannt waren, die Taktik verfolgten, das „Pastorale“ als eine interne Angelegenheit der Arbeitervereine auszugeben und nicht als Antwort auf die M. Gladbacher Broschüre „Christliche Gewerksvereine“ und den folgenden Frankfurter Kongreß. Die Integralen der „Trierer“ und „Berliner“ Richtung der Arbeitervereine fanden in dem Nationalökonom Franz Kempel einen gescheiten und scharfsinnigen Verfechter ihrer Ideen. Mögen auch seine positiven Äußerungen zum moralisch=organischen Aufbau des Erwerbslebens noch durchaus im Romantischen stecken geblieben sein, so socht er doch logisch=dogmatisch unzweifelhaft eine scharfe Klinge gegen die liberalen Strömungen im katholischen Deutschland. Die Kölnische Volkszeitung übernahm die Verteidigung der M. Gladbacher Richtung, die ja mit der neueren Kölner Richtung des Zentrums (Bachem=Hize) geistig durchaus verwandt war. Hize stellte sich ganz auf die Seite der christlichen Gewerksvereine, an deren Gründung er sich bekanntlich beteiligt hatte. In jener schon erwähnten Reichstagsitzung legte er gegenüber den Abgeordneten v. Vollmar und Fischer den Hirtenbrief so aus, daß er sich gegen die angebliche Neutralität der sozialdemokratischen Gewerkschaften richtete und nur den weiteren Ausbau der katholischen Arbeitervereine und ihrer Fachsektionen erstrebe. Die christlichen Gewerkschaften seien völlig unabhängig, die Geistlichen als solche hätten nichts mit ihnen zu tun — ganz analog der interkonfessionellen Zentrumspartei. — Der nun einsetzende jahrelange Kampf der beiden extremen Richtungen, der Integralen

und Liberalen, gegeneinander war noch unerfreulicher als ihre Auslegungskünste gegenüber dem Suldaer Pastore. Soweit Hize in diesen Kampf gezogen wurde, nehmen wir die späteren Vorgänge hier bereits vorweg. Franz Kempel beschäftigte sich schon 1901 in seinem Buche „Göttliches Sittengesetz und neuzeitliches Erwerbsleben“ eingehend mit den Anschauungen Hizes. Er beanstandete zunächst Hizes Interpretation der Berufs- und Betriebsstatistik im Anhang zu seiner „Arbeiterfrage“. Dort war eine außerordentliche Zunahme unselbständiger, in Großbetrieben beschäftigter Existenzen nachgewiesen, diese Tatsache aber dennoch von Hize als „gesunde Entwicklung“ gedeutet worden. An anderer Stelle erzählte Kempel, daß Hize ihm auf dem Praktisch-sozialen Kurs in Freiburg 1894 das Wort verweigert habe, als er gegen die Äußerungen eines der M. Gladbacher Redner etwas vom prinzipiellen Standpunkte aus sagen wollte. Hize begründete seine Haltung damit, daß es sich um einen praktischen Kurs handle. Als nun Kempel erwiderte, daß doch die Theorie die Praxis leiten müsse, soll Hize geantwortet haben: „Wir machen die Dinge zuerst, die Theorie kommt hinten nach!“ Auch der Volksvereinsdirektor Hohn erzählte später, Hize habe gelegentlich im Scherze gesagt, Prinzipien gebe es nicht („principiis“ obsta). Mag sich dieses Wort auch nur gegen praktisch bedeutungslose Spekulationen gerichtet haben, so bewies doch die Kempel erteilte Antwort mindestens, daß die im Vortwort zur „Arbeiterfrage“ versprochene mündliche „Begründung“ der Arbeitersozialpolitik bei den Schulungswochen etwas zu kurz kam. — Im Jahre 1904 führte Hize eine heftige Fehde mit der Oberin der Josefschwestern in Trier, Schwester Gertrud v. Schaffgotsch, welche sich um die Gründung von katholischen Arbeiterinnenvereinen der Berliner Richtung bemühte. Paradox erscheint es, daß Hize damals beanstandete, daß in den Satzungen dieser Vereine der geistliche Präses keine Stelle gefunden habe, war er doch von jeher für die „Mündigkeit“ der Arbeiter eingetreten, während die Integralen gerade ihre Anhänglichkeit an die kirchliche Leitung beteuerten. Dieser

Widerspruch erklärt sich daraus, daß die Satzungen der betr. Arbeiterinnenvereine auf das geltende Vereinsrecht zugeschnitten waren, welches einen „vom Bischof ernannten geistlichen Präses“ für die Eintragung in das Register nicht zuließ. Andererseits befürchtete Hiße von der Propagierung der integralen Vereine außerhalb des kirchlichen Rahmens ein Wiederaufflackern des unseligen Zwistes im eigenen Lager, der inzwischen durch das Einlenken einiger Bischöfe zu einem gewissen Stillstand gekommen war. Immerhin läßt sich nicht verschweigen, daß auch Hiße in diesem Kampf nicht immer eine glückliche Stellung eingenommen hat und den Bedenken mancher Kreise gegen das gewerkschaftliche Prinzip und gegen seine Bejahung des Kapitalismus nicht ganz gerecht zu werden vermochte. Oder entbehren die Beanstandungen, die der „Arbeiter-Präses“, ein Organ der „Berliner Richtung“, im Jahre 1912 gegen die Gewerkschaftstheorie Hißes machte, jeder Grundlage? Der Vorwurf, daß er die Arbeit als „Ware“ behandelt wissen wollte, war sicher unbegründet. Daß seine Gewerkschaftslehre sich faktisch auf diese Basis stellte, läßt sich indessen kaum bestreiten — ganz abgesehen davon, ob seine Ansicht falsch oder richtig war. Hiße hat offenbar wiederholt zur Verteidigung des Koalitionsrechtes auf die Wirtschaftskartelle hingewiesen und erklärt, daß auch die Gewerkschaften im Prinzip nichts anderes wollten, als den „Preis“ der „Ware“ Arbeit, d. h. den Lohn, durch Organisation der Angebotsseite auf dem Arbeitsmarkte im Interesse der Verkäufer d. h. der Arbeiter zu regeln. Von der zweiten, nach Gründung des christlichen Bergarbeiterverbandes erschienenen Auflage der „Arbeiterfrage“ an bis zur sechsten im Jahre 1904 heißt es immer wieder, daß die Gewerksvereine „Verkaufsgenossenschaften“ sind, und zwar zur besseren Bewertung ihrer „Ware“ Arbeitskraft und zur Ausgleichung der ungünstigeren Lage, in welcher sich gerade der Verkäufer dieser „Ware“ gegenüber allen anderen Verkäufern befindet. Die Arbeiter „ziehen die Konsequenz des — nicht von ihnen zuerst proklamierten (von Hiße gesperrt! D. Verf.) — ‚Gesetzes‘ von ‚Angebot

und Nachfrage' auch für die Löhne." Als Mittel zur Erhöhung des Kostenpreises der Arbeit auf den Lebenslohn werden von Hize genannt: Zurückhaltung der „Ware“ (Streik), Verabredung von Mindesttarifen, Ausnuzung der Konjunktur-Renten. Damit hatten die Gewerkschaften tatsächlich das von der liberalen Nationalökonomie proklamierte und vom Kapitalismus praktizierte Marktgesetz für sich akzeptiert und den Warencharakter der Arbeit anerkannt. Wenn nun Kempel, die Oberin v. Schaffgotsch und der Berliner „Arbeiterpräses“ darin einen fragwürdigen Versuch sahen „den Teufel durch Beelzebub auszutreiben“, so war das von ihrer antikapitalistischen Haltung aus zu verstehen. Hize hatte indessen nie bestritten, daß er mit den Berufsverbänden nur eine Korrektur, keine Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems beabsichtige; seine Gewerkschaftstheorie war „innerkapitalistisch“. „In den Gewerkvereinen“ — sagt Hize — „erstreben die Arbeiter im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung ihre Lage zu verbessern.“ Allerdings muß betont werden, daß Hize die Funktion der Gewerkschaften als Warenkartelle immer „in letzter Linie“ genannt hat. Agitation, Rechtsschutz, Berufsbildung und Unterstützungen gingen ihm vor. Zwar klingt auch bei der Begründung der Arbeitslosenunterstützung, des Boykotts, des Streiks und der Tariflöhne noch die Anerkennung des Marktgesetzes an, aber aus vielen anderen Aeußerungen geht hervor, daß er als eigentliches Ziel der Gewerkschaftsbewegung die berufsgenossenschaftliche Organisation, die Standwerdung der Arbeiterschaft sah. So sicher hierin ein gewisser innerer Widerspruch verborgen lag, so gewiß war aber auch die passive Haltung der integralen Arbeitervereine, ihr unfruchtbarer Antikapitalismus eine faktische Anerkennung des Kapitalismus. Solange allerdings Hize das System der Vohnarbeit (durch besitzlose Murarbeiter) und die moderne Unternehmungsform prinzipiell unangetastet ließ, war die Beseitigung der „Elemente“ der Arbeiterfrage unmöglich. Hize führt unter den Ursachen der Arbeiterfrage neben der Konzentration der Produktion,

des Kapitals, der Bevölkerung und der Lebensalter, neben der Freisetzung (durch die Akkumulation), den Krisen und der Gefährdung der persönlichen Güter auch die Trennung von Sachvermögen und Arbeit, von Produzent und Konsument und die Stellung der Arbeit als Ware (!) auf. Von den geistesgeschichtlichen und religionssoziologischen Ursachen der Arbeiterfrage ist keine Rede. Die Gefährdung der menschlichen Persönlichkeit ist an letzter Stelle aufgeführt. Er sah tatsächlich nicht, daß die Entstehung des „Kapitals“ wesentlich durch einen Umsturz der Werte verursacht war, der das Erwerbstreben objektivierte und den Menschen zu einem bloßen „Mittel“ des Erwerbstrebens degradierte. Er führte den Auseinanderfall von Produktionsmittelbesitz und Arbeitskraft unter den Elementen der Arbeiterfrage an, machte aber bei der Darstellung der Bestrebungen zu ihrer Lösung keinen Vorschlag, der dieses Grundübel wesentlich beseitigte. Er nannte die Tatsache der Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine, sah aber nicht, daß dies kein „Auswuchs“ war, sondern im Mangel an einer natürlich-vernünftigen Zwecksetzung der Wirtschaft, in der Verselbständigung des Erwerbstrebens gründete. Hise kannte die Trennung von Produktion und Konsumtion und ihre Folgen, aber es entging ihm völlig, daß sie zum Wesen der unternehmungswirtschaftlichen Wirtschaftsform gehörte, die ja nicht auf Bedarfsdeckung, sondern auf Kapitalertrag „mittels“ Bedarfsdeckung bzw. -deckung ausgeht. Er gab ohne weiteres zu, daß die Besitzlosigkeit den Arbeiter zwang, seine nackte Arbeit anzubieten, aber er wußte diese „Ordnung“ nur zu korrigieren, nicht zu überwinden. Daß Brandts seine Arbeiter anständig behandelte, ändert nichts daran, daß seine Unternehmung eine große Anzahl selbständiger Existenzen abgelöst und proletariisiert hatte, — nicht als Einzel-„schuld“, aber doch als Tatsache. Die Gefährdung der Menschenwürde konnte durch Sozialversicherung und Fabrikgesetzgebung niemals behoben werden, denn allein die Tatsache, daß der Mensch im Kapitalismus nicht Zweck und Ziel, sondern nur Anlaß und Bedingung ist, ist entscheidend für

die menschlich=sittliche Fragwürdigkeit des modernen Wirtschaftslebens. Nicht, daß Hise als Einzelner außerstande war, dieser Dämonie wirksam zu begegnen, daß er sich begnügen mußte „Feuereimer aufzustellen“ (Sombart), ist das Entscheidende, sondern daß er die immanente Fragwürdigkeit des modernen Kapitalismus nicht erkannte resp. ihre Lösung ein für allemal auf eine Versittlichung des „an sich“ fortschrittlichen Wirtschaftssystems beschränkte. Die Sozialpolitik, der er in seiner „Arbeiterfrage“ die Wege wies, verliert dadurch nicht an Wert und Würde, sie war eine Tat, die als erste Nothilfe vielleicht nicht entbehrt werden konnte. Aber wahr bleibt, daß sie nicht bis in das „seelische Problem“ des Kapitalismus vorgedrungen ist, mindestens, daß sie von einem tiefen Pessimismus gegenüber der sozialen Gestaltungskraft des Religiösen getragen war. So gewiß die Gnade die Natur voraussetzt, so gewiß auch Hise sein Leben einsetzte dafür, daß erst der soziale Leib gesunde, damit auch eine gesunde Seele in ihm wohnen könne, so sehr vermissen wir dennoch in seinen Büchern die Einsicht, daß der Kapitalismus nicht nur eine sittlich indifferente Wirtschaftstechnik darstellt, sondern eine fundamental falsche Rangordnung der Werte, die auf die Dauer nicht durch „Schutz“ vor Auswüchsen und „Versicherung“ gegen ihre Schäden zu überwinden ist. In diesem Punkte war die Kritik Hises durch die Integralen sachlich nicht unbegründet, obwohl sie dem lauterem Willen Hises vielfach in der Form nichts weniger als gerecht zu werden vermochte.

III.

Die geistigen Kämpfe, die zur Jahrhundertwende um die Sozialpolitik des Zentrums einsetzten, haben an der Gesundheit Hises mehr gerüttelt, als die ungeheure Arbeitslast, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten seiner parlamentarischen Tätigkeit auf ihm geruht. Ein Herzleiden machte eine wachsende Einschränkung seines öffentlichen Auftretens notwendig. Nur selten noch bestieg er die Rednertribüne des Reichstages. Im Jahre 1902

finden wir seinen Namen neben andern unter verschiedenen Anträgen. So beantragte er eine Uebersicht über die Arbeitsverdienste in Reichsbetrieben und setzte sich für die Aufhebung der landesgesetzlichen Bestimmungen, welche gegen die Teilnahme von Frauen an sozialpolitischen Bestrebungen gerichtet waren, ein. Als das aus privater Initiative gegründete Internationale Arbeitsamt finanzieller Unterstützung bedurfte, stellte Hize den Antrag auf Ueberweisung eines Zuschusses aus der deutschen Staatskasse. Für die Erörterung des Planes einer Arbeitslosenversicherung wollte er eine außerparlamentarische Kommission berufen wissen, die nach der Weise der Kommission für Arbeiterstatistik diesen Ausbau der Sozialversicherung allmählich spruchreif gestalten sollte. Nachdem die auf Hizes Antrag angestellte Enquete bezüglich der Kinderarbeit in Fabriken so traurige Ergebnisse gezeitigt hatte, beantragte Hize Ausdehnung der Erhebungen auch auf die nichtindustriellen Betriebe. Schon im folgenden Jahre sollten diese Untersuchungen zu umfassenden gesetzlichen Maßnahmen betreffend den Schutz der Kinder und Jugendlichen führen! Ein andermal setzte sich Hize für eine bessere Parität des Personals in Heilanstalten der Sozialversicherung ein und bat, daß die Versicherungsanstalten auch bei der Kapitalanlage respektive Kreditgewährung eine ungleiche Verteilung auf die Konfessionen vermeiden sollten. Auch zur damaligen Wirtschaftskrise nahm er Stellung, indem er Krisenunterstützungen, produktive Erwerbslosenfürsorge, bessere Organisation der Arbeitsnachweise und beschleunigte Einrichtung der Arbeitslosenversicherung forderte. Interessant ist, daß er schon damals Konjunkturforschung forderte und von den Kartellen und Syndikaten eine Regelung der Produktion erhoffte. Anlässlich der Statsberatungen gab er noch einmal eine „Inventur“ der Sozialpolitik und erklärte sich trotz der schlechten Wirtschaftslage für einen Ausbau des Betriebsstätten schutzes, Fortführung des sanitären Maximalarbeitstages usw. Von der Errichtung von Arbeitskammern und der rechtlichen Anerkennung der Berufsvereine versprach sich Hize gerade eine Entspannung

der durch die Krise geförderten sozialen Gegensätze. Mit einer geradezu an westfälische Starrköpfigkeit erinnernden Ausdauer brachte er auch seinen Antrag auf den Befähigungsnachweis wieder auf die Tagesordnung — diesmal auf die des Preussischen Landtags, da die reichsgesetzliche Entwicklung des Handwerkerschutzes ja durch das Gesetz von 1897 zu einem vorläufigen Abschluß gekommen war. Die preussische Regierung gab auch dem Drängen Hitze und anderer Abgeordneten in der Frage der staatlichen Wohnungsfürsorge wenigstens insofern nach, als sie die Schaffung besonderer Wohnungsinpektoren in Aussicht stellte.

Auf schriftstellerischem Gebiete war Hitze außer durch die verschiedenen, bereits erwähnten Neuauflagen der „Arbeiterfrage“, durch die Herausgabe zweier Schriften über die Invalidenversicherung und über die Gewerbeordnungsnovelle tätig. Schon der Titel „Was die gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer insbesondere solche von offenen Verkaufsstellen bezüglich der neuesten Gewerbeordnungsnovelle vom 30. Juni 1900 wissen müssen“ (Berlin, Verlag der Germania, 1900) zeigt, daß auch hier wieder sozialpädagogische Gründe zur Veröffentlichung führten. Es galt, das Gesetz populär zu machen und seinen Motiven dadurch zur Verwirklichung zu helfen. Die Schrift über die „Invalidenversicherung“ erschien als Sonderdruck aus „Arbeiterwohl“ im Rahmen der vom Volksverein herausgegebenen „Sozialen Tagesfragen“, Heft 6 und 7. Sie sollte zunächst die Stellung der Zentrumsfraktion zum Gesetz und dann Inhalt und Bedeutung des Gesetzes selbst darlegen. Wichtig ist darin Hitzes prinzipielle Rechtfertigung der Versicherung aus dem sogenannten Familienlohn. Er sagt, daß die naturrechtliche Institution zur Versorgung und Ausgleichung von Jugend, arbeitsfähigen Jahren und Alter die Familie sei und folgert daraus zunächst, daß der Lohn der aktiven Arbeitsjahre nicht nur die persönlichen Bedürfnisse in dieser Zeit, sondern auch die einer normalen Familie decken müsse. Das kann — nach Hitze — in der Weise geschehen, daß den betagten Eltern das „Anlagekapital“ der Jugendzeit erstattet wird, oder

daß die Eltern für ihre Kinder wieder verwenden, was sie selbst in der Jugend empfangen, um dadurch zugleich die Anwartschaft auf Versorgung in alten Tagen zu erwerben. Nun soll — wie schon früher erwähnt — der Staat gegenüber dem Lohnzahler und Lohnempfänger die Rolle der Zwangssparkasse übernehmen und die über den Individuallohn hinausgehenden Einkünfte für den Bedarfsfall aufbewahren. Soweit es sich darum handelt, im Zeitalter des freien Arbeitsvertrages einen solidarischen Risikoausgleich zu schaffen und nicht dem Arbeitgeber die Kosten aufzubürden, bei dem der Arbeitnehmer zufällig invalide wird, erscheint die Sache einleuchtend. Wenn aber Hise selbst sagt, daß die Familie die natürliche Institution zur Versorgung und Ausgleichung der Lebensalter ist, so ist nicht leicht einzusehen, mit welchem Recht der Staat der Familie diese naturrechtlichen Pflichten abnimmt und sie vielleicht dadurch verkrüppeln läßt. Wenn durch frühe Invalidität und vorzeitigen Tod das eigene Vermögen nicht ausreicht, können fremde Arbeiter und Unternehmer gesetzlich vielleicht gar nicht zum Ausgleich gezwungen werden. Es bliebe dann strenge Liebespflicht der Mitmenschen, helfend einzuspringen. Mit welchem Rechte diese sittliche Pflicht, gesetzlich formuliert und staatlich erzwungen werden darf, legt Hise nicht deutlich dar. Solange der besitzlose Arbeiter normale Institution der modernen Gesellschaft ist und die Unternehmer nach dem Äquivalenzprinzip und dem Marktgesetz nur einen Leistungs- oder gar einen bloßen Selbstkostenlohn (Existenzminimum, Ghernes Lohngesetz) zu zahlen bereit sind, kann die Familie allerdings ihrer naturrechtlichen Bestimmung nicht gerecht werden. Dann mag dieser Notstand die zwangsweise Sicherung des Familienlebens vielleicht rechtfertigen — normal ist dieser Zustand nicht, er wird im Gegenteil im Laufe der Jahre zu einer Entwöhnung von den Eltern- und Kindespflichten führen! Unter solchen Umständen könnte Sozialpolitik dann vielleicht mehr zur Auflösung der Gesellschaft beitragen als es die moderne Wirtschaftsordnung an sich schon tut. Dadurch, daß das Zentrum und auch Hise sich gegen die Einbeziehung

der Landwirtschaft in die Invalidenversicherung aussprach, wurde von dieser Seite ja direkt oder indirekt anerkannt, daß die gesunde Familie die natürliche „Sozialversicherung“, die Zwangssparkasse für die Arbeiter aber bestenfalls ein notwendiges Uebel ist. Hitze macht jedoch leicht aus der Not eine Tugend und begründet die gemeinsamen Einlagen der Arbeiter und Unternehmer im „christlichen Solidaritätsgefühl.“ Aber es war die Sozialversicherung doch weithin ein Zwangsinstitut, das auf das moralische Gefühl keineswegs wartete. Sittlich handelt nur, wer aus freiem Ermessen oder doch mit innerer Zustimmung handelt. Freiwillig würden auch heute noch die Unternehmer die sozialen Lasten nicht tragen und auch die meisten Arbeitnehmer betrachten die Leistungen jetzt wie immer als lästige Besteuerung, die man durch Häufung der Ansprüche wider wett machen muß. — In der schon genannten Schriftenreihe des Volksvereins erschien von Hitze außerdem eine Schrift über „Soziale Konferenzen unter dem Klerus“ und über die „Bedeutung und Organisation der Arbeitskammern“. In der ersten Broschüre war die Notwendigkeit sozialer Studien für den Klerus dargetan und die Einbeziehung der Wohlfahrtspflege in die Seelsorge als zeitgemäße Aufgabe der katholischen Geistlichkeit bezeichnet worden. In der anderen Schrift begründete Hitze noch einmal ausführlich die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer gesetzlichen Vertretung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Er gab dabei zu, daß die Sozialgesetzgebung bisher durchaus „konfessionär“, d. h. ohne lebendige Fühlung mit den beteiligten Kreisen gestaltet sei. Deshalb sei sie auch noch wenig in Fleisch und Blut der Arbeitgeber und Arbeiter übergegangen. Weder diese noch jene seien „mit den getroffenen Bestimmungen und Organisationen so recht zufrieden; sie fühlen sich beengt: das Kleid ist ihnen nicht angemessen, angepaßt, und so wird, wenn auch der gute Wille derer, welche das Kleid angefertigt haben und die Notwendigkeit desselben nicht verkannt wird, doch viel raisonniert und kritisiert“. „Es sind... ‚aufgetrohierte‘ Gesetze.“ Darum soll alles, was für die Arbeiter geschieht, besser

durch dieselben geschehen. Sie sollten die Geseze in den Arbeitskammern vorberaten, dort ihre Wünsche äußern, Gutachten abgeben, anregen, berichten, statistische Erhebungen anstellen usw. Mit Recht konnte Hise darauf hinweisen, daß es zwar eine Statistik der Pferde, Ziegen usw. gäbe, um die Entwicklung von Viehzucht und Ackerbau zu verfolgen und eventuell durch Schutzzölle usw. nachzuhelfen, daß es aber z. B. eine so wichtige Statistik wie die der Löhne nicht gäbe. Hier sei z. B. ein Arbeitsfeld für die Berufskammern der Industriearbeiter. Hise ergänzte seine eingehenden Organisationspläne für die lokalen und Bezirkskammern durch Mitteilungen über ähnliche Einrichtungen in Belgien, Holland, Frankreich und Oesterreich und gab außerdem eine Darstellung der Geschichte dieser Anträge im Reichstag. — In französischer Sprache erschien außerdem ein Bericht Hise's über die Regelung des Arbeitstages in Deutschland für den Internationalen Kongreß für gesetzlichen Arbeiterschutz. —

Im Reichstag forderte Hise im Februar 1903 die allgemeine Einführung des Zehnstundentages. Er kam mit seinem Antrage nicht durch. Seinem Freunde Trimborn, der je länger je mehr die öffentliche Durchsetzung der Hise'schen Anträge und Ideen übernahm, gelang es indessen, einem andern Antrag zur Annahme zu verhelfen, welcher forderte, wenigstens für Frauen und Jugendliche diese Höchstarbeitszeit durchzusetzen. Im Februar 1904 beantragte er eine Statistik über die Arbeitsverhältnisse der mittleren und unteren Post- und Telegraphenbeamten, um auch hier wieder an die Pflicht des „guten Beispiels“ zu erinnern. Ende 1905 wiederholte er den eben genannten Antrag Trimborn, weil die Regierung noch keinerlei Anstalten machte, ihn zu verwirklichen. Zwei Monate darauf setzte sich Hise wieder für eine Förderung der Zentralfstelle für Arbeiterwohlfahrt ein. Außerdem erinnerte er an seine alte Anregung, Fabrikinspektoren aus Arbeiterkreisen heranzubilden, beantragte eine fortlaufende Kontrolle der Heimarbeit in sozialer und hygienischer Hinsicht und setzte sich mit andern für die geheime Wahl der Krankenlassenvorstände ein. Im Februar 1907 finden wir seinen Namen unter einer großen Interpellation an den Reichskanzler, welche die endliche Erledigung der Anträge betr. die eingetragenen Berufsvereine, den kleinen Befähigungsnachweis, den unlauteren Wettbewerb bei Ausverkäufen, die Arbeitszeit für Arbeiterinnen und die Arbeitskammern forderte. Im April des gleichen Jahres beantragte er mit Jäger und

Faßbender die Annahme einer Resolution, welche sich für den Erlaß von Vorschriften zur Besserung der Wohnungsverhältnisse aussprach. Das Kapital der Invalidenversicherung sollte dem Wohnungsbau dienstbar gemacht werden. Erhebungen über die Wirkungen des Erbbaurechtes wurden darin verlangt. Ebenso die Ueberlassung fiskalischer Gebäude für Wohnzwecke, Förderung der Dezentralisation der Besiedelung, steuerliche Erleichterungen für Kleinwohnungen und zeitgemäße Reform des Enteignungsrechtes (!). Im Jahre 1909 taucht der Name Hize noch einmal auf, und zwar mit dem Schädlers und Trimborns bei einem gemeinsamen Antrag auf besondere Regelung der Arbeitszeit in der Glasindustrie und auf den Achtstundentag für die Arbeit unter Tage. Im Juli des Jahres beantragte er mit Giesberts und Gröber die Unterstützung der Tabakarbeiter, welche durch das Tabaksteuergesetz brotlos geworden waren. In der Folgezeit waren es außer Trimborn und Erzberger besonders Giesberts und Beder-Arnsherg, welche die Anregungen Hizes, der in den Ausschüssen, in der Fraktion und in den Ressorts der Ministerien unermüdlich weiterarbeitete, vor dem Plenum vertraten. (Ein Versuch des Schreibers vorliegender Biographie, von den noch lebenden Abgeordneten Aufklärung über Hizes „intellektuelle Urheberschaft“ bei den von ihnen durchgeführten Vorlagen zu erlangen, scheiterte an der Arbeitsüberhäufung dieser Herren und an fehlenden Aufzeichnungen während der langen Jahre.) Am 2. Juni 1910 bestieg Hize das letztemal die Rednertribüne, um seinen Dank auszusprechen, daß sein Wahlkreis M. Gladbach endlich zum Landgerichtsbezirk erhoben wurde. Von seiner stillen Weiterarbeit gilt, was er selbst einmal gesagt: „Das Entscheidende steht oft gar nicht in den Akten und Protokollen. Es vollzieht sich unter vier Augen in mündlicher Abmachung.“

Die stille Zeit.

Hilke, der Mensch.

I.

Es war im Jahre 1902, als Hilke bei einem Ferienaufenthalt in Engelberg in der Schweiz feststellen mußte, daß ihm das Bergsteigen Beschwerden machte und ihm Atemnot und schnelle Müdigkeit bereitete. Sein Nefse, Arzt in Münster, stellte verdächtige Herzgeräusche fest und empfahl ihm, eine medizinische Autorität in Berlin aufzusuchen. Dort wurde Hilke eröffnet, daß eine Erweiterung der Hauptschlagader auf der Grundlage von Arterienverkalkung eingetreten war. Die Sache schien sehr bedenklich und Hilke selbst war durch diesen Bescheid stark deprimiert — hatte er doch ein so großes Programm und seiner Arbeit waren die weitesten Ziele gesteckt! Wollte er seine Pläne noch einigermaßen zur Ausführung bringen, so hieß es nun haushalten mit Gesundheit und Lebenskräften! Er stellte seine ganze Lebens- und Arbeitsweise, die bisher schon außerordentlich geregelt war, sofort um: Stets stand er um halb 7 Uhr auf. Nachdem er die Messe gelesen und gefrühstückt hatte, warf er einen Blick in die Zeitungen und begann gegen 9 Uhr die Arbeit — am Pult stehend oder nachdenklich im Zimmer auf- und abgehend. Aus seinen Aufsätzen, Büchern und Reden geht hervor, wie außerordentlich methodisch er bei seinen Arbeiten vorging, ohne daß darunter die Intensität seines Schaffens litt. Fast jedes Thema wurde geschichtlich eingeleitet, systematisch nach allen Richtungen hin entwickelt und mit einer konkret gefaßten Zukunftsperspektive abgeschlossen. Die scholastische Methode seiner theologischen Studien mag ihm hierfür sehr zuustatten gekommen sein. Selbst bei den

schwierigsten Ueberlegungen verlor er die Ruhe nicht. Seine Formulierungen sind aber auch selten zugespitzt, indessen gelegentlich mit „Rückversicherungen“ und abschwächenden, taktischen Wendungen versehen. Seine parlamentarischen Auseinandersetzungen beweisen, daß er sich auch bei Angriffen auf ihn nie zu unüberlegten Entgegnungen hinreißen ließ. Vielleicht war der Briefwechsel mit der Oberin v. Schaffgotsch die einzige An Gelegenheit, die ihn etwas aus der Fassung brachte. Aber selbst bei schärferen Kontroversen suchte er seine Gegner im eigenen Kreise zu verteidigen und ihre Motive verständlich zu machen. — Hize arbeitete zunächst bis 1 Uhr, freilich nicht selten durch Besuche und Rücksprachen unterbrochen. Jeden Besuch nahm er an und schenkte ihm Gehör, besonders gern und ausgiebig Studierenden. Fühlte er sich aber unnütz aufgehalten, so zögerte er nicht, solche Unterhaltungen schnell und unmerklich zu Ende zu führen. Nach der Mittagsruhe gestattete er sich unter allen Umständen einen Spaziergang von 1 bis 2 Stunden, so daß er gegen 5 Uhr die Arbeiten wieder aufnehmen konnte, die dann — von einer kurzen Essenspause oder einer kleinen Unterhaltung abgesehen — bis spätestens gegen 11 Uhr durchgeführt wurden. So korrekt er mit der Einhaltung seiner Nachtruhe war, so schwer konnte er sich zu einer ordentlichen Sonntagsruhe entschließen. Er, der Jahrzehnte seines Lebens für die Sonntagsruhe der Arbeiter, Angestellten und Beamten gekämpft, — arbeitete an Sonntagen genau wie an Werktagen. Seit seiner Krankheit ging er indessen alljährlich 4 bis 5 Wochen nach dem Süden, nach Rom, Lugano, Dalmatien usw., im Sommer nach Hancinische, seiner Heimat, und nach Homburg, später nach Nauheim.

In die Bäder reiste Hize nur auf ausdrückliche Anordnung seiner Aerzte. Am liebsten war er aber in seiner Heimat, an der er bis in die letzten Jahre seines Lebens mit großer Treue hing. Seine Anhänglichkeit an die Stätten seiner Jugend war so groß, daß er bei längerer Abwesenheit von einem richtigen Heimweh erfaßt wurde. Wie in der Jugend, so teilte er auch im

Alter mit den Bewohnern seines Geburtsortes Freud' und Leid, nahm er an ihren Familienfesten — freudiger wie trauriger Art — innigen Anteil. Aber auch die schöne Natur des Sauerlandes hatte es ihm angetan. Mehr als die Palmen der Adria erfreuten ihn Baum und Strauch in der Heimat. An alles knüpfte er Erinnerungen. Jedes Blümlein am Wege, jedes Tierchen, das sich im Staub bewegte, jeder Vogel, der vor ihm aufflog, jeder Fisch, der sich im Wasser tummelte, weckte seine Aufmerksamkeit. Oft blieb er stehen und rief begeistert aus: „Wie schön ist es doch hier!“ Oder: „Wie herrlich die Luft, wie prachtvoll das Spiel der Sonne im Walde, der Rasenteppich und die Farbentönung der Landschaft!“ Lachen mußte er immer über die Touristen, die mit einem Fernglaſe durch die Landschaft zogen. War er in der Heimat, ſo predigte und ſprach er ſauerländiſch Platt und wer ihn auf Hochdeuſch etwas fragte, bekam einfach eine Antwort auf Platt. Dadurch gewann er ſich die Herzen des guten Landvolkes — ſoweit er ſie nicht von Kindheit an beſaßen. Die Eigenart jedes Dörfchens und jedes Fleckens, mit ihren Schattierungen in den Lebensgewohnheiten und in der Ausſprache, zog ihn an. Eigentlich hatte dort jeder Menſch ſeine Eigenart und der eine kannte des andern Getu' und Gebaben. Das gab dann Anlaß zu vielen Scherzen, und Hiſe tat aus vollem Herzen mit. Wie die Menſchen ſeiner engeren Heimat, war auch Hiſe faſt ſtändig aufgelegt zu einem köſtlichen Humor, der bei ihm gelegentlich ſogar ein wenig „biſſig“, aber nie kränkend werden konnte. Seine übermütigen Neckereien wurden allerdings auch ſchon mal von Menſchen anderen Schlages mißverſtanden. Aber bei ſeinen parlamentariſchen Freunden wußte man ſeine Art zu ſchätzen, ſelbſt wenn ſeine Scherze bewußt erziehend waren. Seinen Freund und parlamentariſchen Schüler Trimborn bemutterte Hiſe z. B. gern, weil dieſer etwas bequem und im Außern ein wenig nachläſſig war, während Hiſe ſchon ſeit ſeiner Studentenzeit beſondern Wert auf ein korrektes Außere und ordentliches Auftreten legte. Wenn Trimborn bisweilen gegen ihn aufbegehrte und ihn — halb ſcherz=

haft, halb ernst — als einen „richtigen Oberlehrer“ bezeichnete, berief sich Hize auf einen Auftrag von Trimborns Frau und alles endigte humorvoll. Manchmal war allerdings sein Lachen das Lachen der Resignation. So, wenn er mit dem jungen Spahn über die berufsgenossenschaftlichen Pläne des alten Kanzlers sprach, die Spahn wieder zur Grundlage der Sozialpolitik gemacht wissen wollte. „Er bestritt“ — erzählt Spahn — „daß das deutsche Proletariat und seine Klassenangestellten zu wahrhaft berufsgenossenschaftlicher Organisation und ständisch lebensvoller Zusammenfassung tauglich seien. Die Leute wären für Vohnkämpfe zu haben und stellten Forderungen für ihren Schutz gegen das Unternehmertum auf. Aber höher reiche es nicht. Seine ungewöhnlich breite Unterlippe hing dann wohl noch etwas melancholischer herab als gewöhnlich. Er stieß ein plötzliches Lachen heraus und lenkte das Gespräch auf andere Dinge herüber.“ — Gerade sein skeptischer Realismus war es aber auch, der ihm die ungewöhnliche sozialpolitische Tatkraft gab. Mit den weiten Perspektiven von „Kapital und Arbeit“ wäre er nicht zu jenem „innerkapitalistischen“ Idealismus gekommen, der ihn auf die vielen nüchternen Gegenwartsaufgaben verpflichtete. Etwas vom Pflichtbewußtsein des Preußentums lag in seinen Motiven, wie ja auch etwas vom Glauben an die „christliche Obrigkeit“, an die „Staatsraison“ in seinen gesetzgeberischen Zielen nachzuklingen schien. Typisch neudeutscher Geisteshaltung entsprach es, wenn sich ein so großes Stück seiner sozialen Ethik an das Ethos des Staates knüpfte. Dort, wo westliche Völker zunächst an die Gesellschaft denken, denkt ja der Deutsche zuerst an den Staat, der ihm das Reich der höheren Vernunft ist. Irgendwie dachte auch Hize immer in kollektivistischen Kategorien, der soziale Individualismus der belgischen und französischen Katholiken war ihm etwas Fremdes. „Man muß die Guten zwingen, in Aktion zu treten, damit die Bösen nicht die Ueberhand bekommen“ — dieser Satz aus „Kapital und Arbeit“ kennzeichnet am besten seinen ihm stets eigentümlich gebliebenen Glauben an die Staatsgewalt, zu dem das notwendige Gegenstück sein tiefer Zweifel

am Eigenleben des Volkes war. Auch seine sozialpädagogischen Bestrebungen waren ja letztlich nicht so sehr Hilfe zur Selbsthilfe, als „Staatsbürgerschule“, bewußte Einordnung der deutschen Katholiken in die soziale und nationale „Staatsraison“, Fruchtbarmachung der sozialen Gesetzgebung. Aber sein ständiges Bemühen um die Emanzipation und „Mündigkeit“ der Arbeiter? Abgesehen davon, daß auch dies kollektivistisch gerichtet war, bleibt zu bedenken, daß selbst die Arbeitskammern, die Gewerkschaften, die Beteiligung der Arbeiter an den Organen der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes etc., der „Einbürgerung“ der Arbeiterschaft, der Beseitigung von Hemmungen für die Sozialpolitik, der Nationalisierung des industriellen Wohlfahrtsstaates zu dienen hatten. Ist nicht der Staat der Nachkriegszeit der lebendigste Beweis dafür, daß Demokratie und Arbeiteremanzipation durchaus nicht im Widerspruch zu stehen brauchen zur Unitarisierung und Intensivierung der Staatsgewalt? Im Gegenteil: Jenseits der organischen Lebensformen der Gemeinschaft, wie Familie, Stamm, Landschaft und Volk wird alle Demokratie politisch, dient sie der Staatsnation, schlägt sie in Objektivierung und Beherrschung um. Der besitz- und heimatlose Auarbeiter hat ja gar keine Möglichkeit für eine natürliche „Demokratie“; kommt er politisch zur Macht, so bleibt ihm nichts übrig, als sich durch Umkehrung der Staatsgewalt gegen die früher allein regierenden Klassen für die fortbestehende soziale Ungleichheit zu entschädigen. Dieser „Volkswille“ ohne Unterbau ist immer abstrakt, ungegliedert, politisch. Er ist es in den Parteien, er wäre es aber heute auch in Arbeitskammern, weil die Hierarchie der Berufe als Grundlage fehlt. Hize wollte die Volksgemeinschaft über alle Konfessionen hinweg — aber er glaubte sie schaffen zu können durch gesetzgeberische Ueberbrückung der Klassen, durch Arbeitsgemeinschaft, ohne Ueberwindung der polaren Gesellschaftsordnung selbst. Die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft als solcher schien ihm Utopie — nein, schien ihm nicht einmal ratsam. Die Fabriken, die Maschinen waren ihm ein unentbehrlicher Fortschritt. So sehr er auch die Be-

seitigung der verheirateten Frau aus der Industrie wünschte — die Beseitigung der weiblichen Fabrikarbeit überhaupt, daran dachte er später nicht mehr. Zum mechanischen Webstuhl sind Frauenhände unentbehrlich — damit war die Frage für ihn entschieden. Der soziale Fortschritt durfte die Grundfesten des gegenwärtigen Systems nicht erschüttern, nur schrittweise durfte er vorgehen. Er rechnete durchaus mit dem Gesehe der Trägheit. Im Garten von Brandts sprach Hilse einmal mit dem späteren Reichsarbeitsminister Brauns über Fragen der Taktik innerhalb der eigenen Partei und Fraktion. Er blieb bei der Unterhaltung stehen und wies mit seinem Spazierstock auf ein fernes Ziel und sagte zu Brauns: „Glauben Sie mir, wenn ich meinen Fraktions- und Parteifreunden gesagt hätte, ich will da und dort hin (zu diesem entfernteren Ziel), ich hätte sie nicht für mein Vorgehen gewonnen. Ich habe ihnen statt dessen gesagt: „Aber bis hierhin (damit zeigte er mit seinem Stock nur einige Schritte vor sich) könnt ihr doch alle mitgehen“. Diese Bemerkung ist bezeichnend für Hilses ganzes Denken und Handeln. Und man darf vielleicht hinzufügen: auch das „fernere Ziel“ wird über den Brandtschen Garten nicht hinausgegangen sein, es blieb in der „Umfriedung“ der Fabrik, des Unternehmens und der Lohnarbeit. Auch sonst war Hilse der Idealtypus des Parlamentariers, der aus dem „Volonté générale“ das „Juste-Milieu“ zu finden suchte. Er dürfte es sein, der entscheidend dazu beitragen hat, daß die katholische Fraktion zur Partei der Mitte, des Ausgleichs wurde, deren Taktik nicht unwesentlich von den praktischen Möglichkeiten und der parlamentarischen Kräfteverteilung bestimmt war. Es ist kein Zufall, daß Hilse bei großen Debatten im Reichstage sich fast immer als letzter Redner zum Worte meldete, nachdem die Opposition von rechts und links sich ausgesprochen hatte. Dann suchte er das Haus auf eine mittlere Linie zu einigen und ein praktisches Ergebnis zu ziehen. Ganz ähnlich wirkte er in der eigenen Fraktion. Obwohl er kein eigentlicher Staatspolitiker war, hatte er selbst bei hochpolitischen Ent-

scheidungen einen Einfluß, welcher der Waage der Meinungen oft den „Ausschlag“ gab. Seinem ausgleichenden Geschick, das leidenschaftslos nur auf den Nutzen für das Ganze ging, beugten sich seine Fraktionsgenossen und — im Plenum wie in den Ausschüssen — oft genug auch die andern Parteien.

Es ist wohl nicht von ungefähr, daß Hize als Professor der christlichen Gesellschaftslehre es nie zu einem grundsätzlichen Kolleg im Sinne seines Lehrauftrages gebracht hat. Alle seine Vorlesungen waren mehr oder weniger „Ausgewählte Kapitel aus der Sozialpolitik“, persönliche Bekenntnisse, Mitteilungen aus der praktischen Arbeit. Selten lag ihnen ein ausgearbeitetes Schema zugrunde. Es kam hinzu, daß er kein hinreißender Redner war. Die Sache war ihm wichtiger, als rein rhetorische Effekte. Noch heute erzählen seine Schüler, daß seine Vorträge nicht entfernt die Macht seiner Persönlichkeit kundtaten. Erst auf dem Heimwege von der Universität haben die ihn begleitenden Studenten, seine Führernatur und sein Erziehtum tiefer empfunden. Hize fuhr oft zwei- oder gar dreimal wöchentlich nachts von Münster nach Berlin, um den Reichstagsverhandlungen beizuwohnen und in der folgenden Nacht wieder zurückzureisen. Trotzdem mußten die Vorlesungen oft ausfallen, weil dieser Doppelberuf mit Hizes Gesundheit auf die Dauer unvereinbar war. Von den Skizzen, die er für seine Vorlesungen benutzte, hat er zwei für den Druck ausgearbeitet. Eine über die Vinzenzvereine, eine andere über die Agrarfrage. Sein „Abriß der Agrarfrage“ erschien 1908 im Rahmen der „Sozialen Tagesfragen“, Monographien, die der Volksverein herausgab. Hier schilderte Hize den Bauernstand als den Jungbrunnen der physischen und sittlichen Volkskraft, als den eigentlichen „Nährstand“ der Nationen. Man merkt es dem Verfasser an, daß hier sein Herz von einem tiefen Heimweh zur Urzelle des Volkstums, der er selber entstammte, erfaßt wurde. Nie hat er die Arbeiterschaft so teilnehmend geschildert, wie hier das Bauerntum. Sein Verhältnis zum Proletariat scheint uns allerdings auch nie ein so inniges gewesen zu sein,

mag er auch in der Brandtsschen Fabrik, in den Wohlfahrtsvereinen, in den Gewerkschaften mit Arbeitern Fühlung gehabt haben. Nirgendwo finden wir bei ihm Andeutungen, welche ein so persönliches Eindringen in das Proletariatschicksal, in die Seele des Industriearbeiters, in den Lebens- und Werkraum des modernen Großstadtmenschen vermuten lassen. Dabei war Hize stets zur Mildtätigkeit bereit und scheute die größten Opfer nicht, wenn er jemand aus unverschuldeter Notlage helfen konnte. Allerdings war er auch da sehr kritisch und zog Erkundigungen ein über die Bittsteller. Arbeitsuchenden, denen das Handwerkzeug fehlte, gab er nie Geld, sondern schickte seine Neffen mit zum Einkauf oder ließ sie mit der Fahrkarte durch die Sperre begleiten usw. Vielen Menschen half er zu einer neuen Existenz, manchen Bittgang unternahm er, um sie nötigenfalls zu rehabilitieren. Mag auch sein ganzes Leben der Arbeiterfrage gegolten haben, so war er doch nicht restlos mit ihr verwachsen. Der bauerliche Mittelstand blieb für Hize „ein bedeutungsvolles Mittelglied zwischen ‚Kapital‘ und ‚Arbeit‘.“ Er wehrt sich gegen jene „Agrarier“, welche die Emanzipation der Arbeiter mit Skepsis betrachten, auf die großen sozialen und sittlichen Schäden der industriellen Entwicklung hinweisen und jedem Fortschritt der Sozialreform Hemmnisse bereiten. Die Landwirtschaft könne den Bevölkerungsüberschuß doch nicht resorbieren: „Man mag über die Gefahren und Unsicherheit der industriellen Entwicklung philosophieren — ein Zurück und auch ein Halt ist nicht mehr möglich“ (S. 17). Daß der reine Lohnarbeiter-„stand“ womöglich eine Fehlentwicklung des sozialen Lebens ist, kommt ihm nicht in den Sinn. Industrie und Arbeiter erscheinen ihm wirtschaftspolitisch ebenso notwendig, wie Landwirtschaft und Bauer. — Interessant ist, daß er den Großgrundbesitz nur eingeschränkt, nicht aber ganz aufgehoben wissen will. Der Großbetrieb soll nicht nur Pionier des landwirtschaftlichen Fortschrittes sein, sondern auch „als wirtschaftliche Unterlage einer gehobenen gesellschaftlichen Schicht — des Grundadels — als Träger höherer Kultur...“ bestehen bleiben. Im Anschluß daran bemerkt

Hitze: „Wenn der kleine brandenburg-preussische Staat die Hegemonie über die in der Kultur weit ältern preussischen (?) und deutschen Volksstämme gewonnen und Deutschland zur Einheit geführt hat, so ist das nicht in letzter Linie dem zähen, zielbewußten und energischen ‚ostelbischen Junkertum‘ zu danken (!) ..“ Diese Bemerkung ist nicht nur bezeichnend für die völlige Umstellung der Haltung der politisch führenden Katholiken zu Preußen-Deutschland, sondern auch dafür, daß Hitze's Sympathien für Preußen seit seinen römischen Studienjahren keine Einbuße erlitten hatten — war doch der ostdeutsche Staatsgedanke die tragende Kraft seiner sozialpolitischen Arbeit. Hitze steht übrigens nicht an, in seinem Buche auch die Bedeutung der Arbeiterversicherung für das Landvolk zu loben. Die ländlichen Arbeiter hätten — so heißt es — die Leistungen derselben, insbesondere der Invalidenversicherung (deren Ausdehnung auf das Land er im Reichstage bekämpfte!) allmählich schätzen gelernt. Wenn früher der Bauer es für seine selbstverständliche Pflicht erachtet habe, für seine Leute im Notfalle zu sorgen, „so ist die Arbeiterversicherung nur eine neue, zweckmäßigere Form dieses alten Gedankens.“ Ob die Ablösung der persönlichen Pflichten durch den Staatszwang nicht mit der Zeit zu einer Aushöhlung des sittlichen Lebens führen könnte, erörtert er nicht. Bei Behandlung der Frage der Freisetzung der Arbeiter durch landwirtschaftliche Maschinen bezeichnet Hitze die winterliche Beschäftigung in Fabriken und Hausindustrie für die beste Lösung. Die Vorzüge der Stadt sollen auch den Landbewohnern tunlichst vermittelt werden. Presse, Schule, soziale Fürsorge sollen auch auf dem flachen Lande in Wirksamkeit treten. Trozdem schließt das Büchlein mit dem Hinweis: „Bei dem ungestümen Rufe nach Staatshilfe wird gar zu leicht der eigenen Pflichten vergessen. ‚Hilf dir selbst, so hilft dir Gott‘, gilt auch heute noch, zumal in der Landwirtschaft. Persönliche Tätigkeit, Fleiß, Sparsamkeit, Umsicht und Ausdauer bieten auch heute noch die sicherste und einzige Gewähr der Erhaltung und Gefundung unseres Bauernstandes.“

Hier, wie so oft bei Hize, gerät man ein wenig in Verlegenheit über die Widersprüche in seinen Äußerungen. Es ist nicht allein das grundsätzliche „Sowohl — als auch“, das alle echte Lebensweisheit anerkennen muß, wenn sie nicht einseitig und sektiererisch werden will, sondern nicht selten auch eine Zusammenstellung wirklich unvereinbarer Gegensätze. Man würde sich die Erklärung unerlaubt vereinfachen, wenn man sie erst auf den Einfluß von Brandts oder gar den des parlamentarischen Opportunismus zurückführen würde. Hizes Persönlichkeit ist vielmehr schon in ihrer ursprünglichen Anlage eine „complexio oppositorum“, eine Vereinigung von Gegensätzen. Schon in den ersten Schriften aus seiner Feder fällt ja der Mangel an Eindeutigkeit auf. Man irrt, wenn man „Kapital und Arbeit“ als ein Werk von letzter logischer Klarheit und Grundsätzlichkeit ansieht. Der Unterschied zu später liegt vielmehr in dem programmatischen Charakter dieses Buches, dem ja später eine mehr kasuistische, von Fall zu Fall entscheidende Sozialpolitik folgt, bis schließlich — wie noch zu zeigen sein wird — in den letzten Lebensjahren ein drittes Stadium, das der Rückkehr zu einem Programm, die Entwicklung abschließt. Noch im Jahre 1906 gab Hize die Ideen seines Jugendwerkes völlig preis. Damals berief sich im österreichischen Wahlkampfe ein Teil der „Klerikalen“ auf die Kritik, die Hize in „Kapital und Arbeit“ dem Parlamentarismus angedeihen ließ. Hize schrieb alsbald an den führenden Landeshauptmann Ebenhoch, daß er es bedauern würde, wenn seine vor 26 Jahren geschriebenen theoretischen Äußerungen jetzt noch zu einer Zersplitterung in den Reihen der österreichischen Parteifreunde führen würden. Auch das berufsständische Wahlrecht enthielte eine Fülle von Schwierigkeiten und Mängeln. „Jedenfalls aber hat die moderne ‚staatsbürgerliche‘ Auffassung heute so sehr die Oberherrschaft in den Anschauungen der Zeit gewonnen, daß für die Einführung des berufsständischen Wahlrechtes für die politischen Wahlen absolut keine Aussicht ist... Gewiß, auch das allgemeine gleiche Wahlrecht ist nicht ideal,

aber es ist ein einfaches Prinzip, wird schnell begriffen, entspricht der allgemeinen Wehrpflicht — und ist nun einmal das heiß ersehnte politische Ziel auch unserer weiten christlichen Volkskreise geworden... Ich würde es für eine geradezu verhängnisvolle Politik erachten, wenn Sie sich dieser gewaltigen Strömung entgegenstemmen — „päpstlicher als der Papst“ (die Regierung) sein wollten. Das sog. Massenwahlrecht kommt doch — mit Ihnen oder gegen Sie —, und die „Massen“ würden es Ihnen nie verzeihen, wenn Sie ihnen dieses lang-ersehnte Recht hätten vorenthalten wollen...“ Daraus geht unzweifelhaft hervor, wie stark sich Hise von den „Realitäten“ leiten ließ, ja, daß ihm die Berücksichtigung des Massenwillens und des Zeitgeistes gelegentlich als das mindere Uebel erschien, denn „Geschichte“ zu machen ohne Erfolgsgewähr. —

Im Jahre 1910 erschien als Nummer 6 der „Vortragskizzen“ des Volksvereins eine „Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeitersozialpolitik“ von Hise. Das Kapitel „Arbeiterfrage“ daraus ist ein Sonderdruck aus dem Görreslexikon, das über die Sozialpolitik ein Sonderdruck aus der „Sozialen Kultur“ (des „Arbeiterwohl“ neue Folge). Die Gedanken sind im Grunde die gleichen wie in seinem Buche über die „Arbeiterfrage“: Erst der Gegensatz von „Kapital“ und „Arbeit“ in der industriellen Entwicklung habe die Lohnbeschäftigung zum Lebensberuf gemacht und damit die „Arbeiterfrage“ hervorgerufen. Trotzdem wird an anderer Stelle gesagt, die Arbeiterfrage sei so alt wie die menschliche Gesellschaft selber. Der Unterschied zur modernen Arbeiterfrage sei der, daß heute der Arbeiter persönlich frei sei und darum seine schlechte Situation mit viel höheren Maßstäben mißt. Als Mittel zur Emanzipation und geistigen Hebung nennt Hise eigentümlicherweise — die gewaltigen Fortschritte der Technik und Wissenschaft. Sie überwinden die Spannung zwischen Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsmittelspielraum, so daß nur noch für eine demokratische Teilnahme an den genannten Fortschritten zu sorgen ist. Konzentration des Kapitals wäre

kein Hindernis für Dezentralisation des Besitzes, es gelte nur, den Anteil der Massen am Kapital und Kapitalertrag zu sichern, d. h. den Kapitalismus zu demokratisieren. „Wir gedenken auch ohne Groll — heißt es an anderer Stelle — der Jahrzehnte, in denen der wirtschaftliche Liberalismus die Fesseln einer veralteten Ordnung gelöst, der persönlichen Tüchtigkeit und Energie freie Bahn gebrochen, die Quelle eines gewaltig steigenden wirtschaftlichen Wohlstandes geöffnet hat.“ Arbeiterschutz, Sozialversicherung und gewerkschaftliche Selbsthilfe hätten bereits aus dem Proletarier den wirtschaftlich gehobenen, selbstbewußten, emporstrebenden, für ideale Ziele begeisterten Vollbürger gemacht. Allerdings gebe es noch viel Elend, darum müsse die Sozialpolitik fortgeführt werden; die Spareinlagen und Gewerkschaftskassen seien ein Beweis dafür, daß die staatliche Sozialgesetzgebung die eigene Initiative und Vorsorge für die Zukunft nicht ertötet habe.

Daß die Unternehmerseite nicht so optimistisch urteilte — soweit es die schöpferischen Wirkungen der Sozialpolitik auf das wirtschaftlich-soziale Leben betraf — war nicht weiter verwunderlich. Die Ära Bosa-dowsky, die so verheißungsvoll für die Schwerindustrie begonnen, hatte einen unerwarteten sozialpolitischen Fortschritt gezeitigt, und nach den Blockwahlen hatte Fürst Bülow das Wort geprägt „Nun e r s t r e c h t S o z i a l p o l i t i k!“ Unter dem Staatssekretär und Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg war denn auch tatsächlich das sogenannte Reichsvereinsgesetz zustande gekommen, das den Gewerkschaften endlich die rechtliche Stellung gebracht, welche diese seit Jahren gefordert hatte. Außerdem war durch die Zusammenfassung der Versicherungsgesetze in der Reichsversicherungsordnung die Sozialversicherung völlig stabilisiert worden. Die sozialen Lasten waren seit 1879 um das 2½fache pro Kopf gestiegen. Alle diese Tatsachen verstärkten den Widerstand der Arbeitgeber von Tag zu Tag. Da erschien 1912 ein Buch des Nationalökonomten Prof. Bernhard von der Berliner Universität, welches unter dem Titel „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ einen heftigen Vorstoß gegen

die deutsche Sozialpolitik unternahm. Bernhard war Antipode der Berliner Kathedersozialisten und hatte im gleichen Jahre über dasselbe Thema vor der Generalversammlung der deutschen Eisenhüttenleute gesprochen. Die Schrift rief Hitze, den „getreuen Ekkehard der Sozialpolitik“, auf den Plan, und bald nach Erscheinen des Bernhardschen Buches erschien eine Verteidigung aus seiner Feder unter dem Titel „Zur Würdigung der deutschen Arbeitersozialpolitik“. Hitze begann seine scharfe Antikritik mit dem Vorwurf gegen Bernhard, daß er, „statt allgemeiner theoretischer Erwägungen“ über die Bewegungsfreiheit des einzelnen und die Grenzen staatlicher Beschränkung der Persönlichkeit, nur in die Fabrik gegangen sei, um dort Induktionen anzustellen, inwieweit die soziale Gesetzgebung die persönliche Verantwortung und Initiative t a t s ä c h l i c h eingeengt habe. Bedenkt man, daß Hitze fast immer von der Erfahrung ausging und von „allgemeinen theoretischen Erwägungen“ selbst nicht viel hielt, so setzt gerade d i e s e Einleitung etwas in Erstaunen. Volle Zustimmung verdient aber Hitze, wenn er Bernhards Mangel an eigenen positiven Vorschlägen verurteilt und feststellt, daß das Buch, so wie es ist, einzig und allein dem sozialreaktionären Scharfmachertum zu dienen geeignet ist. Auch sachlich konnte Hitze die Unhaltbarkeit vieler Vorwürfe Bernhards feststellen: die „dreifache Zuständigkeit“ bei der Genehmigung privater Betriebe erwies sich z. B. als Ergebnis der historischen Entwicklung — und nicht des sozialpolitischen Uebereifers, die Kritik an der Gewerbeinspektion war wenig sachlich und mit unzureichenden Unterlagen geführt. Ähnliches galt von Bernhards Ausstellungen an der staatlichen Regelung gewerblicher Unternehmungen. Da Bernhard in seinem Buche auch die Frage einer Verstaatlichung privater Betriebe angerührt hatte und vom „Zeitalter der Sozialpolitik“ einen Zugriff auf die Bergwerke befürchtete, ging Hitze auch darauf ein. Er erklärte, daß er kein prinzipieller Gegner der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues sei und daß eine solche als Gegengewicht gegen die Macht des Kohlen Syndikats wohl am Platze wäre. Dann heißt es — im Gegensatz

zur Einleitung des Buches — weiter: „Die Frage, inwiefern das, was für den Kohlenbergbau gilt, auch auf andere Produktionszweige Anwendung findet, läßt sich nicht auf Grund allgemeiner theoretischer Erwägungen beantworten, sondern nur von Fall zu Fall. Das ist eben der Fortschritt gegenüber der früher herrschenden ‚liberalen‘ Doktrin, daß diese Fragen nicht nach bestimmten vorgefaßten Formeln entschieden werden, sondern jede Frage für sich unter Abwägung aller Gründe für und gegen behandelt wird.“ — Zur Frage der Rentenhyserie und der traumatischen Neurosen gibt Hize einem Praktiker und einem Arzt das Wort, die beide an Hand von sachlichen Belegen die Allgemeinheit unerwünschter Folgen der Rentenversicherung bestreiten. Daß die Neigung, die Versicherungskassen auszunutzen, nicht gerade selten ist, beweisen allerdings nicht nur die Erfahrungen der Krankenhäuser, sondern auch die Äußerungen vieler Versicherten selber. Diese innere Einstellung der Massen zur Sozialversicherung wird statistisch nie zu erfassen sein, weil sie nur in häuslichen Gesprächen, Unterhaltungen in Wartezimmern und Schallterräumen usw. sich offenbart und selbst vom Arzt selten noch besonders verfolgt wird. So übertrieben die Darstellungen Bernhards über die Fälle von Simulation und Hypochondrie auch sein mögen, so unleugbar ist jene Verantwortungsschwächung durch die öffentlich-rechtliche „Versorgung“, welche sich in den vielen kleinen Fällen von Krankengeldsucht, Medikamentenbegehren usw. kundtut. Es hieße die menschlichen Schwächen allzu wenig realistisch beurteilen, wenn man durchaus bestreiten wollte, daß der Versicherte geringere Hemmungen hat, fremde Kassen zu beanspruchen, als die eigene. Jedenfalls ist die Begründung der Sozialversicherung im Solidaritätsgefühl, wie sie Hize gibt, bei den Zwangskassen nicht immer bestätigt. Aber solange Anselbständigkeit zum spezifischen Kennzeichen der heutigen Gesellschaftsordnung gehört, d. h. solange die bezahlte Lohnarbeiterschaft ihr den Charakter gibt, ist das Postulat der Selbsthilfe fast hinfällig. Nach „Föderalisierung“ der Produktion, d. h. nach einer Aufspaltung der Großbetriebe und Zueignung der Produktionsmittel

an die „Arbeiter“ würde andererseits auch die sachliche Notwendigkeit von Unfall-, Altersversicherung usw. erheblich zusammenschrumpfen. Auf dem Boden des Kapitalismus aber wird Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung auf die Dauer unvermeidlich sein. Man muß Hise zustimmen, wenn er sagt, daß „was in Jahrzehnten versäumt, nicht in Jahren wieder gutgemacht werden konnte... Die Reform muß tiefer eingreifen, und muß vor allem von den lebendigen Kräften des Christentums gestützt sein. Sie muß als sittliche Pflicht empfunden und betätigt werden.“ Wenn Bernhard indessen von einer Bürokratisierung, einem Altern der Sozialpolitik spricht, so mag das agitatorisch gemeint sein, wird sich aber heute sachlich kaum mehr bestreiten lassen. Auf der Heerschau der Sozialpolitik, wie sie die „Gesolei“ 1926 brachte, ist nicht nur „Sozialreaktionären“ der Gedanke gekommen, daß soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege zum „Amt“ und zum Selbstzweck zu erstarren drohen — weil, je länger je mehr, für alle Lebensalter und alle Lebenslagen von oben und außen her „gesorgt“ und der ursprüngliche und natürliche Aufgabenkreis der Selbstsorge und Selbsthilfe allmählich aufgehoben wird. Eine Anzahl von Institutionen und Menschen „lebt“ heute geradezu von der Notlage der Gesellschaft, indem sie diese statistisch erfaßt und ihren verschiedenen Ausdrucksformen helfend beizukommen versucht. Dieser soziale Beruf gewinnt dabei eine gewisse Romantik und Selbstzwecklichkeit, die geeignet ist, das Bewußtsein von dem Aushilfscharakter der öffentlichen und privaten Fürsorge zu mindern und die Notstandsmaßnahmen zu stationieren. Allerdings läßt die Parole „Vorbeugen ist besser als heilen“ hoffen, daß gerade die Uebersteigerung des Heilens und Helfens zu der Einsicht führt, daß Sozialpolitik niemals gesellschaftliches Eigenwachstum und Sozialreform überflüssig machen kann und darf. So richtig es auch ist, wenn Hise schreibt, daß die Sozialversicherung dem Arbeiter an Stelle des „entehrenden Brotes der Armenpflege“ einen Rechtsanspruch vermittelt habe, so bleibt immer zu bedenken, daß gerade dieser „Anspruch“ das Ziel der Verselbständigung und der Selbsthilfe in

den Hintergrund rückt. So fern dieses Ziel auch liegen mag, so unerreichbar auch die restlose Harmonie der Gesellschaft und so unvermeidlich darum auch stets „Sozialpolitik“ sein wird, so unerläßlich ist doch die stete Erinnerung daran, daß der „besitzlose Luruarbeiter“ keine Normalerscheinung der sozialen Entwicklung ist und daß die Wiedervereinigung von „Kapital“ und Arbeit, Produktion und Konsum nicht durch Sozialpolitik ersetzt werden kann. Erst diese Wiedervereinigung wird auch die Rangordnung der Werte wiederherstellen, den Menschen wieder zum Ziel und Ausgangspunkt der Wirtschaft machen, damit die berufliche Gliederung der Gesellschaft ermöglichen und so die eigentliche Ursache der „Arbeiterfrage“ beseitigen. Jedenfalls ist nicht „die Leistungsfähigkeit der Industrie“ die eigentliche „Grenze der Sozialpolitik“, wie Hize am Schlusse seines Buches gegen Bernhard meint. —

Hizes unverwüßlicher Optimismus und sein ehrlicher Glaube, daß die Sozialpolitik den Proletarier zum Vollbürger gemacht habe, kommt noch einmal in seiner Schrift „Die Arbeitersozialpolitik unter Kaiser Wilhelm II.“ (Berlin 1914) zum Ausdruck. Gerade in dieser Schrift wird klar, wie sehr Hize den Vollbürger mit dem Vollmenschen schlechthin zu identifizieren geneigt war. Wir können nicht glauben, daß sein Patriotismus nur Mittel zum Zweck war und das Parlament (wie Spahn jr. meint) nur Forum für seinen sozialpolitischen Willen. Gewiß war für Hize die Abwendung des letzten Hohenzollernkaisers von der patriarchalischen Auffassung Bismarcks eine willkommene Stütze seiner Bestrebungen. Die Berufung auf die Februarerlasse war ein wirkungsvoller Schutz gegenüber den Angriffen der schwerindustriellen Reaktion. Aber die nationale Einigung war für Hize auch ein positiver Wert. Nachdem der Kulturkampf abgebrochen und das Sozialistengesetz aufgehoben war, sollte durch Sozialpolitik die staatsbürgerliche Gemeinschaft aller Weltanschauungen und Stände herbeigeführt werden und so die Reichsgründung von 1871 erst ihre „Erfüllung“ finden. Auch die Sozialdemokratie sollte entgiftet und ihre Massen der Nation eingeordnet werden.

„Solange die Massen“ — schreibt Hise — „noch an die Macht des Stimmzettels glauben und diesen Glauben freudig betätigen, ist die Gefahr der Revolution noch nicht akut. Es ist das Ventil, durch das die innere Unzufriedenheit zur Auswirkung kommt, und es wäre eine falsche Politik, die gewaltige Explosion damit verhüten zu wollen, daß das Ventil verschlossen wird.“ Aber die Sozialpolitik — so glaubt Hise — habe der Agitation des Umsturzes bereits den Boden entzogen; statt „Zukunftspantasien nachzujagen, rechnet man mit der bestehenden Gesellschaftsordnung und sucht hier Einfluß zu gewinnen“. So sei kein Grund zur Verzweiflung. Die in christlichem Geiste getätigte Sozialreform sichere uns ein gutes Gewissen und gebe uns das Recht, „wenn nötig, auch mit dem Schwerte die bestehende Ordnung zu schützen“. Die Eingliederung des vierten Standes in den Gesamtorganismus vollziehe sich zwar langsam, aber stetig und sicher. Es gilt nur, dem Banner der kaiserlichen Erlasse zu folgen: „Auch auf sozialem Gebiete gibt es keinen Stillstand, sondern auch hier heißt es: Vorwärts, mit Gott, für König und Vaterland!“

Im Mai 1914 veranstaltete die Gesellschaft für Soziale Reform — welcher Hise führend angehörte — eine riesige Kundgebung für Fortführung der Sozialpolitik. Neben Berlepsch, Posadowsky, Schmoller, Dernburg und Mumm sprach damals auch Hise. Die Spannung zwischen Regierung und Arbeiterschaft blieb zwar zunächst noch bestehen, aber die sozialpolitische Reaktion wurde unter dem Eindruck dieses Appells schon etwas vorsichtiger. Dann brach der Krieg aus. Der Kaiser reichte im Schlosse den Führern der Sozialdemokratie die Hand. Das, was jahrzehntelange Arbeit nicht restlos vermocht, war das Werk weniger Stunden: Deutschland schien ein einiges Volk — über alle Klassen und Bekenntnisse hinweg. Auf lange Jahre war aber damit auch die Sozialpolitik suspendiert zugunsten der Landesverteidigung.

*

II.

Die Arbeiten Hizes wurden damit noch stärker als bisher auf das literarische Gebiet beschränkt. Sein letztes Werk galt der Familie — und damit kehrte er in dieser Zeit der Besinnung zum Urquell allen sozialen Glückes zurück. Auf dem Katholikentag in Frankfurt am Main 1916 hatte Hize über „Geburtenrückgang und Sozialreform“ gesprochen. Das Thema erschien ihm so wichtig, daß er es zu einer umfassenden Untersuchung ausbaute, die dann unter dem gleichen Titel im Jahre 1917 veröffentlicht wurde. Als erste Gefahr, die aus der seit 1900 wachsenden, bewußten Beschränkung der Geburten für Hize resultierte, sah er die „Gefährdung unserer militärischen Machtstellung“. An zweiter Stelle nannte er die Bedrohung der wirtschaftlichen Weltstellung, dann den Niedergang der Rassenqualität und erst an letzter Stelle die Erschütterung der sittlichen und religiösen Ordnung. Diese etwas eigentümliche Rangordnung der Schäden dürfte wohl aus der Psychologie des Krieges verständlich sein. Aber auch bei der Darstellung der Gründe des Geburtenrückganges vermißt man als vorzügliche Ursache die Denaturierung der Gesellschaftsordnung. Es wird vielmehr an erster Stelle der Alkoholismus genannt, der ja selbst in der Auflösung der Familie, in der Verödung des Arbeitsprozesses, in der Bedarfsdeckung des Alkoholkapitals, in der Trennung von Lebensraum und Werfraum, in der Wohnungsnot, im Großstadtleben, in der Denaturierung der Lebensweise usw. seine Ursache hat. Ähnliches gilt von den Geschlechtskrankheiten und von der Präventivtechnik, welche Hize dann weiter aufführt. Erst an vierter Stelle erscheinen eigentliche soziale Ursachen: Schwierigkeit der Lebenshaltung für kinderreiche Familien, gesteigerte Lebensansprüche, frühe Emanzipation der Jugend, Wohnungsfrage, ehehinderliche Arbeitsbedingungen, Erwerbstätigkeit der Frauen und Mädchen, Mangel an Opfersinn und Gottvertrauen. Hize gibt zu, daß trotz aller Sozialpolitik, trotz steigenden Nationalreichtums es nicht gelungen sei, die Hauptschwierigkeit (?) der Arbeiterfrage zu lösen: „Wie helfen wir dem Ar-

beiter über die Jahre hinweg, in denen die Kinder sich mehren und anwachsen, die Unterhaltungskosten steigen, während das Einkommen bleibt oder vielleicht sogar infolge des Ausfalls des Mitverdienstes der Frau fällt?“ Auf dem Lande seien die Verhältnisse viel günstiger. Die Stadt erziehe zu ungesunden Bedürfnissen, die vielfach nur auf Kosten der Kinderzahl befriedigt werden können. Die frühe Emanzipation der Kinder vom Elternhaus (sofern man noch vom „Elternhaus“ reden kann!) bezeichnet Hize als „eine der traurigsten Erscheinungen unserer industriellen Entwicklung“. Der Frau fehle Sinn und Verständnis für Haushalt und Erziehung; Familiengesinnung und -liebe hätten sich der häuslichen Einfachheit und Ordnung entwöhnt. Das Eigenheim sei verschwunden und die Mietskaserne zum Beutefeld städtischer Grundstückspekulanten geworden. Der Schwerpunkt des Lebens ruhe in der Lohnarbeit, nicht in Häuslichkeit und Familie. Selbst in Fällen, wo es nicht absolut notwendig ist, zögen die Mädchen den Verdienst durch Fabrik- und Büroarbeit der Vorbereitung auf das Muttertum vor. Im Heiratsfalle sei dann die Folge, daß der Mann das Heim, welches die Frau nicht zu gestalten weiß, verläßt oder doch mit dem Wirtshaus vertauscht. In der Großstadt gedeihe der politische Radikalismus besser als die Religion; die Rationalisierung der Geburten sei die Folge materialistischer Verführung. Trefflich sind die Vorschläge, die Hize für die Bekämpfung des Alkoholismus macht — leider haben sie bis heute bei den „staats-erhaltenden“ Parteien wenig Anklang gefunden. Interessant ist, daß Hize sich schon damals — trotz seiner Neigung zum Staatssozialismus — gegen die polizeiliche Anzeigepflicht bei Geschlechtskrankheiten ausgesprochen hat und der Salvarsanbehandlung skeptisch gegenüberstand. In der Frage der Abtreibungs- und Empfängnisverhütungsmittel hält Hize ein absolutes Verbot für aussichtslos und spricht sich für das mindere Uebel einer Beschränkung des Verkaufs in Apotheken gegen ärztliches Attest aus. Dagegen muten die Ideen, welche er zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten und zur Bekämpfung von Schmutz und Schund entwickelt, geradezu

jugendbewegt an. Erfrischend wirken die Kapitel zur Reform unserer Lebensanschauung und Lebensführung. Hiße zeigt hier unendlich viel mehr Verständnis für die geistige Welt des Wandervogels und der Lebensreformbewegung als die meisten seiner Parlamentskollegen nach dem Kriege. Auch die Ideen des Bundes der Kinderreichen sind z. B. schon vorweggenommen. Allerdings werden auch der Schutz- und Versicherungsgesetzgebung wieder reiche Aufgaben von Hiße zugewiesen. Der Gedanke des Jugendamtes wird von ihm bereits mit allen Einzelheiten der Organisation und der Aufgaben entwickelt. Selbst Pläne zu einer mehr „konsumorientierten“ Wirtschaft, zur „Inneren Kolonisation“, wie sie erst nach dem Kriege populär wurden, hat Hiße in diesem Buche in geradezu prophetischer Weise antizipiert. Das letzte Kapitel dieses schönsten und prinzipiell entwickeltsten seiner Bücher gleicht einem Selbstbekenntnis. Es handelt von der Hochachtung und Stärkung des Familienlebens. Nur wer weiß, wie Hiße selbst mit allen Fasern seiner Seele an der Familie hing, der er entsprossen, wie er um seine Geschwister, Vettern, Basen, Nichten und Nessen besorgt war, wie er in Münster in der Familie des Schwestersohnes Freud' und Leid teilte, ahnt, wie ernst es ihm um die Erneuerung des christlichen Familienlebens war! Es war ihm stets eine besondere Freude, der Jugend seiner Verwandtschaft selbst das Sakrament der Ehe spenden zu können. Das Andenken seiner Eltern war ihm heilig. In dem vorliegenden Buche findet er scharfe Worte gegen jene Philister, die der Jugend nur von den wirtschaftlichen Sorgen und Eventualitäten der Ehe zu reden wissen und sie von der Eheschließung zurückhalten möchten. Ihn selbst konnte kein Kindergeschrei und keine häusliche Unruhe bewegen, sich von der Familie seines Nessen in Münster zu trennen. Zu den Kindern hatte er ein so herzliches Verhältnis, daß er alle ihre kleinen Freuden und Sorgen teilte und köstlich mit ihnen zu spielen verstand. Und wenn er einmal einen heiratsfähigen Jungmann traf, der noch nicht den Mut zur Familiengründung aufbringen konnte, so scherzte er gelegentlich: „Wenn ich Sie wäre, hätte ich schon sieben Kinder!“ In

seinen letzten Lebensmonaten hat er jeden Sonntag Nachmittag die Mütter und Kinder aus seinem Geburtsorte und der Umgegend in dem von ihm erbauten Kapellchen in Hanemide um sich gesammelt. Den Kindern hielt er Christenlehre und erklärte ihnen den Kreuzweg des Herrn, den Müttern „Mütterverein“ in seiner Weise. Es ist wohl kein Zufall, daß der erfahrene Sozialpolitiker, der jahrzehntelang an den Symptomen des gesellschaftlichen Niederganges gearbeitet, am Abend seines Lebens zur Keimzelle der Gesellschaft, zur Familie, zurückkehrte. Es hat etwas außerordentlich Versöhnendes an sich, wenn man den positiven Teil seines Familienbuches auf sich wirken läßt. Hier spürt man, wieviel Echtheit und „Substanz“, wieviel guter Wille und edles Streben sich hinter Hitzes gesetzgeberischer Technik und seinem sozialpolitischen „Opportunismus“ verborgen hielten!

Als der Umsturz 1918 vollzogen war, ließ sich Hize noch einmal in die Nationalversammlung wählen. Er wurde der Verfassungskommission und dem sozialpolitischen Ausschuß zugeteilt und hatte dort noch reichen Anteil an dem Zustandekommen des sozialen Teils der Reichsverfassung. Aber auch für die Erhaltung der christlichen Schule setzte er sich mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit ein. Daneben galt der Jugendfürsorge, der Gesetzgebung über das Kinowesen usw. seine besondere Aufmerksamkeit. Als dann der Gesetzentwurf betreffend die Betriebsräte zur Sprache kam, war Hize einer der eifrigsten Anreger und Mitarbeiter, brachte die Vorlage doch Gedankengänge wieder zur Geltung, die Hize schon vor vierzig Jahren vertreten hatte und für deren gesetzgeberische Verwirklichung er seit der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 unermüdlich tätig war. Gerade bei diesem Gesetze erwies sich, daß der „soziale Volksstaat“, der allein die Wellen der Revolution wieder zu glätten vermochte, nur auf der sozialpolitischen Vorarbeit des alten Reiches denkbar war. Nicht zuletzt Hitzes Einfluß war es zu danken, daß das Gesetz nicht eine Variation der „Arbeiter- und Soldatenräte“ wurde, sondern bewußt anknüpfte an die Ziele der Februarerlasse, an die Praxis der Brandtschen wie anderer Unterneh-

mungen und an seine eigenen alten Vorschläge zur konstitutionellen Verfassung der Betriebe. Es schien, als ob mit diesem Gesetz das Stadium des Arbeitsrechtes, wie es sich seit Posadowsky und der Anerkennung der Gewerkschaften anbahnte, überholt und schon durch die Betriebsverfassung abgelöst sei. Hise schrieb damals selbst in der „Sozialen Kultur“ (1920, Heft 3/4): „Die Gewerkschaften bedeuten schon eine Durchbrechung der „Klassen“-Solidarität durch die Berufs-Solidarität; die Arbeitsgemeinschaften sind die jetzt auch von den früheren Gegnern der Gewerkschaftsbewegung gepriesene Frucht dieser Entwicklung. Jetzt soll auch die „Betriebs“-Solidarität wieder (wie im vorkapitalistischen Zeitalter D. Verf.) zu ihrem Rechte kommen. Die Arbeitnehmer sollen wieder mit ihrem Betriebe mehr psychologisch, wirtschaftlich und sozial verknüpft werden.“ Über diese Wertsgemeinschaft zwischen Belegschaft und Arbeitgeber, wie sie Hise und das Gesetz wollten, war noch zur Rolle des „Ventils“ verurteilt, es sollte durch eine gewisse Demokratisierung des Betriebes die sozialen Gegensätze entspannen. An der soziologischen Struktur der Arbeit war damit nicht viel geändert. Zudem bemühten sich auch die Gewerkschaften, die kleine „syndikalistische“ Tendenz, die dieser Entwicklung zugrunde lag, schleunigst zu hemmen, indem sie die Betriebsräte zu Funktionären der Gewerkschaften innerhalb der Unternehmungen zu gestalten versuchten. Gerade hier wurde das „Beharrungsvermögen“ der sozialen Institution sichtbar, weil diesem Bemühen der Gewerkschaften augenscheinlich die Besorgnis zugrunde lag, das Betriebsrätegesetz könne die Gewerkschaftsbewegung lähmen und den Einfluß derselben auf die Arbeiterschaft in Frage stellen. Da sich aber viele Führer der riesigen Organisationen und deren Verwaltungsapparat auf Lohnpolitik im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eingerichtet hatten, machte sich auch hier das Trägheitsgesetz gegen den sozialen Fortschritt geltend. Tatsächlich fehlte ja auch zur Lösung des Problems der Betriebs- und Arbeitsverfassung die soziologische Grundlage. Das Gesetz sah — wie Hise ausdrücklich zustimmend feststellte — vor, daß der Arbeitgeber „Herr im Hause“ blieb;

auch an dem unverbundenen Nebeneinander von Werkraum und Lebensraum wurde nichts geändert. So griff das Betriebsrätegesetz der Entwicklung ein wenig vor. Es galt erst die Ablösung der Sozialpolitik, bei welcher der Arbeiter nur Objekt der sozialen Fürsorge des Staates ist, durch das Arbeitsrecht restlos zu vollziehen, indem den Mächten der Arbeit, d. h. den Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, eine gewisse Rechtsautonomie zugewiesen wurde. Der Sprung vom Staat zum Betrieb war zu weit. Er mußte später durch die Etappe des Arbeitsgerichtsgesetzes unterbrochen werden. Hiye sah in etwa, daß die Gewerkschaften und ihre Rechtsfähigkeit grundsätzlich einen Schritt zur Ablösung des Staates durch die Gesellschaft bedeuten. Die Tragweite dieser Entwicklung, an deren Wende er selber stand, scheint ihm aber damals noch nicht restlos klar geworden zu sein. Tatsächlich waren ja durch den demokratischen Parlamentarismus die Mächte der Arbeit, die Interessenvertreter der Unternehmer und Arbeiter so stark in das Staatsleben eingedrungen, daß sich auch nach dem Umsturze noch die soziale Arbeit durchaus „politisch“ darstellte. Mindestens diente für die Gesellschaft noch immer der Staatsapparat als Mittel zur Rückgewinnung der Macht über das Wirtschaftsleben; die Eigenkräfte der Gesellschaft waren durch das Zeitalter der Sozialpolitik so verkümmert, daß auch dem Betriebsrätegesetz die soziologischen und psychologischen Fundamente noch völlig fehlen mußten. Aber es war — wenn das Gesetz auch noch nichts an der Arbeitsform (etwa durch Werkstattaus siedelung und Gruppenfabrikation) änderte — dadurch eine „Vorstufe der Verantwortung“ (Ernst Michel) erreicht und damit das Stadium der nackten Arbeitskraft in etwa verlassen. Hiye hat in der Mitwirkung an diesem Gesetz sich gleichsam selbst übertroffen, indem er — ohne es recht zu ahnen — den ersten Schritt tat, um die Gesellschaft wieder in ihre ursprünglichen Rechte einzusetzen, sie an ihre selbständigen Aufgaben und ihre eigene Kraft zu erinnern und den Staat wieder zum Diener der Gesellschaft, zum Nothelfer für die individuelle Anzulänglichkeit umzugestalten.

Bedeutfamer als seine Mitarbeit am Betriebsrätegesetz sollte indessen ein Aufsatz werden, den Hize im Februar 1921 in der „Deutschen Arbeit“, der wissenschaftlichen Monatschrift der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, veröffentlichte. Hier gab Hize sein geistiges Testament, indem er zum Programm seiner Jugend zurückkehrte und damit offen zugab, daß Sozialpolitik nicht Sozialreform ersetzen, sondern nur vorbereiten und vertreten kann. Es war damals die Zeit, in der die Wiffelschen Ideen einer Plantwirtschaft auf berufsständischer Grundlage lebhaft erörtert wurden. Man erinnerte sich der Verwandtschaft dieser Gedankengänge mit der „Reorganisation der Gesellschaft“, wie sie Hize in „Kapital und Arbeit“ vor vierzig Jahren gefordert hatte. Mit einer gewissen Befriedigung nahm Hize davon Kenntnis und er lehnte sogar den Vorschlag einer Neuaufgabe und Weiterführung seines Jugendwerkes nicht mehr ab. Bezeichnend ist allerdings, daß er diese Umarbeitung andern überlassen wollte, weil ihm „unter dem Drucke der parlamentarischen Arbeiten“ Zeit und Kraft dazu fehlen würden. Die gesetzgeberische Arbeit war ihm im Laufe der Jahrzehnte so ans Herz gewachsen, daß er zu einer schöpferischen Pause für eine grundsätzliche Besinnung keine Zeit mehr zu haben glaubte. Aber was Hize in jenem Aufsatz gab, war ja bereits eine Rückschau und eine Weiterführung von „Kapital und Arbeit“. Mit Freuden stellte Hize auch hier fest, daß das „Räte-System“ nur ein anderer Ausdruck dessen sei, was er schon 1877 als „Arbeiterkammer“ und 1880 als „berufsständische Interessenvertretung“ gefordert hatte. In seiner Befürwortung des berufsgenossenschaftlichen Unterbaues der Sozialversicherung und in seinem Kampf für die unerfüllten Versprechen der Februarerlasse betr. die Arbeitervertretung sieht Hize Beweise dafür, daß er den Grundgedanken seiner Jugendschrift eigentlich nie ganz preisgegeben habe. Was die berufsständische Organisation der Gesellschaft überhaupt betrifft, so gibt Hize zu, daß er die weitgehenden Vorschläge, die er 1883 für das Handwerk gemacht hatte, inzwischen als ideologisch aufgegeben habe. Auch sein Versuch, durch die

Maßnahmen der „Gewerbeförderung“ die gemeinwirtschaftliche Initiative des Handwerks kraftvoller zu gestalten, habe nur zum Teil den gehegten Erwartungen entsprochen (siehe auch Köln. Volkztg. 3. Dezember 1920). Wenn aber inzwischen die Not des Krieges diese Initiative wieder mächtig angespornt und zu neuen Formen der Gemeinschaftsarbeit im Handwerk geführt habe, so seien damit alte Hoffnungen, wie er sie in „Kapital und Arbeit“ gehegt, wiederum geweckt. Die geplante Revision der Reichsversicherungsordnung gebe doppelt Anlaß, auch auf seinen alten Plan einer berufsständischen Organisation der Landwirtschaft zurückzukommen. Die größte Bedeutung mißt Hize natürlich der berufsständischen Organisation der Großindustrie zu, die er als erster vorgeschlagen und die nunmehr von Wiffel neu aufgelegt war. Die Verbandswirtschaft der privaten Unternehmungen hält Hize für eine mehr egoistische Organisationsform, die sich vielfach konsumentenfeindlich auswirke. Ausdrücklich erklärt er indessen: „Ein Kartellgesetz würde aber nur mehr oder weniger eine ‚polizeiliche‘ Aufsicht bedeuten, wenn auch nicht durch Polizeibeamte, sondern durch eine sachverständige Behörde (Kartellamt). ... Wichtiger aber und durch unsere wirtschaftliche Notlage dringend geboten erscheint die Ab-
lösung, Fortbildung oder doch Ergänzung der Kartelle durch öffentlich-rechtliche ‚Selbstverwaltungs-
körper‘ der Industrie.“ Hize weist diesen Gilden nicht nur die Regelung der Produktion zu, sondern auch gewisse Gebiete des Arbeiterschutzes und des Arbeitsrechtes. Mit Rathenau und Plenge ist Hize darin einig, daß an Stelle der Planlosigkeit des Wirtschaftslebens nunmehr die Organisation, an die Stelle der rein individualistischen Privatwirtschaft wie der Vollsozialisierung die „Gemeinwirtschaft“ treten müsse. Nur durch zeitige zweckmäßige Umstellung, im Zusammenwirken von organisierter Selbsthilfe und Staatshilfe könne das Wirtschaftsleben schweren Erschütterungen entgehen. Erst dann könne z. B. der Stilllegung „freigesetzter“, unrentabler Betriebe durch Umstellung auf zugeteilte Qualitätsarbeit vorgebeugt werden. Umgekehrt könne auch der

technische Fortschritt dadurch „anthropozentrischer“ und durch Einigung der Industrie auf Normung und Typisierung auch sinnvoller gestaltet werden. — Hielt Hize es auch jetzt noch für ausgeschlossen, das politische Parlament durch ein berufsständisches einfach ersetzen zu wollen, so war dieses Testament doch offenbar ein Bekenntnis zu einer planmäßigen und großzügigen Sozialreform. Weitblickender und organischer gestalteten sich Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung im Rahmen der berufsständischen Interessenvertretung und der körperschaftlichen Organisation der Gesellschaft, als in der rein kasuistischen Sozialpolitik des Staates. — Reichswirtschaftsrat, wie ihn „Kapital und Arbeit“ forderte, und berufsgenossenschaftliche Ordnung der Industrie, wie sie das Programm Oberdörffers vorschlug, werden von Hize nicht mehr als bloße Spekulationen abgetan. Er sieht ein, daß realpolitische Arbeit durch Besinnung auf Marschroute und Ziel nur gewinnen kann, daß prinzipielle Besinnung nicht notwendig Lähmung der Verantwortung für die täglichen Aufgaben bedeuten muß.

Hize hatte damals sogar die Absicht, eine Geschichte der Sozialbewegung in Deutschland zu schreiben. Aber als er seinen 70. Geburtstag in der „guten Stube“ des Volksvereins in M. Gladbach feiern konnte, umringt von seinen Freunden und Jüngern, zogen Todesahnungen durch seine Seele und in dem Dankesworte, das er damals allen seinen Bekannten zugehen ließ, sprach er die Bitte aus, seiner im Gebete zu gedenken, wenn man über kurze Zeit die Nachricht seines Sterbens vernehmen würde. Aber man glaubte noch nicht an den nahen Tod dieses schaffensfreudigen Mannes. Sechzehn führende Männer aus Wissenschaft und Praxis legten ihm eine Festgabe vor, die Zeugnis gab von der „Sozialen Arbeit im neuen Deutschland“, um die sich Hize das entscheidende Verdienst erworben und die nun fortgeführt werden sollte von der neuen Generation. Zeitungen von Freund und Feind feierten in „Brandts' Kaplan“, den Altmeister der Sozialpolitik, der als der ruhende Pol des Willens zum sozialen Fortschritt die wechselnden Regierungen und scheidenden Geheimräte in vier Jahrzehnten überlebt

hatte. Dessen Technik der sozialen Gesetzgebung die Künste der Verwaltungsfachmänner in den Schatten stellte. Durch dessen Hände Tausende von deutschen Katholiken, von späteren Führern gegangen waren. Der das gesamte katholische Vereinsleben in Deutschland reorganisiert und zu hoher Blüte geführt hatte. Der als Parlamentarier, Professor, Priester, Vorstandsmitglied von unzähligen sozialen Körperschaften eine ungeheure Arbeit geleistet.

Schon als Hiße 1920 das leztmal in den Reichstag gewählt werden sollte, war sein Herzleiden bereits weit vorgeschritten und seine Verwandten suchten ihn von der Annahme des Mandates zurückzuhalten. Man hielt ihm vor, wie schwer ihm das Gehen und Reisen falle. Er aber antwortete scherzend: „Die Politik wird nicht mit den Beinen, sondern mit dem Kopfe gemacht.“ Dann fuhr er ernster fort: „In einer solchen sturm- und wildbewegten Zeit soll auch der lezte Rest meiner Kraft der Kirche und dem Vaterlande gewidmet sein. Jetzt untätig am Wege stehen, hieße nichts anderes als Verrat üben an unserem Volke und seinen höchsten und heiligsten Gütern!“ Aber je mehr sich sein Pflichtgefühl als Volksvertreter steigerte, um so schneller schwanden seine Lebenskräfte. Schon bei der Feier seines Geburtstages, am 16. März 1921, konnte er nur noch wenige Stunden in M. Gladbach weilen. Es zog ihn zum Iosefshaus und zu den Gräbern des Ehepaars Brandts, das seine Entwicklung so entscheidend beeinflusst hatte. Es zog ihn zur Aloisiuskapelle, wo so viele „Praktisch=soziale Kurse“ begonnen und beschlossen worden waren. Und nach jener kurzen Feier im Konferenzzimmer des Volksvereins mußte er sich bald wieder in die Pflege seiner Verwandten nach Düsseldorf und Hanemide zurückbegeben. Stundenlang saß er bei seinem Neffen vor einem Gemälde der Esloher Landschaft. In der Heimat ließ er sich Stühle in bestimmten Abständen auf den Bergesrüden aufstellen, um von dort noch einmal das Land seiner Kindheit betrachten und in sich aufnehmen zu können. Mühsam schleppte er sich dann von Stuhl zu Stuhl und nahm Abschied vom Tal der Bigge und von den Hügeln des Sauerlandes, wo

er so oft mit jung und alt die Osterfeuer abgebrannt, gesungen und gebetet hatte. Die letzten Tage seines Lebens waren von großen Beschwerden begleitet. Er konnte nur stundenweise aufstehen und bedurfte dann jedesmal langer Bettruhe, um sich wieder zu erholen. Es war ihm voll bewußt, daß es mit seinem Herzen schnellen Schrittes bergab ging. Trotzdem entschloß er sich, einen letzten Versuch mit einer Kur in Nauheim zu machen. Sein Neffe aus Münster begleitete ihn. Nach kurzer Zeit sah er ein, daß die Kur aussichtslos sein würde. Angesichts des herannahenden Todes war er aufgeräumt wie nie zuvor. In stundenlangen Unterhaltungen rollte er vor seinem Neffen sein ganzes Leben noch einmal auf. Er war sich seiner Bedeutung bewußt, sprach zwar darüber bescheiden, sachlich, aber auch zufrieden. Mit Genugtuung sah er die Früchte seiner Lebensarbeit im politischen Leben reifen. Seine Stimmung war eine ausgezeichnete — stundenlang erzählte er Wiße und Begebenheiten mit seinen politischen Freunden. Kaltblütig — ja fröhlich sah er seinem Ende entgegen. In größter Ruhe traf er seine Dispositionen. Eines Sonntags bat er, man solle zur Post gehen und den Prälaten Pieper, seinen Nachfolger und Schüler im Volksverein, telegraphisch herbeirufen, damit er mit ihm über die Beerdigung sprechen könne. Als dies geschehen, war er in heiterer Stimmung und gab Anordnungen für seine Leichenseier. Er hatte früher oft gesagt, daß die Kranken in den letzten Tagen oft unheimlich und rücksichtslos gegen die Umgebung werden, er hoffe, daß ihm so etwas nie passiere. Als eine gewisse Schwächung seiner Sinne eintrat, änderte sich allerdings sein Wesen. Aber es war gut, daß ihm das nicht mehr zum Bewußtsein kam. Bei seiner großen Rücksichtnahme während seines ganzen Lebens wäre es ihm sicher sehr peinlich gewesen. Am 20. Juli 1921 um 9 Uhr morgens gab der greise Franz Hitz sein arbeitsreiches Leben in die Hände des großen Gottes zurück. Der Telegraph brachte die Trauerkunde in alle Gauen des Reiches. Aus allen Lagern — von rechts bis links — kamen Nachrufe und dankbare Rundgebungen. An seinem Grabe in der sauerländischen Heimat vereinigten sich

die höchsten Vertreter der kirchlichen und staatlichen Behörden mit den Vertretern der Arbeiterschaft und den trauernden Landsleuten zu einer wahren Volksgemeinschaft. Am Vormittag des 27. Juli näherte sich der Leichenzug von Hanemide aus. An der Kapelle zu den vierzehn Nothelfern wurde er von einer unabsehbaren Schar von Geistlichen, Schulkindern, Bauern und Deputationen von kommunalen und staatlichen Behörden abgeholt und zur Pfarrkirche in Rhode geleitet. Das kleine, unscheinbare Gotteshaus auf der Höhe faßte die Leidtragenden nicht, als das Totenoffizium begann und Prälat Pieper die Trauerrede hielt. Dann trugen Mitglieder des Arbeitervereins den Sarg hinaus auf den Gottesacker, wo ihn der Bischof seiner Heimatdiözese einsegnete und den Toten — seinem Wunsche gemäß — neben dem Pfarrer seiner Jugendzeit in die kühle Erde bettete. Während die Anwesenden dem Scheidenden ein letztes „Lebewohl“ nachriefen, fielen die Schollen in die frische Gruft.

Inhalt

	Seite
1. Vorwort	7
2. Jugend- und Studienjahre	9
I. Von der Dorfschule bis zum Abitur (1851—72)	9
II. Student in Würzburg. Die Vorträge in der Unitas (1872—78)	13
3. „Kaplan Hize“	31
I. Als Piuskaplan am Campo santo (1878—80)	31
II. Das Jugendwerk „Kapital und Arbeit“ (1880 bis 1882)	34
III. Um die Erhaltung des Handwerkerstandes. Kritiker (1882—84)	48
IV. Franz Brandts. Hize als Generalsekretär des Verbandes „Arbeiterwohl“ (1880)	52
4. Der Abgeordnete und Hochschullehrer	65
I. Bismarck und Zentrum. Hize wird Nachfolger Hertlings	65
II. Hizes Tätigkeit im Preussischen Landtag und im Reichstage von 1882—1889	74
III. Der Streik im Ruhrgebiet. Bismarcks Ent- lassung. Die Februarerlasse Wilhelms II. Hize im Dienste der neuen Arbeiterschut- zgesetzgebung (1889—90)	95
IV. Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland. Die Organisierung der katho- lischen Arbeiter (1890—92)	109
V. Berufung Hizes an die Akademie Münster. Normalarbeitsordnung. Parlamentsarbeit (1892—93)	115
VI. Von den „Fachabteilungen“ zur Bildung Christ- licher Gewerkschaften. Das Buch über die Ar- beiterfrage. Parlamentsarbeit (1893—96) ..	124
VII. Der Caritasverband. Einfluß des Volksvereins auf die Sozialpolitik des Zentrums. Hizes Wirken für Sozialversicherung und Arbeiter- schutz (1896—98)	146
VIII. Hizes Bekenntnis zur modernen Wirtschafts- ordnung und zum Kathedersozialismus. Par- lamentsarbeit (1898—1900)	154

	Seite
IX. Die Auseinandersetzungen zwischen der inter=	
gralen und der liberalen Richtung in der	
katholisch=sozialen Bewegung (1900—02)	166
X. Um die Rechtfertigung der staatlichen Sozial=	
versicherung. Die Frage der berufsgenossen=	
schaftlichen Organisation (1902—1910)	172
5. Die stille Zeit	179
I. Krankheit. Hiße als Mensch. Zur Problematik	
seines Schaffens (1904—1914)	179
II. Das Buch über die Familie. Nationalversamm=	
lung. Tod (1916—1921)	196

Bilder

Hiße als Gymnasiast	16/17
Als Würzburger Student	16/17
„Kaplan Hiße“	48/49
Franz Hiße am Arbeitstisch	128/129
Hiße im Alter	2/3

*

Vom gleichen Verfasser erschienen bisher:

Der kapitalistische Unternehmer. Untersuchung seiner Funktionen und Psychologie. Werkbund-Verlag, Würzburg 1926

Zur Ueberwindung des modernen Kapitalis=
mus. Nr. 18 der Reihe „Flugschriften katholischer Erneuerung“.
 Verlag Junfermannsche Buchhandlung, Paderborn 1925

Im gleichen Verlag erschien ferner:

Emanuel von Ketteler

Der deutsche Bischof und Sozialreformer

Von Dr. Theodor Brauer, Prof.
a. Staatswissensch. Inst. d. L. H.
Karlsruhe. Ganzleinen RM. 4.80

Man darf ruhig sagen, Ketteler war nicht nur, er ist unser. Wie ein Riese stand er im Zentrum seiner Zeit, gewaltig in der Abwehr der wildesten Stürme. Wie ein Riese ragt er in unsere Zeit hinein, in seiner Persönlichkeit selber das markigste Aktionsprogramm. Der Verfasser schildert diese Persönlichkeit aus eigenstem inneren Erleben, denn nur so kann man sie wirklich wahr schildern. Wo das Verständnis mancher Stellungnahme Kettelers Schwierigkeiten bietet, ist der Versuch der Erklärung durch geschichtliche Vergleiche unternommen. Jedenfalls erhebt vor dem Auge des Lesers eine Figur aus einem Guß, die Beachtung erzwingt. Besondere Sorgfalt ist darauf verwandt, die sozialreformerischen Bestrebungen Kettelers in ihrem Wesen zu ergründen und in ihrer Bedeutung zu ermessen. Eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Grundgedanken der Kettelerschen Sozialreform schließt das Buch ab. Es vereinigt somit die Darstellung einer Persönlichkeit von ganz eigenem Format und geschichtlichem Rang mit der Kennzeichnung und Deutung ihrer eigenartigen Ideenwelt. Unter den Schriften über Ketteler nimmt dieses Buch dadurch eine besondere Stellung ein. Es bietet zugleich den Goldgehalt der großen Biographien und des christlich-sozialen Lehrgebäudes nach der Auffassung Kettelers.

Im gleichen Verlag erschien ferner:

Johann Josef Görres

Eine Auswahl aus seinen nationalen
Schriften von Dr. Hans U. Münster
Mit einem Bildnis von Görres
In Ganzleinen gebunden RM. 3.—

Als einer der ersten Patrioten des kommenden Deutschen Reiches steht der Koblenzer Journalist und deutsche Vorkämpfer gegen Napoleon wuchtig und ernst am Beginne der rheinischen Geschichte im vorigen Jahrhundert. Als erster bedient er sich der Zeitung als politischer Waffe; seine Aufsätze gehören noch heute zu dem Besten, was die deutsche Publizistik hervorgebracht hat. Wofür Görres sein ganzes Leben eingetreten, das war ein einiges, nach außen und innen gleich freies Großdeutschland, Verinnerlichung des Nationalgefühles und eine gesunde Einstellung des Bürgers zum Staate. Der Herausgeber Dr. Münster hat sowohl aus einer genauen Kenntniss der publizistischen Arbeiten Görres heraus wie mit gutem Gefühl für das Aktuelle in der getroffenen Auswahl ein fesselndes Gesamtbild gestaltet.

Im gleichen Verlag erschien ferner:

Max Wallraf, Aus einem rheinischen Leben

Mit einem Bild des Verfassers. In Indanthren-Leinen RM. 6.—

Hamburgischer Correspondent: In beschaulichem Stil, mit leichtem Humor, mit klugem Blick, wandern die Seiten dieser Lebenserinnerungen an uns vorbei, die keineswegs nur der Vergangenheit gehören. Die Seele des Rheinlandes wird in diesen Bekenntnissen eines deutschnationalen Katholiken lebendig. So ist das Buch Wallrafs durchaus für den Tag geschrieben und dabei doch nicht beirrt von der leidigen Nervosität, die sonst heutzutage jeden Gedanken klein und häßlich zu machen pflegt.

Münchener Neueste Nachrichten: Das rheinische Temperament, die rheinische Lebensfreude spürt man, und man spürt auch den Humor eines warmherzigen Menschen durch, — — lauter Dinge, die man zunächst bei einem Politiker nicht vermutet. Wo er über Politik spricht, zeigt er einen klaren, schnellen, stets das Wesentliche erfassenden Blick. Sein wohlabgewogenes, leidenschaftsloses Urteil dürfte bei allen, die nicht durch die Parteibrille sehen, Zustimmung finden.

Westdeutsche Landeszeitung, M. Gladbach: Man darf Wallraf für sein offenes und freimütiges Bekenntnis dankbar sein. Jeder Politiker wird aus ihm zu lernen wissen!! — Das gutausgestattete und flottgeschriebene Büchlein ist ein wertvoller Beitrag zur rheinischen Geschichte um die Jahrhundertwende.

Im Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M. Gladbach
erschien ferner:

Soziale Arbeit im neuen Deutschland

Festschrift

zum 70. Geburtstage von Franz Hise. 260 S. Geb. RM. 4.—

Dargeboten von Hans Frhr. von Berlepsch, Theodor Brauer, Goetz Briefs, Karl Duntmann, Robert v. Erdberg, Ernst Franke, Johann Giesberts, Anton Heinen, Ludwig Heyde, Paul Kaufmann, Franz Keller, Joseph Mausbach, Heinrich Pesch, August Pieper, Benedikt Schmittmann, Adolf Weber.

Sechzehn Männer, führend in Wissenschaft oder Praxis, sagen hier aus dem Eigensten ihrer schöpferischen Lebensarbeit, was richtunggebend und wegweisend sein muß auf den vornehmlichsten Gebieten sozialer Gemeinschaftsarbeit. Ihre Bekenntnisse und Erkenntnisse werden denen willkommenen Belehrung sein, die an ihrem Teile mitwirken wollen, das in der neuen Verfassung des Deutschen Reiches verheißene Gemeinschaftsleben des sozialen Volksstaates aufzubauen.

Weiter erschienen von Prof. Dr. Hise:
Geburtenrückgang und Sozialreform. 1922. (244) Gebunden RM. 3.20 / Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik. 1913. (124) RM. 1.20 / Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik. 1911. RM. 0.20

DATE DUE

A fine of **TEN CENTS** will be charged for each day the book is kept overtime.

[illegible]

HB
107.
H5
M8

97276

Mueller, Franz.
Franz Hitze uns sein werk.

SAINT JOHN'S, COLLEGEVILLE, MN
HB107.H5 M8
Mueller, Franz - Franz Hitze und sein Werk, von Dr.



3 0502 00288 0689